

Proletarierinnen/
Proletarier aller
Länder, vereinigt
euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG – Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 42

2023

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Russland (1894 bis 1914)

Teil 4

Rot Front

ISSN 1616-315X

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

<https://gegendiestroemung.net>

Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Russland (1894 bis 1914)

Zur Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte
gegen Judenfeindschaft (Band 4)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	11
Rückblick auf die bisher erschienenen Studien.....	11
Unterschiede Deutschland – Russland	12
Zum Aufbau	14
Editorische Bemerkungen	17
Einleitung.....	20
1. Zu den Positionen der SDAPR sowie von Lenin und Stalin im Kampf gegen Judenfeindschaft (1903-1914) –Ein Überblick.....	20
2. Die notwendige Einordnung unserer Kritik an einzelnen Positionen von Lenin und Stalin	21
3. Unterschiedliche Ebenen der Polemik in den Schriften von Lenin und Stalin	28
4. Unterschiedliche Etappen und Fragen des Kampfs 1902/03, 1913/14 und nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917	30
a) Einheitliche Partei im Kampf zum Sturz des Zarismus.....	30
b) Zur Schärfe der Polemik	31
c) Gegen nationale Unterdrückung und gegen Reformismus / Schrittweise Entwicklung eines „positiven Pogramms“.....	32
d) „Nur Religion“? Nationale Kultur und jüdische Kultur	34
e) Der problematische und falsche Begriff der „Assimilation“	35
f) Inwiefern gab es bei den Kadern der SDAPR Elemente der Judenfeindschaft?	38
g) Judenfeindliche Bemerkung Plechanows im Gespräch mit Lenin (1900).....	39

I. Die Entwicklung der allgemeinen Lage und der Judenfeindschaft in Russland und der Kampf der Sozialdemokratie in Russland die Judenfeindschaft 42

A. Das zaristische Russland und die Entwicklung der Kämpfe des Proletariats und der SDAPR	42
1. Ökonomische und politische Lage und die soziale Entwicklung im zaristischen Russland.....	42
2. Die zaristische Selbstherrschaft – der schlimmste Feind der Ausgebeuteten und Unterdrückten	43
3. Entwicklung der proletarischen Bewegung bis zur Revolution 1905	45
4. Die jüdische proletarische Bewegung und ihre Entwicklung als Teil des Kampfes des Proletariats Russlands bis 1905	48
5. Gründung und Entwicklung der SDAPR von 1898 bis 1905	54
6. Die Revolution von 1905-1907	59
7. Die Stolypinsche Reaktion, die Formierung der Bolschewiki zur selbstständigen Partei und der revolutionäre Aufschwung 1912-1914	65
B. Das Regime der Judenfeindschaft und Pogrome in Russland, der Kampf der jüdischen Bevölkerung dagegen - Die politische Positionierung der SDAPR, Lenins und Stalins im Kampf gegen die Judenfeindschaft in Russland.....	73
1. Überblick über die soziale Lage der jüdischen Bevölkerung	73
2. Staatliche Repression, Rechtlosigkeit und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung 1882-1914.....	75
a) Die Sondergesetze gegen die jüdische Bevölkerung, die Ansiedlungsrayons und Flucht jüdischer Menschen aus Russland	75
b) Die „Neue Zeit“ über Besonderheiten der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland.....	82
c) Groß angelegter judenfeindlicher „Ritualmord“-Prozess 1913 („Beilis-Affäre“).....	83
d) Flucht und Auswanderung jüdischer Menschen aus Russland	84

3. Die judenfeindlichen Pogrome und der Kampf dagegen.....	87
a) Die judenfeindliche Pogromwelle 1881-1884	87
b) Jüdische Selbstverteidigung ab 1881	90
c) Judenfeindliche Pogrome ab 1903.....	93
d) Bewaffnete Selbstschutzorganisationen und Aktionen jüdischer Organisationen und der SDAPR	105
4. Politische Stellungnahmen, Aufrufe und Aktionen der SDAPR, von Lenin und Stalin gegen staatliche Judenfeindschaft und Pogrome	114
a) Erklärungen und Aufrufe.....	114
b) Klare Stellungnahme zu dem gerade auch für den Kampf gegen Judenfeindschaft bedeutsamen Zusammenhang zwischen religiöser Aufhetzung und Nationalismus – Lenins Schrift „Sozialismus und Religion“ (1905)	118
c) Initiierung einer vorbildlichen und erfolgreichen Demonstration in Tiflis im Februar 1905, die ein Pogrom verhinderte	121
d) Ausnutzen der Duma für die Entlarvung des Zarismus und die Unterstützung des proletarischen Massenkampfs	123
e) Der bolschewistische Gesetzentwurf 1914 zur Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der jüdischen Bevölkerung und jeglicher Beschränkungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Nationalität	126

II. Die Entwicklung des „Bund“ und die zentralen politischen Fragen der Auseinandersetzung mit dem „Bund“ 130

1. Zur Entwicklung des „Bund“ (1897-1914).....	131
2. Die zwei zentralen Fragen der Auseinandersetzung mit dem „Bund“	142
a) Eine einheitliche Kommunistische Partei: Warum die kommunistische Partei in erster Linie internationalistisch für den Kampf zur Zerschlagung des Staatsapparates und nicht nach nationalen Gesichtspunkten aufgebaut wird	142

b) Warum die Forderung nach „national-kultureller Autonomie“ nationalistisch ist, reformistische Illusionen in den Zarismus schürt und sich gegen den verschärfenden Klassenkampf gegen die Bourgeoisie richtet	150
Ein nationalistisches Konzept.....	152
Ein reformistisches Konzept.....	156
3. Kritisches zu Äußerungen Lenins, Stalins und der Bolschewiki in der Polemik gegen den „Bund“.....	160
a) Zu Lenins Artikel „Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik“ von 1903	160
b) Zu Lenins Artikel „Das letzte Wort des Bundistischen Nationalismus“ vom August 1903	162
4. Schrittweise Entwicklung programmatischer Forderungen der Bolschewiki im Kampf für die Rechte nationaler Minderheiten in der Auseinandersetzung mit dem „Bund“.....	165
5. Zusammenfassendes von Lenin und Stalin zur Geschichte und den Positionen des „Bundes“	176

III. Antworten auf grundlegende theoretische Fragen.... 179

1. Nationalität, Nation und nationale Minderheit: Die jüdische Bevölkerung in Russland ist eine nationale Minderheit, keine Nation	179
a) Zur Definition einer Nation und deren Konsequenzen.....	180
b) Notwendigkeit des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und gegen die Bourgeoisie	184
c) Die Frage der „nationalen Kultur“	188
d) Kampf gegen jeden Nationalismus, wobei der großrussische Nationalismus „schlimmer als jeder andere“ war.....	190
2. Zur Problematik des von Kautsky in die Sozialdemokratie eingeführten Begriffs „Assimilation“	195
a) Entwicklung des Begriffs „Assimilation“	195
b) „Assimilation“: Sozialdemokratie in Deutschland und Kautsky	198

c) Kritik an der anfänglichen Übernahme der Kautskyschen Forderung nach „Assimilation“ der jüdischen Bevölkerung durch Lenin und Stalin	204
---	-----

Nach der Oktoberrevolution: Polemik Stalins gegen Kautskys Assimilatorentum.....	219
--	-----

Anhang 222

1. Chronologie der relevanten Resolutionen der SDAPR zum „Bund“	223
---	-----

2. Zunehmend menschwistisch-liquidatorische Positionierungen des „Bunds“	240
--	-----

3. Zur Judenfeindschaft in Österreich und zum Kampf der Sozialdemokratie in Österreich dagegen.....	245
---	-----

a) Zur Judenfeindschaft in Österreich und zum Kampf dagegen	246
--	-----

Judenfeindschaft	246
------------------------	-----

Kampf gegen Judenfeindschaft	250
------------------------------------	-----

b) Das Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie und dessen nationalistische Entwicklung	255
---	-----

Der Neudörfler Parteitag (1874) der Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie	256
--	-----

Die Prinzipienerklärung des Hainfelder Parteitags 1889 – eine Leerstelle – und die prinzipienlose nationalistische Praxis bis zum Wimberger Parteitag 1897	258
--	-----

Vom Nationalitätenprogramm auf dem Brünner Parteitag 1899 zum völligen nationalistischen Zerfall der Sozialdemokratie im Habsburger Staat	260
---	-----

Der arbeitendaristokratische Hintergrund des deutschen Nationalismus in der Habsburger-Monarchie.....	261
---	-----

c) Bemerkungen zu Otto Bauer: „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ (1907).....	265
--	-----

Antimarxistische Definition des Begriffs „Nation“	268
---	-----

Die „nationale Autonomie“	270
---------------------------------	-----

Warum keine „nationale Autonomie“ für die jüdische	
--	--

Bevölkerung?	272
Unhaltbare Positionen zur Frage menschlicher „Rassen“	278
Bagatellisierung des Nationalismus.....	280
d) Bemerkungen zu Karl Kautsky: Nationalität und Internationalität (1908).....	282
e) Bemerkungen zur Schrift „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus“ von Karl Renner (1910).....	290
f) Bemerkungen zum Artikel von Karl Kautsky: Separatismus, Nationalismus und Sozialismus (1912).....	294
4. Marx und Engels zu Nationen, kleinen Nationen und Nationalitäten	298
5. Plechanow zur Frage der „Rasse“	307

Literaturverzeichnis..... 314

Vorbemerkung

Rückblick auf die bisher erschienenen Studien

Das von uns historisch angelegte Projekt, nicht nur die Judenfeindschaft, sondern vor allem den Kampf gegen die Judenfeindschaft zu analysieren, führte in der Reihe „Zur Analyse des Kampfs gegen Judenfeindschaft“ zu drei Studien über den Kampf gegen Judenfeindschaft vor dem Beginn der proletarischen Bewegung – vom 11. Jahrhundert bis zum Kampf von Heinrich Heine.¹

Die bisher in der Reihe „Zur Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“ erschienenen drei Studien gingen Schritt für Schritt auf die Entwicklung des Kampfes gegen die Judenfeindschaft seit Marx (1844) über den Kampf der erstarkenden Sozialdemokratie unter August Bebel (bis 1893) bis zur Phase von 1894 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 ein.²

In dem Band 3 (1894-1914) mit seinen drei Teilen geht es um die Lage und die Erscheinungsformen der Judenfeindschaft und den Kampf der Sozialdemokratie dagegen mit all seinen Stärken und Fehlern, zugleich aber auch um theoretische Fragen.³

¹ Siehe Band 1: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Reuchlin bis Rosheim (11. Jahrhundert bis Anfang des 18. Jahrhunderts), Offenbach 2014; Band 2: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812), Offenbach 2018; Band 3: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine (1812 bis 1843), Offenbach 2018.

² Bisher erschienen in dieser Reihe: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Band 1: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer 1844/45, Offenbach 2014; Band 2: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848 bis 1893), Offenbach 2019; Band 3: Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894-1914), Offenbach 2022

³ Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Band 3: Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894 bis 1914), Offenbach 2022.

Die in diesen Studien entwickelten Leitfragen beschäftigen jetzt auch den vorliegenden Band 4 über den Kampf der Sozialdemokratie in Russland gegen Judenfeindschaft: Wie war die Lage, welche Erscheinungsform hatte die Judenfeindschaft und wie wurde in der Praxis der Kampf gegen Judenfeindschaft geführt, welche theoretischen Fragen, welche Stärken und welche Schwächen hatte dieser Kampf in Russland der Zeitspanne von den 1880er Jahren, besonders dann ab Gründung der SDAPR 1898 bis zum Beginn des imperialistischen Weltkrieges 1914.

Unterschiede Deutschland – Russland

Bevor Aufbau und Inhalt des vorliegenden Bandes knapp vorgestellt werden sollen, ist es doch wichtig, den Unterschied zwischen der Lage im zaristischen Russland und der Lage im bürgerlich-monarchischen Deutschland dieser Zeitspanne zu vergleichen. Sicherlich gab es auch in Deutschland nationale Minderheiten, ein Teil von Polen war besetzt. Elsass-Lothringen war besetzt. Auch in Norddeutschland gab es eine dänische nationale Minderheit.

Und es stellt sich heraus, dass auch zunehmend ein Teil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland Merkmale einer nationalen Minderheit aufwies, wenn sie aus Osteuropa nach Deutschland eingewandert oder geflohen war.

Aber dennoch, Russland war ein klassischer Vielvölkerstaat. Hier gab es vom Zarismus unterdrückte große Nationen wie die ukrainische, wie Finnland, wie ein großer Teil Polens. Daneben gab es eine ganze Fülle kleinerer nationalen Minderheiten, hier und da in einzelnen Gebieten konzentriert, aber ansonsten weit über die unterschiedlichsten Gebiete des damaligen zaristischen Russlands verstreut.

Hier war der Sturz des zaristischen Regimes die Aufgabe Nummer 1. Darauf musste zunächst alles konzentriert werden, und zwar im Bewusstsein, dass die Bourgeoisie in Russland keinesfalls an der Spitze einer solchen bürgerlichen Revolution stehen würde, sondern ganz im

Teil I: Voraussetzungen des Kampfes für die Sozialdemokratie in Deutschland
Teil II: Der politisch-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland
Teil III: Der wissenschaftlich-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland

Gegenteil reaktionär wurde. Denn sie war untrennbar mit dem zaristischen Regime verbunden. Im Kern handelte es sich zunächst also um eine bürgerliche Revolution in Russland. In dieser musste der demokratische Kampf für demokratische Rechte geführt werden, nicht zuletzt für das Recht auf Lostrennung der großen nichtrussischen Nationen im Zarenreich und für die vollständige Gleichberechtigung aller nationalen Minderheiten. Nach einer realistischen Einschätzung war es dabei eindeutig so, dass das vereinte Proletariat unterschiedlichster Nationalitäten sich für den Sturz des Zarismus rüsten und organisieren musste. Dabei ging es darum, an der Spitze des demokratischen Kampfes mit möglichst vielen Verbündeten aus anderen unterdrückten Klassen und Schichten einen wirklichen Sieg zu erringen, um nach dem Sturz des Zarismus weiterzugehen zum Sturz des Kapitalismus in einer sozialistischen Revolution in einem – im Vergleich zu Deutschland – ökonomisch weit zurückgebliebenen Land.

In Bezug auf das von uns behandelte Thema der Judenfeindschaft und des Kampfes gegen die Judenfeindschaft muss als erstes festgehalten werden: Es gab wahrlich einen qualitativen Unterschied zwischen der Judenverfolgung und den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung in Russland mit Tausenden von Ermordeten und der staatlichen bzw. gesellschaftlichen Ausgrenzungsdiskriminierung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, auch wenn es in dieser Zeitspanne in Deutschland zum Teil ebenfalls physische Attacken gegen Jüd:innen gab.

Und noch ein Punkt muss betont werden: Das jüdische Proletariat in bestimmten Teilen Russlands war zunächst in vielerlei Hinsicht die Geburtsstätte der Sozialdemokratie. Daher war es auch kein Zufall, dass die Gründung der sozialdemokratischen Partei in Russland mit entscheidender Unterstützung des sozialdemokratisch orientierten jüdischen Proletariats gelang: Der erste Parteitag der SDAPR 1898 wurde organisatorisch in sehr großen Teilen von den sozialdemokratischen Kräften aus dem jüdischen Proletariat vorbereitet. Der sozialdemokratische jüdische Bund spielte zunächst eine ganz ausschlaggebende Rolle und daher war die Auseinandersetzung mit ihm gerade in den ersten 15 Jahren der Entwicklung der Sozialdemokratie in Russland immer ein wesentliches Thema. Das wird sich auch in unterschiedlichsten Teilen der nachfolgenden Studie (der Analyse des

Kampfes der Sozialdemokratie in Russland gegen Judenfeindschaft in der Zeitspanne von 1898-1914) immer wieder zeigen.

Zum Aufbau

1.

Zunächst soll in einem einleitenden Teil die Problematik unserer Fragestellung verdeutlicht werden. Denn eine Schwierigkeit der Zusammenfassung der Kämpfe der Sozialdemokratie in Russland gegen die Judenfeindschaft liegt darin, dass neben vorbildlichen Positionen von der SDAPR, Lenins und Stalins im praktischen Kampf gegen Judenfeindschaft es auch theoretische Probleme und Fehler gab. Diese hängen eng mit der Position der II. Internationale und insbesondere dem Theoretiker Karl Kautsky zusammen.

Dabei spielte die Polemik gegen den jüdischen „Bund“ eine große Rolle. Die unterschiedlichen Ebenen dieser Polemik betrafen zunächst keinesfalls nur die Frage der Judenfeindschaft. Die Polemik beinhaltete vielmehr gerade auch den Kampf zwischen Menschewiki und Bolschewiki sowie die Haltung zur Frage „Revolution oder Reform“. Daraus erklärt sich die große Schärfe des Kampfes gegen den jüdischen „Bund“. Dieser grundsätzliche Kampf bildet sicherlich einen Hintergrund, um Übertreibungen und Fehler in der Polemik gegen den jüdischen „Bund“ einordnen zu können.

Die erste große Streitfrage betraf die Frage, ob eine einheitliche zentralistisch aufgebaute Partei (die damals noch Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands hieß) aufgebaut werden soll oder eine Partei nach national-föderativen Prinzipien. Dabei ging es insbesondere um die Frage der Rechte einer jüdischen Organisation außerhalb der zentralen Partei.

Die Schärfe dieser Polemik, so wird zunächst nochmals betont und aufgezeigt, war aber im Verlaufe des Kampfes auch dadurch bestimmt, dass der „Bund“ zunehmend in Richtung Reformismus und in Richtung der Positionen der Menschewiki abdriftete. Das wurde von Lenin, Stalin und den Bolschewiki nachhaltig bekämpft.

Im Mittelpunkt der über die Frage der Partei hinausgehenden Kämpfe stand die Polemik über den Begriff der „national-kulturellen Autonomie“. Das war eine programmatische Losung des jüdischen „Bundes“,

die dieser von der österreichischen Sozialdemokratie übernommen hatte. Aus Sicht von Lenin und Stalin nahm der „Bund“ damit Kurs auf eine Reform des zaristischen Staates und nicht auf den Sturz des Zarismus.

Es ging dabei auch um die Bekämpfung von jeglichem Nationalismus: Das war der Nationalismus, der vor allem unterdrückenden großrussischen Nation, aber auch der Nationalismus gegen die jüdische Bevölkerung seitens der eigentlich unterdrückten ukrainischen und polnischen Nation. Dazu gehörte ebenso auch die existierende Gefahr des Nationalismus einer unterdrückten nationalen Minderheit wie der jüdischen Bevölkerung.

Unsere eigene Position zu diesem Vorleben soll einleitend zusammenfassend dargestellt werden. Dabei spielte auch die Frage der aus unserer Sicht richtigen Haltung zur Ausnutzung der Religion durch den Zarismus in spalterischer Absicht eine nicht unwichtige Rolle.

Außerdem positionieren wir uns einleitend zur Frage: Inwieweit vertuscht die Losung einer jüdischen nationalen Kultur zumindest in allgemeiner Form die Klassenwidersprüche, inwieweit müssen dennoch die Rechte auf eine eigene jiddische Sprache und eine demokratisch-proletarische jüdische Kultur in einer demokratischen Revolution erkämpft werden.

Aber die Spaltung einer jeden nationalen Kultur nach Klassenkriterien war eben dennoch eine wesentliche Aufgabe der am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte.

Abschließend wird dann im einleitenden Teil die schwierige Frage der Forderung nach „Assimilation“ der jüdischen Bevölkerung behandelt. Diese wurde zuerst vor allem von Karl Kautsky aufgestellt, fand aber ihren Niederschlag auch in der SDAPR, auch bei Lenin und Stalin. Unsere eigene Position dazu wird zusammengefasst vorgestellt.

Dieser einleitende Teil soll der Orientierung dienen, um in den späteren Darstellungen, die oft recht verwickelt sind, den inneren Zusammenhang nicht aus den Augen zu verlieren. Das ist aus unserer Sicht besonders nötig, weil es eine Fülle von sich auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten wiederholenden Ausführungen und Verknüpfungen der verschiedenen Fragestellungen in den von uns analysierten Dokumenten der SDAPR, Lenins und Stalins gab.

2.

Die hier vorgelegte Studie kommt dann zu ihrem ersten großen Hauptteil. Darin wird es um die allgemeine Lage im zaristischen Russland, die Judenfeindschaft in Russland und den praktischen Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft gehen.

In diesem Teil werden auch die unterschiedlichen Ebenen der Praxis der Judenfeindschaft von staatlicher Ausgrenzung bis hin zu den Pogromen sowie der energische Kampf der jüdischen Bevölkerung und der Sozialdemokratie in Russland gegen diese verbrecherische Herrschaftsform und Politik des Zarismus im Kontext der allgemeinen Kämpfe gegen den Zarismus aufgezeigt. Dabei wird sowohl auf die Etappen der Entwicklung der SDAPR als auch der Entwicklung des jüdischen „Bundes“ eingegangen.

3.

Im zweiten Hauptteil werden die entscheidenden inhaltlichen Auseinandersetzungen im Kampf gegen Judenfeindschaft, die Positionierung der SDAPR, Lenins und Stalins, aber auch die Polemik gegen den jüdischen „Bund“ in den schon angeschnittenen Punkten im Einzelnen dargestellt:

- die Frage der einheitlichen kommunistischen Partei
- die Frage der national-kulturellen Autonomie in Verbindung mit der Frage Reform oder Revolution
- die langsam sich entwickelnde Debatte über ein positives Programm für unterdrückte Nationen und nationale Minderheiten nach dem Sturz des Zarismus – insbesondere Fragen der Amtssprache, aber auch Spezialfragen über das Schulwesen und Ähnliches.

4.

Im dritten Hauptteil dieser Studie geht es darum, in diesen Debatten vorhandene theoretische Fragen genauer zu beleuchten: Was ist denn eigentlich eine Nation, welche Merkmale hat sie? Was ist eine nationale Minderheit? Was besagt der Begriff Nationalität – und wo gehen diese Begriffe durcheinander?

Und weiter: Was hat es mit dem Begriff „Assimilation“ auf sich, wo gibt es objektive Elemente der „Assimilation“, und wo dient der Begriff dazu, den Kampf nationaler Minderheiten zu verdunkeln oder gar abzulehnen.

In diesem Teil werden auch die aus unserer Sicht notwendigen Kritiken an Positionen und Formulierungen Lenins und Stalins zusammenfassend dargestellt.

5.

Vor allem um den Gedankengang der Studie insgesamt deutlich hervortreten zu lassen und von zu viel Material zu entlasten, werden abschließend in einem Anhang die für eine Vertiefung der Fragestellung dann doch wichtigen Ausführungen, Quellen und Zitate festgehalten, die nicht verloren gehen sollten. Das bedeutet: Die Hauptsache soll im Haupttext behandelt und geklärt werden. Im Haupttext werden aber auch bestimmte Themen angeschnitten, die aus diesem Grund dort nicht weiter vertieft werden. Die sich im Anhang an diese Themen anschließenden Anmerkungen und Vertiefungen haben den Zweck, auch eine gesonderte umfangreichere Behandlung und Betrachtung der angeschnittenen Fragen – auch für weitere Arbeiten – sichtbar zu machen.

Editorische Bemerkungen

Wie auch schon in den bisherigen Studien wurden bei der Darstellung der konkreten Lage in Russland insgesamt und den Erscheinungsformen der Judenfeindschaft auch auf eine Fülle nicht kommunistischer Quellen und Studien zurückgegriffen. Wo sinnvoll oder erforderlich haben wir wenigstens in Fußnoten auf diese oder jene Problematik und Position der zitierten Autor:innen hingewiesen.

Insgesamt ist es jedoch so, dass als Quelle vor allem die gut zugänglichen Werke von Lenin und Stalin genutzt wurden.⁴ Auch die Doku-

⁴ Im gesamten Text haben wir die Werke von Marx und Engels mit MEW, die Lenin-Werke mit LW und die Stalin-Werke mit SW und dem jeweiligen Band abgekürzt.

mente der SDAPR sind vor einiger Zeit komplett veröffentlicht worden und damit allgemein zugänglich. Ein zusätzlicher Materialienreader erscheint uns daher nicht notwendig.⁵

Wenn auch kurz möchten wir auch in diesem Teil IV einige Bemerkungen zu begrifflichen Fragen und Problemen machen.

In vielen Schriften in der hier betrachteten Zeitspanne verwendeten Lenin und Stalin den Begriff „Sozialdemokratie“. Darunter verstanden sie die Sozialdemokratie in Deutschland und die sozialdemokratische Partei in Russland, die von ihnen als im Kern marxistische Parteien eingeschätzt wurden. Nach 1918 sorgte Lenin dafür, dass angesichts des welthistorischen Verrats der Sozialdemokraten in ihrer übergroßen Mehrheit, die revolutionäre Minderheit, allen voran die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, sich nun Kommunistische Partei nannte. Denn das eigentliche Ziel der proletarischen Revolution ist der Kommunismus, weshalb Marx und Engels auch das „Manifest der Kommunistischen Partei“ schrieben.

Im gesamten Text haben wir darauf geachtet, geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu finden (z. B. jüdische Bevölkerung) oder zu „gendern“ (Jüd:innen oder Jüd*innen).⁶ Bei Zitaten haben wir sozusagen „notgedrungen“ die Begriffe belassen. Das betrifft zumeist männliche Begriffe.

Auch in eigenen Formulierungen verwenden wir den Begriff „Judenfeindschaft.“ Dabei ist uns durchaus bewusst, dass der Begriff „Judenfeindschaft“ die männliche Form enthält. Wir haben für den Begriff „Judenfeindschaft“, der sich in den umfangreichen Publikationen zu diesem Thema fest eingebürgert hat, noch keine Lösung gefunden.⁷

⁵ Solche „Materialien“-Bände waren notwendig zum Band 2 und zum Band 3 Teil II und Teil III. Diese beziehen sich nämlich sehr häufig auf Artikel aus dem SPD-Organ „Die Neue Zeit“ und eine Reihe weiterer Materialien der damaligen Sozialdemokratie, die nicht so einfach greifbar sind.

⁶ Auf die Form des „genderns“ hat sich das Kollektiv von Autorinnen und Autoren nicht festgelegt, sodass dieses auch unterschiedlich sein kann.

⁷ In Band 2 der Reihe „Zur Analyse des Kampfes kommunistischer Kräfte gegen Judenfeindschaft“ (S. 657-658) wurde bereits begründet, warum wir selbst den Begriff „Antisemitismus“ (Eigenbezeichnung der Judenfeinde) gar nicht benutzen oder nur notfalls (bei der Nennung sich selbst so nennender Organisationen).

Ein großer Teil der verwendeten Schriften und sonstigen Materialien ist ursprünglich nicht auf Deutsch erschienen. Daher muss die Problematik der Übersetzung bewusst sein. Sofern wir auf ein Übersetzungsproblem gestoßen sind, haben wir dazu eine Fußnote gemacht.

Wie bisher wurde die Rechtschreibung in Zitaten weitgehend moderat den heutigen Rechtschreibregeln angepasst. Hervorhebungen in Zitaten im Original werden kursiv gesetzt und mit dem Zusatz H. i. O. versehen. Alle anderen Hervorhebungen sind von uns und mit dem Zusatz H. d. V. versehen. Anmerkungen ebenso wie Auslassungen von uns erhalten in Zitaten eckige Klammern.

Der besseren Lesbarkeit geschuldet ist, dass sehr kurze Quellenangaben direkt in den Text genommen wurden. Längere Quellenangaben wurden als Fußnoten formuliert.

Einleitung

Bevor wir im Teil I. die Judenfeindschaft und den Kampf der Sozialdemokratie in Russland dagegen darstellen, möchten wir schon einen Überblick über die nicht nur politischen, sondern auch theoretisch-ideologischen Positionen der SDAPR sowie von Lenin und Stalin in diesem Kampf geben. Diese stehen dann im Mittelpunkt der Teile II. (Zum jüdischen „Bund“) und III. („Grundlegende theoretische Fragen“).

1. Zu den Positionen der SDAPR sowie von Lenin und Stalin im Kampf gegen Judenfeindschaft (1903-1914) – Ein Überblick

Um zu verstehen, in welchen umfassenden Kampf gegen Judenfeindschaft und für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung diese Schriften eingebettet waren, sollen diese herausragenden Positionen kurz zusammengefasst werden:⁸

1. Judenfeindschaft ist ein Instrument der Konterrevolution, des zaristischen Staats, um das „Teile und Herrsche“ durchzusetzen. Judenfeindschaft dient der Reaktion dazu, die verschiedenen Nationalitäten Russlands gegen die jüdische Bevölkerung aufzuhetzen, also dazu, die nicht-jüdische Bevölkerung zu verhetzen.
2. Der Zusammenhang zwischen religiöser Aufhetzung, Nationalismus und Judenfeindschaft wurde herausgearbeitet: Judenfeindschaft wird auch mit Hilfe religiöser Fragen entfacht und verstärkt. Judenfeindschaft verknüpft sich mit dem großrussischen Nationalismus, aber auch mit dem Nationalismus anderer Nationalitäten (ukrainischen Nationalismus, polnischer Nationalismus...).
3. Der Kampf gegen Judenfeindschaft, Pogromhetze und Pogrome wurde geführt und organisiert und war Teil des Kampfes gegen alle Formen von nationaler Unterdrückung. Die Solidarität mit der von Pogromen bedrohten jüdischen Bevölkerung wurde nicht nur gefordert, sondern auch z. B. durch Demonstrationen oder dem Aufruf zum

⁸ Diese Positionen von Lenin und Stalin finden sich im Kern auch in den Dokumenten der Parteitage oder Konferenzen der SDAPR bis 1914.

bewaffneten Selbstschutz gegen jüdenfeindliche Pogrome organisiert oder versucht zu organisieren.

4. Im Kampf gegen Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung und für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung ging es darum, die Einheit des Proletariats aller Nationalitäten und Konfessionen immer weiter zu verstärken, um den Sturz des Zarismus als Ziel der demokratischen Revolution und einzige Garantie für die Durchsetzung der wirklichen Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung vorzubereiten und durchführen zu können.

Bevor wir auf die Dokumente der SDAPR und die Schriften Lenins und Stalins eingehen, soll zunächst auf einige Probleme eingegangen werden, die das Verständnis dieser Schriften erschweren.

2. Die notwendige Einordnung unserer Kritik an einzelnen Positionen von Lenin und Stalin

1.

Es ist eine der Spezialitäten antikomunistischer Pseudogelehrter, insbesondere auch von Renegaten, die vorher im Studium der Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin ausgebildet worden waren, die sogenannten Frühschriften als die eigentlich wahren – oder auch ganz falschen – Texte gegen spätere Positionen von Marx, Engels, Lenin und Stalin auszuspielen. Dazu gehört auch, noch nicht ausgereifte Positionen massiv zu kritisieren, um sich eben als die großen ‚Schlau-meier‘ darzustellen oder sich hinter noch nicht ausgereiften Positionen mit opportunistischen Absichten zu „verstecken“.⁹

Sie verfolgen dabei ein doppeltes Ziel: einmal soll die Autorität der entscheidenden Theoretiker des wissenschaftlichen Kommunismus untergraben werden, indem auf ihre vermeintlichen oder wirklichen

⁹ Engels erklärt das vorbildlich an einer Schwäche seiner frühen Arbeit „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, die er 1844 verfasst hatte. Er schrieb dort noch von der „Befreiung der gesamten Gesellschaft“. In einem späteren Vorwort zur Neuherausgabe dieser Schrift stellt er klar, dass es zunächst um die Befreiung der proletarischen Klasse geht und dass die Parole der ‚Menschheitsbefreiung‘ auch von „Wölfen im Schafspelz“ benutzt wird, um die Klassengegensätze zu vertuschen und bürgerliche Politik zu betreiben (siehe MEW 2, S. 641f).

Fehler und Unterlassung in frühen oder späteren Schriften hingewiesen wird. Zum anderen geht es ja gerade darum, bestimmte inhaltliche Positionen bewusst abzulehnen und falsche Positionen mit der vermeintlichen Autorität von Marx Engels, Lenin und Stalin eine gewisse Weihe zu geben. Wir sind konfrontiert mit dem offenen Antikommunismus, der alles nutzt, um die Autorität von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu untergraben. Ebenso haben wir es mit der Methode von Revisionisten zu tun, Einzelpassagen der Klassiker gegeneinander auszuspielen, sich dabei aber doch zu bemühen, wenigstens so zu tun, als wären sie „treue Schüler“ zumindest vom Marx und Lenin. Typisch für die revisionistische Methode ist, sich eben nicht zu bemühen, die Schriften und Positionen der Theoretiker des wissenschaftlichen Kommunismus insgesamt anzuschauen, nicht wirklich die jeweilige historische Situation mit zu berücksichtigen und auch nicht die jeweilige Polemik und die Entwicklung von Positionen mit zu analysieren, wie das erforderlich wäre.

2.

Auch bei der Entwicklung der Positionen von Lenin und Stalin sowie der SDAPR zur nationalen Frage, zur richtigen Haltung gegen Judenfeindschaft und zur richtigen Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland lassen sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Positionen feststellen. Diese sind einerseits den unterschiedlichen historischen Umständen (einschließlich der Rolle der Theoretiker der II. Internationale) geschuldet. Andererseits zeigen diese eben auch deutlich, dass durch Diskussionen und Erfahrungen Positionen schärfer herausgearbeitet und Fehler korrigiert wurden.

Das einfachste Beispiel, um den Gedanken zu konkretisieren, ist die programmatische Feststellung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Diese Formulierung wurde am Anfang so auch von Lenin und auch von der SDAPR benutzt. Aber es zeigte sich, dass die Auslegung doch sehr unterschiedlich war: Für die Bolschewiki war klar, dass dieses Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht auf staatliche Lostrennung beinhaltet. Lenin forderte später ausdrücklich, dass dies eindeutig hinzugefügt werden müsse. Dagegen verstanden opportunistische Kräfte darunter, dass nur in kulturellen Fragen eine Autonomie, ein Selbstbestimmungsrecht existiere. Dementsprechend wurde von

ihnen die reformistische Losung der „national-kulturellen Autonomie“ kreiert.

Wenn nun ein offen antikommunistischer revisionistischer ‚Schlau-meier‘ kommen würde und sagt: ‚Seht ihr, Lenin hat selber nicht durchgeblickt und hatte am Anfang auch nur von Selbstbestimmungsrecht der Nationen geredet ohne Zusatz‘, dann ist es ganz offensichtlich, dass die Erklärungen und Erläuterungen Lenins nicht gelesen oder bewusst verschwiegen wurden. Denn der ganze Sinn und der ganze Kampf von Lenin für das Recht auf staatliche Lostrennung wird nicht mit einbezogen, so dass diese ‚Kritik‘ an Lenin kein ernster Diskussionspunkt, sondern einfach eine Verleumdung ist.

3.

Das Problem tauchte auch in der sozialistischen Sowjetunion auf, als die Geschichte der KPdSU und das Studium der Werke Lenins vorangetrieben wurde. Es lohnt sich kurz auf die Argumentation Stalins in seinem 1931 erschienenen Artikel „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ zu schauen. Dies erlaubt es uns, die Gefahr besser zu verstehen, die auch uns droht, wenn nachfolgend auf die Entwicklung, aber auch auf die Schwächen und Fehler in der Haltung der Bolschewiki zur nationalen Frage eingegangen wird. Worum ging es?

Ein Kader namens Sluzki hatte sich wohl den Kampf Lenins gegen Kautsky angeschaut, genauer auch die Phasen der Auseinandersetzung Lenins mit der II. Internationale, um dann an dieser oder jener Stelle dieses oder jenes Zugeständnis Lenins anzuprangern und zu behaupten, Lenin hätte unzulänglich gegen den Revisionismus und Zentrismus der II. Internationale gekämpft. Das war absurd. Denn niemand konnte bestreiten, dass Lenin – oft genug weitgehend allein – immer an der Spitze dieses Kampfes gegen den Opportunismus der Führer der II. Internationale gestanden hat. Äußerungen und Erklärungen in einzelnen Situationen und einzelnen Spezialfällen in diesem Kampf können daran gar nichts ändern. Es war auch niemand da, der diese oder jene Äußerung nun „genutzt“, besser gesagt ausgenutzt hätte, um Opportunismus zu betreiben. Das ganze Manöver Sluzkis, so Stalin, diente eher dazu, die Autorität Lenins zu untergraben, um die großen Fehler anderer führender Kader der SDAPR zu bagatellisieren, nach dem Motto „Aber Lenin hat doch auch ...“

Im nachfolgenden Text von uns geht es um die Haltung von Lenin und Stalin zu falschen Kautsky-Thesen über die „Assimilation.“ Daher ist es durchaus wichtig, sich anzuschauen, wie Stalin auf Sluzkis „Ent-hüllungen“ über den angeblich ungenügenden Kampf Lenins antwortet.

Zunächst, das sei nochmal hervorgehoben, ist ja klar: Wenn einer gegen den Revisionismus und Zentrismus der II. Internationale gekämpft hat, dann war es Lenin, der hier eindeutig weit vorangegangen ist. Zur Verbesserung und Verstärkung dieses Kampfes hat er hier und da möglicherweise vielleicht auch taktische Zugeständnisse gemacht, um die Kampffront zu stärken. Die Haltung Lenins, so erklärt Stalin, kann und muss gründlich geprüft werden, aber eben nicht anhand einzelner „Dokumente“ und anhand von

„zwei, drei Privatbriefen“. Es gehe darum, so Stalin, „dass er die Bolschewiki aufgrund ihrer *Taten*, ihrer *Geschichte*, ihrer *Handlungen* hätte prüfen müssen.“ (Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus, 1931, SW 13 S. 87, H. i. O.)

Stalin stellt auf seine Weise klar:

„Wer, außer Archivratten, begreift nicht, dass Parteien und Führer vor allem aufgrund ihrer *Taten* geprüft werden müssen und nicht nur aufgrund ihrer Deklarationen?“ (Ebenda, S. 86, H. i. O.)

Was nützen denn irgendwelche Deklarationen, selbst wenn sie völlig richtig sind, an die sich dann nicht gehalten wird? Die Verurteilung des herannahenden Ersten Weltkrieges durch die II. Internationale war eine solche „Deklaration“. Stalin führt weiter aus:

„Hat uns nicht deswegen Lenin gelehrt, revolutionäre Parteien, Strömungen und Führer nicht aufgrund ihrer Deklarationen und Resolutionen, sondern aufgrund ihrer *Taten* zu prüfen? [...] Warum hat er nicht die zuverlässigste Methode, Lenin und die Bolschewiki zu prüfen, angewandt, die Methode der Prüfung aufgrund ihrer Taten, aufgrund ihrer Handlungen? Warum hat er die weniger zuverlässige Methode vorgezogen, in zufällig zusammengetragenen Papieren zu wühlen?“ (Ebenda, S. 87, H. i. O.)

Darin stecken sehr wichtige Hinweise, gerade wenn es nötig ist, auch auf theoretischem Gebiet, Unklarheiten für den heutigen Kampf abzuklären und zu diskutieren. Vorrangig ist und bleibt, die politischen Handlungen festzuhalten und diese oder jene theoretische Unklarheit

zwar zu behandeln, aber klar als zweitrangig einzustufen, und deutlich zu machen, worum es bei der Abklärung auch gerade aktuell geht.

So haben wir auch sowohl bei der Analyse der Position von Marx und Engels als auch der alten Sozialdemokratie bis Bebel ganz besonders den politischen und praktischen Kampf gegen Judenfeindschaft herausgestellt, um klarzustellen, dass dieser Kampf, die Handlungen, die Taten, das Entscheidende waren.

Schließt das Kritik an theoretischen – und gegebenenfalls gerade in Hinblick auf Bebel und die alte Sozialdemokratie auch Kritik an Propaganda und politischen Positionen – aus? Keinesfalls. Eine solche Interpretation der Position Stalins ist abwegig. Ein Blick auf die Praxis von Stalin zeigt das. Ein Beispiel.

Stalin hat selbst etwa in einer Kritik¹⁰ 1934 an Engels' Artikel 1890 „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“¹¹, aus aktuellem Anlass (zum 20. Jahrestag des Ausbruchs der Ersten Weltkriegs sollte ausgerechnet dieser Artikel von Engels im theoretischen Organ abgedruckt werden, der den Zarismus damals noch als „Hauptfeind“ ansah) gezeigt, dass bei der Nutzung überholter, unklarer oder auch falscher konkreter historischer Positionen Kritik und Klarstellung im Kampf gegen den Opportunismus nötig sind.

Wenn diese Hauptsache klar ist, dann schließt das nicht aus, wenn Opportunisten anhand einzelner Dokumente versuchen, diese oder jene unklare Position auszunutzen, um falschen Positionen Auftrieb zu geben, diesen auch durch Detailanalysen entgegenzutreten, wie Stalin dies gezeigt hat. Das Entscheidende ist, dass die Hauptsache vorher deutlich klargestellt wird.

4.

Genauso bemühen wir uns vorzugehen, wenn wir – ausgehend von den späteren, sehr klaren und bewussten Positionen der Bolschewiki, die jeweils abschließend bei unseren Kritiken als Beleg für die Korrekturen angeführt werden – uns auch der Frage der Anfänge und der

¹⁰ Stalin: Über Engels Artikel „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“, 1934, SW 14, S. 1-5

¹¹ Engels: Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, 1890, MEW 22, S. 11-48

ersten Positionen der SDAPR, Lenins und Stalins zur nationalen Frage und im Kampf gegen die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung zuwenden. Denn gerade unklare, ja falsche Formulierungen und Positionen wurden und werden ja von Revisionisten ausgenutzt.

Es geht darum, als erstes die Hauptpunkte festzuhalten:

- Die Solidarität mit der verfolgten, drangsalierten und von Pogromen betroffenen jüdischen Bevölkerung war von Anfang bis Ende eine der Grundpositionen der Bolschewiki. Das war das Allerwichtigste.
- Die zunächst vielschichtige Bedeutung von Nationalität und Nation wurde präzisiert und dann klargestellt, dass die jüdische Bevölkerung eine nationale Minderheit ist. Das ist entscheidend.
- In diesem Kontext wurde auch eindeutig klargestellt, was eine Nation ist und warum Nationen die Möglichkeit und das Recht haben, sich staatlich loszutrennen. Das war die Realität nach 1917. Das zeigt das bekannteste Beispiel der Lostrennung Finnlands.
- Ohne Wenn und Aber wurde die Gleichberechtigung in jeglicher Hinsicht, auch in Hinblick auf Sprache, Religion und Rechtsposition sowohl der Bevölkerung der vom Zarismus unterdrückten Nationen als auch der Bevölkerung der nationalen Minderheiten herausgearbeitet. Ebenso wurde gerade auch der besondere Schutz der nationalen Minderheiten durch die internationalistische, revolutionäre Macht eines nichtzaristischen demokratischen Staates, eines sozialistischen Staates betont. Nach der Oktoberrevolution wurde all dies erwiesenermaßen durchgeführt.
- Auch bei den Debatten, in welcher Hinsicht bei nationalen Minderheiten sich geschichtlich eine „Assimilation“ an die größere Nation ergeben hat, ergeben könnte oder möglicherweise sogar ergeben sollte, kann eine Klärung festgestellt werden. In der Tradition der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (insbesondere 1848-1852) bei Marx und Engels, dann in der II. Internationale und im zaristischen Russland zu Beginn des

20. Jahrhunderts wurde über „Assimilation“ zumindest teilweise diskutiert. Es wurde schlussendlich klar, dass „Assimilation“ keinesfalls die Lösung war. Das klärte sich eindeutig durch die Polemik insbesondere von Stalin gegen jede Politik der „Assimilationspolitik der Großen“ gegen die Angehörigen anderer Nationen oder nationaler Minderheiten nach der Oktoberrevolution. Die Forderung nach „Assimilation“ der nationalen Minderheiten, auch der jüdischen nationalen Minderheiten, ist keine Option. Das wurde so ebenfalls deutlich festgestellt. Die nationalen Kulturen blühen mit demokratisch-sozialistischem Inhalt auf und die Frage nach einer späteren Verschmelzung aller Nationalitäten im Weltkommunismus stellt sich gar nicht als aktuelle Frage.

- Sehr deutlich wird auch, dass von Anfang an jeglicher Nationalismus bekämpft werden muss – sowohl der Nationalismus der Unterdrückernationen, als auch der Nationalismus der unterdrückten Nationen, bzw. der unterdrückten nationalen Minderheiten. Die entwickelte kommunistische Bewegung hat die Möglichkeit, sehr deutlich und zwingend Schwerpunkte festzulegen: Die kommunistischen Kräfte der unterdrückten Nation müssen vor allen Dingen den Großmachtchauvinismus ihrer Nation bekämpfen, konkret in Russland den großrussischen Chauvinismus, während die kommunistischen Kräfte der unterdrückten Nation und der nationalen Minderheiten bei ihrem Kampf gegen die zaristische Unterdrückung vor allem jeweils „ihren“ Nationalismus bekämpfen müssen.
- Dabei zeigte das Beispiel der polnischen und der ukrainischen Teile des zaristischen Russlands, dass die Bevölkerung dort einerseits vom zaristischen Russland unterdrückt wird. Andererseits aber hat selbst die Möglichkeit existiert (die auch realisiert wurde), dass verhetzte Teile der Bevölkerung, geführt von der einheimischen Reaktion, nationale Minderheiten auf ihrem Gebiet, insbesondere auch die jüdische Bevölkerung diffamieren, unterdrücken und massakrieren.

All dies einleitend klarzustellen ist – zusammen mit der vorrangigen Betonung der unverbrüchlichen praktischen Solidarität der SDAPR, Lenins und Stalins mit den unterdrückten nationalen Minderheiten und insbesondere der unterdrückten jüdischen nationalen Minderheit im zaristischen Russland – für uns wesentlich, um die nachfolgenden Analysen der uns vorliegenden Artikel, Schriften und Dokumente von Lenin, Stalin und der SDAPR trotz und mit all unseren Detailkritiken richtig einordnen zu können. All dies soll nun, wenn auch noch ohne Belege, zusammenfassend konkretisiert werden.

3. Unterschiedliche Ebenen der Polemik in den Schriften von Lenin und Stalin

Eine Durchsicht der Werke von Lenin und Stalin im Hinblick auf ihre Haltung zu nationalen Minderheiten, insbesondere zur jüdischen nationalen Minderheit, schließt eine Sichtung ihrer Position zur nationalen Frage einschließlich des Rechts auf Lostrennung der im Zarismus unterdrückten Nationen ein. Die Schriften von Lenin und Stalin zur nationalen Frage in Russland in Hinblick auf die jüdische Bevölkerung behandeln die programmatische Haltung gegen die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung einerseits und die Frage der Linie zur Organisation der SDAPR im Unterschied zur Linie des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in Russland und Polen“ (kurz „Bund“)¹² andererseits. Diese Debatten überschnitten sich zudem mit dem Kampf in der

¹² Der „Bund“ war 1897 in Wilna mit der Zielsetzung gegründet worden, eine eigenständige Organisation des jüdischen Proletariats in Russland zu schaffen. Er verstand sich als Partei des jiddisch-sprechenden Proletariats im zaristischen Russland und war zahlenmäßig stark (1906: über 33.000 Mitglieder). 1898 war der „Bund“ an der Neugründung der SDAPR beteiligt. In dem auf diesem Parteitag angenommenen Statut wurde klargestellt, wie die Autonomie des „Bund“ innerhalb der SDAPR zu verstehen ist, d. h. nicht im Sinne einer Föderation. Als sich der 2. Parteitag der SDAPR 1903 nicht einer umfassenderen Auslegung der Autonomie anschloss, wie sie der „Bund“ beantragte, sondern einen zentralistischen kommunistischen Parteaufbau festlegte, verließen die Delegierten des „Bund“ den Parteitag. Der „Bund“ trat 1906 wieder in die SDAPR ein, kämpfte zum Teil gemeinsam mit den Bolschewiki in der Revolution von 1905. 1912 wurde der „Bund“ schließlich offiziell eine Sektion der Menschewiki, was sich bis zur Oktoberrevolution 1917 nicht änderte. Auch im Oktober 1917 stand der „Bund“ auf der Seite der Menschewiki und hetzte gegen die Bolschewiki. (Zur

II. Internationale zwischen den reformistisch-revisionistischen Positionen und den revolutionären Positionen, in Russland mit dem Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki.

In diesem Kontext kam es in der Polemik gegen den „Bund“ auch zu einer Rezeption der Artikel Karl Kauskys über die Haltung der Sozialdemokratie zu den jüdenfeindlichen Pogromen in Russland und zur Einschätzung der jüdischen nationalen Minderheit. Gleichzeitig ging es dabei aber auch um die Haltung zu den theoretischen Arbeiten in der österreichischen Sozialdemokratie, insbesondere zu den Schriften Otto Bauers und Karl Renners (der unter dem Namen „Springer“ veröffentlichte).

Je nach Situation gingen verschiedene Argumentationsstränge in den Schriften Lenins und Stalins parallel einher. Es zeigt sich, dass auch bei einer genauen Analyse das Auseinanderhalten der verschiedenen Ebenen der Debatte oft eine verzwickte Sache ist. Die Überschneidung all dieser Fragen erschwert das Studium der Schriften Lenins und Stalins zu dem Thema erheblich, auch weil das umfangreiche Studium der damaligen Situation und eine Kenntnis der damaligen Publikationen insgesamt heute nicht vorausgesetzt werden kann. Gerade auch die Schärfe einer Polemik ist nicht allein durch die jeweils behandelte Frage bestimmt, sondern hängt mit im Hintergrund schwingenden Fragen eng zusammen. Das bedeutet konkret, dass die Schärfe der Polemik Lenins und Stalins gegen den „Bund“ wesentlich auch dadurch bestimmt war, dass die führenden Köpfe des „Bund“ sehr eng mit dem Reformismus und Revisionismus der Menschewiki in Russland, der II. Internationale und der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie verbunden waren.

Nach einem gründlichen Studium der Schriften Lenins und Stalins zu dem Thema kann vorab festgestellt werden, dass innerhalb der SDAPR, auch bei Lenin und Stalin, in den ersten Jahren gerade Kautsky noch eine wegen seiner richtigen Positionen zur Revolution in Russland hohe Autorität besaß. Die Berufung auf ihn und seine theoretischen Arbeiten führte zu einer Übernahme auch falscher und problematischer Positionen, insbesondere im Hinblick auf Westeuropa.

Entwicklung des „Bunds“ siehe Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora – Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975)

Die Fehler Kautskys wurden bereits in den Teilen II und III des Bands 3 dieser Reihe behandelt. Dort, wo solche Positionen, insbesondere auch von Lenin, zunächst noch übernommen wurden, soll das im Einzelnen nachfolgend behandelt werden.

Bevor auf die Schriften von Lenin und Stalin im Einzelnen eingegangen werden soll, macht es Sinn, die Entwicklung des Kampfes anhand gewichtiger Fragen kurz aufzuzeigen und Etappen des Kampfs zu unterscheiden. So können die Polemiken und Kampffronten in den vier Schriften besser eingeordnet werden.

4. Unterschiedliche Etappen und Fragen des Kampfs 1902/03, 1913/14 und nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917

a) Einheitliche Partei im Kampf zum Sturz des Zarismus

In der ersten Etappe ab 1902 ging es vor allem um die Notwendigkeit, eine einheitliche kommunistische Partei in Russland gegen den russischen Staatsapparat, gegen den Zarismus zu organisieren und die anstehende demokratische Revolution vorzubereiten. Die Organisation des Proletariats nach Nationalitäten wurde ohne Wenn und Aber von Lenin und den Bolschewiki als ausgesprochen schädlich angesehen. Die einheitliche kommunistische Partei musste nach unterschiedlichen Territorien des „Russischen Reiches“ organisiert werden, aber gleichzeitig auch nationale Besonderheiten – etwa durch unterschiedliche Sprache für die Propaganda der Bolschewiki – berücksichtigen, insbesondere auch die Propaganda in jiddischer Sprache unter dem jiddisch sprechenden Proletariat. Es stand jedoch außer Zweifel, dass für das Programm des Sturzes des Zarismus – nicht seiner Reformierung – eine einheitliche, zentralistische (also nicht-föderalistische) bolschewistische Partei geschaffen werden musste. Damit war der „Bund“ ganz und gar nicht einverstanden. Das war ein umso größeres Problem, als große Teile der jüdischen proletarischen Klasse im „Bund“ organisiert waren.

Es ging also darum, eine große wichtige Strömung innerhalb der verschiedenen Bewegungen gegen den russischen Zarismus für die zentrale Aufgabe, nämlich den Kampf zum Sturz des Zarismus zu gewin-

nen. Es ging um die stark vom Ökonomismus, Reformismus und jüdischen Nationalismus beeinflusste zahlenmäßig große Organisation des „Bund“. Dieser berief sich der Sache nach auf Marx und hatte organisatorisch die Gründung der SDAPR wesentlich mit organisiert, trar jedoch 1903 auf dem 2. Parteitag der SDAPR aus der SDAPR wieder aus.

In dieser Polemik war eine große Herausforderung, dass die österreichische Sozialdemokratie mit ihren ausgearbeiteten Positionen zur nationalen Frage und einer föderativen Organisation der Sozialdemokratie in Österreich nach Nationalitäten für den „Bund“ eine wichtige Quelle der Argumentation enthielt.

Daher war die Polemik gegen den „Bund“ eng mit der Kritik an der österreichischen Sozialdemokratie, ihrer theoretischen Positionierung zur nationalen Frage in der K. u. K. Monarchie Österreichs verbunden. Dabei ist bewusst, dass die Sozialdemokratie im „Vielvölkerstaat“ der Habsburgermonarchie in organisatorischer Hinsicht nicht genau dieselbe Position wie der „Bund“ vertrat. Aber die österreichische Sozialdemokratie mit Reformisten an der Spitze bot das Bild einer nicht zentralistisch organisierten, sondern föderalistischen Partei.¹³

b) Zur Schärfe der Polemik

Es wäre jedoch einseitig und falsch, Schärfe und Überspitzungen der Polemik seitens der Bolschewiki losgelöst von der Frage zu betrachten, worum die Auseinandersetzung insgesamt ging. Denn der Streit mit dem „Bund“ war grundlegender und umfassender. Es zeigte sich zunehmend: Die Schärfe der Polemik zwischen den SDAPR-Bolschewiki und dem „Bund“ kann nicht losgelöst von dessen menschewistischen Positionen zur anstehenden Revolution, insbesondere die Haltung zur Bourgeoisie, betrachten werden.

¹³ Für das Verständnis einer komplexen Polemik ist es immer nötig, möglichst genau die Dokumente beider Seiten zu kennen und zu studieren. Das ist kein Problem in Hinblick auf die österreichische Sozialdemokratie sowie auf die Artikel und Schriften Kautskys. Im Hinblick auf die Dokumente des „Bund“, konkret auch in Bezug auf die einzelnen Artikel und Stellungnahmen des „Bund“, gegen die Lenin und Stalin polemisieren, ist die Dokumentenlage schwieriger. Aber immerhin liegen zentrale Dokumente des „Bund“ vor.

Außerdem überschnitten sich die Forderung des „Bund“, das ganze jüdische Proletariat in ganz Russland und Polen allein zu vertreten mit nationalistischen Ambitionen anderer Nationalitäten. Dies machte die gesamte Fragestellung noch komplexer und erhöhte die Gefahr, dass die neugegründete SDAPR sich vom Konzept einer zentralisierten Partei auf demokratischer Grundlage verabschiedete und zu einer losen föderativen Organisation entwickelte. Lenins Modell hatte klar ausgesprochen, dass alles auf den Sturz des Zarismus konzentriert werden musste und daher reformistische Programme zur „Verbesserung“ des Zarismus keinen Sinn machen.

c) Gegen nationale Unterdrückung und gegen Reformismus / Schrittweise Entwicklung eines „positiven Programms“

Es gab eine klare Positionierung, die auch im Programm 1903 festgehalten wurde: Gegen jegliche nationale Unterdrückung durch den Zarismus musste der Kampf der unterdrückten nationalen Minderheiten und unterdrückten Nationen unterstützt werden. Das war sozusagen die „negative Pflicht“ im Kampf gegen den Zarismus.

Ein positives Programm, wie in einem befreiten Russland die Beziehungen der Nationen und nationalen Minderheiten gestaltet werden sollten, war erst im Entstehen begriffen. Dabei war klar, dass alle Nationen im zaristischen Russland das Recht auf Lostrennung hatten und alle nationalen Minderheiten gleichberechtigt mit der russischen Bevölkerung sein mussten, welche auf dem Territorium des zaristischen Staates die größte Nationalität war. Alle nationalen Minderheiten und die Bevölkerung der vom Zarismus unterdrückten Nationen zusammen hatten übrigens eine größere Anzahl an Köpfen als die russische Bevölkerung.¹⁴

In dieser ersten Phase der Polemik kamen jedoch auch schon andere Fragen der Programmatik zur Sprache, die die jüdische nationale Minderheit im Zarismus betrafen. Im Kern doch anders als im „Deutschen Reich“ dieser Zeit (mit immerhin allerdings einem Teil Polens, den Dänen im Norden und dem eroberten Elsass-Lothringen) war Österreich im klassischen Sinne ein „Vielvölkerstaat“.

¹⁴ Lenin betonte: ##Lenin-Quelle angeben##

Die Sozialdemokratie in Österreich hatte sich ein Programm gegeben, das nicht auf die proletarische Revolution orientierte, sondern auf eine Reform des Staatswesens mit jeweils einer nationalen Autonomie der einzelnen Nationalitäten. Der harmlos klingende Begriff „national-kulturelle Autonomie“ von Otto Bauer sollte innerhalb der bestehenden Regierungsform durch eine Verfassungsänderung die nationale Frage entschärfen oder gar lösen. Die Lösung der nationalen Frage im Sinne Bauers, enthielt also auch die Ablehnung einer revolutionären Veränderung.

Sollte nun auch in Russland Ähnliches als demokratische Forderung für die Zeit vor dem Sturz Zarismus gefordert werden? Ging es wirklich im Zarismus um „kulturelle Autonomie“ und nicht vor allem um den Sturz des Zarismus, um dann politische Autonomie als Basis kultureller Autonomie zu festigen?

Auf mehreren theoretischen Ebenen kritisierten Lenin und Stalin die Programmatik der österreichischen Sozialdemokratie. Lenin und Stalin kritisierten einerseits den Reformismus und andererseits aber auch die falsche Übertragung der Lage in Österreich auf Russland. Auch wenn es die jüdische nationale Minderheit in Russland und Österreich nicht direkt betraf, ging es um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, genauer um das Recht auf Lostrennung der Nationen aus dem österreichischen Staatsverbund bzw. Staatsverbund des Zarismus. Ein solches Recht auf Lostrennung, das keinesfalls die einzige Option und noch weniger eine zwingende Pflicht war, wurde im Programm der österreichischen Sozialdemokratie ganz bewusst nicht aufgenommen. Denn der österreichische Staatsapparat sollte eben reformiert und nicht zerschlagen werden.

Gleichzeitig wurde in dieser Zeitspanne auch noch eine gewisse begriffliche Unklarheit deutlich. Dabei ging es um die Abklärung der Begriffe „Volk“, „Nation“, „Nationalität“, „nationale Minderheit“. In diesem Rahmen wurde auf die jüdische Minderheit Bezug genommen und die Bolschewiki stellten klar, dass die jüdische nationale Minderheit, etwa in den sogenannten „Ansiedlungsrayons“ vor allem im Süden des zaristischen Russlands, in einem Territorium eine große Anzahl der Bevölkerung stellte und auch über eine gemeinsame Sprache, dem Jiddischen, verfügte. Aber insgesamt gesehen war die jüdische

Bevölkerung im zaristischen Russland keine Nation wie z. B. die Ukraine, Georgien, Lettland und Finnland.

d) „Nur Religion“? Nationale Kultur und jüdische Kultur

Ebenfalls schon in dieser Phase der Debatte um 1903 ging es darum, zur Behauptung Stellung zu nehmen, dass „jüdisch“ nur eine Religionsbezeichnung sei und keine nationalen Momente enthalte. Diese falsche Behauptung hat seit dieser Zeit eine lange, schlechte Tradition. In diese Frage eingeschlossen ist die Frage nach der nationalen, insbesondere der jüdischen Kultur. Gegen die Position, dass es gar keine jüdische nationale Kultur gebe, auf der einen Seite und gegen die Position, dass pauschal eine jüdische Kultur insgesamt gefordert und gefördert werden müsse, stellte Lenin klar: Die Kultur muss immer vom Klassenstandpunkt betrachtet werden. Daher kann nicht pauschal eine „nationale Kultur“ gefordert werden. Jede nationale Kultur, auch die einer unterdrückten nationalen Minderheit, enthält reaktionäre Elemente und Traditionen, die aus kommunistischer Sicht bekämpft werden müssen. Aber sie enthält auch fortschrittliche Elemente, die Tradition des berechtigten Kampfes gegen Unterdrückung. Diese demokratische und proletarische Tradition (und eben nicht pauschal die nationale Kultur) muss herausgeschält und propagiert werden.

In der Diktion und Akzentsetzung sind in diesen Auseinandersetzungen in der zweiten Etappe ab 1913 durchaus problematische, ja schwer zu akzeptierende oder, wie zu prüfen sein wird, auch möglicherweise schon damals falsche Positionen enthalten. Diese Positionen wurden in der Weiterentwicklung der Sozialdemokratie in Russland korrigiert, klargestellt. Es wurde ein eindeutiges positives Programm für die nationalen Minderheiten einschließlich der jüdischen nationalen Minderheit nach dem Sieg über den Zarismus und erst recht nach der Oktoberrevolution entworfen. Insofern gilt es dann, die Artikel und Schriften insbesondere in der zweiten Zeitspanne, als die Bolschewiki in der zaristischen Duma vor allem 1913/14 programmatische Forderungen für nationale Gleichberechtigung aufstellten, genauer zu behandeln.

Nach der Oktoberrevolution 1917, der dritten Etappe, ging es dann nicht nur um programmatische Forderungen, sondern auch um die Realisierung der einzelnen Rechte der nationalen Minderheiten und um die Praxis des Rechts auf Lostrennung der Nationen einerseits und des Rechts auf Bildung einer Union sozialistischer Sowjetrepubliken andererseits. Deutlich wird nun auch, was bereits 1898 bzw. 1903 im Kern klar war, welches Programm die Bolschewiki nach dem Sieg der Revolution haben und was sie vorschlugen. In den Jahren nach der Oktoberrevolution lässt sich zeigen, dass in teilweise sehr komplexen Bereichen der nationalen Frage durchaus in den Hauptzügen realisiert wurde, was vorher programmatisch gefordert worden war.

Klar war aber auch, dass eine Fülle von Fragen nicht geklärt waren und experimentell und von verschiedenen Seiten her angepackt werden mussten. Dazu gehörte auch die Rolle der jüdischen nationalen Minderheit etwa in der Ukraine und in verschiedenen Teilen Russlands und die Bedeutung von damit befassten Institutionen in der KPR bzw. KPdSU in verschiedenen Zeitabschnitten.

All das sind genauer zu behandelnde Fragen, die im Verlauf weiterer Studien angepackt und analysiert werden.

e) Der problematische und falsche Begriff der „Assimilation“

Ein ganz besonderes Problem bildete das Gegensatz-Paar „Absonderung vs. Assimilation“.

Im Hinblick auf die Organisation in einer einzigen kommunistischen Partei besaß die Kritik an nationaler „Absonderung“ eine gewisse Berechtigung. Hier war eine organisatorische Vereinheitlichung nötig, um den Zarismus zu stürzen. Es bedeutete, dass der „Bund“ sich nicht von einer einheitlichen proletarischen Partei absondern sollte, sondern sich in dieser einheitlichen Partei organisiert, ohne jedoch eine Fülle von Besonderheiten aufgeben zu müssen. Diese konnten aber nicht so grundlegend und allgemein sein, dass dann eine rein föderative Organisation herauskam.

Im Hinblick auf das demokratische Programm der kommunistischen Partei in der Frage der nationalen Minderheiten ist dieses Gegensatz-Paar jedoch falsch. Warum? Dazu muss etwas ausgeholt werden.

Es gibt einen objektiven Prozess der „Assimilation“ des Proletariats aller Länder durch die sich angleichenden Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie. Das bedeutet, dass es nach mehreren Generationen durchaus möglich sein kann, dass Menschen sich nicht mehr zur Nationalität ihrer Großeltern bekennen möchten, sondern sich als Mitglied anderer Nationen, in denen sie leben und arbeiten, begreifen. Dieser – viele Einzelpersonen sehr unterschiedlich einbeziehende – Prozess der Angleichung muss nicht immer negativ sein. Er umfasst ja oft mehrere Generationen. Hier greift auch die Tatsache, dass jede Person das Recht hat, ihre Nationalität selbst zu definieren. Dies wurde so auch nach der sozialistischen Oktoberrevolution unter der Diktatur des Proletariats als Ausdruck der sozialistischen Demokratie realisiert.

Es existiert im Kapitalismus (und erst recht in der Epoche des Imperialismus) aber ein weiteres weltweit wirkendes Gesetz, nämlich das Erwachen der nationalen Bewegungen und der Kampf gegen jede nationale Unterdrückung. Dabei muss der Marxismus mit beiden Tendenzen rechnen und angesichts beider Tendenzen den proletarischen Internationalismus propagieren.

Völlig klar ist, dass Lenin und Stalin gegen die zwangsweise „Assimilation“, gegen die zwangsweise „Russifizierung“ der jüdischen Bevölkerung und aller anderen Nationalitäten eingetreten sind.

Völlig klar ist auch, dass angesichts der voranschreitenden kapitalistischen Entwicklung in Deutschland ein komplexer Prozess der „Assimilation“ der jüdischen Bevölkerung in Deutschland stattgefunden hat. Die jüdische Bevölkerung in Deutschland fühlte sich in nicht geringer Zahl auch subjektiv in Hinblick auf die Nationalität als Deutsch.

Gerade für die Lage in Frankreich und auch in Deutschland, um die es Lenin und Stalin ja nicht in erster Linie geht, ist aber die anvisierte Perspektive einer vollständigen „Assimilation“ ein ernstes Problem. Das hat wesentliche Gründe.

Solange der Sozialismus noch nicht erkämpft wurde, hat der Prozess der ökonomischen „Assimilation“ des jüdischen Proletariats und großer Teile der jüdischen Bevölkerung überhaupt ja als Antipode den politischen Prozess, dass die herrschende Klasse auch in fortgeschrittenen ökonomischen Staaten wie Deutschland aus reaktionären Gründen eine Politik von „Teile und Herrsche“ gerade auch mit Hilfe von

Judenfeindschaft betreibt. Mit dieser „Zuckerbrot und Peitsche“-Politik soll zugleich das „Jüdische“ überhaupt zum Verschwinden gebracht werden. Gerade die neu zugewanderte jüdische Bevölkerung wurde zum Objekt des Angriffs anderer Teile der Bevölkerung erklärt. Beides, der Druck der „Eindeutschung“ und bösartige Ausgrenzung, fand in Deutschland eben gleichzeitig statt.

Hinzu kam die Zuwanderung eines Teils der jüdischen Bevölkerung vor allem aus Polen nach Deutschland. Die jüdische Bevölkerung in Deutschland hatte durchaus Merkmale einer nationalen Minderheit, auch wenn ein großer Teil, etwa 300.000 der ca. 500.000 Menschen der jüdischen Bevölkerung, sich subjektiv als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens sahen, also die Frage des „Jüdischseins“ nun in erster Linie oder überhaupt als Frage der Religion ansahen.

Der sich nach Engels Tod als Cheftheoretiker aufspielende Kautsky hatte „Assimilation“ zu einem zentralen Begriff gegenüber der jüdischen nationalen Minderheit in Deutschland erklärt. Kautsky rekurrierte sehr massiv auf den Prozess der „Assimilation“ für die Emanzipation der jüdischen nationalen Minderheit.¹⁵

Kautskys Position wurde von Lenin (und auch Stalin) zunächst positiv wiedergegeben. Diese unter dem Einfluss von Kautsky stehenden Passagen Lenins hat Lenin selbst und auch die SDAPR vor allem nach der Oktoberrevolution insgesamt in Theorie und Praxis korrigiert.¹⁶

¹⁵ Zudem gab es bei Kautsky die theoretische Position der Darstellung der Geschichte der jüdischen Bevölkerung und ihre Charakterisierung als angebliche „Kaste“, die in der Sozialdemokratie in Russland zunächst eher unkritisch übernommen wurde, wie sich bei einer genauen Analyse zeigen wird. Widersprüchlich agierte Kautsky in Hinblick auf die Frage nach der Existenz von „menschlichen Rassen“, wobei er zunächst von einer „jüdischen Rasse“ ausging, dies später aber ohne Selbstkritik wieder polemisierend verworfen hat. Auch in der SDAPR und bei Lenin und Stalin wird an einigen Stellen von „Rasse“ gesprochen.

¹⁶ Wahr ist aber auch, dass dieser Prozess unseres Wissens nicht öffentlich und selbstkritisch aufgeklärt wurde.

f) Inwiefern gab es bei den Kadern der SDAPR Elemente der Judenfeindschaft?

Noch 1927, 10 Jahre nach der Oktoberrevolution, erklärte Stalin, dass es sehr wohl noch Judenfeindschaft gab, auch in Teilen des Proletariats und sogar in der KP. Das zeigt, wie langwierig und tiefgehend das Problem der Judenfeindschaft ist, auch in den Jahren nach dem Sieg der Oktoberrevolution. So hatte Stalin wie gesagt 1927 auf judenfeindliche Einflüsse unter den Arbeiter:innen und sogar bis hinein in die KPdSU(B) hingewiesen und zum unerbittlichen Kampf dagegen aufgefordert. Stalin schrieb:

„Wir haben gewisse Ansätze des Antisemitismus nicht nur in bestimmten Kreisen der Mittelschichten, sondern auch unter einem gewissen Teil der Arbeiterschaft und sogar an manchen Stellen in unserer Partei. Gegen dieses Übel müssen wir, Genossen, mit aller Unerbittlichkeit ankämpfen.“ (Stalin: Der XV. Parteitag der KPdSU(B), 2.-19. Dezember 1927, SW 10, S. 281)

Gerade auch in Bezug auf die Jahrhunderte lang geschürte und verankerte Judenfeindschaft gilt, dass die Überreste des Kapitalismus auf ideologischem Gebiet tiefer sind als auf jedem anderen Gebiet – und daher bis zum Kommunismus unversöhnlich bekämpft werden müssen.

Es muss daher umso weniger verwundern, dass auch zu Beginn der kommunistischen Bewegung in Russland, nach der Gründung der SDAPR 1898, erschreckende Positionen bei dem damals führenden Marxisten in Russland bei Plechanow existierten, wie Lenin berichtete. Also, und darauf kommt es hier jetzt auch einleitend an, auch bei jenen Kadern, die zweifellos gegen judenfeindliche Pogrome ankämpften wie Plechanow gab es tiefsitzende Vorurteile, offensichtlich aus der zaristischen Atmosphäre der Judenfeindschaft übernommen.

Erst 1924 wurden Notizen von judenfeindlichen Ausfällen Plechanows veröffentlicht, die Lenin 1900 unmittelbar festgehalten hat.¹⁷

¹⁷ In den uns bekannten Veröffentlichungen von Plechanow finden sich keinerlei judenfeindliche Positionen oder Anspielungen. In seinem Kampf für den historischen Materialismus hat Plechanow auch auf hohem Niveau gegen den Rassismus gekämpft. Siehe dazu im Anhang: 5. Plechanow zur Frage der „Rasse“

g) Judenfeindliche Bemerkung Plechanows im Gespräch mit Lenin (1900)

Plechanow war die überragende Persönlichkeit der Sozialdemokratie in Russland und im Exil von 1900. Er hat in Russland eine ganze Generation von jungen Revolutionär:innen dem Marxismus durch eine Fülle von Broschüren und Büchern nahegebracht. Dies ist ein Verdienst Plechanows. Dies hat Lenin auch nach Plechanows üblen politischen Entwicklung (Vaterlandsverteidigung, etc.) hervorgehoben.¹⁸

1900 bemühte sich Lenin sehr, den von ihm hochgeschätzten Plechanow in die revolutionäre Arbeit in Russland einzubeziehen. Ausführlich schildert er in einer Niederschrift mit dem Titel „Wie der ‚Funke‘ beinahe erloschen wäre“ vom September 1900, dass Plechanow im persönlichen Umgang mit ihm und anderen unangenehme, ja unerträgliche Attitüden annahm, die eine Zusammenarbeit

¹⁸ Lenin schrieb in seinem Aufsatz „Karl Marx“ 1914, als Plechanow bereits zum Revisionisten geworden war: „Die beste Darlegung der Philosophie des Marxismus und des historischen Materialismus stammt von G. W. Plechanow: „20 Jahre“, St. Petersburg 1909, 3. Aufl.; „Von der Verteidigung zum Angriff“, St. Petersburg 1910; „Grundprobleme des Marxismus“, St. Petersburg 1908; „Eine Kritik unserer Kritiker“, St. Petersburg 1906; „Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung“, St. Petersburg 1908, u. a. Schriften. Antonio Labriola: „Zur Frage der materialistischen Geschichtsauffassung“ [russisch], St. Petersburg 1898; vom gleichen Autor: „Historischer Materialismus und Philosophie“ [russisch], St. Petersburg 1906.“ (Lenin: Karl Marx (Kurzer biographischer Abriss mit einer Darlegung des Marxismus)), 1914, LW 21, S. 75) 1921 sprach sich Lenin dafür aus, „dass bei der jetzt erscheinenden Ausgabe der Werke Plechanows sämtliche Artikel über Philosophie in einem besonderen Band oder in besonderen Bänden mit einem ganz ausführlichen Register usw. zusammengefasst werden. Denn das muß in die Reihe der obligatorischen Lehrbücher des Kommunismus aufgenommen werden. Zweitens sollte der Arbeiterstaat meines Erachtens von den Philosophieprofessoren verlangen, daß sie Plechanows Darlegung der marxistischen Philosophie kennen und es verstehen, den Studierenden diese Kenntnis zu vermitteln. Doch das alles ist schon ein Abweichen von der ‚Propaganda‘ zum ‚Administrieren‘.“ (Lenin: Noch einmal über die Gewerkschaften, 1921, LW 32, S. 85 f.)

quasi unmöglich machten. Diese Niederschrift wurde erst 1924 veröffentlicht.¹⁹ Der „Funke“ (russisch: Iskra), der beinahe erloschen wäre, war die Zeitschrift „Iskra“.

In dieser Niederschrift ist für unsere Fragestellung ein ganzer Abschnitt enthalten, der zeigt, dass Plechanow als Sozialdemokrat Judenfeindschaft herausposaunte und judenfeindliche großrussische Klischees wiedergab.²⁰ Lenin schildert die Debatte folgendermaßen:

„In der Frage unserer Stellung zum Jüdischen Verband („Bund“) legte G. W. [gemeint ist Plechanow, A.d.V] eine phänomenale Intoleranz an den Tag: er erklärte ihn direkt für eine nicht-sozialdemokratische, vielmehr einfach ausbeuterische Organisation, die die Russen ausbeute, und sagte, unser Ziel sei, diesen „Bund“ aus der Partei hinaus zu werfen, die Juden seien durchweg Chauvinisten und Nationalisten, und die russische Partei müsse russisch sein, sie dürfe sich nicht ‚in die Gefangenschaft‘ derer vom ‚Stamme Gads‘ begeben usw. Alle unsere Einwände gegen diese unanständigen Reden führten zu nichts, und G. W. beharrte voll und ganz auf seinem Standpunkt, wobei er sagte, wir kennten das Judentum einfach nicht genügend und besäßen keinerlei Lebenserfahrungen im Umgang mit Juden.“ (Lenin: Wie der „Funke“ beinahe erloschen wäre, 1900, LW 4, S. 332 f.)

Lenin fuhr fort, dass in dieser Frage keine Vereinbarung getroffen wurde. Er belässt es bei dieser Passage und geht zu weiteren Fragen über.

Es gibt keinen Grund, an dieser Darstellung Lenins zu zweifeln. Hier zeigt sich, dass bei Plechanow eine politische Ablehnung, seine vollständig negative Einschätzung des „Bunds“ ganz eindeutig mit tiefsitzenden judenfeindlichen Klischees verbunden war. Allein seine Erklärung, dass die russische Partei russisch sein müsse, allein seine Darstellung des „Bunds“ als Ausbeuterorganisation, welche die russische Bevölkerung ausbeute, und nicht zuletzt der Hinweis auf irgendwel-

¹⁹ Lenin: Wie der „Funke“ beinahe erloschen wäre, 1900, LW 4, S. 328-346, zuerst veröffentlicht 1924 Lenin-Sammelband I

²⁰ Die Durchsicht der Schriften Plechanows, die auf Deutsch sicherlich nicht vollständig veröffentlicht sind, zeigen im Unterschied zu dieser Passage, dass Plechanow publizistisch nach unserer Recherche keine judenfeindlichen Bemerkungen veröffentlicht hat, soweit dies bisher überprüft werden konnte.

che „Stammeseigenschaften“ zeigten, dass Plechanow jenseits rationaler Argumentation sich großrussischer Judenfeindschaft bediente. Dies hatte nichts mit möglicherweise berechtigter Kritik am „Bund“ zu tun, wie sie sich später auf dem 2. Parteitag der SDAPR 1903 zeigte.

Ein Mensch, der wie Plechanow fühlt und denkt, wird schon allein von seiner Körpersprache her in Verhandlungen mit Vertretern des „Bund“ seine tiefe Abneigung nicht völlig verbergen können. Umgekehrt sind all jene, die von der Judenfeindschaft betroffen sind, durchaus in der Lage, Signale in dieser Richtung zu empfangen und zu deuten. In Lenins Bericht zeigte sich schon das Problem, dass bei aller theoretisch berechtigten Kritik auch verständlich sein muss, dass die Vertreter:innen des „Bunds“ ein nicht völlig unberechtigtes Misstrauen auch gegen „große“ russische marxistische Revolutionäre wie Plechanow haben konnten. Das hat die politische und organisatorische Vereinigung mit Sicherheit nicht gerade erleichtert.

Dieser Gesichtspunkt soll keinesfalls aus dem Auge verloren werden. Er erklärt dann doch, warum es ein so großes Misstrauen bei den jüdischen Aktivist:innen des „Bunds“ gab, dass die Sozialdemokratie in den Großstädten Judenfeindschaft in Russland nicht so ernst nahm, wie es eigentlich nötig gewesen wäre.

Allerdings war dieses Misstrauen etwas anderes als die solidarische Anerkennung des Kampfes der SDAPR gegen die Judenfeindschaft. Auch war dies keinesfalls ein hinreichendes Argument, nicht einer gemeinsamen, das zaristische Russland umfassenden Organisation, eben der SDAPR beizutreten und dort dann, wo Probleme existierten, diese zu bekämpfen.

Im Verlauf der revolutionären Entwicklung in Russland bis zur Oktoberrevolution und danach verließen übrigens viele Mitglieder den „Bund“ und traten der SDAPR und dann der KPR(B) bei.

I. Die Entwicklung der allgemeinen Lage und der Judenfeindschaft in Russland und der Kampf der Sozialdemokratie in Russland die Judenfeindschaft

A. Das zaristische Russland und die Entwicklung der Kämpfe des Proletariats und der SDAPR

1. Ökonomische und politische Lage und die soziale Entwicklung im zaristischen Russland

Nach Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 entwickelte sich der Kapitalismus in Russland ziemlich schnell, trotz der Überreste der Leibeigenschaft, die diese Entwicklung hemmten. In 25 Jahren, von 1865 bis 1890, stieg die Zahl der Arbeiter:innen allein in den großen Fabriken, Werken und an den Eisenbahnen von 706.000 auf 1.433.000, das heißt auf mehr als das Doppelte.

In den 1890er Jahren begann sich die kapitalistische Großindustrie in Russland schnell zu entwickeln. Gegen Ende der neunziger Jahre war die Zahl der Arbeiter:innen in den großen Fabriken und Werken, im Bergbau und an der Eisenbahn allein in 50 Gouvernements des europäischen Russlands auf 2.207.000 und in ganz Russland auf 2.792.000 angewachsen. Das war ein modernes Industrieproletariat, das sich von den Arbeiter:innen der Fabriken der Leibeigenschaftsperiode und denen des kleinen, handwerklichen und jeglichen anderen Gewerbes von Grund aus unterschied, sowohl durch seine Zusammenballung in großen kapitalistischen Betrieben wie durch seine kämpferischen, revolutionären Eigenschaften. Dabei war die kapitalistische Großindustrie auch geografisch konzentriert. Allein in Moskau waren es um rund 1900 ca. 380.000 Arbeiter:innen der Industrie, in Petersburg über 200.000 teilweise in großen und größten Betrieben konzentriert.²¹

²¹ Siehe Paretzki, Elie: Die Entstehung der jüdischen Arbeiterbewegung in Russland, Riga 1932, Nachdruck Zandvoort 1971, S. 21

Die kapitalistische Entwicklung Russlands führte auch zur Entwicklung des Kapitalismus auf dem Land. Dort differenzierte sich die Bevölkerung in verschiedene Schichten: von den Großgrundbesitzern über die kapitalistisch-großbäuerlichen Betriebe (Kulaken), die mittelbäuerliche Schicht, die Schichten der landarmen und landlosen Klein- und Kleinstbetriebe sowie das landwirtschaftliche Proletariat.²²

Dennoch blieb Russland in seiner ökonomischen Entwicklung hinter den anderen kapitalistischen Ländern zurück. Die große Mehrheit der Bevölkerung war noch in der Landwirtschaft beschäftigt. Die rasche Entwicklung des Kapitalismus, der kapitalistischen Großproduktion und der für den Imperialismus typischen Monopolstrukturen in Verbindung mit der Unterwerfung und Beherrschung zahlreicher unterdrückter Nationen und nationaler Minderheiten machten Russland allerdings zu einem imperialistischen Land. Das zeigte sich in extremer Form im Ersten Weltkrieg.

Infolge der wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit Russlands im Vergleich zu imperialistischen Großmächten wie den USA, Frankreich, England und Deutschland gab es gleichzeitig auch eine Abhängigkeit sowohl des russischen Kapitalismus als auch des Zarismus selber vom westeuropäischen Kapitalismus.

2. Die zaristische Selbstherrschaft – der schlimmste Feind der Ausgebeuteten und Unterdrückten

Im zaristischen Russland wurde das kapitalistische Joch durch die Herrschaft des Zarismus noch schwerer. Die Arbeiter:innen litten nicht nur unter der kapitalistischen Ausbeutung, sondern – wie die gesamte unterdrückte Bevölkerung – unter völliger Rechtlosigkeit.

Über den Arbeiter:innen und Bäuer:innen stand ein riesiger Polizeiparat, der die zaristische Herrschaft, den Zaren, die Kapitalisten und

²² Insbesondere bildeten darunter die armen und ärmsten Schichten auf dem Land die sog. „Dorfarmut“. Mit dieser Basis konnte das revolutionäre Proletariat, voran das Industrieproletariat, das sich aufs engste mit dem Landproletariat verbindet, mit einer richtigen Politik der Kommunistischen Partei die Revolution siegreich voranführen, auch wenn es selbst nur klein an Zahl war (um 1900 ca. 1,5 % der Gesamtbevölkerung.) Denn diese „Dorfarmut“ hatte objektiv kein Interesse an der Herrschaft der Großgrundbesitzer und kapitalistischen Großbauern.

Gutsbesitzer gegen die Werktätigen, gegen die Ausgebeuteten schützte.

Trotz Aufhebung der Leibeigenschaft wurden die Bäuerinnen und Bauern für die geringsten Vergehen, für die Nichtzahlung von Abgaben, mit Ruten gepeitscht. Die Arbeiter:innen wurden von Polizei und Kosaken geprügelt, besonders während der Streiks. Bis zum Jahr 1903 bestand die Prügelstrafe.

Die große Masse der bäuerlichen Bevölkerung litt unter ihrer Landlosigkeit und den zahlreichen Überresten der Leibeigenschaft. Große Teile befanden sich in der Schuldknechtschaft der Gutsbesitzer und Kulaken.²³

Proteste der Studierenden wurden mit schweren Drangsalierungen, drakonischen Strafen und Verhaftungen beantwortet.

Zugleich war das zaristische Russland ein „Völkergefängnis“. Die zahlreichen nichtrussischen Nationalitäten waren völlig rechtlos und ständig allen erdenklichen Erniedrigungen und Beleidigungen ausgesetzt. Alle oder fast alle Staatsämter waren mit russischen Beamten besetzt. Vor den Behörden und vor Gericht wurden alle Angelegenheiten in russischer Sprache verhandelt. Es war verboten, Zeitungen und Bücher in anderen Sprachen herauszugeben. In den Schulen war der Unterricht in der Muttersprache untersagt. Die zaristische Regierung war bestrebt, jede Regung nichtrussischer Kultur zu ersticken. Sie betrieb eine Politik gewaltsamer „Russifizierung“ der nichtrussischen Nationalitäten. Gleichzeitig suchte die zaristische Regierung der russischen Bevölkerung beizubringen, die nichtrussische Bevölkerung als minderwertig zu betrachten.

Immer wieder hetzte der Zarismus mit Hilfe seiner Provokateure die Nationalitäten Russlands gegeneinander, gründete polizeiliche Banditenorganisationen wie den „Bund des russischen Volkes“ oder den „Bund des Erzengels Michael“, und organisierte in all den Jahrzehnten und gerade in der Revolution 1905-1907 eine Reihe blutiger Judenpogrome, bei denen tausende und abertausende Menschen umkamen.

²³ Als Kulaken wurde die kapitalistische Schicht der bäuerlichen Bevölkerung bezeichnet, die das landwirtschaftliche Proletariat und andere Teile der Dorfarmut ausbeuteten und knechteten.

Deshalb strebten die klassenbewussten Arbeiter:innen danach, in der revolutionären Bewegung aller demokratischen Elemente in Stadt und Land gegen den Zarismus die Führung zu übernehmen.

3. Entwicklung der proletarischen Bewegung bis zur Revolution 1905

Kämpfe des Proletariats²⁴

In den 1870er Jahren noch vereinzelt, gab es ab den 1880er Jahren in Russland eine zunehmende Zahl von Streiks. So brach 1885 in der Fabrik von Morosow in Orechowo-Sujewo ein großer Streik von ca. 8.000 Arbeiter:innen gegen die fürchterlichen Arbeitsbedingungen, gegen die niedrigen, immer wieder herabgesetzten Löhne sowie die räuberischen Geldstrafen aus. Der Streik wurde mit Waffengewalt niedergeworfen. Über 600 Arbeiter:innen wurden verhaftet, einige Dutzend von ihnen vor Gericht gestellt. Ähnliche Streiks fanden zum Beispiel im Jahre 1885 in den Fabriken von Iwanowo-Wosnessensk statt. In den 1890er Jahren nahm die Zahl der Streiks weiter zu. Von 1895 bis 1899 streikten nach unvollständigen Angaben zirka 220.000 Arbeiter:innen.

Gleichzeitig entstanden eine Reihe von marxistischen Zirkeln von Arbeiter:innenn. 1895 schlossen sich in Petersburg unter führender Beteiligung Lenins ungefähr 20 zum „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ zusammen. Wenn in irgendeiner Fabrik ein Streik ausbrach, so reagierte der „Kampfbund“, der durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seiner Zirkel über die Lage in den Betrieben bestens unterrichtet war, unverzüglich durch die Herausgabe von Flugblättern und Aufrufen. Darin wurden nicht nur die Drangsalierungen durch die Fabrikherren angeprangert und die Forderungen der Arbeiter:innen veröffentlicht, sondern auch über ihre rechtlose Lage die volle Wahrheit gesagt und die entsprechenden politischen Forderungen gestellt.

²⁴ Die Angaben zu den Streiks und anderen Kämpfen stammen aus: ZK der KPdSU(B): Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012

Im Sommer 1896 wurde unter der Leitung des Petersburger „Kampfbunds“ der Streik der 30.000 Petersburger Textilarbeiter:innen durchgeführt. Die Hauptforderung war die Verkürzung des Arbeitstages. Durch die Wucht dieses Streiks wurde die zaristische Regierung gezwungen, das Gesetz vom 2. (14.) Juni 1897 zu erlassen, das den Arbeitstag auf 11 1/2 Stunden beschränkte. Bis zu diesem Gesetz war der Arbeitstag überhaupt nicht begrenzt gewesen.

Ende des 19. Jahrhunderts brach in Europa eine Industriekrise aus, die auch Russland erfasste. Dessen ungeachtet kam es zu einem weiteren Aufschwung der proletarischen und der revolutionären Bewegung in Russland.

Im Jahre 1901 verwandelte sich der 1.-Mai-Streik im Obuchowschen Kriegsbetrieb in Petersburg in einen blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeiter:innen und Truppen. Den bewaffneten zaristischen Truppen konnten die Arbeiter:innen nur mit Steinen und Eisenstücken entgegentreten. Ihr hartnäckiger Widerstand wurde gebrochen. Und dann folgte die brutale Abrechnung: ungefähr 800 Arbeiter:innen wurden verhaftet, viele ins Gefängnis geworfen und zu Zwangsarbeit verschickt. Die „Verteidigung der Obuchower“ übte jedoch auf die Arbeiter:innen in Russland einen großen Einfluss aus und rief eine Welle von Sympathiekundgebungen unter den anderen Arbeiter:innen hervor.

Im März 1902 kam es zu großen, vom Batumer sozialdemokratischen Komitee organisierten Streiks und Demonstrationen der Batumer Arbeiter:innen. Die Batumer Demonstration rüttelte die proletarischen Massen Transkaukasiens auf und hatte auch erhebliche Wirkung auf bäuerliche Massen.

In demselben Jahre 1902 brach in Rostow am Don ein großer Streik aus. Zuerst traten die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner in Streik; bald schlossen sich ihnen die Arbeiter:innen vieler Betriebe an. Zu Meetings außerhalb der Stadt versammelten sich einige Tage hindurch bis zu 30.000 Arbeiter:innen. Auf diesen Meetings wurden sozialdemokratische Proklamationen laut verlesen und Reden gehalten. Polizei und Kosaken waren außerstande, diese vieltausendköpfigen proletarischen Versammlungen auseinanderzujagen. Als einige Arbeiter:innen von der Polizei getötet wurden, kam es am nächsten Tag bei ihrer Beerdigung zu einer gewaltigen proletarischen Demonstration.

Erst nachdem die zaristische Regierung Truppen aus den benachbarten Städten zusammengezogen hatte, gelang es, den Streik zu unterdrücken. Der Kampf der Rostower Arbeiter:innen wurde vom Don-Komitee der SDAPR geleitet.

Noch größere Ausmaße nahmen die Streiks im Jahre 1903 an. In diesem Jahre finden im Süden politische Massenstreiks statt, die Transkaukasien (Baku, Tiflis, Batum) und die größten Städte der Ukraine (Odessa, Kiew, Jekaterinoslaw) erfassten. Die Streiks werden immer hartnäckiger und organisierter. Zum Unterschied von den früheren Aktionen der proletarischen Klasse wird nunmehr der politische Kampf der Arbeiter:innen fast überall von den sozialdemokratischen Komitees geleitet.

Die proletarische Bewegung übte auf die ausgebeutete und unterdrückte bäuerliche Bevölkerung ihren Einfluss aus. Im Frühjahr und Sommer 1902 entfaltete sich die bäuerliche Bewegung in der Ukraine (in den Gouvernements Poltawa und Charkow) und im Wolgagebiet. Die Bäuerinnen und Bauern brannten Gutshöfe nieder, besetzten gutherrliche Ländereien, töteten verhasste Landeshauptleute und Gutsbesitzer. Gegen die aufständischen Bäuerinnen und Bauern wurde Militär eingesetzt, auf sie wurde geschossen, sie wurden zu Hunderten verhaftet, die führenden Kräfte wurden ins Gefängnis geworfen, doch die revolutionäre Bewegung unter den Bäuerinnen und Bauern wuchs weiter an.

Unter dem Einfluss des revolutionären Kampfes der Arbeiter:innen verstärkte sich auch die oppositionelle Studierendenbewegung. Die Regierung reagierte auf die Demonstrationen und Streiks der Studierenden dadurch, dass sie die Universitäten schließen ließ. Die Regierung warf Hunderte von Studierenden ins Gefängnis, und heckte schließlich den Plan aus, widerspenstige Studenten in die Armee zu zwingen. Als Antwort darauf organisierten die Studierenden aller Hochschulen im Winter 1901/02 einen Generalstreik der Studierenden. Dieser Streik erfasste an die 30.000 Personen.

Immer häufiger wird gegen die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter:innen sowie die militanten Proteste und Aktionen der Bäuerinnen und Bauern Militär eingesetzt. Die Gefängnisse und Verbannungsorte werden überfüllt.

Neben den verstärkten Gewaltmaßnahmen versuchte die zaristische Regierung, auch andere, „elastischere“ Maßnahmen zu ergreifen, die nicht den Charakter von Gewaltmaßnahmen trugen, um die Arbeiter:innen von der revolutionären Bewegung abzulenken. Es wurden Versuche unternommen, falsche „Arbeiterorganisationen“ unter der Vormundschaft der Gendarmerie und Polizei zu schaffen. Diese Organisationen wurden damals Organisationen des „Polizeisozialismus“ oder Subatow-Organisationen genannt (nach dem Namen des Gendarmerie-Obersten Subatow, der diese polizeilichen „Arbeiterorganisationen“ gegründet hatte). Die zaristische Geheimpolizei (Ochrana) versuchte durch ihre Agenten, den Arbeiter:innen vorzutäuschen, dass die zaristische Regierung selbst bereit sei, ihnen bei der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zu helfen. „Wozu sich mit Politik befassen, wozu Revolution machen, wenn der Zar selbst auf der Seite der Arbeiter steht“, so sprachen die Subatow-Leute. Die Subatow-Leute gründeten in einigen Städten ihre Organisationen. Nach dem Vorbild der Subatow-Organisationen und zu demselben Zwecke wurde im Jahre 1904 von dem Popen Gapon eine Organisation unter dem Namen „Verein russischer Fabrik- und Betriebsarbeiter Petersburgs“ geschaffen.

Der Versuch der zaristischen Ochrana, sich die proletarische Bewegung zu unterwerfen, misslang jedoch. Die zaristische Regierung war außerstande, mit solchen Maßnahmen der anwachsenden Bewegung Herr zu werden. Die wachsende revolutionäre Bewegung der Arbeiter:innen machte das Treiben dieser Polizeiorganisationen unwirksam.

4. Die jüdische proletarische Bewegung und ihre Entwicklung als Teil des Kampfes des Proletariats Russlands bis 1905

Die proletarische Bewegung der jüdischen Arbeiter:innen war selbstverständlich *Teil* der sich immer mächtiger und radikaler entwickelnden proletarischen Bewegung in Russland insgesamt und war gerade in den Anfangsjahren ein wichtiger Teil derselben. Gerade auch die aus der Abwehr der Pogrome gewonnene Entscheidung für eine bewaffnete Selbstwehr sowie der tiefe Hass auf den Zarismus bewirkte, dass die jüdische proletarische Bewegung nicht nur 1905, sondern

nachher auch in der Februar-Revolution 1917 und in der Oktoberrevolution 1917 eine große Rolle spielte.²⁵

Das jüdische Proletariat

Die jüdischen Arbeiter:innen waren von der stürmischen Entwicklung der industriellen Großproduktion in Russland in einem großen Maße abgeschnitten. Denn diese kapitalistischen Großbetriebe lagen fast alle außerhalb des jüdischen Rayons, in welches fast die gesamte jüdische Bevölkerung mit judenfeindlichen Gesetzen und Polizeigewalt hineingezwungen worden war.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen herrschten innerhalb der Rayons mittlere, kleinere und eine große Fülle von kleinsten Betrieben und Unternehmen vor. So gab es gemäß der Zählung von 1897 zirka 500.000 Minibetriebe, kleine und kleinste Werkstätten mit einem Meister und Gehilfen, wo die Gehilfen unter erbärmlichsten Bedingungen ausgebeutet wurden.

Auch dort, wo es wie in Bialystok eine verhältnismäßig große Zahl von Fabrikarbeiter:innen (ca. 3.000 Weber:innen) gab, waren diese nicht in einigen wenigen Betrieben konzentriert. Dies verhinderte aber nicht, dass diese durch gleichzeitige Streiks und ihr solidarisches Zusammenstehen Erfolge erkämpften. So gelang es dort einen Streik von 2.000 Weber:innen zu organisieren, die den 10-Stunden-Tag forderten und durchsetzten.²⁶

Aus einer Volkszählung aus dem Jahr 1897 hat sich für das gesamte Russland folgende sozialökonomische Gliederung der jüdischen proletarischen, halbproletarischen und anderen Masse der werktätigen Bevölkerung (ohne Bourgeoisie) entnehmen lassen:

²⁵ Die jüdische proletarische Bewegung hängt in ihrer Entwicklung zwar eng mit dem jüdischen „Bund“ zusammen, ist mit diesem aber nicht gleichzusetzen. Darauf wird weiter unten eingegangen werden.

²⁶ Siehe Schneerson, Esther: Der allgemeine jüdische Arbeiterbund („Bund“) in Russland, Polen und Litauen, Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, hrsg. Vom Bureau für Statistik der Juden, Jg. 1 (Februar 1905), Heft 2 (S. 4-11), S. 6

1. Industriearbeiterinnen und Industriearbeiter	75.000
2. Tagelöhnerinnen und Tagelöhner	105.000
3. Dienstbot:innen	175.000
4. Gesell:innen	140.528
5. Lehrlinge	101.062
6. Landwirtschaftliche Arbeiter:innen	<u>13.000</u>
Insgesamt	609.590 ²⁷

Streiks und andere Kämpfe der jüdischen Arbeiter:innen bis 1904/5

Bereits in den 1870er Jahren fanden die ersten Streiks jüdischer Arbeiter:innen in den Tabakbetrieben von Wilna (1875) und der Bialystoker Weber:innen (1877/78) statt.²⁸ Diese waren noch eine weitgehend isolierte Erscheinung. Das änderte sich bereits in den 1880er Jahren.

Beim Bialystoker Streik der Weber:innen (1882) zeigten sich Keime einer gewerkschaftlichen Organisation. Nach den spontanen Streiks in

²⁷ Angaben entnommen aus: Paretzki, Elie: Die Entstehung der jüdischen Arbeiterbewegung in Russland, Riga 1932, Nachdruck Zandvoort 1971, S. 23

²⁸ John Bunzl: Klassenkampf in der Diaspora – Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 48

John Bunzl (1945-2022) war ein österreichischer Politikwissenschaftler sowie Soziologe. John Bunzl wurde 1945 in einer österreichischen jüdischen Familie im Londoner Exil geboren. Nachdem sich sein Vater Viktor Bunzl als einziges Familienmitglied entschieden hatte, nach Österreich zurückzukehren, wuchs John Bunzl in Österreich auf. Nach seinem Studium der Soziologie an der Universität Wien und seiner Promotion an der Universität Innsbruck übte er verschiedene Lehrtätigkeiten an den Universitäten Innsbruck, Salzburg und Wien aus. Sein 1975 veröffentlichtes Buch „Klassenkampf in der Diaspora – Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung“ (Wien 1975) wird von uns im Folgenden immer wieder als Quelle angegeben, da es gerade auch zum Zeitraum 1895 bis 1914, gestützt auf Primärliteratur, wichtige Informationen über die jüdische proletarische Bewegung in Russland und auch in Österreich enthält. Von John Bunzl liegt eine Anzahl weiterer Publikationen vor, insbesondere dann auch zur Vorgeschichte, Gründung und weiteren Entwicklung des Staates Israel. Darauf wird in den weiteren Bänden „Zur Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“ kritisch zurückzukommen sein.

Minsk (1887) entstehen 1888/89 die ersten Streik- und Widerstandskassen der Drucker:innen, Schneider:innen, Tischler:innen, Schmiede, Strumpfwirker:innen und Bürstenmacher:innen. Parallel dazu entstanden sporadisch auch Selbsthilfeorganisationen der Fabrikarbeiter:innen. Das war der Beginn der gewerkschaftlichen Organisation der jüdischen Arbeiter:innen. Zudem entstanden marxistische Zirkel und Gruppen, welche mittels Flugblätter und Broschüren sowie mündlich unter den jüdischen Arbeiter:innen mit der Agitation für Streiks v. a. für ökonomische Forderungen begannen, wie etwa für den 10-Stunden-Tag.

Dieser zunehmende organisatorische Rückhalt verlieh den Streikämpfen der neunziger Jahre eine besondere Härte. Sie erreichten einen Höhepunkt in den Jahren 1894 und 1895 (großer Streik der jüdischen Arbeiter:innen in Bialystok anlässlich des Versuchs des Fabrikinspektorats, Arbeitsbücher einzuführen, in denen Strafbestimmungen für Streiks abgedruckt sind). Im selben Jahr gab es Streiks in Wilna, Minsk, Kowno, Odessa und vielen anderen Städten des Rayons.

Am 1. Mai 1895 und 1896 proklamierten die jüdischen Arbeiter:innen mit Kundgebungen und Demonstrationen ihren Eintritt in den politischen Kampf. So hieß es in Reden und auf Bannern: „Wir kämpfen für die Freiheit, Streiks, Arbeiterkoalitionen, Versammlungen und Presse“.

1896 bereits konnte Plechanow, damals trotz Schwächen und Fehlern noch ein wichtiger Vertreter des Marxismus in Russland, beim Kongress der Sozialistischen Internationale in London als Vertreter der russischen Sozialdemokratie erklären:

„Indem wir nun zum Westen Russlands übergehen, machen wir unsere westeuropäischen Genossen mit besonderer Genugtuung auf die Erfolge der sozialdemokratischen Propaganda unter den Juden [...] aufmerksam [...]. Diese Parias Russlands, welche nicht einmal im Besitz derjenigen elenden Rechte sind, welche die christlichen Angehörigen des russischen Reiches genießen, haben im Kampfe mit ihren Ausbeutern so viel Ausdauer und Verständnis der sozialpolitischen Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung an den Tag gelegt, dass man sie in

gewisser Hinsicht als die Avantgarde der Arbeiterarmee Russlands betrachten kann.“²⁹

Die durchschnittliche Dauer der Streiks (ca. bis 1900 gerechnet) betrug in den Fabriken 18 Tage, in den Werkstätten 21 ½ Tage. Unter den Streiks waren lokale, auf einzelne Erwerbszweige sich erstreckende generalisierte Streiks sehr verbreitet, z. B. im Jahr 1899 in Wilna: Schuhmacher/innen-Streik (300 Gehilfen), Gerberstreik (250 Gehilfen), Lohgerberstreik (800 Arbeiter:innen). Die Erfolge waren unterschiedlich, zum Teil aber höchst bemerkenswert. So stieg in Bialystok der Arbeitslohn eines Webers im Fabrikbetrieb von 3-4 Rubel wöchentlich auf 6-8 Rubel. Der Arbeitstag fiel gleichzeitig von 14 auf 10 Stunden.³⁰ Vielfach wurde die Überstundenarbeit abgeschafft, in einzelnen Fällen auch die Nacharbeit. Außerdem wurden auch reguläre Lohnauszahlungstermine erreicht.

In Kreslawa streikten Ende des 19. Jahrhunderts 230 Arbeiter:innen 15-16 Wochen lang. Die streikenden jüdischen Bürstenmacherinnen und -macher erhielten Unterstützung von den proletarischen Organisationen in Zentralrussland. Auch proletarische Organisationen aus anderen Ländern kamen ihnen zu Hilfe, z. B. erhielten sie Spenden vom Berliner „Bund der Holzarbeiter“ und von schwedischen Arbeiter:innen.³¹

Gerade in der Anfangszeit, als die proletarische Bewegung unter den jüdischen Arbeiter:innen der Bewegung unter den anderen Proletariet:innen Russlands voraus war, suchten die Kapitalisten nichtjüdische Arbeiter:innen als Streikbrecher einzusetzen. Damit sollten nicht nur Streiks gebrochen werden, sondern sollte auch ein Keil zwischen jüdischen und nichtjüdischen Arbeiter:innen getrieben werden. Auch

²⁹ Bericht des Delegierten der russischen Sozialdemokratie an den internationalen Sozialisten-Kongress in London 1896 (Verein für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse), S. 18, hier zitiert nach: Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora – Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 60.

³⁰ Weitere Beispiele: Schneerson, Esther: Der allgemeine jüdische Arbeiterbund („Bund“) in Russland, Polen und Litauen, Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, hrsg. Vom Bureau für Statistik der Juden, Jg. 1 (Februar 1905), Heft 2 (S. 4-11), S. 7

³¹ Siehe Paretzki, Elie: Die Entstehung der jüdischen Arbeiterbewegung in Russland, Riga 1932, Nachdruck Zandvoort 1971, S. 57

wenn es Beispiele der Solidarisierung nichtjüdischer Arbeiter:innen gab, hatten die Fabrikherren damit zunächst Erfolge. Manche Kapitalisten organisierten regelrechte Streikbrechergarden (aus deklassierten Elementen). Dem setzte der 1897 gegründete „Bund“ der jüdischen Arbeiter:innen proletarische Abwehr-Einheiten entgegen. Spezialtrupps wurden organisiert, um Streikbrecher zu bekämpfen.³² Die Situation änderte sich zudem durch die Entstehung und Entwicklung der proletarischen Bewegung und Kämpfe der nichtjüdischen klassenbewussten und revolutionären Arbeiter:innen, welche diese und alle anderen streikbrecherischen Aktionen der Kapitalisten aktiv bekämpften.

Gerade auch im Hinblick auf die jüdische proletarische Bewegung genügte es dem Zarismus nicht, sich „traditioneller“ Methoden der gewaltsamen Unterdrückung zu bedienen. Denn die jüdische proletarische Bewegung hatte Ausmaße angenommen, die solche Methoden (etwa Verhaftung einzelner führender Arbeiter:innen) nicht mehr als effektiv erscheinen ließen. Allein in den Jahren 1900 bis 1904 gab es im jüdischen Rayon 1.673 „jüdische Streiks“.

Am Beispiel des „Bunds“ und der kämpferischen Bewegung des jüdischen Proletariats sollte ein demagogisches Manöver erprobt werden, das auch im übrigen zaristischen Herrschaftsbereich angewendet werden sollte: Den Arbeiter:innen wurde bei strikter Beschränkung auf rein ökonomische Forderungen behördliche Unterstützung versprochen. In seinem Versuch, den Sozialismus und die Bewegung der Arbeiter:innen auseinanderzureißen, orientierten sich die Machenschaften des damit beauftragten Schergen der Geheimpolizei Subatow auf jene Teile des jüdischen Proletariats, deren politisches Bewusstsein weniger entwickelt war und die noch nicht bereit waren, den politischen Aufrufen und Aktionen zu folgen. Subatows Bemühungen gipfelten in der Gründung einer „*Unabhängigen jüdischen Arbeiterpartei*“ (oder „Unabhängige“) in Minsk im Juli 1901.³³ Nach anfänglichen Erfolgen ihrer legalistischen Aktivität stieß die neue Partei bald

³² Bewaffnete Gruppen jüdischer Arbeiter:innen bildeten auch den Kern von Selbstschutzorganisationen gegen Pogrome.

³³ Subatow ließ mittels seiner Agenten nicht nur „Arbeiterstreiks“ durchführen, sondern lobte für seine Zwecke auch den Sozialreformismus von Bernstein. Siehe

auf den erbitterten Widerstand des „Bund“, der stark genug war, diese „polizei-sozialistischen“ Angriffe zurückzuweisen. Der „Bund“ organisierte in den westlichen Gebieten Russlands, wo er stark verankert war, Gegendemonstrationen gegen die „Unabhängigen“-Partei und sprengte manchmal deren Versammlungen gewaltsam.

Selbstverständlich wurden demagogische Manöver weiterhin mit nackter Repression kombiniert. Gerade auch die in der jüdischen proletarischen Bewegung engagierten und organisierten Arbeiter:innen wurden massiv verfolgt. So entfielen bis zum Jahr 1904 auf die 30.000 beim „Bund“ Organisierten etwa 4.500 Verhaftete und Deportierte. Besonders groß ist der Prozentsatz (64,3%) der „Bundistinnen“ unter den deportierten Frauen.³⁴

Die weitere Zunahme der Streiks und Demonstrationen konnte das alles nicht verhindern. 1903-1904 gab es Streiks mit insgesamt Zehntausenden Beteiligten, von denen ein Großteil erfolgreich war. Ebenso nahmen die Protestversammlungen und -demonstrationen zu, darunter 35 Maifeierstreiks.³⁵

5. Gründung und Entwicklung der SDAPR von 1898 bis 1905

Die Stärke und Radikalität der revolutionären proletarischen Bewegung in Russland ist untrennbar mit dem Vorhandensein und Wirken einer revolutionären, „leninistischen“, bolschewistischen Organisation verbunden. Das waren die revolutionär-kommunistischen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie Russlands (SDAPR).

Paretzki, Elie: Die Entstehung der jüdischen Arbeiterbewegung in Russland, Riga 1932, Nachdruck Zandvoort 1971, S. 62.

³⁴ Siehe Schneerson, Esther: Der allgemeine jüdische Arbeiterbund („Bund“) in Russland, Polen und Litauen, Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, hrsg. Vom Bureau für Statistik der Juden, Jg. 1 (Februar 1905), Heft 2 (S. 4-11), S. 8

³⁵ Siehe Paretzki, Elie: Die Entstehung der jüdischen Arbeiterbewegung in Russland, Riga 1932, Nachdruck Zandvoort 1971, S. 65

Gründung der SDAPR 1898 und erstes Parteiprogramm

In den 1890er Jahren waren „Kampfbünde“ nicht nur in Petersburg, sondern auch in Moskau, Kiew und anderen Städten entstanden. Daneben waren auch in den westlichen nationalen Randgebieten Russlands sozialdemokratische Organisationen entstanden. In den neunziger Jahren hatten sich auch die marxistischen Elemente von der polnischen nationalistischen Partei gelöst und die „Sozialdemokratie Polens und Litauens“ gegründet. Ende der neunziger Jahre entstanden auch Organisationen der lettischen Sozialdemokratie. Im Oktober 1897 wurde in den westlichen Gouvernements Russlands die allgemeine jüdische sozialdemokratische Organisation „Bund“ geschaffen. Auf dem Weg zum Zusammenschluss dieser Organisationen zu einer gemeinsamen revolutionär-kommunistischen Partei in Russland standen für die Marxistinnen und Marxisten zunächst zwei ideologische Kämpfe und Abgrenzungen im Vordergrund. Zum einen war dies der Kampf gegen die „Volkstümmler“. Diese lehnten den Marxismus geradezu ab und sanken immer mehr auf eine reformistische Position der Versöhnung mit dem Zarismus herab. Zum anderen waren dies die „legalen Marxisten.“ Diese beriefen sich zwar auf den Marxismus, stützten diesen aber in typisch revisionistischer Manier auf ein für die Bourgeoisie annehmbares Maß zurecht und vertraten letztendlich die Interessen der Bourgeoisie.

Im März 1898 führten einige „Kampfbünde“, und zwar die von Petersburg, Moskau, Kiew, Jekaterinoslaw und der „Bund“ in Minsk den 1. Parteitag der SDAPR durch. Dieser formale Akt hatte eine große revolutionär-propagandistische Bedeutung. Doch es gab noch keine einheitliche Linie und kein wirkliches Parteiprogramm. Es dauerte noch einige Jahre, um die Zerfahrenheit, zu überwinden, die opportunistischen Schwankungen und Abweichungen niederzukämpfen und die wirkliche Bildung der SDAPR vorzubereiten. Die von Lenin organisierte Zeitung „Iskra“ spielte dabei eine überragende Rolle.³⁶

³⁶ Siehe über die damalige Situation genauer: ZK der KPdSU(B): Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 29f.

Die Bedeutung des Kampfes gegen die „Ökonomen“

Als entscheidendes Hindernis innerhalb der SDAPR, um wirklich voranzukommen, erwiesen sich zu dieser Zeit der „Ökonomismus“ und dessen Propagandisten. Die „Ökonomen“ behaupteten, dass der allgemeinpolitische Kampf gegen den Zarismus die Sache aller Klassen sei, vor allem die Sache der Bourgeoisie, dass dieser infolgedessen für die proletarische Klasse von keinem ernsthaften Interesse sei. Das Hauptinteresse der Arbeiter:innen sei vielmehr der wirtschaftliche Kampf gegen die Unternehmer für Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen usw. Deswegen sollten sich die Sozialdemokraten nicht den politischen Kampf gegen den Zarismus, nicht den Sturz des Zarismus als nächste Hauptaufgabe stellen, sondern die Organisation „des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung“ (darunter verstanden die „Ökonomen“ damals insbesondere den Kampf für die Verbesserung der Fabrikgesetzgebung). Es war klar, dass dies eine mit dem revolutionären Kampf für den Sturz des Zarismus unvereinbare Ablenkung der proletarischen Klasse vom allgemeinpolitischen Kampf gegen den Zarismus bedeutete.

Die „Ökonomen“ behaupteten weiter, dass die Rolle des bewussten Elements in der proletarischen Bewegung, die organisierende und lenkende Rolle des sozialistischen Bewusstseins, der sozialistischen Theorie belanglos oder fast belanglos sei. Die Sozialdemokratie habe die Arbeiter:innen nicht auf das Niveau des sozialistischen Bewusstseins emporzuheben, sondern im Gegenteil sich selbst dem Niveau der mittleren oder sogar noch rückständigeren Schichten der proletarischen Klasse anzupassen und auf dieses Niveau hinabzusteigen. Die Sozialdemokratie habe nicht das sozialistische Bewusstsein in die proletarische hineinzutragen, sondern abzuwarten, bis die spontane Bewegung der proletarischen Klasse selbst das sozialistische Bewusstsein mit ihren eigenen Kräften herausbilde. Das konnte und kann angesichts der sich „spontan“ stets aufdrängenden bürgerlichen Ideologie allerdings nicht funktionieren.

Lenin zeigte in seinem Buch „Was tun?“ grundlegend, dass die Anbetung der Spontaneität der proletarischen Bewegung und die Herabminderung der Rolle des sozialistischen Bewusstseins, der sozialistischen Theorie unvermeidlich dazu führt, in den Nachtrab der bürgerlichen

Politik und Ideologie zu geraten. Denn ohne die revolutionäre Theorie hat die revolutionäre Partei in den Fragen des Klassenkampfes keine Orientierung. Wie Lenin sagte:

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.“ (Lenin: Was tun? , 1902, LW 5, S. 379)

Dem entsprechend ist es so

„dass *die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird.*“ (Ebenda, S. 380, H. i. O.)

Der „Ökonomismus“ ist auch deshalb unvereinbar mit der Rolle der revolutionär-kommunistischen proletarischen Partei als Vorhut des Proletariats, weil diese mit ihrer Politik, Propaganda und Agitation auf *alle* Fälle und Formen von Unrecht reagieren muss. In seiner zentralen Schrift gegen die „Ökonomen“ schrieb Lenin:

„Das Bewusstsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf *alle* und *jegliche* Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Missbrauch zu reagieren, *welche Klassen* diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren.“ (Lenin: Was tun? , 1902, LW 5, S. 426, H. i. O.)

Dies zu verstehen und danach zu handeln, war in Russland offensichtlich von größter Bedeutung im Kampf gegen die vielfältigen Formen der nationalen Unterdrückung sowie die Rechtslosigkeit und die Misshandlungen bis hin zu mörderischen Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung.³⁷

Der 2. Parteitag 1903, die Annahme des Programms und die Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki

Nach einer Phase des zunehmend erfolgreichen Kampfes zur Entlarvung der sogenannten „Ökonomen“ fand 1903 der 2. Parteitag der SDAPR statt. Dieser nahm das Parteiprogramm an. Im Unterschied zu

³⁷ Siehe dazu in diesem Band Teil I. B.: Das Regime der Judenfeindschaft und Pogrome in Russland, der Kampf der jüdischen Bevölkerung dagegen - Die politische Positionierung der SDAPR, Lenins und Stalins im Kampf gegen die Judenfeindschaft in Russland.

den Programmen vieler anderer sozialdemokratischen Parteien, darunter die SPD, enthielt dieses den entscheidenden Punkt der Diktatur des Proletariats.

Zu schärfsten Auseinandersetzungen kam es wegen der Formulierung des ersten Paragraphen des Statuts. Die Formulierung Lenins besagte, dass Mitglied der Partei sein kann, wer das Parteiprogramm anerkennt, die Partei in materieller Hinsicht unterstützt und Mitglied einer ihrer Organisationen ist. Die Formulierung Martows, der von nun an zum führenden Menschewisten wurde, sah die Beteiligung an einer Parteiorganisation nicht als Bedingung der Parteimitgliedschaft an. Parteimitglieder sollten demnach auch Leute werden, die nicht gewillt waren, einer Parteiorganisation beizutreten, sich der bewussten Parteidisziplin zu unterwerfen, Parteaufträge auszuführen und sich den damit verbundenen Gefahren auszusetzen. Eine so verschwommene Organisation, wie sie Martow und die Menschewiki haben wollten, hätte niemals eine siegreiche Revolution erkämpfen können.

Die Formulierung Lenins bekam die Mehrheit auf dem Parteitag.³⁸ Doch es zeigte sich, dass nunmehr ein heftiger Kampf gegen den Opportunismus auf organisatorischem Gebiet anstand.

Im Zusammenhang mit dem Parteistatut kam es auf dem Parteitag auch zur Auseinandersetzung mit dem „Bund“. Dieser erhob Anspruch auf eine Sonderstellung in der Partei. Er verlangte, ihn als einzigen Vertreter der jüdischen Arbeiter:innen in Russland anzuerkennen. Auf diese Forderung des „Bund“ einzugehen, hätte bedeutet, die Arbeiter:innen in den Parteiorganisationen nach ihrer Nationalität zu trennen, auf einheitliche territoriale Klassenorganisationen der proletarischen Klasse zu verzichten. Der Parteitag lehnte dies mehrheitlich ab. Daraufhin verließen die „Bundisten“ den Parteitag.

1904 erschien Lenins wichtige Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“³⁹ über den 2. Parteitag der SDAPR. Darin schildert Lenin auch den Streit über die Gleichberechtigung der Sprachen als einen eher formalistischen Streit, der schließlich beigelegt werden

³⁸ Daher gab es die Bezeichnungen Bolschewiki = Mehrheitler:innen und Menschewiki = Minderheitler:innen, die von nun an gebräuchlich wurden.

³⁹ Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, 1904, LW 7, S. 197-430.

konnte. Im Grunde ging es darum, dass aus der Nicht-Gleichberechtigung der Nationalitäten auch eine Nicht-Gleichberechtigung der Sprache hervorgeht und es im Kern nicht umgekehrt ist.

Der springende Punkt war also, den „Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten“ unangetastet zu lassen und Spezialprobleme nicht allzu genau festzulegen, da das den Rahmen eines allgemeinen Parteiprogrammes sprengt, weil es doch viele Besonderheiten in verschiedenen Gebieten gibt.⁴⁰

6. Die Revolution von 1905-1907

Der Krieg zwischen Russland und Japan von 1905

Ende des 19. Jahrhunderts gingen die imperialistischen Staaten zum verschärften Kampf um die Herrschaft am Pazifik und um die Aufteilung Chinas über. An diesem Kampf war auch das zaristische Russland beteiligt. Die Nordmandschurei, ein großer Teil Chinas, wurde vom zaristischen Russland militärisch okkupiert. Bei seinen Eroberungen in Asien stieß der Zarismus auf einen anderen imperialistischen Räuber, auf Japan, das sich rasch in ein imperialistisches Land verwandelt hatte und ebenfalls Annexionen auf dem asiatischen Festlande anstrebte, in erster Linie in China und Korea.

Der Krieg zwischen Russland und Japan begann im Februar 1904 und endete im Herbst 1905. Es gab allein Hunderttausende tote Soldaten bei den bis dahin größten Land- und Seeschlachten der Geschichte auf beiden Seiten, die in China und im Pazifik stattfanden. Russland erlitt eine Niederlage und musste sich aus der Mandschurei und aus Korea zurückziehen. Korea wurde vom japanischen Imperialismus abhängig. Der Zarismus wollte durch den Krieg gegen Japan auch die erstarrende Revolution in Russland ersticken. Er erreichte jedoch das Gegenteil. Der russisch-japanische Krieg beschleunigte die Revolution.

⁴⁰ Siehe dazu Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, 1904, LW 7, S. 221-228. Die Resolution des 2. Parteitags der SDAPR zeigt, dass eine kluge Lösung gefunden wurde. (Siehe Anmerkung ##)

Konträre Ansichten von Bolschewiki und Menschewiki über die demokratische Revolution gegen den Zarismus

Die sich anbahnende Revolution von 1905 brachte alle Klassen der Gesellschaft in Bewegung. Der Aufschwung der Revolution stellte die SDAPR vor die Herausforderung, ihre politische Linie und Taktik für den Sturz des Zarismus exakt festzulegen und die praktischen Fragen zu beantworten, vor die sich das Proletariat gestellt sah.

Um diese Aufgabe zu lösen, wurde im April 1905 der 3. Parteitag der SDAPR nach London einberufen. Zum Parteitag waren alle Organisationen der Partei eingeladen, sowohl die der Bolschewiki als auch die der Menschewiki. Die Menschewiki lehnten jedoch die Teilnahme am 3. Parteitag ab und beschlossen, ihre eigene Konferenz, faktisch einen eigenen Parteitag, einzuberufen.

Die Konferenz der Menschewiki legte als politische Linie fest: Da die Revolution eine bürgerliche ist, könne nur die liberale Bourgeoisie die Revolution führen. Das Proletariat solle sich nicht mit der Bauernschaft verbünden, sondern sich der liberalen Bourgeoisie annähern. Im Falle eines siegreichen Aufstands dürfe sich die Sozialdemokratie nicht an einer provisorischen revolutionären Regierung beteiligen, da diese durch ihre revolutionäre Haltung die liberale Bourgeoisie abschrecke und damit die Revolution zum Scheitern bringe.

Der 3. Parteitag der Bolschewiki legte konträr dazu als grundlegende politische Linie der Bolschewiki in der bürgerlich-demokratischen Revolution fest: Die Revolution wird nur dann siegen, wenn das Proletariat an ihre Spitze tritt und es als führende Kraft der Revolution versteht, das Bündnis mit der Masse der geknechteten Bäuerinnen und Bauern zu sichern; wenn die liberale Bourgeoisie isoliert wird; wenn sich die proletarische Partei an der Organisation des Aufstands gegen den Zarismus aktiv beteiligt; wenn infolge des siegreichen Aufstands eine provisorische revolutionäre Regierung gebildet wird, die fähig ist, die Konterrevolution vollständig zu unterdrücken.⁴¹

⁴¹ Lenin legt die Grundpositionen der Bolschewiki und deren Begründung im Gegensatz zu den Menschewiki ausführlich dar in seinem grundlegenden Werk: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, 1905, LW 9, S. 1-130.

Die Niederlage der demokratischen Revolution von 1905 in Russland

Während der russisch-japanische Krieg tobte, entwickelte sich in Russland ein revolutionärer Aufschwung. Anfang Januar kam es nach der Entlassung von vier Arbeitern zum Streik im größten Petersburger Betrieb, den Putilow-Werken. Dieser wuchs rasch zum Generalstreik in Petersburg an.

Am 9. Januar 1905 ließ der Zarismus in Petersburg eine Demonstration von 140.000 Arbeiter:innenn niederschießen, die teilweise mit ihren Kindern zum Winterpalast des Zaren gezogen waren. Über 1.000 Beteiligte wurden ermordet, über 2.000 Beteiligte verwundet.

Noch am selben Tag wurden in den proletarischen Vierteln von Petersburg Barrikaden gebaut. Es begann die demokratische Revolution in Russland, die das Ziel hatte, den Zarismus zu stürzen.

Die Demonstrationen am 1. Mai 1905 waren in vielen Orten von Zusammenstößen mit Polizei und Militär begleitet. In Warschau gab es infolge der Beschießung der Demonstration einige hundert Tote und Verwundete. Die Arbeiter:innen antworteten auf das Blutvergießen in Warschau, dem Aufruf der polnischen Sozialdemokratie folgend, mit einem allgemeinen Proteststreik. Während des ganzen Monats Mai hörten die Streiks und Demonstrationen nicht auf. An den Maistreiks nahmen in Russland mehr als 200.000 Arbeiter:innen teil. Die Arbeiter von Baku, Lodz, Iwanowo-Wosnessensk traten in den Generalstreik. Immer häufiger kam es zu Zusammenstößen der Streikenden und Demonstrierenden mit den zaristischen Truppen. Solche Zusammenstöße ereigneten sich in einer Reihe von Städten – in Odessa, Warschau, Riga, Lodz und anderen Orten.

Besonders heftigen Charakter nahm der Kampf in der Stadt Lodz an, dem großen Industriezentrum Polens. Das Proletariat von Lodz errichtete in den Straßen der Stadt Dutzende Barrikaden und führte drei Tage lang (vom 22. bis 24. Juni 1905) Straßenkämpfe gegen die zaristischen

Truppen. Die bewaffnete Aktion verschmolz hier mit dem Generalstreik. Lenin betrachtete diese Kämpfe als die erste bewaffnete Aktion des Proletariats in Russland.⁴²

Unter den Sommerstreiks 1905 nahm der Streik der Iwanowo-Wosnessensker Proletarier:innen einen besonderen Platz ein. Er dauerte von Ende Mai bis Anfang August 1905, das heißt beinahe zweieinhalb Monate. An diesem Streik nahmen ungefähr 70.000 Arbeiter:innen teil, darunter viele Frauen. Der Streik wurde vom Nordkomitee der Bolschewiki geleitet. Während dieses Streiks schufen die Arbeiter:innen von Iwanowo-Wosnessensk einen Sowjet der Vertrauensleute, der faktisch einer der ersten Sowjets von proletarischen Deputierten in Russland war.

Die politischen Streiks der Arbeiter:innen rüttelten das ganze Land auf. Im Frühjahr 1905 kam es zu Erhebungen von Bäuer:innen. Massenhaft zogen diese gegen die Gutsbesitzer, zerstörten deren Gutshöfe, Zuckerfabriken und Branntweinbrennereien, setzten die gutsherrlichen Paläste und Landsitze in Brand. In einer Reihe von Orten nahmen sie Gutsherrnland gewaltsam in Besitz, beschlagnahmten das Getreide und sonstige Vorräte der Gutsbesitzer und verteilten sie an die Hungernden. Die zaristische Regierung entsandte Soldaten und Kosaken zur Niederwerfung der bäuerlichen Aufstände. Die Truppen schossen die Bäuerinnen und Bauern nieder, verhafteten die „Rädelsführer“, peitschten und misshandelten sie. Die Bewegung der Bäuer:innen verbreitete sich jedoch immer mehr im Zentrum Russlands, im Wolgagebiet, in Transkaukasien, insbesondere in Georgien.

Im Juni 1905 brach in der Schwarzmeerflotte, auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“, ein Aufstand aus. Der Panzerkreuzer lag zu dieser Zeit unweit von Odessa vor Anker, wo ein Generalstreik des Proletariats im Gange war. Die aufständischen Matrosen rechneten mit den ihnen am meisten verhassten Offizieren ab und führten den Panzerkreuzer nach Odessa. Der Panzerkreuzer „Potemkin“ ging auf die Seite der Revolution über. Der Zar entsandte Kriegsschiffe gegen den „Potem-

⁴² So der Hinweis in: ZK der KPdSU(B): Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 75.

kin“; die Matrosen dieser Schiffe weigerten sich jedoch, auf die Aufständischen zu schießen. Schlussendlich gelang es der zaristischen Staatsmacht doch den Aufstand niederzuschlagen.

Doch die Revolution dehnte sich immer weiter aus und erfasste im Herbst 1905 das ganze Land. Im Oktober 1905 kam es in Moskau zum politischen Generalstreik. Der Zar sah sich gezwungen, am 17. (30.) Oktober ein „Manifest“ mit allerlei Versprechungen zu verfassen, insbesondere eine gesetzgebende Duma („Bulyginische Duma“) einzuberufen, an der alle Bevölkerungsteile beteiligt sein sollten. Die Bolschewiki entlarvten dieses Manöver und riefen dazu auf, diese zu boykottieren.

Um die Kräfte der Revolution zu spalten und niederzuschlagen, organisierte die Regierung eine Reihe blutiger Judenpogrome, bei denen tausende und abertausende Menschen umkamen. Sie gründete polizeiliche Banditenorganisationen wie den „Bund des russischen Volkes“, den „Bund des Erzengels Michael“, um mit der Revolution blutige Abrechnung zu halten. Diese Organisationen, in denen reaktionäre Gutsbesitzer, Kaufleute, Popen und allerlei kriminelle und halbkriminelle Elemente eine große Rolle spielten, wurden von den Arbeiter:innen „Schwarzhundertschaft“ genannt. Die „Schwarzhunderter“ misshandelten und erschlugen in aller Öffentlichkeit, unter Beihilfe der Polizei, fortgeschrittene Arbeiter, revolutionäre Intellektuelle und Studenten, legten Feuer und schossen in die Meetings und Versammlungen – und spielten eine wichtige Rolle bei der Durchführung der mörderischen Judenpogrome.

Doch die revolutionäre Bewegung ließ sich mit alledem nicht aufhalten, sondern wurde noch entschiedener. Das galt auch für die an der revolutionären Streik-, Demonstrations- und dann auch Aufstandsbewegung jüdischen Beteiligten. In den stürmischen Tagen des politischen Oktoberstreiks 1905 schufen die kämpfenden Arbeiter:innen Sowjets, proletarische Sowjets. Diese Sowjets waren Versammlungen von Delegierten aller Fabriken und Werke, eine bis dahin noch nicht dagewesene politische Massenorganisation der proletarischen Klasse.⁴³ Sie wurden ausschließlich von den revolutionären Schichten

⁴³ Die erstmals 1905 entstandenen Sowjets waren Vorbild der Sowjetmacht, die mit der Oktoberrevolution 1917 errichtet wurde.

der Bevölkerung gebildet, die sich zum Kampf gegen den Zarismus erhoben hatten, sie waren eine Äußerung von deren selbsttätigen Kraft und stießen alle Gesetze und Normen des Zarismus um.

In der Zeitspanne von Oktober bis Dezember 1905 wurden in einer Reihe großer Städte und in fast allen proletarischen Zentren Sowjets der proletarischen Deputierten gebildet. Es wurden Versuche unternommen, Sowjets der Soldaten- und Matrosendeputierten zu organisieren und sie mit den Sowjets der Deputierten der Arbeiter:innen zu vereinigen. Hier und da wurden gemeinsame Sowjets der Deputierten der Arbeiter:innen, Bäuerinnen und Bauern gebildet.

Obwohl sie häufig spontan entstanden, obwohl sie ungeformt und in ihrer Zusammensetzung verschwommen waren, fungierten die Sowjets als Machtorgane. Sie verwirklichten aus eigener Machtvollkommenheit die Freiheit der Presse, führten den achtstündigen Arbeitstag ein, wandten sich an die Bevölkerung mit der Aufforderung, an die zaristische Regierung keine Steuern zu entrichten. In einzelnen Fällen beschlagnahmten sie Gelder der zaristischen Regierung und verwendeten sie für die Zwecke der Revolution.

Ab dem Oktober 1905 entstanden Sowjets der Arbeiter:innen sowie der roten Soldaten in den größten Städten.

Am 5. (18.) Dezember fasste das Moskauer Komitee der Bolschewiki den Beschluss: den Sowjet aufzufordern, den politischen Generalstreik auszurufen, um ihn im Verlauf des Kampfes in den Aufstand überzuleiten. Dieser Beschluss wurde von Massenversammlungen der Arbeiter:innen unterstützt. Der Moskauer Sowjet beschloss, den politischen Generalstreik zu beginnen.

Am 7. (20.) Dezember begann in Moskau der politische Streik. Am 9. (22.) Dezember tauchten in Moskau die ersten Barrikaden auf. Bald bedeckten sich Moskaus Straßen mit Barrikaden. Die zaristische Regierung setzte Artillerie ein. Sie zog Truppen zusammen, die die Kräfte der Aufständischen um ein Vielfaches überstiegen. Neun Tage lang führten einige tausend bewaffnete Arbeiter:innen den bewaffneten Kampf. Es kam jedoch nicht zu weiteren Aufständen. Es gelang dem Zarismus, die revolutionären bewaffneten Kämpfe niederzuschlagen.

Die Revolution von 1905 erlitt zwar eine Niederlage, war aber eine ungeheuer wichtige Kampferfahrung, die auch zu einem großen Aufschwung der internationalen revolutionären Bewegung führte. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde eine demokratische Revolution begonnen, wurden Sowjets geschaffen und ein bewaffneter Aufstand zum Sturz der Monarchie und der Herrschaft der Gutsbesitzer unter Führung der proletarischen Klasse durchgeführt.

7. Die Stolypinsche Reaktion, die Formierung der Bolschewiki zur selbstständigen Partei und der revolutionäre Aufschwung 1912-1914

Die Stolypinsche Reaktion und die Politik der Bolschewiki

Es folgten die schweren Jahre der sogenannten Stolypinschen Reaktion, benannt nach dem zaristischen Minister Stolypin. Tausende revolutionärer Arbeiter:innen, Bäuerinnen und Bauern wurden von den Strafexpeditionen erschossen bzw. gehängt. In den zaristischen Kerkern wurden die Revolutionäre misshandelt und gefoltert. Besonders grausamen Verfolgungen waren die proletarischen Organisationen ausgesetzt.

Die Kräfte der äußersten Reaktion und Konterrevolution, die „Schwarzhunderter“, taten ihr blutiges Henkerwerk. Das waren die Vertreter der erzreaktionären Gutsbesitzer, der Fronherren, die bei Unterdrückung der Bauernbewegung unter den Bäuerinnen und Bauern Massenauspeitschungen und Metzeleien veranstalteten. Sie waren die Organisatoren der bestialischen Judenpogrome, der Niederknüppelung proletarischer Demonstrationen, der Niederbrennung von Gebäuden, in denen in den Tagen der Revolution Meetings stattfanden.

In diesen Jahren war es weit schwieriger, in den Parteiorganisationen zu arbeiten. Die Zahl der Parteimitglieder schmolz sehr zusammen. Viele kleinbürgerliche Mitläuferinnen und Mitläufer, besonders Intellektuelle, verließen die Partei, weil sie die Verfolgungen der zaristischen Repressionsorgane fürchteten.⁴⁴

⁴⁴ Ideologische Verfallstendenzen erfassten zu dieser Zeit einen Teil der zur Partei gehörenden Intellektuellen. Angeblich ging es darum, den Marxismus zu „verbessern.“ In Wirklichkeit wurden die theoretischen Grundlagen des Marxismus

Das politische Hauptziel der Bolschewiki blieb dasselbe wie im Jahre 1905 – den Zarismus zu stürzen, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, zur sozialistischen Revolution überzugehen. Die Hauptparolen blieben: demokratische Republik, Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer, achtstündiger Arbeitstag.

Jedoch konnte die Taktik der Partei nicht dieselbe bleiben wie in der Periode des Aufschwungs der Revolution von 1905. Taktisch musste die Partei der neuen Situation Rechnung tragen. Es galt, die Angriffstaktik zu ersetzen durch die Verteidigungstaktik, durch die Taktik der Sammlung der Kräfte, durch die Taktik der Überführung der Kader in die Illegalität und durch die Taktik der illegalen Parteiarbeit, der Verbindung der illegalen Arbeit mit der Arbeit in den legalen proletarischen Organisationen.

Die Bolschewiki kämpften für die Erhaltung und Festigung der illegalen Parteiorganisationen. Aber gleichzeitig hielten die Bolschewiki es für notwendig, alle legalen Möglichkeiten, jeden legalen Anknüpfungspunkt auszunutzen, durch den man die Verbindungen mit den Massen aufrechterhalten und bewahren und somit die Partei stärken konnte.

Die unversehrt gebliebenen legalen Organisationen waren gleichsam eine Deckung für die illegalen Parteiorganisationen und ein Mittel der Verbindung mit den Massen. Dazu nutzten die Bolschewiki die Gewerkschaften und andere legale gesellschaftliche Organisationen aus: Krankenversicherungskassen, proletarische Konsumgenossenschaften, Klubs und Bildungsvereine, Volkshäuser. Die Bolschewiki nutzten die Tribüne der Reichsduma aus zur Entlarvung der Politik der zaristischen Regierung, zur Entlarvung der Kadetten, zur Gewinnung der Bäuer:innen für den Kampf des Proletariats. Die Erhaltung der illegalen Parteiorganisation und die Leitung aller anderen Arten von politi-

untergraben, indem Idealismus verschiedener Spielarten an deren Stelle gesetzt wurde. Die heuchlerische Kritik am dialektischen und historischen Materialismus, an den theoretischen Grundlagen des Marxismus verband sich faktisch mit der Reaktion in ihrem allgemeinen Feldzug gegen die marxistische Partei, gegen die Revolution. Lenin schrieb dagegen 1908 sein Buch „Materialismus und Empiriokritizismus“ (LW 14).

scher Arbeit durch diese Organisation sicherten der Partei die Durchführung der richtigen Parteilinie, die Vorbereitung der Kräfte für den neuen revolutionären Aufschwung. Die Bolschewiki mussten ihre revolutionäre Linie im Kampfe an zwei Fronten durchsetzen:

Zum einen ging es um die Menschewiki, die sich nach der Niederlage von 1905 panikartig und kapitulantenhaft zurückzogen. Sie sagten sich immer offener vom revolutionären Programm der proletarischen Partei los, von der Forderung der demokratischen Republik, des achtstündigen Arbeitstags, der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien. Damit wollten sie von der zaristischen Regierung die Zustimmung zur Existenz einer offenen, legalen, angeblichen „Arbeiter“partei erreichen. Die Menschewiki waren somit bereit, sich mit dem Stolypinschen Regime auszusöhnen, sich ihm anzupassen. Darum wurden die „Liquidatoren“ der illegalen Partei auch „Stolypinsche Arbeiterpartei“ genannt.

Gleichzeitig mit dem Kampf gegen die offenen Gegner der Revolution – die „Liquidatoren“ – führten die Bolschewiki auch einen unversöhnlichen Kampf gegen die sogenannten „Otsowisten“⁴⁵. Diese bisher zu den Bolschewiki gehörende Gruppierung lehnte es ab, in den proletarischen Gewerkschaften und anderen legalen Vereinigungen zu arbeiten. Das bedeutete, die Partei von der proletarischen Klasse loszureißen, ihre Verbindungen mit den parteilosen Massen zu kappen; die illegalen Organisationen zu isolieren und damit der „Gefahr des Hochgehens“, d. h. ihrer Zerschlagung durch Verhaftungen auszusetzen. Denn so bestand nicht mehr die Möglichkeit, legale Deckungen auszunutzen. Die „Otsowisten“ begriffen auch nicht, dass die Bolschewiki in der Reichsduma und von der Duma-Tribüne aus imstande waren, über die Arbeiter:innen hinaus gerade die Masse der Bäuerinnen und Bauern sowie anderen Werktätigen zu beeinflussen und die zaristische Regierung zu entlarven. So brachten die bolschewistischen Duma-Abgeordneten 1913/14 ihre Gesetzesentwürfe gegen die natio-

⁴⁵ Im Jahre 1908 verlangte ein Teil der Bolschewiki die Abberufung (russisch: Otsyw) der sozialdemokratischen Deputierten aus der Reichsduma. Daher die Bezeichnung „Otsowisten“. (Siehe: Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 170)

nale Unterdrückung und gegen die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung ein. Damit propagierten sie von dieser Tribüne aus ihr demokratisch-revolutionäres Programm und entlarvten den Zarismus. Die Otsowisten aber hinderten die Sammlung der Kräfte für einen neuen revolutionären Aufschwung. Sie wurden daher auch „umgestülpte Liquidatoren“ genannt. Die Beratung der erweiterten Redaktion der bolschewistischen Zeitung „Proletari“ im Jahr 1909 verurteilte die „Otsowisten“ und schloss sie aus der bolschewistischen Organisation aus.⁴⁶

Die Bedeutung der Prager Konferenz der Bolschewiki 1912

Auf der Prager Parteikonferenz der Bolschewiki von 1912 ging es schließlich darum, die Bolschewiki definitiv zu einer Einheit zusammenzuschließen und eine selbstständige bolschewistische Partei aus ihnen zu formieren. Jetzt zweifelte bei den Bolschewiki niemand mehr daran, dass ein weiteres Verbleiben der Bolschewiki in *einer* Partei mit den Menschewiki undenkbar geworden war. Es war darum notwendig, den faktischen Bruch mit den Menschewiki zu Ende zu führen, ihn bis zum formellen organisatorischen Bruch mit ihnen zu führen und die Menschewiki aus der Partei zu vertreiben.⁴⁷

Die noch wichtigere Aufgabe war aber, nach dem Bruch mit den Menschewiki eine *neue* Partei zu schaffen, eine Partei *von neuem Typus*, unterschieden von den gewöhnlichen sozialdemokratischen Parteien

⁴⁶ 1912 entstand der sogenannte „Augustblock“. Das war der Block aller antibolschewistischen Gruppen und Strömungen gegen Lenin und die bolschewistische Partei. Darin schlossen sich sowohl „Liquidatoren“ als auch „Otsowisten“ zusammen. Trotzki, der beim Zusammenzimmern dieses opportunistischen Bündnis eine wichtige Rolle spielte, bezog in allen grundlegenden Fragen eine liquidatorische Rolle. Genauer siehe: Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 171-174

⁴⁷ In der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“ heißt es: „Indem die Bolschewiki die ideologische und organisatorische Zertrümmerung der Menschewiki zu Ende führten und sie aus der Partei vertrieben, wahrten die Bolschewiki sich das alte Banner der Partei, der SDAPR. Darum nannte sich die Partei der Bolschewiki noch bis zum Jahre 1918 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, mit dem Zusatz ‚Bolschewiki‘ in Klammern.“ (Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 179) 1918 benannte sich die SDAPR(B) um in Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki).

des Westens, möglichst frei von opportunistischen Elementen, fähig, das Proletariat in den Kampf für die proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats, welche die sozialistische Demokratie verwirklicht, zu führen.⁴⁸

Der revolutionäre Aufschwung 1912-1914

Der Triumph der Stolypinschen Reaktion erwies sich als kurzlebig. Die jahrelangen Gewaltmaßnahmen wurden derart alltäglich, dass sie für die ausgebeuteten und unterdrückten Massen zunehmend ihren Schrecken verloren. Die Arbeiter:innen begannen sich erneut zum Kampf zu erheben.

Ein großer Aufschwung der revolutionären Bewegung begann im April und Mai 1912, nachdem am 4. (17.) April auf den Lena-Goldfeldern in Sibirien während eines Streiks von 6.000 Arbeiter:innen, auf Befehl eines zaristischen Gendarmerieoffiziers, mehr als 500 Arbeiter:innen getötet oder verwundet wurden. Darauf antwortete das Proletariat mit Massenstreiks, Demonstrationen und Meetings in Petersburg und Moskau sowie in allen industriellen Zentren und Gebieten. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer politischer Proteststreiks gegen die blutige Niederschlagung der Lena-Arbeiter erreichte 300.000.

An den Streiks anlässlich des 1. Mai 1912 beteiligten sich etwa 400.000 Arbeiter:innen. Diese Streiks trugen ausgesprochen politischen Charakter. Sie verliefen unter den bolschewistischen revolutionären Losungen: demokratische Republik, achtstündiger Arbeitstag, Konfiskation des gesamten Bodens der Gutsbesitzer.

Mit dem Wachstum der kapitalistischen Industrie ging in diesen Jahren auch ein rasches Wachstum des Proletariats einher. Eine Besonderheit der industriellen Entwicklung war die weitere Konzentration der Produktion in großen und größten Betrieben. 1901 hatten in Großbetrieben mit 500 Arbeiter:innen und darüber 46,7 Prozent aller Arbeiter:innen gearbeitet. 1910 arbeiteten in den Betrieben dieses Typus schon etwa 54 Prozent, das heißt mehr als die Hälfte aller Arbeiter:innen. Dies war eine beispiellose Konzentration der Industrie. Selbst in

⁴⁸ Siehe dazu im Anhang: Die enge Verbindung zwischen den Menschewiki in Russland und dem Opportunismus in der Sozialdemokratie in Westeuropa gegen die Bolschewiki.

einem so entwickelten Industrieland wie Nordamerika arbeitete damals nur etwa ein Drittel aller Arbeiter:innen in Großbetrieben.

Das Wachstum des Proletariats und seine Konzentration in Großbetrieben bei Bestehen einer solchen revolutionären Partei wie der 1912 konstituierten Partei der Bolschewiki machten die proletarische Klasse Russlands zur gewaltigsten Kraft im politischen Leben des Landes. Die barbarischen Formen der Ausbeutung des Proletariats in den Betrieben in Verbindung mit dem unerträglichen Polizeiregime der Zarschergen verliehen jedem bedeutsamen Streik politischen Charakter. Die Verflechtung des wirtschaftlichen und des politischen Kampfes aber verlieh den Massenstreiks besondere revolutionäre Kraft.

Insgesamt streikten im Jahre 1912 mehr als 1 Million, im Jahr 1913 ca. 1,2 Millionen und im ersten Halbjahr 1914 nahmen bereits etwa 1,5 Millionen Arbeiter:innen an Streiks teil.

Die Fabrikanten nahmen an den Arbeiter:innen für die Streiks durch Aussperrungen Rache. Im Jahre 1913 warfen die Kapitalisten im Gouvernement Moskau 50.000 Textilarbeiterinnen und -arbeiter auf die Straße. Im März 1914 wurden in Petersburg an einem Tage 70.000 Arbeiter:innen entlassen. Die Proletarier:innen anderer Betriebe und Industriezweige unterstützten die Streikenden und Ausgesperrten durch breite Massen erfassende Geldsammlungen, manchmal auch durch Solidaritätsstreiks.

Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ gab 1912 einen Artikel aus dem Zentralorgan der SPD „Vorwärts“ wieder, in dem über einen dreimonatigen harten Streik der jüdischen Borstenarbeiter:innen⁴⁹ berichtet wird:

„Der Kampf der jüdischen Borstenarbeiter im Nordwestgebiet Russlands hat mit einem vollen Sieg geendet. Die Bewegung der jüdischen Borstenarbeiter ist einer der ältesten Zweige der jüdischen Arbeiterbewegung Russlands. Durch festgefügte Organisation und planmäßigen, unablässigen Kampf ist es den Borstenarbeitern gelungen, dem Unternehmertum bedeutende Zugeständnisse abzurufen, - vor allem (im stürmischen Jahr 1905) den Achtstundentag. Um diesen zu vernichten,

⁴⁹ Im Artikel ist in männlicher Schreibweise von „Borstenarbeitern“ die Rede. Am Streik waren allerdings auch Arbeiterinnen beteiligt.

sperrten die Unternehmer im Sommer 1909 im ganzen Rayon der Borstenproduktion, mit Ausnahme von Meshiretschje (Gouvernement Sedletz) die Arbeiter aus. Nach mehrmonatlichem Kampf blieb der Achtstundentag bestehen, doch waren die Arbeiter ungeheuer geschwächt, und als im Herbst desselben Jahres die Unternehmer wieder eine Aussperrung erklärten, gelang es ihnen, überall, mit Ausnahme von Meshiretschje, fast ohne auf Widerstand zu stoßen, einen neun- und an manchen Orten zehnstündigen Arbeitstag einzuführen. Meshiretschje war den Unternehmern ein Dorn im Auge, und Anfang vorigen Jahres sperrten sie auch dort ihre Arbeiter aus. 17 Wochen lang schwebte das Schreckensgespenst des Hungertodes über 2.000 Meshiretschjer Borstenarbeitern (meistens Familienväter), sie hielten es aber aus und die Fabrikanten mussten nachgeben. Unterdessen rüsteten die Arbeiter in den Städten des Borstenrayons, wo die Arbeitszeit Ende 1909 verlängert wurde, zum Kampf, und bald nach Beendigung der Meshiretschjer Aussperrung traten sie in den Streik zur Wiederherstellung des Achtstundentages. Es standen nun die Borstenarbeiter der Gouvernements Witebsk, Kowno, Minsk und Suwalki in verzweifelterm Kampf mit den Scharfmachern der Borstenindustrie. Rechnet man die Angehörigen der Arbeiter hinzu, so sind es über 3.000 Menschen, die drei Monate lang dem Hunger und Elend preisgegeben waren.

Für die Klassenerziehung des jüdischen Proletariats ist von besonderem Interesse die Tatsache, dass die Fabrikanten, die ebenfalls alle Juden sind, sich Streikbrecher aus dem Gesindel der Schwarzen Hunderter aus den inneren Gouvernements herbeischaffen ließen. Zum Kampf gegen die jüdische organisierte Arbeiterschaft sind dem jüdischen Unternehmertum Pogrombanditen (!) gut genug. Selbstverständlich war auch die Polizei dabei, den Fabrikanten Aushilfe zu leisten. Auf direkte Anweisung einiger Fabrikanten wurden in mehreren Städten Verhaftungen und Ausweisungen per Etappe vorgenommen. Ein alter Arbeiter, der die Strapazen der Etappe nicht ertragen konnte, starb im Gefängnis. Unbeugsam setzten die Arbeiter ihren Kampf fort. Auf Seite der Unternehmer Polizei und Streikbrecher, den Arbeitern kamen zu Hilfe ihre Klassengenossen im ganzen Tätigkeitsgebiet des jüdischen Arbeiterbundes und durch Vermittlung des Zentralkomitees des ‚Bund‘ auch die russischen Gewerkschaftsverbände in Petersburg und Moskau. Auch das Auslandskomitee des ‚Bund‘ organisierte eine Geldsammlung zugunsten der Streikenden, und überall, wo Förderungsgruppen und Freunde

des ‚Bund‘ vorhanden sind, wurde dem Ruf des Komitees Folge geleistet. Die Hilfe kam rechtzeitig, und die Arbeiter siegten: der Achtstundentag ist überall wieder hergestellt.“⁵⁰

Die revolutionären Massenstreiks des Proletariats waren von Bedeutung für die gesamte unterdrückte Bevölkerung. Sie waren gegen die Selbstherrschaft gerichtet. Sie fanden die Sympathie bei großen Teilen der werktätigen Bevölkerung. So weckten der Aufschwung der proletarischen Bewegung und die Massenstreiks gerade auch die bäuerlichen Massen und zogen sie mit in den Kampf. Bäuerinnen und Bauern erhoben sich erneut zum Kampf gegen die Gutsbesitzer, zerstörten Landsitze der Gutsbesitzer und kulakische Einzelgehöfte. In den Jahren 1910 bis 1914 fanden mehr als 13.000 Aktionen von Bäuerinnen und Bauern statt. Auch in Armee und Flotte setzten wieder revolutionäre Aktionen ein. Im Jahre 1912 kam es zu einer bewaffneten Aktion unter den Truppen in Turkestan. In der Baltischen Flotte und in Sewastopol reiften Aufstände heran.

Die revolutionäre Streikbewegung und die Demonstrationen, die immer mehr unter der Führung der bolschewistischen Partei vor sich gingen, zeigten, dass die proletarische Klasse in ihrem revolutionären Kern nicht für Teilforderungen, nicht für „Reformen“ kämpfte, sondern für die Zerschlagung des zaristischen Staates.

Russland ging einer neuen Revolution entgegen, auch wenn dazwischen noch die schwierige Phase des imperialistischen Krieges 1914-1918 lag.

⁵⁰ Allgemeine Zeitung des Judentums Nr. 3/1912, S. 27f. Die Woche

B. Das Regime der Judenfeindschaft und Pogrome in Russland, der Kampf der jüdischen Bevölkerung dagegen - Die politische Positionierung der SDAPR, Lenins und Stalins im Kampf gegen die Judenfeindschaft in Russland

1. Überblick über die soziale Lage der jüdischen Bevölkerung⁵¹

Nach der Volkszählung von 1897 lebten annähernd 5,2 Mio. Jüd:innen im damaligen zaristischen Russland. Das waren ca. 4,2 % der Gesamtbevölkerung Russlands und ungefähr die Hälfte der weltweiten jüdischen Bevölkerung. Ihre Muttersprache war Jiddisch.⁵² Von ihnen wurden bis 1917 rund 3,6 Mio. gezwungen, in den sogenannten Ansiedlungsrayons, 1.300.000 in dem vom Zarismus einverleibten Königreich Polen und 300.000 im östlichen Russland sich anzusiedeln. Etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung (49 %) siedelte in den Städten, etwa ein Drittel (33 %) in kleinen Flecken und ein Sechstel (18 %) in den Dörfern.

Der allergrößte Teil der jüdischen Bevölkerung lebte wirtschaftlich und sozial in großem Elend.⁵³

⁵¹ 1905 veröffentlichte die Neue Zeit den dreiteiligen Artikel „Die ökonomische und rechtliche Lage der Juden in Russland: nach dem vertraulichen Bericht des Wilnaer Gouverneurs; veröffentlicht vom Jüdischen Arbeiterbund / N. N.“ In: Die Neue Zeit, 1904-1905, 1. Band (1905), Heft 18, S. 592-598; Die Neue Zeit, 1905-1906, 1. Bd. (1906), Heft 8, S. 261-266; Die Neue Zeit, 1905-1906, 1. Band (1906), Heft 10, S. 334-337

⁵² Bei der Volkszählung 1897 gaben 96,6 Prozent der jüdischen Bevölkerung als Muttersprache Jiddisch an. Siehe Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora – Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 29.

⁵³ Der damalige russische Justizminister Pahlen erstellte 1883-84 als Vorsitzender einer Untersuchungskommission einen Bericht über die Lebensumstände der jüdischen Bevölkerung für Zar Alexander III und erklärte: „Fast neun Zehntel der gesamten jüdischen Bevölkerung sind eine Masse, deren Dasein durch nichts gesichert ist, die tagein, tagaus im Elend unter schlechtesten Bedingungen lebt.“

In den Betrieben gab es vielfach extrem lange Arbeitszeiten und miserable und unregelte Arbeitsbedingungen. Arbeitszeiten bis zu 17 und 18 Stunden waren keine Seltenheit.⁵⁴ Das galt besonders bei Saisonarbeit, der dann wieder saisonale Erwerbslosigkeit folgte. Beim jüdischen Handwerksproletariat gab es einen relativ hohen Frauenanteil. Zusammen mit dem niedrigen Lohnniveau, den ungünstigen bis katastrophalen Wohnverhältnissen war die jüdische proletarische Klasse eine der ärmsten Bevölkerungsgruppen.

In manchen Städten Russlands betrug am Ende des 19. Jahrhunderts der Anteil jüdischer Menschen ohne feste Beschäftigung 50 Prozent und mehr. Eine spezielle Untersuchung der Verhältnisse in Odessa ergab, dass im Jahr 1900 unter den 150.000 jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern 48.500 die ganz geringe, nur aus wenigen Naturalien bestehende öffentliche Armenunterstützung in Anspruch nehmen mussten.⁵⁵

Das zaristische Russland, dieses „Völkergefängnis“, war bis 1917 der größte Hort der Judenfeindschaft. Rund fünf Millionen in Russland lebende jüdische Menschen wurden staatlich unterdrückt und ausgegrenzt. Sie wurden mit Hunderten von Gesetzen entrechtet, tagtäglich von bürokratischen und polizeilichen Repressalien schikaniert. Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung musste zusammengepfercht in den sogenannten Ansiedlungsrayons leben. Zudem gab es die permanente judenfeindliche Hetze bis hin zum Fabrizieren des Machwerks „Protokolle der Weisen von Zion“.

Zur Realität der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland gehörten immer wieder mörderische Pogrome mit insgesamt Tausenden von Ermordeten, noch mehr Verletzten und vielen vergewaltigten Frauen. Die judenfeindlichen Pogrome kulminierten in zwei Pogromwellen, einmal zu Beginn der 1880er Jahre und nochmals zwischen

(Zitiert nach: Hilfsverein der Deutschen Juden: Geschäftsbericht (1906), Berlin 1907, S.105 f.)

⁵⁴ Die 11,5-Stunden-Regelung des Jahres 1897 betraf nur Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter, wurde aber dort in der Praxis oft nicht eingehalten.

⁵⁵ Die Untersuchung heißt: J. Brodowski: Das jüdische Elend in Odessa, Odessa 1902 (russisch). Angaben daraus sind enthalten in: Arthur Ruppin: Die Juden der Gegenwart - Eine sozialwissenschaftliche Studie, Köln und Leipzig 1911, S. 55

1903 und 1906. Dazwischen gab es eine Fülle weiterer Pogrome mit insgesamt Hunderten von Toten und Tausenden von Verletzten und vergewaltigten Frauen.

Auf Grund all dieser Unterdrückung und Verfolgung sowie des Elends wanderten zirka 2 Millionen jüdische Menschen aus Russland aus.

Die jüdische Bevölkerung verteidigte sich, ab 1903 noch mehr als 1881 bis 1884, gegen die Pogrome mit bewaffneten „Selbstwehren“. Wenn auch nicht in großem Umfang beteiligten sich auch nichtjüdische Kräfte, vor allem der organisierten proletarischen Bewegung, an den Kämpfen gegen die Pogrome.

2. Staatliche Repression, Rechtlosigkeit und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung 1882-1914

Im zaristischen Russland befand sich die jüdische Bevölkerung noch unterhalb all der anderen unterdrückten Nationalitäten am unteren Ende der staatlichen und gesellschaftlichen Unterdrückungshierarchie. Das Leben der Masse der jüdischen Bevölkerung wurde durch Hunderte von Sondergesetzen in höchst repressiver Weise reglementiert. Auf dieser Basis waren jüdische Menschen in ihrem Alltag permanent den Schikanen und der Willkür der zutiefst judenfeindlichen Staatsbürokratie und Polizei ausgeliefert. Immer wieder kam es zu antijüdischen Pogromen mit zahlreichen Ermordeten und Verletzten, die vom zaristischen Staat vorbereitet und organisiert wurden.

Die völlig entrechtete und diskriminierte Lage der jüdischen Bevölkerung im Zeitraum 1895 bis 1914, um den es in diesem Teil der Analyse geht, kann nicht verstanden werden ohne Kenntnis der bereits nach 1881 verschärften Sondergesetze gegen jüdische Menschen. Darum beginnt der nachfolgende Abschnitt damit.

a) Die Sondergesetze gegen die jüdische Bevölkerung, die Ansiedlungsraysons und Flucht jüdischer Menschen aus Russland

Ab 1881 hatte das zaristische Innenministerium raffiniert ausgeklügelte Sondergesetze und administrative Repressionen gegen jüdische Menschen in Russland geschmiedet, welche das Leben der jüdischen Bevölkerung noch unerträglicher machen sollten und tatsächlich bis

Februar 1917 auch machten. Um das zu legitimieren, wurde die jüdische Bevölkerung als „gemeinsamer Feind“, als wahrer Ausbeuter hingestellt, der möglichst isoliert und ausgegrenzt werden müsse.

Mitte 1881 legte der Innenminister Ignatjew dem Zar Alexander III einen Immediabericht vor. „Die Juden“, hieß es darin, „haben sich in den letzten 20 Jahren nach und nach nicht nur des Handels und Gewerbes bemächtigt, sondern darüber hinaus durch Kauf und Pacht weit ausgedehnten Grundbesitz erworben, wobei sie mit der ihnen eigenen Zähigkeit und Solidarität all ihre Anstrengungen nicht so sehr auf die Entwicklung der produktiven Kräfte als auf die Ausbeutung der Urbevölkerung, insbesondere der ärmsten Klassen, gerichtet und so diese zu einem Protest herausgefordert haben.“ Es sei nun an der Zeit, so der Bericht,

„die Reichsbevölkerung vor jener schädlichen Tätigkeit der Juden zu schützen, durch die nach den Meldungen der Ortsbehörden die Volksunruhen heraufbeschworen worden sind.“⁵⁶

Kurz: die jüdische Bevölkerung sei selbst schuld gewesen an den Pogromen. Vergeltungsmaßnahmen wurden gefordert, in der reaktionären russischen Presse wurde schlimmste Judenhetze betrieben und der „Volkszorn“ heraufbeschworen.⁵⁷

Im Mai 1882 erließ Ignatjew die berüchtigten unterdrückerischen Sondergesetze gegen die jüdische Bevölkerung, die unter dem Titel „Maigesetze“ bekannt wurden und angeblich „zum Schutz der christlichen Mehrheit“ eingeführt wurden.

⁵⁶ Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 73

⁵⁷ Der Historiker Simon Dubnow stellt einen Zusammenhang her zur Welle der Judenfeindschaft in Deutschland, die 1879 mit Stoecker, der judenfeindlichen sogenannten „Berliner Bewegung“ und dem Schlagwort des professoralen Judenfeinds Treitschke „Die Juden sind unser Unglück“ begann und mit einer Welle judenfeindlicher Attacken auf den Straßen verbunden war. Dubnow bezeichnet die Judenfeindschaft sicher nicht ganz zu Unrecht, möglicherweise aber doch etwas zu vereinfachend als einen „aus Deutschland eingeschleppten Bazillus.“ (Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 142) Sicherlich hat die zu dieser Zeit massiv zunehmende Judenfeindschaft in Deutschland Einfluss auf die Zunahme der Judenfeindschaft in Russland gehabt. Der Verweis auf die judenfeindliche Hetze im „fortgeschrittenen“ Deutschland war zweifelsohne eine Trumpfkarte für die Judenfeinde in Russland.

Die „Maigesetze“ verschärften massiv die Bestimmungen, wonach der allergrößte Teil der jüdischen Bevölkerung nur innerhalb der sogenannten Ansiedlungsrayons leben durfte.⁵⁸ Als Ansiedlungsrayon wird das Gebiet im Westen des zaristischen Staates bezeichnet, auf das zwischen Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Februarrevolution 1917 das Wohn- und Tätigkeitsrecht der jüdischen Bevölkerung beschränkt worden war. Das Gebiet der Ansiedlungsrayons deckte sich weitgehend mit den vom Zarismus besetzten Randzonen des Russischen Reiches, die erst Ende des 18. Jahrhunderts oder später erobert worden waren: Lettland, Weißrussland, Teile Polens, Litauen, Transnistrien, die Krim, Moldawien. Auch in der Ukraine gab es jüdische Ansiedlungsrayons.⁵⁹ Der großrussische Chauvinismus und der Panslawismus behandelten jüdische Menschen als „Fremdkörper“. In den Rayons betrug der Anteil der jüdischen Bevölkerung ca. 10 - 18 Prozent, in einzelnen Landkreisen bis zu 30 Prozent (etwa im Kreis Bialystok).⁶⁰

Die „Maigesetze“ von 1882 schränkten die Wohngebiete der jüdischen Bevölkerung innerhalb des Ansiedlungsrayons und ihre beruflichen Möglichkeiten ein. Das „Provisorische Reglement“, das bis zur Februarrevolution 1917 in Kraft blieb, schrieb vor:

„1. den Juden zu untersagen, sich außerhalb der Städte und Flecken neu anzusiedeln, 2. den Abschluss von auf Namen von Juden laufenden Kauf- und Pachtverträgen, soweit diese außerhalb der Städte und Flecken gelegene Immobilien betreffen, zu unterlassen, 3. den Juden zu

⁵⁸ Bereits 1791 wurde durch einen Erlass der Zarin Katharina II. festgelegt, dass die Masse der jüdischen Menschen nur innerhalb bestimmter Gebiete leben und arbeiten durften. 1862 und 1879 wurden einzelne Bestimmungen aufgehoben. Ca. 200.000 jüdische Menschen bekamen das Recht, sich anderswo im Land niederzulassen. Dabei handelte es sich um bevorzugte Berufsgruppen wie Handwerker mit Meisterzeugnis oder Akademiker mit Diplomen bzw. Dokortiteln von russischen Universitäten. Diese Niederlassungsfreiheit mussten sie sich mit einer jährlichen nur für die jüdische Bevölkerung geltenden Leibsteuer erkaufen. Die Niederlassungsbewilligung konnte auch jederzeit entzogen werden. (Wikipedia „Ansiedlungsrayon“)

⁵⁹ Kiew lag zwar innerhalb des Ansiedlungsrayons, gehörte aber als eine Art Enklave nicht zum Rayon.

⁶⁰ Siehe Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880 - 1945), Frankfurt 2017, S. 82



Im jüdischen Ansiedlungsrayon im zaristischen Russland, durch
Gesetze von 1795, lebten 1897 etwa 4,9 Millionen Jüd:innen.

Grafik aus: Julius Schoeps (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums, Überarbeitete Neuauflage, Gütersloh 1998, S. 52, enthalten in und übernommen aus:
Hohmann, Andreas W. / Mümken, Jürgen: Kischinew – Das Pogrom 1903, Lich
2015, S. 25

verbieten, an Sonn- sowie an hohen christlichen Feiertagen Handel zu
treiben.“⁶¹

Der Zwang, sich weitgehend in den Städten anzusiedeln und die Ver-
bote, sich außerhalb der Städte beruflich zu betätigen, war ein Haupt-
grund, dass die jüdische Bevölkerung in etlichen städtischen Zentren
der Ansiedlungsrayons einen hohen Bevölkerungsanteil hatten. So

⁶¹ Provisorisches Reglement vom 3. Mai 1882. Zitiert nach: Dubnow, Weltge-
schichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 157

waren in Kischinew 1897 von ca. 120.000 Bewohnerinnen und Bewohnern 50.000 jüdisch (ca. 42%), in Shitomir waren 1897 von ca. 66.000 Bewohnerinnen und Bewohnern ca. 31.000 jüdisch (ca. 47%), in Odessa waren 1897 von einer Gesamtbevölkerung von ca. 400.000 Menschen ca. 140.000 jüdisch (ca. 35%)⁶². In einigen Städten war die Bevölkerung mehrheitlich jüdisch.

Im Gefolge der Maigesetze kam es auch zu massiven Vertreibungen der jüdischen Bevölkerung von Orten und Städten außerhalb der Rayons. Durch „Säuberungen“ wurde die jüdische Bevölkerung von Petersburg, Kiew und anderen Städten vertrieben. 1891 begann die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Moskau. Mit einer Salami-Taktik sollte erst mit „unbemittelten“ Jüd:innen begonnen werden, danach alle, die weniger als drei Jahre sich in der Stadt aufgehalten hatten.⁶³ Bis 1892 waren rund 20.000 jüdische Menschen aus Moskau vertrieben worden, zum Teil wie Verbrecher in Handschellen und mit einer Polizeieskorte.⁶⁴ Die kurz vor der Massenausweisung fertiggestellte Moskauer Synagoge wurde demoliert und die weithin sichtbare Kuppel geschleift. Kurze Zeit später wurde die Synagoge ganz geschlossen.⁶⁵

Den Maigesetzen folgte auch eine Flut von weiteren Gesetzen und Edikten, um die Rechte der jüdischen Bevölkerung weiter einzuschränken.

⁶² Zionistischer Hilfsfonds in London: Die Judenpogrome in Russland, Band II Einzeldarstellungen, Köln und Leipzig 1910, Originalnachdruck London 2018, Originalnachdruck London 2018, S. 5, S. 44 und S. 109, Der Originalnachdruck London ist zugänglich als Read online, Download PDF und Purchase in print bei: www.ForgottenBooks.com. Bei erneuter Quellenangabe dieses Buches, die anderen Quellenangaben folgen, wird dieses angegeben als: Zionistischer Hilfsfonds, Die Judenpogrome in Russland, Band II.

⁶³ Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 184-186

⁶⁴ Ebenda, S. 187

⁶⁵ Ebenda, S. 195

Einige Städte mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit in Russland				
Stadt und Jahr der Zahlen o. J. = ohne Jahresangabe	Gesamtbevölkerung	Jüdische Bevölkerung	Anteil jüdische Bevölkerung in %	Quellen
Balta (1907)	23.000	13.000	56 %	²⁾ S. 420
Berdytschew (1897)	54.000	42.000	78 %	³⁾
Bialystok (1897)	65.000	41.000	63 %	²⁾ S. 60
Bjela-Zerkow (o. J.)	50.000	35.000	70 %	²⁾ S. 406
Grodno (o. J.)			58 %	¹⁾ S. 82
Homel (1897)	37.000	20.000	54 %	²⁾ S. 37
Kielce (o. J.)			51 %	¹⁾ S. 82
Minsk	91.000	50.000	55 %	²⁾ S. 458
Mohilew	22.000	12.000	55 %	²⁾ S. 443
Radom (o. J.)			50 %	¹⁾ S. 82
Siedlce (o. J.)			53 %	¹⁾ S. 82
Uman (1897)	30.000	18.000	60 %	²⁾ S. 414
Witebsk (o. J.)			52 %	¹⁾ S. 82
Wolhynien (o. J.)			51 %	¹⁾ S. 82
Quellen: ¹⁾ Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880-1945), Frankfurt 2017, S. 82, enthält nur Prozentzahlen, ²⁾ Zionistischer Hilfsfonds in London: Die Judenpogrome in Russland, Band II Einzeldarstellungen, Köln und Leipzig 1910, ³⁾ Wikipedia „Berdytschew“				

Es gab Quoten jüdischer Bewerber für zahlreiche Berufe. 1882 wurde erlassen, dass nur noch fünf Prozent jüdischer Bewerber als Militärärzte zugelassen werden. In den Ansiedlungsräumen wurden keine jüdischen Ärzte in den Militärdienst eingestellt. 1882 wurde diplomierten jüdischen Hauslehrerinnen verboten, außerhalb des Ansiedlungsräumen zu unterrichten. Im gleichen Jahr wurde jüdischen Gasthörern

verboten, an Universitäten außerhalb des Ansiedlungsrayons Vorlesungen zu besuchen.⁶⁶ Per Befehl des Zaren vom 8. November 1889 durften jüdische Anwälte eine Praxis nur mit Zustimmung des Justizministeriums eröffnen, was in den folgenden 15 Jahren durchweg abschlägig entschieden wurde.⁶⁷

Ebenso wurde ein Numerus Clausus eingeführt, um den Zugang jüdischer Studierende zu weiterführenden Schulen und Universitäten einzuschränken. 1886 wurde jüdischen Abiturienten der Zugang zu den Universitäten eingeschränkt. Ein Jahr später wurde im Juli 1887 der Zugang zu Mittel- und Hochschulen beschränkt: In den Rayons durften jüdische Schülerinnen und Schüler und Studierende maximal 10%, außerhalb der Rayons 5%, in Petersburg und Moskau 3% ausmachen.⁶⁸ Zwei Generationen jüdischer Schulpflichtiger und Studierender waren somit größtenteils von Bildung ausgeschlossen. 1912 wurden von 3.000 jüdischen Bewerbern an Universitäten nur 350 immatrikuliert.⁶⁹

1888 stellte eine „Allgemeine Denkschrift“ von Vertretern der herrschenden Klasse fest, dass es zu dieser Zeit nahezu 650 die jüdische Bevölkerung unterdrückende Ausnahmegesetze gab.⁷⁰

1910 wurde auch die Ausweisungspolitik nochmals massiv verschärft. „Die Ausweisungen von Juden aus den ihnen verwehrten Städten und Dörfern ... nahmen in der Tat einen epidemieartigen Charakter an“, schreibt der Historiker Simon Dubnow.⁷¹ So wurde im Frühjahr 1910 beschlossen, mit einem Schlag aus Kiew 1.200 jüdische Familien auszuweisen. Als die Polizeibehörden darangingen, dies mit unerbittlicher Härte durchzusetzen, löste das international Entrüstung und Proteste aus. Die Regierung musste die Ausweisungen wiedereinstellen. Bei einer Zusammenkunft von Adelsverbänden 1911 forderten die

⁶⁶ Siehe Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880 - 1945), Frankfurt 2017, S. 96 f.

⁶⁷ Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 171

⁶⁸ Ebenda, S. 170

⁶⁹ Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880 - 1945), Frankfurt 2017, S. 96

⁷⁰ Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 173

⁷¹ Ebenda, S. 430

Teilnehmenden dann gar, die jüdische Bevölkerung überhaupt aus Russland zu entfernen.

b) Die „Neue Zeit“ über Besonderheiten der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland

Wladimir Medem, einer der führenden Kader des jüdischen „Bund“, wies 1911 in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ darauf hin, dass die judenfeindliche Politik der zaristischen Staatsmacht sich mit alledem in einem wichtigen Punkt von deren Politik gegenüber anderen unterdrückten Nationalitäten unterschied: Die antijüdische Politik zielte nicht auf die zwangsweise Assimilation der jüdischen Bevölkerung ab, sondern tat gerade alles, um dies zu verhindern. Während nationale Unterdrückung ansonsten darauf abziele, die betreffende national unterdrückte Bevölkerungsgruppe zu „entnationalisieren“, sei der „herrschenden Nation *einzuverleiben*“, sei das bei der jüdischen Bevölkerung anders.

„Nicht nur dass der Antisemitismus die *Assimilation* der Juden *nicht erstrebt*, er wendet sich direkt *gegen die Assimilation*. Er will sie nicht, er fürchtet sich vor ihr, er schließt vor ihr die Tore. Daher die berühmten Prozentnormen für die Juden in den russischen Schulen, daher die ganze Absperrungs- und Absonderungspolitik.“⁷²

Doch nunmehr, so Medem, habe die zaristische Regierung noch weitere repressive Maßnahmen ausgeheckt, um die jüdische Bevölkerung in den Ansiedlungsrayons in eine geradezu ausweglose Lage zu bringen. Bisher sei es der Regierung ziemlich gleichgültig gewesen, was innerhalb der jüdischen Ghettos in den Ansiedlungsrayons vor sich ging. Nun wurde selbst dort der Gebrauch der jiddischen Muttersprache verboten, Kultur- und Bildungsvereine geschlossen. Zur bisherigen judenfeindlichen Politik, so schreibt Medem,

⁷² Wladimir Medem: Der moderne Antisemitismus in Russland, in: Neue Zeit (1910/11), I. Band (19010-1911), S. 123, H. i. O.

Wladimir Dawidowitsch Medem (1879-1923) studierte an der Universität von Kiew. Medem wandte sich der jüdischen proletarischen Bewegung zu, lernte Jiddisch und wurde zum führenden Ideologen des „Bund“. 1921 emigrierte Medem nach New York.

„gesellt sich dazu (wie unlogisch es auch scheinen mag) auch noch die *Entnationalisierungspolitik*. Nicht genug, dass man den Juden den Zutritt zu der *russischen* Kultur verwehrt (...), man lässt die Juden auch nicht ihre *eigene* Kultur entwickeln. Also man versperrt ihnen *beide* Wege.“ (S. 124, H. i. O.)

Dies richtete sich, so fährt Medem fort, gegen die sich in den jüdischen Ansiedlungsgebieten immer stärker entwickelnde demokratische jüdische Kultur:

„Eine Literatur entstand, eine periodische Presse – alles in der Muttersprache des russischen Judentums, die sich immer mehr aus dem verachteten ‚Jargon‘ zu einer *nationalen* Sprache emporarbeitet. (.) Es ist eine echt demokratische Kultur, unter dem Ansporn der Arbeiterbewegung entstanden, von der Bourgeoisie verhöhnt, von den Volksmassen getragen.⁷³

c) Groß angelegter judenfeindlicher „Ritualmord“- Prozess 1913 („Beilis-Affäre“)

Um die Judenfeindschaft anzuheizen, brachten judenfeindliche „Experten“ auch wieder die Behauptung ins Spiel, die Jüd:innen gebrauchten für ihr religiöses Ritual Christenblut. 1913 wurde in Kiew ein Jude namens Mendel Beilis wegen angeblichem Ritualmord an einem christlichen Jungen angeklagt. Der russische Junge war in der Nähe einer Fabrik eines jüdischen Besitzers in Kiew tot aufgefunden worden. Ein Angestellter der Fabrik war Mendel Beilis. Dieser wurde in der Tradition der „Ritualmord“-Hetze des Mordes beschuldigt. Die Beschuldigung hatte der extrem reaktionär-nationalistische „Verband des Russischen Volkes“ ausgeheckt. Obwohl der Polizei die Identität der wirklichen Mörder bekannt war, präparierte sie zwei Jahre lang im Zusammenspiel mit dem Justizminister und seinem Ressort „Aussagen“ verschiedener krimineller Figuren und „Sachverständiger“, um der Anklage eine rechtlich scheinbar solide Grundlage zu geben. In der öffentlichen Meinung in Russland entbrannte eine Auseinandersetzung zwischen dem zaristischen Regime und opponierenden Kräften. Die „jüdische Frage“ geriet damit in den Focus der russischen In-

⁷³ Ebenda, S. 261, H. i. O.

nenpolitik. Zwei Jahre lang diente dieser konstruierte Fall den Judenhassern zum Anlass für übelste Judenhetze in Publikationen, in der Duma und auf der Straße.

Als der Prozess 1913 begann, übernahmen herausragende Anwälte des Landes Beilis' Verteidigung. Sie legten eindeutig die Unwissenheit der präparierten Zeugen der Anklage dar. Die liberale, die demokratische und revolutionäre Presse enthüllte, wie der Justizminister den Prozess inszeniert hatte.⁷⁴ In mehreren Ländern Europas und in den USA erhob sich ein Proteststurm. Trotz der üblen Zusammensetzung des Geschworenengerichts wurde Beilis aus Mangel an Beweisen freigesprochen.⁷⁵ Das war eine klare Niederlage für das reaktionäre Regime⁷⁶, das wegen seiner judenfeindlichen Schandtaten und der staatlichen Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung auch von der Tribüne der Duma aus von den Bolschewiki angegriffen wurde.

d) Flucht und Auswanderung jüdischer Menschen aus Russland

Pogrome, staatliche Unterdrückung, Ausgrenzung und Schikanen sowie massenhaftes soziales Elend und wirtschaftliche Not führten zu einer massenhaften Auswanderung und Flucht der jüdischen Bevölkerung.

So löste die Pogromwelle 1881 bis 1884 die erste große Auswanderungswelle jüdischer Menschen aus Russland nach Amerika und Palästina aus. Allein 1881 wanderten 8.000 Jüd:innen aus.⁷⁷

⁷⁴ In der „Neuen Zeit“ I. Band Nr. 9 vom 28.11.1913 erschien der Artikel „Die Beilis-Affäre“, in dem Tatsachen über den judenfeindlich inszenierten Prozess aufgezeigt werden.

⁷⁵ In einem zweiten Urteilsspruch wurde dann zwar weiterhin die Unschuld von Beilis anerkannt, jedoch behauptet, bei dem Ermordeten habe es sich tatsächlich um ein Opfer eines „Ritualmords“ unbekannter jüdischer Täter gehandelt.

⁷⁶ Als Rache inszenierte die zaristische Staatsmacht im Sommer 1914 den sogenannten „Advokaten-Prozess“. Dieser endete mit der Verurteilung von 25 jüdischen und nichtjüdischen Rechtsanwälten, welche die Machenschaften der Justiz in der sogenannten „Beilis-Affäre“ ans Licht gebracht hatten. (Siehe Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 433)

⁷⁷ Hohmann, Andreas W. / Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischinew - Das Pogrom 1903, Lich 2015, S. 31

Nach dem Massaker von Kischinew 1903 und den weiteren Pogromen 1903/4 stieg die Auswanderung, auch im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Krieg, wiederum sprunghaft an. 125.000 Menschen wanderten damit im Zusammenhang allein nach Amerika aus.⁷⁸

Darüber hinaus emigrierten Hunderttausende jüdischer Menschen auf Grund des sozialen Elends und der wirtschaftlichen Not.

Insgesamt wanderten zwischen 1880 und 1914 zirka 2 Mio. jüdische Menschen aus Russland aus. Rund 1,75 Mio. von ihnen gingen in die USA, zirka 200.000 nach Großbritannien und 60.000 nach Palästina.⁷⁹

Eine Übersicht mit den wichtigsten Auswanderungsländern für den Zeitraum von 1881 bis 1910 gibt die folgende Übersicht.

⁷⁸ Siehe Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 383

⁷⁹ Meier-Cronemeyer, Hermann: Zionismus. Von den Anfängen bis zum Staat Israel, Frankfurt 1989, S. 11

In der Zeit von 1881—1908 wanderten Juden

nach	aus				
	Russland	Österr.- Ungarn	Rumänien	anderen Ländern	insgesamt
den Vereinigten Staaten	1 250 000	250 000	75 000	125 000	1 700 000
Kanada	30 000	5 000	—	5 000	40 000
Argentinien . . .	20 000	—	—	10 000	30 000
Gesamt Amerika	1 300 000	255 000	75 000	140 000	1 770 000
England	150 000	10 000	20 000	10 000	190 000
Deutschland . . .	15 000	25 000	—	—	40 000
Frankreich . . .	30 000	10 000	—	10 000	50 000
Belgien	5 000	—	—	5 000	10 000
Gesamt West-Europa	200 000	45 000	20 000	25 000	290 000
Süd-Afrika . . .	15 000	—	—	5 000	20 000
Ägypten	10 000	—	—	10 000	20 000
Gesamt Afrika	25 000	—	—	15 000	40 000
Palästina	20 000	5 000	1 000	10 000	36 000
Insgesamt	1 545 000	305 000	96 000	190 000	2 136 000

Aus: Arthur Ruppin: Die Juden der Gegenwart - Eine sozialwissenschaftliche Studie, 2. Auflage, Köln und Leipzig 1911, S. 91

3. Die judenfeindlichen Pogrome und der Kampf dagegen

Spätestens seit Beginn der 1880er Jahre war das Anzetteln von antijüdischen Pogromen ein wichtiges Herrschaftsinstrument des zaristischen Staates. In all den Jahren bis zur Zerschlagung des Zarismus in der Februarrevolution 1917 gab es immer wieder Pogrome. Insgesamt wurden dabei Tausende jüdische Menschen ermordet.

Eine erste Welle von Pogromen gab es zu Beginn der 1880er Jahre. Diese liegt eigentlich vor dem Zeitraum dieses Teils unserer Analyse. Deren Kenntnis ist aber wichtig für das Verständnis der Entwicklung hin zu einer noch viel größeren Welle von Pogromen in den Jahren von 1903 bis 1906, welche die zaristische Staatsmacht organisierte und lostrat, um mit judenfeindlicher Verhetzungs- und Pogrompolitik gegen die Revolution von 1905 vorzugehen. Wenn wir im Folgenden die Pogrome 1881-1884 und 1903 bis 1906 genauer betrachten, so darf nicht vergessen werden, dass es dazwischen eine Fülle weiterer Pogrome mit insgesamt Hunderten von Toten und Tausenden von Verletzten und vergewaltigten Frauen gab.

Viel zu wenig bekannt ist, dass die jüdische Bevölkerung sich, ab 1903 noch mehr als 1881 bis 1884, gegen die Pogrome mit bewaffneten „Selbstwehren“ verteidigte. Wenn auch nicht in großem Umfang führten auch nichtjüdische Kräfte, vor allem der organisierten proletarischen Bewegung, Kämpfe gegen die Pogrome. Diese konnten in der Tat an verschiedenen Orten die Pogromisten zum Teil auch zurückschlagen, zumeist allerdings nur vorläufig, da regelmäßig Armee und Polizei die Pogrom-Mörder schützten oder, wie dann insbesondere 1905/1906 ganz direkt selbst Pogrom-Massaker durchführten und mit brutaler Gewalt gegen die jüdischen Selbstwehren vorgingen.

a) Die judenfeindliche Pogromwelle 1881-1884

Zu Beginn der 1880er Jahre verstärkte sich im zaristischen Russland die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung. Revolutionäre Bestrebungen und Aktivitäten gab es zunächst vor allem unter der studierenden Jugend und der Intelligenz, die sich in Geheimbünden organisierten. Im 13. März 1881 führten Angehörige des Geheimbundes Narodnaja Volja ein erfolgreiches Attentat auf Zar Alexander II.

durch. Das Attentat wurde der jüdischen Bevölkerung „in die Schuhe geschoben“. Es war der Vorwand für die ersten Judenpogrome großen Stils in Russland, die sich zwei Jahre bis 1883 hinzogen, in den Folgejahren abflauten, um dann vor und während der bürgerlichen Februarrevolution 1905 sich erneut zu verschärfen.⁸⁰

Schon im Vorfeld der Pogrome von 1881 wurde in der russischen reaktionären Presse immer mehr gegen die jüdische Bevölkerung gehetzt. In den größeren Städten Südrusslands (Odessa, Kiew, usw.) waren schon im März Angehörige des zaristischen Geheimdiensts eingetroffen, um in Unterredungen mit den lokalen Behörden die Möglichkeit eines „Ausbruchs des Volkszorns gegen die Juden“ zu besprechen. Tatsächlich gab es unter breiten unaufgeklärten Massen ein jüdenfeindliches Potential, das durch die seit vielen Jahrhunderten vorhandene und wirkende Judenfeindschaft mobilisiert werden konnte.⁸¹

Der Historiker Simon Dubnow weist allerdings darauf hin:

„Dass aber die Pogrome von irgendeiner Zentralstelle angestiftet worden sind, unterliegt keinem Zweifel, da sie fast gleichzeitig in verschiedenen Orten Südrusslands zum Ausbruch kamen und allenthalben, sowohl was die Untaten der Menge als auch was die Untätigkeit der Polizei betrifft, nach dem gleichen Schema verliefen.“⁸²

Das erste Pogrom fand am 16. April 1881 in Jelisawetgrad statt mit einer Jüdischen Gemeinde von 15.000 Menschen. Gerüchte wurden in Umlauf gebracht von angeblich von Juden „misshandelten Christen“. Ein Angriff auf offener Straße gegen jüdische Passanten wurde zum Startsignal für Plünderung und Raub, für Körperverletzungen bis hin zum Mord. Dubnow zitiert aus einem „nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht einer staatlichen Untersuchungskommission“:

⁸⁰ Im 19. Jahrhundert setzten im zaristischen Russland schon während der Regierungszeit von Nikolaus I. Pogrome ein, so 1825, 1841 und 1871 in Odessa. Diese hatten aber noch nicht diesen umfassenden Charakter wie die Pogrome ab 1881.

⁸¹ Zur jüdenfeindlichen Hetze gehörte damals, dass der getötete Zar Alexander II angeblich ein „Befreier-Zar“ war, welcher 1861 die Leibeigenschaft aufgehoben hätte.

⁸² Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 124. Die Seitenzahlen im Text beziehen sich bis zur nächsten anderen Quellenangabe auf dieses Buch.

„Ladenverkäufer, Gasthausdiener, Handwerker, Kutscher, herrschaftliche Bediente, Offiziersburschen, Armierungssoldaten, sie alle schlossen sich der Bewegung an. Die Stadt bot einen ungewöhnlichen Anblick: die Straßen mit Daunen und zertrümmerten Möbeln bedeckt, in den Häusern eingeschlagene Türen und Fenster, eine sich nach allen Richtungen mit Geschrei und Gejohle ergießende, rasend gewordene Menge, die ungehemmt ihr Vernichtungswerk weitertreibt; zur Vervollständigung dieses Bildes - die völlige Gleichgültigkeit der Stadtbewohner nichtjüdischer Abkunft gegenüber der wütenden Zerstörungssucht ... Ein solches (tatenloses, A. d. V.) Verhalten der Truppen, vor deren Augen die tobende Menge ungehindert Häuser und Läden demolierte, musste den Anschein erwecken, dass die Zerstörung nicht gesetzeswidrig, sondern von der Regierung geradezu gestattet sei.“ (S. 125 f.)

Die Kunde von dem in Jelisawetgrad so leicht errungenen „Sieg über die Juden“, so Dubnow, wurde als Aufforderung für weitere Pogrome aufgefasst. Pogrome gab es danach in Ananjew und Kiew. Nach Kiew folgten 50 weitere Dörfer in der Umgebung, schließlich Odessa, Alexandrowsk, Nikolajew, Berdjansk, usw. (siehe S. 126-130).

Im Dezember 1881 kam es zu einem dreitägigen Pogrom der Judenfeinde in Warschau, wo die größte Jüdische Gemeinde Polens lebte. 1500 Wohnungen jüdischer Familien, Geschäfte und Gebetshäuser wurden zerstört und geplündert (siehe S. 144).

Im April 1882 tobte in der Gouvernements-Hauptstadt Balta in der Ukraine, in der über 50 % der Bevölkerung jüdisch war, ein dreitägiges Pogrom. 1.250 Wohnungen und Geschäfte jüdischer Familien wurden zerstört und geplündert, 40 jüdische Menschen ermordet und schwer verwundet, 120 leicht verletzt (siehe S. 153).

Gegen die Pogrome in Russland gab es im Februar 1882 ein großes Protestmeeting in New York, wo gerade um diese Zeit Gruppen von aus Russland Geflüchteten ankamen. Die Versammlung protestierte in ihrer Protestresolution gegen die wütenden „mittelalterlichen Verfolgungen“ im zaristischen Russland (S. 150).

1883 folgten weitere Pogrome. Im Mai wurde in Rostow am Don von Judenfeinden ein Pogrom organisiert. Im Juli 1883 kam es in Jekaterinoslaw zu einem mehrtägigen Pogrom. Daran sollen Eisenbahnarbeiter beteiligt gewesen sein, die aus großrussischen Gouvernements herbei gekarrt worden seien.

Auf das Pogrom in Jekaterinoslaw folgten im August und September 1883 weitere Pogrome in der Umgebung. Besonders schwer traf es die jüdische Bevölkerung von Nowomoskowsk, wo fast sämtliche Häuser jüdischer Familien zerstört wurden (S. 163).

Im Folgejahr 1884 ereignete sich ein Pogrom in Nishnij Nowgorod, also außerhalb des Ansiedlungsrayons, wo nur knapp 20 jüdische Familien lebten. Judenhasser hatten das Gerücht in Umlauf gebracht, ein „christliches Kind“ sei von Juden entführt worden. Aus der Jüdischen Gemeinde wurden 6 Erwachsene und ein Kind erschlagen und fünf weitere so stark verletzt, dass zwei von ihnen ihren Verletzungen erlagen (S. 163).

Auch in den Jahren danach flackerten Pogrome immer wieder auf. Im Februar 1897 kam es in der Ortschaft Spola (Gouvernement Kiew) zu einem Pogrom, zwei Monate später in Cherson. Von schlimmerem Ausmaß war das sogenannte „Passah-Pogrom“, das sich drei Tage lang im April 1899 in der Hafenstadt Nikolajew zutrug. Polizei und Kosaken sahen tatenlos zu, wie tausendköpfige Banden Läden und Wohnungen jüdischer Familien plünderten und verheerten. Am dritten Tag rückte aus den benachbarten Dörfern eine große Gruppe Bauern an, um die Beute in Sicherheit zu bringen (S. 210).

b) Jüdische Selbstverteidigung ab 1881

Schon bei der ersten Pogromwelle 1881 bis 1884 gab es verschiedentlich jüdische Gegenwehr und auch schon Ansätze zur Organisation einer bewaffneten jüdischen Selbstverteidigung.

Allerdings gelang es bereits bei den Pogromen ab 1881 in einigen Orten dem jüdischen lokalen Selbstschutz, die Judenfeinde aufzuhalten und in die Flucht zu schlagen.

■ In Jelissawetgrad hatte sich eine Anzahl von Jüd:innen im April 1881 angesichts des angekündigten Pogroms mit Revolvern versehen und sich beim Ausbruch des Pogroms in einer Synagoge verschanzt. Da drangen Soldaten in die „Festung“ ein und entzogen den Bedrohten die Feuerwaffen. Daraufhin wurde die Synagoge von den Pogromisten gestürmt.

■ In Odessa hatten sich ebenfalls Hunderte Jüd:innen Revolver verschafft und aus Fuhrleuten, Trägern, Kohlenabladern, Handlungsgehilfen, Studenten u. a. eine Miliz gebildet, die tatsächlich beim Ausbruch des dreitägigen Pogroms am 3. Mai 1881 in Aktion trat. Zwar schritt der dortige Gouverneur schlussendlich gegen die Pogromisten ein, doch mit aller Schärfe auch gegen die Miliz. Die Polizei verhaftete 150 Juden, bei denen Pistolen gefunden wurden und sperrte sie ein, um sie für den Versuch eines Selbstschutzes zu verurteilen.⁸³

■ In der Stadt Berdytschew in der Ukraine, der Stadt mit dem damals zweithöchsten jüdischen Bevölkerungsanteil in Russland (von ca. 54.000 Einwohnerinnen und Einwohnern waren zirka 42.000 jüdisch, 1897) empfingen im April 1881 mit Knüppeln bewaffnete Angehörige des Selbstschutzes der dortigen Jüdischen Gemeinde die Judenfeinde am Bahnhof. Diese mussten unverrichteter Dinge wieder abreisen.⁸⁴

Auch an der Universität von Odessa hatten sich jüdische Studierende zu einem bewaffneten Selbstschutz organisiert.⁸⁵

⁸³ Siehe: Zionistischer Hilfsfonds, Die Judenpogrome in Russland, Band I.

Über den Zionistischen Hilfsfonds in London ist uns über die Dokumentation „Die Judenpogrome in Russland“, Band 1 und Band 2, nichts weiter bekannt. Die beiden Bände haben zusammen über 900 Seiten. Im Vorwort des Bands I wird berichtet, wie es gelungen ist, das enthüllende Material über die Pogrome zusammenzutragen. Hunderte freiwillige Helfer:innen waren beteiligt. Auch der „Hilfsverein deutscher Juden“ war beteiligt. Mit Vertreter:innen vor Ort konnte an 85 Pogromorten direkt recherchiert werden. Die vom Zionistischen Hilfsfonds beauftragte Kommission zur Untersuchung der Pogrome betrachtete dabei die Auskünfte demokratischer und revolutionärer Organisationen „als die kompetentesten, als die beste *Grundlage* für die Kenntnis der sozialen Faktoren“ im Zusammenhang mit den Pogromen (Zionistischer Hilfsfonds, Die Judenpogrome in Russland, Band I, S. VI, H. i. O.) Im Band 1 wird berichtet, dass aus den „Quellen der Hilfskomitees“ einiges getan wurde, um das durch die Pogrome entstandene bzw. verschärfte Elend wenigstens etwas zu mildern. Über 6 Mio. Rubel wurden gesammelt. Von diesen konnten nach Abzug von Kosten 5,6 Mio. Rubel an Betroffene verteilt werden (ebenda, S. 222f.).

⁸⁴ Siehe Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 129

⁸⁵ Ebenda, S. 130

Zwei Aspekte sind für diesen Zeitraum noch festzuhalten. Zum einen gab es in Russland damals so gut wie keinen Protest aus liberaldemokratischen Kreisen.⁸⁶ Zum anderen existierte damals noch keine proletarische revolutionäre Kraft, welche die Arbeiter:innen zum Kampf und im Kampf gegen die Judenfeindschaft, gegen die Pogrome führen konnte.⁸⁷

⁸⁶ Dubnow berichtet: „Zu derselben Zeit, als die Korpyhäen der westeuropäischen Literatur: Victor Hugo, Renan und viele andere gegen die Judenverfolgung in Russland leidenschaftlichen Protest erhoben, hüllten sich die großen russischen Dichter, wie etwa Turgenjew und Leo Tolstoj, die auf die grauenvollen Geschehnisse hätten spontan reagieren müssen, in tiefes Schweigen.“ (Ebenda S. 212f.) Tolstoi hat 1903 dann anlässlich des Pogroms von Kischinew 1903 deutlich Stellung genommen. Das wird im weiteren Text aufgezeigt.

⁸⁷ Über die Haltung der damals existierenden Narodniki (Volkstümler) gibt es keine klaren und eindeutigen Informationen. Silberner geht davon aus, diese hätten die Pogrome als „Beginn der sozialen Revolution“ eingeschätzt als ein „Funkenflug“, der den revolutionären Flächenbrand auslösen werde. (Siehe Silberner, Edmund, Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin 1964, S. 277f.). Dubnow zitiert aus einer Proklamation, die 1881 im Namen des Vollzugskomitees der Narodnaja Wolja an die Bevölkerung der Ukraine ergangen sei: „Arbeiter, erhebt euch! Rächet euch an den Herren, plündert die Juden, erschlagt die Beamten!“ (Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 142) Dubnow berichtet aber auch über scharf ablehnende Reaktionen auf diese judenfeindlich formulierte Proklamation: „Die Tatsache, dass die Umsturzpartei die judenfeindlichen Ausschreitungen sanktionierte, wirkte freilich auf die konsequent denkenden Revolutionäre überaus verblüffend, und so wiesen sie es weit von sich, die schmählische Proklamation zu verbreiten.“ (Ebenda) Der damals zur Narodnaja Wolja gehörende Pawel Axelrod, der später Mitglied der SDAPR wurde und bei der Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki ein führender Vertreter der Menschewiki wurde, verfasste damals eine völlig andere Proklamation. Diese ist von Enttäuschung über die Haltung der nichtjüdischen Intelligenz geprägt. Axelrod, der sich zur jüdischen Intelligenz innerhalb der Narodnaja Wolja zählte, schrieb darin: „Die jüdische Studentenjugend erlitt ihre größte Enttäuschung als ihr klar wurde, dass die sozialistisch gesinnten russischen Studenten mit dem Kreuzzug gegen die jüdischen Massen sympathisierten und, schlimmer noch, ihren nichtjüdischen Mitrevolutionären ihre antisemitischen Gefühle zeigten.“ (Zitiert nach: Auszug aus: Jacob L. Talmon: Die Geschichte der totalitären Demokratie III, hrsgg. von Uwe Backes, Göttingen 2013, S. S. 291)

c) Judenfeindliche Pogrome ab 1903

Die Pogrome der Jahre 1903 bis 1907 waren noch brutaler als die in den Jahren ab 1881. Auch wenn es in den Jahren 1881-1884 zahlreiche Tote und Verletzte gab, zielten die Pogrome damals in erster Linie auf Verwüstung und Raub ab. Nun ging es neben Raub und Zerstörung jüdischer Wohnhäuser und Einrichtungen insbesondere um die Ermordung jüdischer Menschen, um mörderische Pogrompolitik als Waffe der Konterrevolution, schon als sich die Revolution von 1905 ankündigte, während der Revolution und danach.

Mit judenfeindlicher Hetze von den Kanzeln und in den Zeitungen sollte das Bewusstsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten vergiftet werden, um diese von revolutionären Ideen und Aktivitäten abzuhalten. Die Regierung finanzierte zu diesem Zweck die Herausgabe anti-jüdischer Zeitungen und arbeitete mit Hilfe des Geheimdienstes Ochrana und anderen Institutionen daran, Pogrome und „Ritualmord“-Beschuldigungen zu organisieren. Ein wichtiges Ziel war dabei, durch Akzeptanz von judenfeindlichen Pogromen und direkte Beteiligung daran breite Massen in reaktionäre Machenschaften zu verstricken, zu demoralisieren und damit von fortschrittlicher, vor allem revolutionärer Aktivität abzuhalten.

Den Anfang machten 1902 die Pogrome in Czeszochwa, wo 14 jüdische Menschen ermordet wurden, und Bialystok.⁸⁸ Es folgte Kischinew 1903.

Das Pogrom von Kischinew 1903 und seine Alarmwirkung

In Kischineff⁸⁹, der Hauptstadt des damaligen Bessarabien (heute Moldawien), lebten um 1900 rund 120.000 Menschen, darunter

Dubnow schreibt, Axelrod habe Anfang 1882 die Schrift „Über die Aufgaben der jüdischen sozialistischen Intelligenz“ geschrieben. Darin habe er nachgewiesen, dass von den Pogromen die ärmsten Schichten der jüdischen Bevölkerung vor allem zu leiden hatten und rief dazu auf, das jüdische Proletariat zu schützen. (Siehe Dubnow: Die Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 214)

⁸⁸ Die Zahl der Pogrom-Opfer konnte von uns bisher nicht herausgefunden werden.

⁸⁹ Verschiedene Transkriptionen sind gebräuchlich: neben Kischinew auch Kischineff

50.000 Jüd:innen.⁹⁰ Die Pogrome 1881 - 1883 waren an Kischinew vorbeigegangen. Im April 1903 jedoch fand dort ein brutales, auch international bekannt gewordenes Pogrom statt. In Russland und in anderen Ländern erschienen zahlreiche das Pogrom entlarvende und dagegen protestierende Stellungnahmen und Artikel, darunter Proteste von Leo Tolstoi, Maxim Gorki. Für die internationale marxistische Bewegung hatte der Artikel von Karl Kautsky „Das Massaker von Kischinew und die Judenfrage“ große Bedeutung.⁹¹ Die Vorgeschichte dieses Massakers, seine unmittelbare ideologisch-politische und organisatorische Vorbereitung, seine Durchführung und die Folgen, die bestens dokumentiert sind, können hier nur im Überblick, nicht aber im Einzelnen dargestellt werden.⁹²

Das Massaker in Kischinew folgte einer detailliert vorbereiteten und durchgeführten Dramaturgie, eingefädelt von notorisch judenfeindlichen Elementen in engster Verbindung mit Instanzen des zaristischen Staates wie der Geheimpolizei Ochrana.⁹³

Schon sechs Jahre vor dem Pogrom war in Kischinew in den lokalen Zeitungen eine immer schärfere judenfeindliche Hetze betrieben worden. Jüdische Menschen wurden in fast jeder Nummer als Blutsauger, Betrüger, Parasiten und Ausbeuter der christlichen Bevölkerung hingestellt, und es wurde der unbarmherzige Vernichtungskampf gegen die jüdische Bevölkerung gepredigt. Das Blatt „Bessarabetz“ wurde

⁹⁰ Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 370

⁹¹ Siehe Karl Kautsky: Das Massaker von Kischinew und die Judenfrage (1903), Neue Zeit 21 (1902/03), Band 2, S.303-309

⁹² Der Artikel von Karl Kautsky „Das Massaker von Kischinew und die Judenfrage“, Protesterklärungen von Gorki und Tolstoi sowie weiteres Material sind enthalten in: Hohmann, Andreas W. / Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischinew – Das Pogrom 1903, Lich 2015.

⁹³ Sofern nicht anders angegeben stammen alle Informationen in diesem Abschnitt aus dem Artikel „Die Judenmassacres in Kischinew“ von Berthold Feiwel (Berlin 1903), in: Hohmann, Andreas W. / Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischinew – Das Pogrom 1903, Lich 2015.

faktisch von der Regierung unterstützt, die darin alle offiziellen Kundmachungen veröffentlichte.⁹⁴ Damit erhielt die judenfeindliche Hetze faktisch staatliche Legitimation. Die Lage verschärfte sich weiter, als im Jahr vor dem Pogrom von 1903 in Kischinew antijüdische „Ritualmord“-Gerüchte verbreitet wurden. In judenfeindlichen Hetzblättern, voran die „Bessarabetz“, wurde mit Überschriften wie „Tod den Juden!“ direkt die Ermordung jüdischer Menschen gepredigt. Unter Patronanz der Gouvernements-Zensurbehörde, die nichts dagegen unternahm, wurde die jüdische Bevölkerung faktisch für vogelfrei erklärt. Nachdem ideologisch der Boden so bereitet war, begannen die judenfeindlichen Kräfte ganz konkret, das Pogrom vorzubereiten und zu organisieren. Sie beschafften Waffen und druckten Flugblätter und Plakate. Darin hieß es, durch einen Zaren-Befehl gestattet sei, an den drei ersten Tagen des orthodoxen Osterfestes ein „blutiges Gericht über die Juden abzuhalten.“

Das Geläut der Kirchen am Mittag des 6. April war das Signal. Wie auf ein Zeichen erschienen die Judenfeinde, schrien unaufhörlich „Tod den Juden“ und begannen ihre mörderischen Aktionen. Ganz bewusst wurden zahlreiche Pogromisten in rote Hemden eingekleidet, die Festkleidung der russischen Arbeiter.⁹⁵ Am Abend wurden die Judenfeinde vor Ort durch Banden verstärkt, die von auswärts herangekarrt und mit Waffen wie Äxten, eisernen Stangen und Keulen versehen wurden. Vor aller Augen wurde die jüdische Bevölkerung der Stadt dann in den nächsten Stunden und Tagen erniedrigt, misshandelt, gefoltert und ermordet, ihre Häuser ausgeraubt und demoliert, die Synagogen gestürmt und geplündert.

Dass patrouillierende Polizei von Anfang an überall tatenlos blieb, stachelte die Pogromisten weiter an. Polizisten begannen bald auch, den

⁹⁴ Wie Ermittlungen später ergaben, waren die zum Pogrom aufhetzenden Flugblätter auf einer Druckpresse in der Polizeizentrale hergestellt und aus einem speziellen Geheimfonds finanziert worden, der dem Zaren selbst unterstand (siehe Ben-Sasson, Haim Hillel (Hrsg.): Geschichte des jüdischen Volkes. Erstauflage Tel Aviv 1969, Deutsche Ausgabe in einem Band, Frankfurt 1992, S. 1089)

⁹⁵ Diese „Arbeiter“-Kostümierung war eindeutig inszeniert und verfolgte provokatorische demagogische Absichten. Dass tatsächlich auch Arbeiter am Pogrom beteiligt waren, geht aus Berichten allerdings auch hervor. Das Ausmaß dieser Beteiligung lässt sich daraus aber nicht feststellen.

Pogromisten die Häuser anzuweisen, in denen jüdische Menschen wohnten. Polizisten sowie auch Soldaten beteiligten sich auch selbst an den Gewalttaten gegen jüdische Menschen. So feuerte ein Offizier die Polizisten an, die auf wehrlose jüdische Menschen einschlugen: „Alle Juden sind Sozialisten. Man muss sie aufhängen!“⁹⁶

Am Nachmittag des ersten Pogromtags gab es den ersten Mord an einem jüdischen Menschen. Die Judenfeinde stürzten sich auf eine Straßenbahn, in der sich ein Jude befand, und schrien den Passagieren zu: „Werft uns den Juden heraus!“ Der Jude wurde hinabgestoßen und dann von den Judenfeinden totgeschlagen. Zwei Tage lang raste der Mob mordend und vergewaltigend, raubend und zerstörend durch Kischinew. 47 jüdische Menschen wurden ermordet, vielfach auf überaus bestialische Weise. Fast 500 wurden verwundet, darunter 92 Schwerverwundete. Tausende Wohnungen wurden verwüstet, Tausende Familien um ihre Erwerbsquelle gebracht.

Jüdische Menschen leisteten verschiedentlich Gegenwehr. Bereits als die Gerüchte über das bevorstehende Pogrom immer stärker wurden, rüsteten sich ca. 100-150 Jüd:innen mit Waffen aus, um sich auf ihre Verteidigung vorzubereiten. Am ersten Tag des Pogroms versammelten sich auf dem Platz Nowyi-Bazar jüdische Fleischhauer, um sich und die ihren zu verteidigen. Sie hielten sich so stark, dass sie die Pogromisten in die Flucht schlugen. Als der erste jüdische Verteidiger einen Schuss abfeuerte, ging sogleich das Militär gegen die sich verteidigenden jüdischen Menschen vor, schlug auf sie ein und nahm sie allesamt gefangen.⁹⁷

Die jüdische Gegenwehr nahm immer wieder verzweifelte Formen an. So wollte eine Frau die Mörderbanden von ihrem Haus fernhalten, indem sie siedendes Wasser über sie goss. Ein Polizist stürzte sich auf sie und ermordete sie. Einige raubende Soldaten, denen von sich verzweifelt wehrenden jüdischen Menschen Vitriol ins Gesicht geschüttet wurde, mussten sich ins Krankenhaus begeben.⁹⁸

⁹⁶ Berthold Feiwel: Die Judenmassacres in Kischinew, Berlin 1903, zitiert nach W. Hohmann und Jürgen Mümken (Hrsg.): Kischinew - Das Pogrom 1903, Lich 2015, S. 70

⁹⁷ Siehe ebenda, S. 59 und 71

⁹⁸ Siehe ebenda, S. 69

Seitens der nichtjüdischen Bevölkerung gab es kaum praktische Solidarität.⁹⁹ Zu den Ausnahmen gehört, dass ein empörter nichtjüdischer Russe einen Offizier niederschlug, der an den Plünderungen teilnahm.¹⁰⁰ Allerdings rief das Pogrom in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit Russlands Proteste und Verurteilungen hervor, als die Fakten darüber bekannt wurden.¹⁰¹

Pinchas Daschewskij, ein Student am Kiewer Polytechnikum, wollte den führenden Pogromhetzer und Mitorganisator des Pogroms von Kischinew, ein Finanzbeamter und Zeitungsherausgeber namens Kruschewan, zur Rechenschaft ziehen. Kruschewan gab in der Zwischenzeit in Petersburg ein weiteres judenhetzerisches Blatt namens „Snamja“ heraus. Im Juni 1903 verletzte Daschewskij den Pogromhetzer auf einer belebten Hauptstraße mit einem Dolch, aber Kruschewan überlebte. (Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 375)

⁹⁹ Berthold Feiweil berichtet: „Es ist die höchste Ironie, dass in der Redaktion des ‚Bessarabetz‘ und in der Verwaltungskanzlei des Gouvernements einige Scheiben eingeschlagen wurden. Ein Sozialist-Revolutionär, ein Christ, hielt aus Wut über die Exzesse die Plünderer zum Besten, indem er ihnen diese Häuser als jüdische angab. Als sich einige Augenblicke darauf der Irrtum herausstellte, bekam der Christ wuchtige Hiebe und musste froh sein, so davon zu kommen.“ (Siehe Berthold Feiweil: Die Judenmassacres in Kischinew, Berlin 1903, zitiert nach W. Hohmann und Jürgen Mümken (Hrsg.): Kischinew – Das Pogrom 1903, Lich 2015, S. 58)

¹⁰⁰ Siehe ebenda, S. 70

¹⁰¹ So verfasste Leo Tolstoj eine Erklärung, deren Abschriften von Hand zu Hand gingen: „Schon aus den ersten Zeitungsnachrichten begriff ich den ganzen Schrecken des Geschehenen und empfand gleichzeitig mit schneidendem Mitleid für die unschuldigen Opfer der Grausamkeit der Bevölkerung Bestürzung über die Bestialität all dieser sogenannten Christen und Abscheu gegen diese sogenannten Kulturmenschen, die die Menge aufgehetzt hatten und mit ihren Untaten einverstanden waren. Mit besonderem Entsetzen erfüllte mich aber der Hauptschuldige: unsere Regierung mit ihrer (sic) tierische Instinkte und Fanatismus im Volke entfachenden Klerisei und ihre Bande beamteter Räuber. Das Verbrechen von Kischinew ist nichts als eine direkte Folge jener Propaganda der Lüge und der Gewalt, die von der russischen Regierung mit solcher Energie betrieben wird.“ (Zitiert nach: Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 373 f.)

Protestkundgebungen gab es international. So fand in London am 21. Juni 1903 aus Protest gegen das Pogrom in Kischinew mit 25.000 Teilnehmenden die größte bis dato stattgefundene Manifestation jüdischer Arbeiter:innen statt.¹⁰²

Dem Pogrom in Kischinew folgten noch im gleichen Jahr 1903 weitere Pogrome mit vielen Opfern, so Ende August 1903 in der weißrussischen Stadt Homel.

Paul Nathan vom „Hilfsverein der Deutschen Juden“ zog rückblickend Bilanz: Es hatte ab dem Pogrom in Kischinew im April 1903 bis Oktober 1903 an 639 Orten judenfeindliche Pogrome gegeben, bei denen mindestens 985 jüdische Menschen ermordet worden sind. Es waren mindestens 38.225 Familien betroffen, insgesamt über 160.000 Menschen.¹⁰³

Pogrome 1905/1906

Der 1904 begonnene russisch-japanische Krieg verschärfte die wirtschaftliche Not und die Unterdrückung der ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung. Es mehrten sich Streiks und Kämpfe gegen den Zarismus und den Krieg. Umso lauter wurden die judenfeindliche Hetze und die nationalistische Verhetzung gegen verschiedene unterdrückte Nationalitäten überhaupt.

Seit dem Kischinewer Pogrom, so hetzten reaktionäre russische Blätter beispielsweise, sei die jüdische Bevölkerung von Rache erfüllt. Sie würden den ihnen „rasseverwandten“ Japanern in jeder Weise behilflich sein, indem sie aus Russland Gold ausführten, die japanische Armee versorgten oder Geld zum Ankauf von Schlachtschiffen für die japanische Marine sammelten.¹⁰⁴

¹⁰² Siehe Andreas W. Hohmann und Jürgen Mümken (Hrsg.): Kischinew - Das Pogrom 1903, Lich 2015, S. 115

¹⁰³ Nathan, Paul: Die russische Revolution und die Juden. Vortrag, gehalten am 5. Dezember 1906 in Berlin (Separatdruck), S. 18, S. 26. Angeführte Fakten entnommen aus: Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880 - 1945), Frankfurt 2017, S. 91, der auf Nathans Schrift verweist.

¹⁰⁴ Siehe Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 380

Im April 1905 wurde die Fabrikstadt Bialystok, ein Zentrum der Bewegung der jüdischen Arbeiter:innen, Schauplatz eines brutalen Überfalls konterrevolutionärer Kosaken-Truppen, die jüdische Passanten überfielen, Häuser und Synagogen plünderten. Es folgte Dussjati (in Kowno), Melitopol, Simferopol.¹⁰⁵ Drei Tage lang, vom 6. bis 8. Mai 1905, brandschatzten und mordeten die Judenfeinde in der Stadt Shitomir. Die Selbstwehr der Jüdischen Gemeinde, unterstützt auch von nicht-jüdischen Menschen, hielt die Mordbrenner ab so gut es ging. Nach drei Tagen waren 15 Ermordete, 100 Verwundete zu beklagen. Der Student Nikolaj Blinow wurde von den Schwarzhundertern erschlagen mit dem Ruf: „Bist zwar Russe, aber ein Roter, und schlimmer als die Juden!“¹⁰⁶

Die jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner von Minsk, Brest-Litowsk, Sjedlce und Lodz wurden im Laufe des Juni 1905 von Militär und Schwarzhundertern überfallen, misshandelt und ausgeplündert. In Lodz wurden gemeinsam demonstrierende jüdische und nicht-jüdische Arbeiter:innen von Soldaten beschossen.

Am 13. Juli 1905 feuerten uniformierte Judenmörder in Bialystok einen ganzen Tag hindurch auf jüdische Passanten und ermordeten so 50 Personen.

Im südrussischen Kertsch nahmen die örtlichen Behörden im September 1905 die Organisierung des Pogroms in die Hand. Sie organisierten eine „patriotische Gedenkkundgebung“, die mit einem Pogrom-Aufmarsch ins jüdische Viertel endete.¹⁰⁷

Die Zeitschrift der französischen Sozialdemokratie L' Humanité berichtete über eine Resolution einer städtischen Duma der Stadt Kertsch gegen das Judenpogrom, die von Lenin im Artikel „Zur gegenwärtigen Lage“ vom September 1905 wie folgt zusammengefasst und kommentiert wird: Die städtische Duma beschloss:

„1. der jüdischen Einwohnerschaft wegen der von ihr erlittenen Opfer (an Getöteten und Verwundeten) und materiellen Verluste das Beileid auszusprechen; 2. für das städtische Gymnasium zum Gedenken der

¹⁰⁵ Siehe ebenda, S. 390

¹⁰⁶ Ebenda, S. 391

¹⁰⁷ Siehe ebenda, S. 392

während der Unruhen getöteten Schüler zwei Stipendien zu stiften; 3. unverzüglich die Auszahlung von städtischen Geldern für den Unterhalt der Polizei einzustellen, da die Ortsbehörden unfähig und wenig geneigt waren, Leben und Besitz der Einwohnerschaft zu schützen; 4. an die armen, von den Unruhen am meisten betroffenen Juden eine Summe von 1500 Rubel zu verteilen; 5. dem Hafenkapitän, als dem einzigen örtlichen Beamten, der aus Menschlichkeit mit großer Energie ein weiteres Massengemetzel verhütete, ihre Sympathie zu bekunden; 6. den Innenminister von dem gesetzwidrigen Verhalten der Behörden während der Unruhen in Kenntnis zu setzen und eine Untersuchung durch den Senat zu fordern.“ (Lenin: Zur gegenwärtigen Lage, September 1905, LW 9, S. 281)

Lenin propagierte und unterstützte diese Maßnahmen, verwies aber dennoch darauf, die Revolution weiterzutreiben, keine Illusionen zu haben und als entscheidende Maßnahme den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und „den vollen und entscheidenden Sieg der Revolution“ anzustreben, der „ohne einen Aufstand unmöglich ist.“ (Ebenda, S. 282)

Als dann die Revolution von 1905 begann, lavierte die zaristische Regierung unter dem Druck der aufsteigenden revolutionären Aufstandsbewegung nicht nur mit allerlei Versprechungen („Oktobermanifest“), sondern forcierte gerade auch ihre Pogrompolitik noch weiter. Über die Situation im Oktober 1905, als die zaristische Herrschaft daran ging, direkt die Oktoberpogrome zu organisieren, heißt es in der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“:

„Die Arbeiter und Bauern hatten bis jetzt, außer Versprechungen, von der Regierung nichts erhalten. Anstatt der erwarteten umfassenden politischen Amnestie wurde am 21. Oktober eine Amnestie für einen unbedeutenden Teil der politischen Gefangenen erlassen. Gleichzeitig organisierte die Regierung, um die Kräfte des Volkes zu spalten, eine Reihe blutiger Judenpogrome, bei denen tausende und abertausende Menschen umkamen, und gründete polizeiliche Banditenorganisationen wie den ‚Bund des russischen Volkes‘, den ‚Bund des Erzengels Michael‘, um mit der Revolution blutige Abrechnung zu halten.“ (ZK der KPdSU(B): Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 99)

Um die Revolution niederzuschlagen, traten im Interesse der Erhaltung der zaristischen Herrschaft die äußersten reaktionären Kräfte mit größter Brutalität in Aktion:

„Die Rechten (so hießen sie, weil sie in der Duma auf der rechten Seite saßen) waren die Vertreter der schlimmsten Feinde der Arbeiter und Bauern, die Vertreter der erzreaktionären Gutsbesitzer, der Fronherren, die bei Unterdrückung der Bauernbewegung unter den Bauern Massenauspeitschungen und Metzelleien veranstalteten, sie waren die Organisatoren der Judenpogrome, der Niederknüppelung proletarischer Demonstrationen, der bestialischen Niederbrennung von Gebäuden, in denen in den Tagen der Revolution Meetings stattfanden. Die Rechten waren für die brutalste Unterdrückung der Werktätigen, für die unumschränkte Macht des Zaren und gegen das Zarenmanifest vom 17. (30.) Oktober 1905.“ (Ebenda, S. 121 f.)

Die „Schwarzhunderter“ gaben die Parole aus: „Tod den Revolutionären und Juden!“. In einem vom südrussischen „Nationalistenbund“ verbreiteten Flugblatt war zu lesen:

„Der Schrei ‚Nieder mit der Selbstherrschaft!‘ ist der Schrei jener Blut-sauger, die man allgemein unter dem Namen Juden, Armenier und Polen kennt. Hütet euch vor den Juden: Sie sind die Wurzel alles Bösen, das ganze Unglück unseres Lebens. Schon naht der herrliche Augenblick, da es in Russland keine Juden mehr geben wird...“¹⁰⁸

Eine judenmörderische Blutspur durchzog den Oktober 1905, als die revolutionäre Bewegung weitere Erfolge verbuchte und in Moskau der bewaffnete Aufstand organisiert wurde. Im Verlauf von einer Woche gab es judenfeindliche Ausschreitungen in 600 Orten, zum Teil auch außerhalb des Ansiedlungsrayons, und in 50 weiteren Städten (Odessa, Kiew, Kischinew, Kalarasch, Simferopol, Romny, Kremenchug, Tschernigow, Nikolajew, Jekaterinoslaw, Kamenez-Podoksk, Jelisawetgrad u. a.) gab es blutige Pogrome.¹⁰⁹

Simon Dubnow schreibt über die Systematik der zaristischen Pogrompolitik:

„Was allgemein auffiel, war der streng einheitliche Plan, nach dem die Schreckenstaten vollbracht wurden: In der Regel verliefen die Ereignisse nach dem folgenden Schema: gleich nach Verkündung der politischen Freiheiten veranstalteten die Vertreter der fortschrittlichen und revolutionären Parteien Massenversammlungen unter freiem Himmel

¹⁰⁸ Zitiert bei: Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 389

¹⁰⁹ Siehe ebenda, S. 396

und Straßenumzüge, über denen hie und da rote Fahnen mit entsprechenden Kampflosungen wehten; gleichzeitig sammelten sich die ‚Patrioten‘, zumeist lichtscheue Elemente unter Anführung von Spitzeln und verkleideten Polizisten, zu einer Gegenkundgebung, formierten sich zu einem Zug, dem das Zarenbildnis und Fahnen in den Nationalfarben vorangetragen wurden, und brachen plötzlich unter Absingen der Nationalhymne aus irgendeiner Seitengasse hervor, um sich mit lautem ‚Hurra!‘ und dem Ruf: ‚Nieder mit den Hochverrätern und ihrem Judenzaren!‘ auf die Freunde der Freiheit zu stürzen. Unmittelbar darauf folgte der Pogrom. Soweit sich die Juden zur Wehr setzten, wurden sie von den ‚patriotischen‘ Demonstranten eskortierenden Soldaten und Kosaken unter Feuer genommen. So konnten die Pogrombanden völlig unbehindert, von Haus zu Haus, von Straße zu Straße ziehen und ihr blutiges Zerstörungswerk mit methodischer Gründlichkeit vollbringen.“¹¹⁰

Das wohl blutigste Pogrom im Jahr 1905 ereignete sich in Odessa, wo Judenfeinde bereits 1821, 1859, 1871 und 1900 jüdische Bewohnerinnen und Bewohner mit Pogromen ausgeraubt und verfolgt hatten. Zwischen dem 19. und dem 21. Oktober 1905 wurden 300 Jüd:innen ermordet, Tausende wurden verwundet, mindestens 1.600 Häuser, Wohnungen und Geschäfte geplündert und zerstört (siehe ebenda, S. 396). Im Artikel „Die Entscheidung naht“ vom November 1905 prangerte Lenin die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung an:

„Die Schwarzhundtschaften fingen so zu wüten an, wie es Russland noch nicht erlebt hatte. Berichte von Massakern und Pogromen, von unerhörten Bestialitäten kommen haufenweise aus allen Gegenden Russland. Es herrscht der weiße Terror. Überall, wo nur irgend möglich, mobilisiert und organisiert die Polizei den Abschaum der kapitalistischen Gesellschaft zu Raub und Gewalttat, setzt sie die Hefe der städtischen Bevölkerung unter Alkohol, veranstaltet sie Judenpogrome, hetzt sie zu Misshandlungen der ‚Studenten‘ und Rebellen auf, hilft sie die Semstwoleute ‚belehren‘. Die Konterrevolution tobt sich aus. [...] Man schießt mit Mitrailleusen (Odessa), sticht Augen aus (Kiew), wirft Menschen vom fünften Stockwerk auf die Straße, stürmt ganze Häuser und liefert sie der Plünderung aus, legt Feuer an und erlaubt nicht, die Brände zu löschen, schießt alle nieder, die es wagen, sich den Schwarz-

¹¹⁰ Ebenda S. 396

hundertschaften zu widersetzen. Von Polen bis Sibirien, vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer - überall ein und dasselbe Bild.“ (Lenin: Die Entscheidung naht, November 1905, LW 9, S. 453)

Auch im Jahre 1906 gab es Pogrome, so in Brest-Litowsk, Homel und Bialystok. Nachdem in Bialystok während einer Kirchenprozession ein Schuss gefallen war, hieß es sogleich: „Die jüdischen Anarchisten feuern auf den Kirchenzug“. Sogleich begann das Pogrom. 80 Menschen wurden ermordet, Hunderte verwundet.¹¹¹

In seinem Artikel „Die Reaktion beginnt den bewaffneten Kampf“ vom Juni 1906 beschreibt Lenin detailliert, wie das Pogrom in Bialystok durch den Zarismus und seine Kräfte (Polizei, Militär und Schwarzhunderter) vorbereitet und durchgeführt wurde. Lenin zitiert aus einem Telegramm eines Wahlmanns der Bialystoker Bürger. Darin wird festgestellt, dass schon zwei Wochen zuvor für das Pogrom agiert wurde und besonders an den Abenden Flugblätter verteilt wurden, die zur Misshandlung nicht nur von Juden, sondern auch von Intellektuellen aufforderten, wobei die Polizei beide Augen zudrückte. Lenin schreibt dann:

„Das alte, bekannte Bild! Die Polizei bereitet von langer Hand den Pogrom vor. Die Polizei hetzt auf; in den Regierungsdruckereien werden Aufrufe zur Misshandlung von Juden gedruckt. Die Polizei bleibt zu Beginn des Pogroms untätig. Das Militär sieht den Heldentaten der Schwarzhunderter schweigend zu. Und dann – dann setzt die gleiche Polizei die Komödie eines Untersuchungs- und Gerichtsverfahrens gegen die Pogromhelden in Szene. Untersuchung und Gericht durch Beamte der alten Macht führen stets zum gleichen Resultat: die Sache wird verschleppt, Schuldige an den Pogromen gibt es nicht, manchmal werden sogar die misshandelten und zu Krüppeln geschlagenen Juden und Intellektuellen vor Gericht gezerzt, es vergehen Monate, und die alte, aber ewig neue Geschichte gerät in Vergessenheit – bis zum nächsten Pogrom. Der Auswurf unserer verfluchten kapitalistischen ‚Zivilisation‘ wird in niederträchtiger Weise aufgehetzt, bestochen und unter Alkohol gesetzt, Wehrlose werden von Bewaffneten bestialisch misshandelt, von den Schuldigen selbst wird eine Untersuchung- und Gerichtskomödie veranstaltet.“ (Lenin: Die Reaktion beginnt den bewaffneten Kampf, Juni 1906, LW 10, S. 515)

¹¹¹ Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S.401

Tatsächlich wurden die Pogromisten in all diesen Jahren entweder gar nicht bestraft oder sofort begnadigt. Dagegen wurden die Aktiven des jüdischen Selbstschutzes mit voller Härte verfolgt und vielfach zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.¹¹²

In seinem „Vortrag über die Revolution von 1905“ schrieb Lenin 1917 rückblickend:

„Der Hass des Zarismus richtete sich besonders gegen die Juden. Einerseits stellten die Juden ein besonders hohes Prozent (im Verhältnis zu der Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung) der Leiter der revolutionären Bewegung. Auch jetzt, sei beiläufig bemerkt, haben die Juden das Verdienst, ein merklich höheres Prozent der Vertreter der internationalistischen Strömung als andere Nationen aufzuweisen. Andererseits aber wusste der Zarismus ausgezeichnet die schlimmsten Vorurteile der ungebildeten Schichten der Bevölkerung gegen die Juden auszunützen. So kamen die meistens durch die Polizei unterstützten, wenn nicht direkt geleiteten *Pogrome* zustande – in 100 Städten zählte man während dieser Zeit mehr als 4.000 Tote, mehr als 10.000 Verstümmelte –, jene furchtbaren Metzeleien von friedlichen Juden, Frauen und Kindern, die den blutigen Zarismus in der ganzen zivilisierten Welt so verhasst gemacht haben. Ich meine natürlich verhasst unter den wirklich demokratischen Elementen der zivilisierten Welt, und das sind *ausschließlich* die sozialistische Arbeiterschaft, die Proletarier.“ (Lenin: Ein Vortrag über die Revolution von 1905, Januar 1917, LW 23, S. 258, H. i. O.)

¹¹² Auch nachdem die Pogromwelle von 1905/1906 in den Jahren danach zurückgegangen war, wurde in einem fort weiter mit Pogromen gedroht. In der Duma wurde von „Schwarzhunderten“ offen zur Ermordung der jüdischen Bevölkerung aufgerufen. In einem Artikel in der „Neuen Zeit“ wird 1912 über derartige Mordaufrufe in der Phase der extremen Reaktion nach der Niederlage der 1905-er Revolution berichtet. So wird ein Judenfeind zitiert, der von der Duma-Tribüne aus verkündete, es werde der Tag kommen, „wo das russische Volks sich endgültig überzeugen wird, dass es keine Justiz gibt, [...], an jenem Tage, wo das Volk zur Überzeugung gelangen wird, dass weder Polizei noch Richter, weder Gouverneure noch Minister, noch die höchsten Gesetzgebungskörper ihm helfen wollen – an jenem Tage, meine Herren, wird ein Pogrom losbrechen.... Dieses Pogrom wird nicht mehr jenen Pogromen ähnlich sein, die bisher stattgefunden haben. Man wird nicht mehr auf Bettzeug Federn fliegen lassen - man wird die Juden bis auf den allerletzten totschiessen.“ (Z. Leder: Zur Judenfrage in Russland, in: Die Neue Zeit (1912), 1911-1912, 1. Bd. (1912), H. 20, S. 705)

d) Bewaffnete Selbstschutzorganisationen und Aktionen jüdischer Organisationen und der SDAPR

Alarmiert durch das Pogrom von Kischinew 1903 begann die jüdische Bevölkerung bereits 1903 verstärkt ihren Selbstschutz zu organisieren. Dazu gehörte insbesondere die Bewaffnung der Jüdischen Gemeinden in jüdischen „Selbstwehren“, die ab 1903 vielerorts entstanden, insbesondere in den großen Zentren wie Kiew, Odessa, Jekaterinoslaw, Rostow, Jelissawetgrad, Nikolajew, Minsk, Warschau.¹¹³

Die durch die Revolution von 1905 gewandelte gesellschaftliche Situation, die Revolutionierung von Proletarier:innen sowie die Zunahme des Einflusses der sozialdemokratischen Organisationen führte auch zu mehr Beteiligung nichtjüdischer Kräfte aus dem Proletariat am Kampf gegen die Pogrome. Auch einzelne Angehörige der fortschrittlichen russischen Intelligenz schlossen sich diesen Einheiten an.

In mehreren Orten kamen Arbeiter:innen, vor allem revolutionär organisierte, den jüdischen Menschen auch bewaffnet zu Hilfe. In Selbstwehr-Einheiten organisierten sich jüdische und nicht-jüdische Menschen, insbesondere aus dem Proletariat, auch gemeinsam. Das galt selbstverständlich für die bewaffneten Kräfte unter Führung der SDAPR/Bolschewiki.

Wenn dieser Abwehrkampf gegen die Pogrome nicht mehr Erfolg gehabt hat, dann lag das fast immer am Eingreifen von Militäreinheiten auf Seiten der Pogrom-Mörderbanden. Ja vor allem 1905/1906 waren Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung ganz direkt Massaker durch das Militär sowie auch Kosaken-Einheiten.¹¹⁴

Die nachfolgenden Beispiele sollen das deutlich machen.

■ Alarmiert durch das Pogrom im April 1903 in Kischinew hatten in der weißrussischen Stadt Gomel 1903 Kräfte des „Bunds“, aber auch anderer jüdischer Organisationen Selbstwehren gebildet und ausgerüstet. Diese mussten im August 1903 sogleich gegen das Pogrom dort in Aktion treten. Es gelang dem jüdischen Selbstschutz zunächst, die

¹¹³ Siehe: Zionistischer Hilfsfonds, Die Judenpogrome in Russland, Bd. I, S. 384

¹¹⁴ Siehe Ben-Sasson, Haim Hillel (Hrsg.): Geschichte des jüdischen Volkes. Erstauflage Tel Aviv 1969, Deutsche Ausgabe in einem Band, Frankfurt 1992, S. 1089

sich auf dem Marktplatz versammelnden Pogrom-Mörder auseinanderzujagen. Diese „Blamage“ wollten die Judenfeinde nicht hinnehmen. Sie rotteten sich zusammen, um jüdische Häuser und Synagogen zu verwüsten. Eine mehrere Hundert Angehörige umfassende Abteilung des jüdischen Selbstschutzes stellte sich ihnen in den Weg. Genau in diesem Moment kam den Judenfeinden das Militär zu Hilfe und schoss auf die jüdischen Verteidiger. Die zaristischen Soldaten bildeten Absperrketten, hinter denen die judenfeindlichen Verbrecher und Plünderer in aller Ruhe weiter morden, plündern und misshandeln konnten.¹¹⁵

■ In Zitomir gingen im April 1905 Tausende jüdische Menschen gegen sich anbahnendes und dann auch beginnendes Pogrom auf die Straße. Als es in einem Vorort zu judenfeindlichen Provokationen kam, kamen über 2.000 jüdische Menschen aus der Stadt und verhinderten die judenfeindliche Gewaltausübung. Einheiten der jüdischen Selbstwehr hatten sich zuvor mit Schießübungen in den Wäldern für den Fall eines Pogroms vorbereitet - auf ihren Zielscheiben war das Bild des Zaren. Als dann das Pogrom begann, besetzten bewaffnete jüdische Kämpfer wichtige Stellen und Brücken in der Stadt und gaben gegen die heranrückenden Pogromisten Schüsse ab, so dass diese zunächst zurückwichen. Die Pogrom-Mörder konnten nur deshalb nicht aufgehalten werden, weil Polizei und Militär ihren Vormarsch deckte.¹¹⁶ Deshalb kam es in Zitomir trotz massenhafter und bewaffneter Gegenwehr zu Ermordungen, Raub und Zerstörungen.

■ In Odessa, wo im Oktober 1905¹¹⁷ ein furchtbares Pogrom stattfand, gelang es der jüdischen Selbstwehr sowie der allgemeinstudentischen Miliz unter schweren Opfern manche Straßen und Punkte ganz oder vorübergehend zu retten. Die Selbstwehr besaß sogar eine Art Gefängnis, in das ca. 200 festgenommene Mörder, Diebe und Provokateure

¹¹⁵ Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band X, S. 376 f.

¹¹⁶ Sobald sich ein Pogrom zusammenbraute, suchte die zaristische Polizei den jüdischen Selbstschutz zu entwaffnen. (Siehe Meier-Cronemeyer, Hermann: Zionismus. Von den Anfängen bis zum Staat Israel, Frankfurt 1989, S. 36).

¹¹⁷ Eine Übersicht über die Pogrome und Pogromopfer der Oktober-Pogrome 1905 ist in: Zionistischer Hilfsfonds in London, Die Judenpogrome in Russland, Bd. I., S. 213-222.

gebracht wurden. Einige Male gelang es der Selbstwehr, Provokateure, hauptsächlich verkleidete Polizisten und Soldaten, auf frischer Tat zu erwischen und sie einzusperren. Die Fäden der Pogromabwehr liefen in der Universität zusammen, wo eine Anzahl von russischen Intellektuellen, Lernenden und Lehrenden, auf jede mögliche Weise gegen das Pogrom kämpfte. Die partiellen Erfolge wurden allerdings auch hier durch das Eingreifen von Militär meist nicht nur paralysiert, sondern zu einem Anlass für blutige Exzesse gegen die jüdische Bevölkerung durch das Militär.

■ Als in Jekaterinoslaw im Oktober 1905 das Pogrom begann, trat die 1904 gebildete vorwiegend jüdische Selbstwehr umgehend in Aktion. Diese bestand aus 600 Mitgliedern, die 15 größere Gruppen bildeten, darunter auch drei sozialdemokratische Gruppen. Die mit Revolvern, Eisenstangen und Messern bewaffneten Selbstwehr-Einheiten besetzten die am meisten bedrohten Punkte in der Stadt. Dazu heißt es in einer Dokumentation aus dem Jahr 1910:

„Die Selbstwehr war da, und mit dieser Tatsache rechneten nicht nur die Mörder und Plünderer, die gar nicht geneigt waren, den Kugeln der Juden als Zielscheibe zu dienen, sondern auch die Behörden (...). Durch ihre bloße Existenz rettete die Selbstwehr Tausende von Familien vor dem Untergang und die Stadt vor völliger Verwüstung.“¹¹⁸

Neben der überwiegend jüdischen Selbstwehr gab es in Jekaterinoslaw auch eine hauptsächlich nichtjüdische proletarische Selbstwehr, die eine starke Basis in den Brjansker Werken hatte. Unter den organisierten Fabrikarbeiter:innen waren die meisten sozialdemokratisch (S. 176). Die Zahl ihrer Mitglieder, von denen zwei Drittel nicht jüdisch waren, betrug zirka 300. Als die Pogromisten sich zu den Brjansker Werken begaben, um die Arbeiter:innen aufzufordern, sich ihnen anzuschließen, mussten sie sich schleunigst zurückziehen. Ganz im Gegenteil, eine Abteilung der proletarischen Selbstwehr wurde in die Stadt entsandt, wo sie versuchen sollten, den Mördern und Plünderern das Handwerk zu legen. Das gelang ihnen aber nicht, weil ihnen

¹¹⁸ Zionistischer Hilfsfonds, Die Judenpogrome in Russland, Bd. II, S. 190, Seitenangaben im Text bis zur nächsten Quellenangabe aus dieser Schrift.

dort Regimenter von Soldaten den Weg verstellten. Über die Bedeutung dieser proletarischen Selbstwehr heißt es in einem aufschlussreichen Bericht aus dem Jahr 1910:

„Die Bewaffnung war auch hier eine miserable: neben Jagdgewehren mussten hier auch tüchtige Knüppel als Waffe gelten. Allein der Schwerpunkt lag hier nicht in der Zahl der Mitglieder und der Art ihrer Bewaffnung, sondern in der moralischen Bedeutung der Tatsache, dass Christen fest entschlossen waren, für die Juden einzustehen. Schon die unzweideutige kategorische Erklärung der Arbeiter, dass sie keine Gewalttätigkeiten gegen Juden zulassen würden, musste ernüchternd auf etwaige Liebhaber von Plünderungen wirken. (...)“

Als Leiter der christlichen Selbstwehr fungierten ausschließlich jüngere Arbeiter, die aber zu den ‚klassenbewussten‘ gehörten und in den Zirkeln ausgebildet worden waren. Die älteren Arbeiter fügten sich den jüngeren, da sie die intellektuelle und moralische Superiorität der letzteren willig anerkannten. Die ‚Jungen‘ waren stets bemüht, den Juden die vollständige Uneigennützigkeit ihres Handelns klar zu machen.“ (S. 192)

Das Militär, welches den Selbstwehr-Einheiten in den Weg trat und den Pogromisten den Weg bereitete, hatte wiederum den entscheidenden Anteil daran, dass dennoch Morde an Jüd:innen sowie Raub und Verwüstungen stattfinden konnten.

■ In der Stadt Tschernigow, von deren rund 27.000 Einwohnerinnen und Einwohnern rund ein Drittel jüdisch war, gelang es der 300 Arbeiter und Intellektuelle umfassenden bewaffneten Selbstwehr, der auch 50 nichtjüdische Menschen angehörten, am 23. Oktober 1905 ein Pogrom zu verhindern. Unter den Selbstwehrleuten spielte der Sozialdemokrat „Petja“ eine herausragende Rolle. Er galoppierte zu Pferd durch die Stadt, um die Selbstwehrabteilungen zu koordinieren. Dabei geriet er zuerst in die Hände einer Bande von Pogromisten, konnte sich aber befreien, wurde dann von Kosaken überrumpelt. Obwohl er zweimal verwundet war, konnte er auch diesen entkommen (S. 269 f.).

■ In Rostow kam es am 14. Oktober 1905 zu Pogrom-Attacken. Gegen diese kam die jüdische Selbstwehr. Die Pogromisten verstreuten sich. Eineinhalb Stunden danach erschien auf der Straße eine fünfhundertköpfige proletarische Menge. Deren Leiter:innen erklärten gegenüber der jüdischen Selbstwehrtruppe, sie seien zum Schutz der jüdischen Bevölkerung erschienen (S. 488f.).

Ein besonderes Beispiel von Solidarität bei der Abwehr von Pogromen wird ebenfalls aus Rostow berichtet. Die außerhalb des jüdischen Ansiedlungsrayons liegende Stadt hatte damals ca. 144.000 Einwohnerinnen und Einwohner, darunter zirka 14.000 jüdische. In der bei Rostock liegenden Stadt Nachitschewan lebten ca. 30.000 Armenierinnen und Armenier. Mitte Oktober 1905 bahnte sich in Rostow ein Pogrom an. Als am 14. Oktober in einer zumeist von jüdischen Menschen bewohnten Straße Pogromisten gegen ein jüdisches Haus voringen, kam nicht nur die jüdische Selbsthilfe herbei. Außerdem erschienen auch 500 Arbeiter:innen, die der jüdischen Selbstwehrtruppe gegenüber erklärten, dass sie zum Schutz der jüdischen Bevölkerung herbeigekommen waren. Zuvor schon war zwischen jüdischer Selbstwehr und armenischen Selbstverteidigungskräften eine Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung getroffen worden. Nachdem es im Februar 1905 in Baku zu einem Pogrom gegen die armenische Bevölkerung gekommen war, war die armenische Bevölkerung in Nachitschewan in großer Sorge, dass es auch hier zu einem gegen sie gerichteten Pogrom kommen könnte. Über die Vereinbarung wird berichtet:

„Nach den bekannten Gräueltaten in Baku wandten sich die Armenier aus dem dicht bei Rostow befindlichen Nachitschewan an die jüdische Selbstwehr mit der Bitte, sich zum Zweck gegenseitiger Verteidigung zu vereinen. Die Juden gingen darauf willig ein. Die Vertragsbedingungen waren kurz und bündig: würde man die Juden in Rostow hauen, dann kommen die Armenier aus Nachitschewan zur Hilfe; treffe ein derartiges Schicksal die Armenier in Nachitschewan, so haben die Juden dorthin zu Hilfe zu eilen. Zu gleicher Zeit hatten auch die Sozialdemokraten den Wunsch geäußert, der Selbstwehr beizutreten, und erhielten von der allgemeinen jüdischen Selbstwehr 40 Revolver.“ (S. 489 f.)

Das war zweifelsohne eine herausragende Solidaritätsbekundung. Als es in Rostow zum Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung kam, ließ sich die armenische Unterstützung auf Grund der gegebenen Situation allerdings nicht realisieren. Auch das gehört erwähnt (siehe S. 498).

■ In Jaroslawl wurden am 20. Oktober 1905 organisierte Eisenbahner aktiv, um ein bereits drei Tage andauerndes Pogrom zu beenden. Drei Tage währten die Pogrom-Ausschreitungen, denen von den Behörden

freier Lauf gelassen wurde. Über das Eingreifen von organisierten Arbeiter:innen zur Beendigung des Pogroms wird berichtet:

„Erst durch die energische Einmischung der organisierten Eisenbahnarbeiter nahm das ruchlose Treiben nun doch ein Ende. Empört (...) zitierten diese Arbeiter den Gouverneur nach der Station, wiesen auf seine Untätigkeit hin und forderten von ihm reale Vorkehrungen zur Einstellung des Pogroms, widrigenfalls sie sofort in den Ausstand treten würden. Diese Drohung wirkte, der Gouverneur erließ einen entsprechenden Aufruf, und der Pogrom hörte sofort auf.“ (S. 506)

■ Protesterklärungen von Arbeiter:innen nach den Oktober-Pogromen 1905

Nach den Oktoberpogromen brachten klassenbewusste und revolutionär orientierte Arbeiter:innen in zahlreichen Beschlüssen und Resolutionen ihre Abscheu gegen die Pogrome zum Ausdruck. Sicherlich nicht vollständig wird darüber von verschiedenen Städten berichtet:

„In Minsk waren es Angestellte und Arbeiter der örtlichen Werkstätten der Libau-Romnyer Bahn und der Moskau-Brester Eisenbahn sowie das Personal der Straßenbahnen, in Kiew und Bobrinskaja waren es ebenfalls Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten, in Jelissawetgrad Bäcker, in der für die Freiheitsbewegung gut vorbereiteten Stadt Charkow überhaupt Tausende von Arbeitern usw., die formelle Resolution fassten, oder, wie in Charkow, ihren ablehnenden Standpunkt in einer unterzeichneten Adresse dokumentierten.“¹¹⁹

Eine ernste Frage war die Teilnahme einer nicht unerheblichen Anzahl rückständiger, reaktionär verhetzter Arbeiter an den Pogromen, die aus verschiedenen Städten und Regionen bekannt war. Von großer Bedeutung war da, dass die klassenbewussten und revolutionären Arbeiter:innen darüber nicht hinweggingen, sondern dies verurteilten und dagegen angingen. So bildeten die organisierten Eisenbahner der Südwestbahnen eine Kommission, die in dem Ort Schmerinka tagte. Diese verurteilte öffentlich die Arbeiter, die sich in Bobrinskaja, Birzula, Rasdjelnaja, Schmerinka, Polonnje und anderen Orten an Pogromen beteiligt hatten.¹²⁰

Über Odessa wird berichtet:

¹¹⁹ Zionistischer Hilfsfonds, Die Judenpogrome in Russland, Bd. I, S. 373

¹²⁰ Ebenda, S. 374

„In den sozialdemokratischen Kreisen von Odessa empfand man, wie es scheint, über die Haltung des russischen Proletariats eine schwere Enttäuschung; wenigstens verlieh das damalige lokale Organ der Sozialdemokratie, Kommertscheskaja Rossija, in einem Appell seinen dahingehenden Gefühlen einen lebhaften Ausdruck, indem es in herben Worten die Odessaer Proletarier beschuldigte, dass sie den dunklen Mächten keinen Widerstand geleistet hätten.“¹²¹

Leider haben wir keine genaueren Informationen darüber.

■ Lugansk. Ein Abgeordneter in der Duma namens Ryshkow berichtet über die Zusammenarbeit von Polizeipogromhelden und Kosaken. Er führte weiter aus, wie Lenin zitiert:

„Ich wohne in einem großen Industriebezirk [...] und ich weiß, dass zum Beispiel in Lugansk der Pogrom *nur deshalb* (hören Sie gut zu, meine Herren: *nur deshalb*) keine erschreckenden Ausmaße angenommen hat, weil die *unbewaffneten Arbeiter* auf die Gefahr hin, von der Polizei niedergeschossen zu werden, die Pogromhelden mit bloßen Händen davonjagten.“¹²²

■ Odessa. Am 23.3.1907 fanden in Odessa Gerichtsverhandlungen statt gegen sechs junge Juden, die im Juni vorigen Jahres während des Pogroms, mit Waffen und Aufrufen des Komitees des Selbstschutzes versehen, verhaftet worden waren. In den Aufrufen war die jüdische Bevölkerung Odessas zur energischen und mutigen Selbstverteidigung aufgefordert worden. Alle Angeklagten wurden als Angehörige einer „verbrecherischen Gesellschaft“ zu vier bis sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Das Gericht begründete die Härte der Strafe damit, die jüdische Schutzwehr sei eine Geheimverbindung, die den Umsturz der bestehenden Staatsordnung durch die Ausrüstung des jüdischen Proletariats zum Kampfe mit Polizisten und Soldaten anstrebe.¹²³

■ Bialystok. Die revolutionären Parteien verurteilten einen Pogrom-Mörder zum Tode und vollstreckten das Todesurteil. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums. Der Gemeindebote“ berichtete: Ein Oberst

¹²¹ Ebenda, S. 373

¹²² Zitiert in: Lenin: Die Reaktion beginnt den bewaffneten Kampf, Juni 1906, LW 10, S. 518, H. i. O.

¹²³ Allgemeine Zeitung des Judentums, Nr. 15/1907, Der Gemeindebote, S. 4

Schröder, der in Bialystok erschossen wurde, war der Militäarchef der dortigen Eisenbahnstation. Als Haupturheber der Judenhetze war er es, der auf dem Bahnhof die Schwarzen Banden versammelte und sie mit dem Rufe: „Schlagt die Juden tot!“ zu ihrem mörderischen Werk anfeuerte. Schröder ging bei einer Gerichtsverhandlung straflos aus und wurde anschließend noch zum Oberst befördert. Daraufhin fällten die revolutionären Parteien das Todesurteil gegen ihn, das danach vollstreckt wurde.¹²⁴

Anmerkungen zum Problem der Beteiligung von Arbeiter:innen an Pogromen

Bei verschiedenen judenfeindlichen Pogromen wurde dargestellt, dass sich daran teilweise auch einzelne reaktionäre Arbeiter oder kleine Gruppen von reaktionären Arbeitern beteiligten. Es wäre falsch, dies zu übergehen. Falsch wäre es aber auch, dies aufzubauschen in die Richtung: „Na seht ihr, also auch die Arbeiter.“ Tatsächlich zeigen die in der seriösen Literatur angegebenen Fakten, dass es nicht überall und nicht zu allen Zeiten gleich war, sondern dass es von Ort zu Ort genau zu analysierende und festzuhaltende Unterschiede gab. Fest steht, dass es in allermeisten bekannten Fällen im zaristischen Russland nur eine kleine Minderheit von Arbeitern oder einzelne Arbeiter waren, die sich auf diese oder jene Weise an Pogrom-Aktivitäten beteiligten.

Fest steht insbesondere auch, dass die Judenfeindschaft keinesfalls im Interesse des Proletariats war und ist. Die Teilnahme einer Anzahl von Arbeitern an judenfeindlichen Aktionen/Pogromen ändert nichts daran, dass das Schüren von Judenfeindschaft im Interesse der herrschenden Klasse und ihres Staates liegt.¹²⁵ Diese haben im Interesse ihres Machterhalts („teile und herrsche“) bzw. auch ihrer Kriegspolitik

¹²⁴ Allgemeine Zeitung des Judentums, Nr. 34/1907, Der Gemeindebote, S.4

¹²⁵ Lenin erklärte 1903, „dass der soziale Charakter des heutigen Antisemitismus sich nicht ändert durch die Tatsache, dass an diesem oder jenem Pogrom nicht nur Dutzende, sondern sogar Hunderte unorganisierter und zu neun Zehnteln noch völlig unaufgeklärter Arbeiter teilnehmen.“ (Lenin, Braucht das jüdische Proletariat eine „selbstständige politische Partei“?, Februar 1903, LW 6, S. 328)

ein Interesse daran, einzelne Arbeiter:innen oder Teile der proletarischen Klasse in judenfeindliche Aktivitäten, Hetzereien und mörderische Ausschreitungen hineinzuziehen.¹²⁶

All die Aufrufe, all die Warnungen Lenins, Stalins und der SDAPR, wie gefährlich die judenfeindliche und allgemein die nationalistische Verhetzung ist, wären ja nicht nötig gewesen, wenn die Verhetzungspolitik nicht so eine große Gefahr darstellen würde.

Aus den Dokumenten sowie den Schilderungen konkreter Aktivitäten geht hervor, dass die revolutionäre Sozialdemokratie in Russland von Anfang an einen entschiedenen Kampf gegen die Judenfeindschaft geführt hat, der sich auch auf die proletarische Klasse erstreckte, ja gerade auch auf diese erstrecken musste, um diese gegen alle Formen der bürgerlichen, der reaktionären, der judenfeindlichen und nationalistischen Ideologie zur Wahrnehmung ihrer Führungsrolle auf der Basis der proletarisch-internationalistischen Ideologie zu befähigen.

Das durch alle Windungen und Wendungen hindurch erfolgende Hineintragen von sozialistischem Klassenbewusstsein in immer größere Teile des Proletariats hat dazu geführt, dass diese sich aktiv den Pogromen und der Pogrompolitik entgegenstellten und schließlich in der Lage waren, die Herrschaft der herrschenden Klasse zu zerschlagen, in deren Interesse die Judenfeindschaft vor ihrem Sturz und noch brutaler in der Zeit des Bürgerkriegs nach dem Sieg der Oktoberrevolution als reaktionäre und konterrevolutionäre Waffe eingesetzt wurde.

Die Revolution ist nicht ein Kampf von „99% gegen 1%“, sondern ein komplizierter Bürgerkrieg. Gemäß den historischen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass - über die Arbeiteraristokratie hinaus - auch rückständige bzw. die rückständigsten Teile des Proletariats sich auf die Seite der Konterrevolution stellen und damit auch Judenfeind-

¹²⁶ Wie weitreichend dies gehen kann, zeigte sich in Deutschland, als es den Nazi-faschistischen Herrschenden des deutschen Imperialismus gelungen war, das Bewusstsein und das politische Verhalten des größten Teils der Bevölkerung, darunter auch einen Großteil der proletarischen Klasse, mit rassistischer Judenfeindschaft und extremem deutschen Nationalismus und Rassismus zu vergiften.

schaft betreiben. Aktive Judenfeinde bekamen in der Oktoberrevolution und danach die Todesstrafe.¹²⁷ Da spielte es keine Rolle, ob Arbeiter:in oder nicht.

4. Politische Stellungnahmen, Aufrufe und Aktionen der SDAPR, von Lenin und Stalin gegen staatliche Judenfeindschaft und Pogrome

Schon im vorherigen Abschnitt ist ansatzweise sichtbar geworden, dass die revolutionären Kräfte der SDAPR nach Kräften ihren Beitrag geleistet haben, um den Kampf gegen die staatliche Judenfeindschaft und die Pogrome zu unterstützen. Im Folgenden soll nun, gewiss exemplarisch, verdeutlicht werden, wie und auf welchen Ebenen Gliederungen und Kader initiativ wurden, um den Zarismus umfassend zu entlarven und um auch auf diesem Feld des demokratischen und revolutionären Kampfes die führende Rolle des Proletariats zu erkämpfen.

a) Erklärungen und Aufrufe

■ Bereits 1901 betonte Stalin in einem Artikel in der georgischen Zeitschrift „Brdola“, dass die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland noch über das allgemein herrschende System der Knechtung der unterdrückten Nationalitäten hinausging:

„Es stöhnen die ständig verfolgten und geschmähten Juden, die sogar jener kläglichen Rechte beraubt sind, wie sie die übrigen russischen Untertanen genießen – des Rechtes, überall zu wohnen, des Rechtes, in den Schulen zu lernen, des Rechtes, als Beamte zu dienen, usw.“ (Stalin:

¹²⁷ In dem von Lenin als Vorsitzendem des Rates der Volkskommissare unterschriebenen „Dekret des Rates der Volkskommissare über die Ausrottung der antisemitischen Bewegung“ vom 27. Juli 1918 heißt es: „Der Rat der Volkskommissare weist die Deputiertenräte an, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die antisemitische Bewegung mit der Wurzel auszureißen. Pogromisten und Pogromagitatoren sind außerhalb des Gesetzes zu stellen.“ (Zitiert nach: Lenin über die Judenfrage, Moskau 1932, S. 66)

Stalin erklärte 1931: „In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft.“ (Stalin: Über den Antisemitismus, 1931, SW 13, S. 26)

Die SP Russlands und ihre nächsten Aufgaben, „Brdsola“ Nr. 2/3, November/Dezember 1901, SW 1, S. 19)

■ **2. Parteitag 1903:** Kurz nach dem Pogrom von Kischinew 1903 fand der 2. Parteitag der SDAPR statt. Vertreten waren nun schon 26 verschiedene Organisationen, darunter auch der „Bund“. Angesichts der zunehmenden Welle judenfeindlicher Pogrome verfasste der 2. Parteitag eine gesonderte Resolution zum Kampf gegen judenfeindliche Pogrome:

„Da solche Bewegungen, wie der so traurig berühmte Kischinewer Pogrom, ganz abgesehen von ihrer scheußlichen Bestialität, in den Händen der Polizei als Mittel dienen, mit dessen Hilfe sie das Anwachsen des proletarischen Klassenbewusstseins aufzuhalten versucht, empfiehlt der Parteitag den Genossen, alle zur Verfügung stehenden Mittel für den Kampf gegen solche Bewegungen und für die Aufklärung des Proletariats über den reaktionären und den Klasseninhalt der antisemitischen und jeder anderen national-chauvinistischen Hetze anzuwenden.“ (Band 1, S. 55).

■ **3. Parteitag der SDAPR im April 1905 in London.**¹²⁸ Der Bericht über diesen Parteitag wurde auch auf jiddisch veröffentlicht. Im Vorwort „An die jüdischen Arbeiter“, das Lenin verfasst hatte, heißt es:

„In Russland leiden die Arbeiter aller Nationalitäten unter einem wirtschaftlichen und politischen Joch, wie es in keinem anderen Staat besteht, und zwar vor allem jene Arbeiter, die nicht der russischen Nationalität angehören. Die jüdischen Arbeiter leiden nicht nur unter dem allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Joch, das sie als eine rechtlose Nationalität niederdrückt, sondern außerdem noch unter einem Joch, das sie der elementaren Bürgerrechte beraubt.“ (Lenin: An die jüdischen Arbeiter, Mai 1905, LW 8, S. 496)

Lenin führt weiter aus:

„Je eifriger die räuberische zaristische Selbstherrschaft bestrebt ist, Zwietracht, Misstrauen und Feindschaft unter den von ihr unterdrückten Nationalitäten zu säen, je widerwärtiger ihre Politik der Aufhetzung der unaufgeklärten Massen zu bestialischen Pogromen ist, umso mehr haben wir Sozialdemokraten die Pflicht, daran zu arbeiten, dass sich

¹²⁸ Zum 3. Parteitag der SDAPR siehe: „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 80 ff.

alle zersplitterten sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Nationalitäten in einer einheitlichen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands vereinigen.“ (Ebenda, S. 496f)

Das waren klare Worte, eine unmissverständliche Kriegserklärung gegen den Zarismus, der wieder Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung vorbereitete.

■ Im April 1905 verfasste Lenin ein Flugblatt zum 1. Mai 1905. Sehr eindringlich rief er zum Kampf gegen nationalistische Verhetzung und für die Einheit des Proletariats aller Nationalitäten und Konfessionen auf, darunter des jüdischen Proletariats:

„Nieder mit der Feindschaft zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten oder verschiedener Konfessionen! Eine solche Feindschaft nützt nur den Räubern und Tyrannen, die aus der Unwissenheit und der Zersplitterung des Proletariats ihren Vorteil ziehen. Der Jude und der Christ, der Armenier und der Tatar, der Pole und der Russe, der Finne und der Schwede, der Lette und der Deutsche — alle, alle marschieren zusammen unter dem einen gemeinsamen Banner des Sozialismus.“ (Lenin: Der Erste Mai, April 1905, LW 8, S. 343)

Lenin warnte die Arbeiter:innen:

„Die zaristische Regierung will ein Volk gegen das andere hetzen: in Baku verleumdete sie die Armenier bei den Tataren und ließ es so zu einem Blutbad kommen, jetzt bereitet sie ein neues Gemetzel gegen die Juden vor, indem sie im unwissenden Volk Hass gegen Juden entfacht. [...] Wir werden uns mit der Waffe in der Hand zum Aufstand erheben, um die Zarenregierung zu stürzen und Freiheit für das ganze Volk zu erkämpfen.“ (Ebenda, S. 345)

■ 1906 berichtete die „Allgemeine Zeitung des Judentums. Die Woche“ von einer Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen und der Sozialrevolutionäre, die in einer Resolution zur Bewaffnung gegen die judenfeindlichen Pogrome aufrief. Als Aufgabe wird gestellt,

„1: (...) an die Herausgabe und weiteste Verbreitung von Schriften zu gehen, die vor den Massen der Bevölkerung die Rechtlosigkeit der Juden, ihre ökonomische Lage und die Politik der Regierung den Juden gegenüber klarlegen.

2. Die Konferenz weist auf die Notwendigkeit hin, in ganz Russland eine Kampagne gegen die Metzeleipolitik der Regierung zu organisieren. (...) Indem die Regierung die Juden aller Bürgerrechte beraubt und

dadurch im Volke den Gedanken aufrechterhält, dass gegen die Juden alles erlaubt sei, will sie die rechtlose jüdische Bevölkerung zum Blitzableiter für die elementare Unzufriedenheit der unaufgeklärten Volksmassen machen und inszeniert mit Hilfe von Polizei, Militär und gedungenen Mördern grausame Judenmetzeleien.

Wir erklären, dass wir nicht die Juden noch eine andere Nation als unsere Feinde betrachten, sondern die absolutistische Regierung (...) Für uns sind alle Menschen – ohne Unterschied von Religion und Nation – gleich; wir haben gekämpft und kämpfen und rufen auch alle Bürger zum Kampfe auf für die sofortige Gleichberechtigung der Juden, für die sofortige Abschaffung aller Ausnahmegesetze gegen die unterdrückten Nationen. (...)

Zu diesem Zwecke schlagen wir (...) vor: a) sich an die gesamte Bevölkerung Russlands mit einem Aufruf zu wenden, in dem die Ursachen und das Ziel der Metzeleien erklärt und die Bürger zur Organisation einer Volksmiliz zum bewaffneten Widerstande gegen die Gewalttäter und Mörder aufgefordert werden.“¹²⁹

■ In seinem bereits zitierten Artikel zum Pogrom in Bialystok 1906 warnte Lenin vor jeglichem Vertrauen in die zaristische Regierung und propagiert die Organisation von bewaffneten Milizen und bewaffneter Selbstverteidigung als einziges Schutzmittel gegen Pogrome:

„Klagt die Regierung offen und laut vernehmlich an, ruft das Volk auf, eine Miliz und eine Selbstverteidigung, das *einzig*e Schutzmittel gegen Pogrome zu organisieren.“ (Lenin: Die Reaktion beginnt den bewaffneten Kampf, Juni 1906, LW 10, S. 517, H. i. O.)¹³⁰

¹²⁹ Allgemeine Zeitung des Judentums/1906, S. 351 f.: Abdruck der Mitteilung einer Konferenz „der Vorstände der russischen Sozialdemokratie, des jüdischen Arbeiterbundes, der lettischen Sozialdemokratie, der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens, der Polnischen Sozialistischen Partei und der Partei der Sozialrevolutionäre“ mit der Tagesordnung: „Bekämpfung der von der Regierung inszenierten Metzeleikampagne.“

¹³⁰ In einem Artikel von Dezember 1914, also bereits nach Beginn des Ersten Weltkriegs, betonte Lenin: „Argumente zugunsten von Pogromen analysiert man nicht: man verweist nur auf sie, um ihre Urheber vor allen klassenbewussten Arbeitern anzuprangern.“ (Lenin: Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus, Dezember 1914, LW 21, S. 86) Diesen Gedanken halten wir für heute so wichtig wie damals.

■ Im Oktober 1912 wandte sich Stalin im Artikel „Heute sind Wahlen“ an die jüdischen Wähler, die für die Gleichberechtigung der Jüd:innen eintreten und warnte sie vor der Wahl der reaktionären Kadetten. (Stalin: Heute sind Wahlen, Oktober 1912, SW 2, S. 242)

b) Klare Stellungnahme zu dem gerade auch für den Kampf gegen Judenfeindschaft bedeutsamen Zusammenhang zwischen religiöser Aufhetzung und Nationalismus – Lenins Schrift „Sozialismus und Religion“ (1905)

Die prinzipiell klare Position der Bolschewiki zur Religion war ein wichtiges Fundament auch für den Kampf gegen antijüdische Hetze und Politik. Denn die Hetze gegen den Talmud und die jüdische Religion überhaupt war fest im Arsenal der Judenfeinde verankert.

Im Dezember 1905 erschien der fünfseitige Artikel „Sozialismus und Religion“¹³¹. Lenin erklärt zunächst prinzipiell, wie Ausbeutergesellschaften „den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits“ erzeugen und dann die Religion „Demut und Langmut“ fordert (S. 70).

Er wiederholt den Satz von Karl Marx, dass die Religion „das Opium des Volks“ ist. Er fügt im Sinne des Gedankenganges von Marx hinzu, dass auch gilt, dass die Religion Opium für das Volk ist:

„Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.“ (S. 71)

Weiter schreibt Lenin

„Das moderne Proletariat bekennt sich zum Sozialismus, der die Wissenschaft in den Dienst des Kampfes gegen den religiösen Nebel stellt und die Arbeiter vom Glauben an ein jenseitiges Leben dadurch befreit, dass er sie zum diesseitigen Kampf für ein besseres irdisches Leben zusammenschließt.“ (Ebenda)

Der bekannte Satz, dass die Religion Privatsache ist, wird von Lenin genauer betrachtet: dieser Satz gilt gegenüber dem Staat. Die Partei

¹³¹ Lenin: Sozialismus und Religion, Dezember 1905, LW 10, S. 70–75. Die Seitenangaben im Text bis zur nächsten Quellenangabe sind aus dieser Schrift.

des Proletariats jedoch sieht die Frage der Aufklärung über die Religion nicht als Privatsache, sondern als grundlegende Aufgabe an. Es geht um die Trennung von Religion vom Staat:

„Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verbunden sein. Jedem muss es vollkommen freistehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d. h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist. Alle rechtlichen Unterschiede zwischen den Staatsbürgern je nach ihrem religiösen Bekenntnis sind absolut unzulässig. Selbst die Erwähnung der Konfession der Staatsbürger in amtlichen Dokumenten muss unbedingt ausgemerzt werden. Es darf keine Zuwendungen an eine Staatskirche, keine Zuwendungen von Staatsmitteln an kirchliche und religiöse Gemeinschaften geben, die völlig freie, von der Staatsmacht unabhängige Vereinigungen gleichgesinnter Bürger werden müssen. Nur die restlose Erfüllung dieser Forderung kann Schluss machen mit jener schmachvollen und verfluchten Vergangenheit, da die Kirche in leibeigener Abhängigkeit vom Staat war. [...] Vollständige Trennung der Kirche vom Staat - das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und die heutige Kirche stellt.“ (S. 71 f.)

Lenin berichtet dann, dass auch Vertreter der Religion sich „gegen die polizeilichen Spitzeldienste“ wenden und führt aus:

„Wir Sozialisten müssen diese Bewegung unterstützen, indem wir die Forderungen der ehrlichen und aufrichtigen Geistlichen bis zu Ende führen, diese Leute, wenn sie von Freiheit sprechen, beim Wort nehmen, von ihnen fordern, dass sie jedes Band zwischen Religion und Polizei entschlossen zerreißen.“ (S. 72)

Drastisch erklärte Lenin:

„Wir gestehen selbst den Jesuiten das *Recht* der freien Agitation zu, aber wir bekämpfen (freilich nicht mit Polizeimethoden) ein Bündnis zwischen Jesuiten und Proletariern.“ (Lenin: Die nationale Frage in unserem Programm, Juli 1903, LW 6, S. 453, H. i. O.)

Nichtsdestotrotz ist für die Partei des Proletariats ein konsequenter Kampf gegen die Religion unbedingt nötig, allerdings nur mit „geistigen Waffen“, mit der Presse und in Worten. Worte und Aufklärung allein genügen jedoch nicht. Bereits 1913 schrieb Lenin:

„Es wäre unsinnig, zu glauben, man könne in einer Gesellschaft, die auf schrankenloser Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen aufgebaut ist, die religiösen Vorurteile auf rein propagandistischem Wege

zerstreuen. Es wäre bürgerliche Beschränktheit zu vergessen, dass der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur Produkt und Spiegelbild des ökonomischen Drucks innerhalb der Gesellschaft ist. Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsternen Mächte des Kapitalismus aufgeklärt wird. Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.“ (Lenin: Sozialismus und Religion, Dezember 1905, LW 10, S. 73 f.)

Die Organisation des revolutionären Kampfes, des Klassenkampfes ist entscheidend und bei aller Notwendigkeit, die wissenschaftliche Lehre des Kommunismus zu propagieren, bedeutet dies durchaus nicht, schreibt Lenin,

„dass man die religiöse Frage an die erste Stelle rücken soll, die ihr keineswegs zukommt, dass man eine Zersplitterung der Kräfte des wirklich revolutionären, des ökonomischen und politischen Kampfes um drittrangige Meinungen oder Hirngespinnste willen zulassen soll, die rasch jede politische Bedeutung verlieren und durch den ganzen Gang der ökonomischen Entwicklung bald in die Rumpelkammer geworfen werden.“ (Ebenda, S. 74)

Angesichts der Pogrome in Russland haben diese Hinweise Lenins einen ganz praktischen Hintergrund:

„Die reaktionäre Bourgeoisie hat überall danach getrachtet und beginnt jetzt auch bei uns danach zu trachten, den religiösen Hader zu entfachen, um so die Aufmerksamkeit der Massen von den wirklich wichtigen und grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen abzulenken, die das gesamtrussische Proletariat, dass sich in seinem revolutionären Kampf zusammenschließt, jetzt praktisch löst. Diese reaktionäre Politik der Zersplitterung der proletarischen Kräfte, die sich heute hauptsächlich in Pogromen der Schwarzhunderter äußert, kann morgen sehr wohl irgendwelche raffinierteren Formen ersinnen.“ (Ebenda)

Angesichts der Vermischung von Fragen der jüdischen Religion mit sonstigen erfundenen Anschuldigungen gegen die jüdische Bevölkerung, ist diese im Grunde programmatische Schrift Lenins gerade auch angesichts der stattgefundenen und zukünftigen Pogrome von grundlegender Bedeutung.

c) Initiierung einer vorbildlichen und erfolgreichen Demonstration in Tiflis im Februar 1905, die ein Pogrom verhinderte

Wir bringen dieses Beispiel etwas ausführlicher, da es wirklich vorbildlich zeigt, wie ein von seiner revolutionären proletarischen Partei geführtes Proletariat gegen Pogrome agiert, dass es nicht nur bei Aufrufen bleibt, sondern dass diese zu konsequentem revolutionärem Handeln führen.

Der Aufschwung der proletarischen Bewegung im Kaukasus 1905 verstärkte die Versuche des Zarismus, die verschiedenen Nationalitäten des Kaukasus aufeinanderzuhetzen, um die Revolution zu verhindern. Anfang 1905 versuchte die zaristische Reaktion im Kaukasus, eine Pogromstimmung gegen die Armenier:innen zu erzeugen, was auch teilweise gelang. Als Antwort organisierte das Tifliser Komitee der SDAPR eine Demonstration mehrerer tausend Tifliser Arbeiter:innen sowie Werkstätiger verschiedener Nationalitäten unter dem roten Banner des Internationalismus. Dadurch gelang es, ein konkret geplantes Pogrom in der Stadt zu verhindern. Das Tifliser Komitee der SDAPR rief mit den von Stalin im Februar 1905 verfassten Proklamationen „Es lebe die internationale Brüderlichkeit“ und „An die Bürger. Es lebe das rote Banner!“ zum internationalistischen Zusammenschluss der Nationalitäten des Kaukasus um das rote Banner des Proletariats auf.¹³²

In der Proklamation „Es lebe die internationale Brüderlichkeit!“ macht Stalin klar, dass der Zarismus nicht nur Pogrome gegen Armenier:innen als konterrevolutionäre Waffe einsetzt, sondern auch judenfeindliche Pogrome als Teil ihrer reaktionären Politik von „Teile und Herrsche“:

¹³² „Ihr Armenier, Tataren, Georgier, Russen! Reicht einander die Hände, schließt euch enger zusammen und gebt auf die Versuche der Regierung, euch zu entzweien, die einmütige Antwort: Nieder mit der Zarenregierung! Es lebe die Brüderlichkeit der Völker! Reicht einander die Hände und, vereint, scharft euch um das Proletariat, den wirklichen Totengräber der Zarenregierung - dieses einzigen Schuldigen an den Bakuer Mordtaten.“ (Stalin: Es lebe die internationale Brüderlichkeit!, 1905, Werke Band 1, S. 72. Zuerst veröffentlicht als Proklamation des Tifliser Komitees der SDAPR vom 13. Februar 1905)

„Um ihren Thron zu festigen, hat die Zarenregierung nun ein ‚neues‘ Mittel ausgeheckt. Sie sät Feindschaft zwischen den Nationalitäten Russlands, sie hetzt sie *gegeneinander*, sie bemüht sich, die gemeinsame Bewegung des Proletariats in einzelne kleine Bewegungen zu zerschlagen und sie gegeneinander zu lenken, sie veranstaltet Pogrome gegen Juden, Armenier usw. Und alles das, um die Nationalitäten Russlands durch einen brudermörderischen Krieg voneinander zu trennen und sie dann, nachdem sie entkräftet sind, mühelos einzeln zu besiegen! *Entzweie und herrsche* - das ist die Politik der Zarenregierung. So handelt sie in den Städten Russlands (erinnert euch der Pogrome in Gomel, Kischinew und anderen Städten), das gleiche wiederholt sie auch in Kaukasien. Die Elende! Mit dem Blut und den Leichen der Bürger will sie ihren verächtlichen Thron festigen!“ (Ebenda, S. 71, H. i. O.)¹³³

Stalin berichtet in der Proklamation „An die Bürger. Es lebe das rote Banner!“ über eine Demonstration von 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von Tiflis gegen das geplante Pogrom. Dort heißt es einleitend:

„Große Hoffnungen und große Enttäuschungen! Anstelle der nationalen Feindschaft gegenseitige Liebe und Vertrauen! Anstelle des brudermörderischen Pogroms eine grandiose Demonstration gegen den Zarismus, den Urheber der Pogrome! Gescheitert sind die Hoffnungen der Zarenregierung: es ist ihr doch nicht gelungen die Nationalitäten von Tiflis aufeinanderzuhetzen! ...

Schon lange bemüht sich die Zarenregierung, die Proletarier aufeinanderzuhetzen, schon lange bemüht sie sich, die gemeinsame Bewegung des Proletariats in Teile zu zerschlagen. Eben deshalb veranstaltete sie Pogrome in Gomel, Kischinew und anderen Orten. [...] Und schließlich

¹³³ Stalin schreibt an anderer Stelle: Das Regime des Zarismus hat „russische Rowdys bewaffnet und auf russische Arbeiter und Intellektuelle losgelassen, sie hetzt rückständige und hungernde Massen der Russen und Moldauer in Bessarabien auf die Juden und schließlich die unwissende und fanatische Tatarenmasse auf die Armenier. Sie hat mit Hilfe der Tataren eines der revolutionären Zentren Russlands und das revolutionärste Zentrum Kaukasiens - Baku - zertrümmert und die gesamte armenische Provinz von der Revolution abgeschreckt. Sie hat das ganze vielstämmige Kaukasien in ein Kriegslager verwandelt, wo die Bevölkerung jeden Augenblick Überfälle nicht nur von Seiten der Selbstherrschaft erwartet, sondern auch von Seiten der Nachbarstämme, dieser unglückseligen Opfer der Selbstherrschaft. So kann es nicht weitergehen! Und nur die Revolution kann alledem ein Ende setzen!“ (Stalin: Bürger!, Oktober 1905, SW I, S. 162)

blieben die Blicke der Zarenregierung an Tiflis haften. Hier, im Zentrum Kaukasiens, wollten sie eine blutige Tragödie aufführen und sie dann in die Provinz übertragen! Keine Kleinigkeit: die Nationalitäten Kaukasiens aufeinanderzuhetzen und das kaukasische Proletariat in seinem eigenen Blut zu ertränken! Die Zarenregierung rieb sich die Hände vor Freude.“ (Stalin: An die Bürger, Es lebe das rote Banner!, Februar 1905, SW 1, S. 73)¹³⁴

Stalin berichtet, dass die Demonstrierenden verschiedener Nationalitäten sich gegenseitig Unterstützung im Kampf gegen den Zarismus schworen. Bei der Zwischenkundgebung an der Wank-Kathedrale beschließt die Menschenmenge,

„demonstrativ an der Zions-Kathedrale und an der Moschee vorbeizuziehen, sich ‚gegenseitige Liebe zu schwören‘, auf dem Persischen Friedhof halt zu machen, noch einmal zu schwören und auseinanderzugehen.“ (Ebenda, S. 74)

Stalin wies daraufhin, dass die Verhinderung dieses geplanten Pogroms gegen Armenier:innen ein großer Erfolg war, machte aber gleichzeitig deutlich, dass damit noch nicht die tieferliegenden Ursachen von Pogromen und Pogromhetze gegen die armenische Bevölkerung, gegen die jüdische Bevölkerung beseitigt sind:

„Heißt dies jedoch, Bürger, dass die Zarenregierung auch in Zukunft nicht danach trachten wird, Pogrome zu veranstalten? Bei weitem nicht! Solange sie am Leben ist, und je mehr sie an Boden verliert, desto häufiger wird sie zu Pogromen ihre Zuflucht nehmen. Das einzige Mittel, die *Pogrome* aus der Welt zu schaffen, ist die Vernichtung der zaristischen Selbstherrschaft.“ (Ebenda, S. 75, H. i. O.)

d) Ausnutzen der Duma für die Entlarvung des Zarismus und die Unterstützung des proletarischen Massenkampfs

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 nutzten die Bolschewiki bzw. die SDAPR jede legale Möglichkeit, um ihre revolutionären Positionen, wenn auch häufig in „verkleideter“ Form, zu propagieren, den Zarismus und die konterrevolutionäre Bourgeoisie zu entlarven und unter Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten der Duma-Abgeordneten die Verbindungen mit dem Proletariat nicht abreißen zu

¹³⁴ Zuerst veröffentlicht als Proklamation des Tifliser Komitees der SDAPR vom 15. Februar 1905.

lassen, um legale und illegale Arbeit – bei Vorrang der illegalen Arbeit – zu verbinden. Hier einige Beispiele:

■ Im Juni 1906 geht Lenin in dem Artikel „Auf, zur Einheit!“ nochmals auf das Pogrom in Bialystok ein. Er betont, dass unter anderem auch der „Bund“ die von der sozialdemokratischen Duma-Fraktion verabschiedeten Appelle zur „Bildung einer Volksmiliz“ unterstützt hat, eine Volksmiliz, welche als einziges Mittel zur Verteidigung der von Pogromen und Massakern bedrohten unterdrückten Massen propagiert werden.¹³⁵

Im Juli 1906 gab es in der Duma eine Debatte über das Pogrom in Bialystok. Lenin zitiert in einem Artikel aus der Resolution der SDAPR-Fraktion in der Duma. Diese rief im Namen des Proletariats die von Pogromen bedrohten unterdrückten Massen dazu auf, „den Schutz ihres Lebens und Eigentums *in die eigene Hand* zu nehmen“ und „der nationalen Hetze *eine Abfuhr* zu erteilen.“ „Das einzige Mittel“ für den eigenen Schutz der von Pogromen Bedrohten, zitiert Lenin weiter aus der Resolution der SDAPR-Duma-Fraktion, „*kann nur die Bewaffnung des Volkes selbst sein*“. (LW 11, S. 70, H. i. O.)

Entscheidend war, so schreibt Lenin selbst im Anschluss daran,

„sich zu bewaffnen und entschlossen *Widerstand* zu leisten.“ (Lenin: Rügen der Bourgeoisie und Kampflosungen des Proletariats, Juli 1906, LW 11, S. 70, H. i. O.)

■ Um ihre Positionen bekannt zu machen, formulierte die SDAPR im März 1912 im engen Kontakt mit den Arbeiter:innen die „Wahlplattform der SDAPR“. Darin wird auch die Judenfeindschaft des Zarismus angegriffen. Lenin zitiert in einem Artikel diese Passage aus der Wahlplattform:

„Noch nie verfolgte man die Juden und nach ihnen auch andere, nicht zur Herrschernation gehörende Völker so wütend, mit einer derartigen Gehässigkeit und Mutwilligkeit. Antisemitismus und brutalster Nationalismus wurden zur einzigen politischen Plattform der Regierungspartei.“ (Lenin: Die Wahlplattform der SDAPR, 1912, LW 17, S. 499)

■ Bei dem neunseitigen Text Lenins mit dem Titel „Zur Frage der nationalen Politik“ vom April 1914 handelt es sich um den Entwurf

¹³⁵ Lenin: Auf, zur Einheit!, Juni 1906, LW 11, S. 9.

einer Rede.¹³⁶ Der Redeentwurf richtet sich gegen die von den herrschenden Klassen Russlands geschürte und in Russland damals herrschende Pogromatmosphäre gegen die jüdische Bevölkerung. Es heißt darin:

„Den Behörden und der Polizei ist einfach alles erlaubt bei der zügellosen unverschämten Hetze gegen die Juden; alles ist erlaubt bis zur Deckung und Verheimlichung von Verbrechen. Gerade das war die Lehre der Beilis-Affäre, die die engste und intimste Verbindung zeigte.“
(Lenin: Zur Frage der nationalen Politik, April 1914, LW 20, S. 213)

Auf die Frage, warum eine solche Pogromatmosphäre herrscht, heißt es im Redeentwurf:

„Die ganze Regierungspolitik gegenüber den Juden und anderen – man verzeihe den regierungsamtlichen Ausdruck – ‚Fremdstämmigen‘ wird sofort verständlich, natürlich, unvermeidlich, wenn man der Wahrheit ins Auge blickt und die unbezweifelbare Tatsache anerkennt, dass sich das Land im Zustand eines schlecht verhüllten Bürgerkriegs befindet.“
(Ebenda, S. 214)

Im Redeentwurf wird auch herausgestellt, dass die Lage der jüdischen Bevölkerung in Russland sogar noch wesentlich schlimmer war als im Habsburger-Österreich, da es dort

„nichts gibt, was mit dem schändlichen Ansiedlungsgebiet für die Juden oder mit den niederträchtigen Ausweisungen von Juden auf die Laune von despotischen Gouverneuren hin, oder mit der Vertreibung der Muttersprache aus den Schulen zu vergleichen ist.“ (Ebenda, S. 216)¹³⁷

¹³⁶ Diese hätte einer der bolschewistischen Abgeordnete in der Duma halten sollen. Die bolschewistischen Abgeordneten wurden aber für die Dauer von 15 Sitzungen aus der Duma ausgeschlossen. Daher konnte diese Rede nicht gehalten werden.

¹³⁷ Lenin wendet sich in dem Artikel auch gegen polnischen Nationalismus und führt an, dass eine polnische Duma-Fraktion etwa „gegen die Gleichberechtigung der Juden in Polen“ ist. (Ebenda, S. 220)

e) Der bolschewistische Gesetzentwurf 1914 zur Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der jüdischen Bevölkerung und jeglicher Beschränkungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Nationalität

Dieser Gesetzentwurf hatte eine ganz besondere Bedeutung. Er war verbunden mit einer auch publizistischen Offensive im Kampf zur Entlarvung der judenfeindlichen Staatspolitik und der zaristischen Unterdrückungsverhältnisse. Selbstverständlich machten sich Lenin und die Bolschewiki keinerlei Illusionen, dass dieser Gesetzentwurf angenommen würde. Vielmehr ging es darum, die Möglichkeiten der Bolschewiki-Fraktion in der Duma für die Entlarvung des zaristischen Staates und als Mittel für die Propaganda von Grundpositionen der Revolution auf diesem Gebiet zu nutzen.

Im April 1914 erschien ein kleiner, aber gewichtiger Artikel Lenins von zwei Seiten mit dem Titel „Die nationale Gleichberechtigung“.¹³⁸ Lenin umreißt darin nochmals knapp den Rahmen, in dem der Gesetzentwurf zu sehen ist. Das ist die brutale Politik der Unterdrückung gegen die sogenannten „Fremdstämmigen“, die zugleich der „Demoralisierung“ des Bewusstseins großer Teile der Bevölkerung dient. Es geht um

„die Entfachung des gegenseitigen Misstrauens zwischen dem russischen Bauern, dem russischen Kleinbürger, dem russischen Handwerker und dem jüdischen, finnischen, polnischen, georgischen, ukrainischen Bauern, Kleinbürger und Handwerker.“ (Lenin, Die nationale Gleichberechtigung, April 1914, LW 20. S. 234 f.)

Lenin unterstreicht, es gebe für das Proletariat

„keinen ärgeren Feind als die barbarischen Vorurteile und den Aberglauben, die von den Feinden der Arbeiterklasse in die unaufgeklärte Masse hineingetragen werden. Die Unterdrückung der ‚Fremdstämmigen‘ ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits schlägt es die ‚Fremdstämmigen‘, andererseits das russische Volk.“ (Ebenda, S. 235)¹³⁹

¹³⁸ Lenin, Die nationale Gleichberechtigung, April 1914, LW 20. S. 234 f.

¹³⁹ In einer anderen Übersetzung ist von einem „Stock mit zwei Enden“ die Rede, was an der Sache jedoch nichts ändert, aber den Gedanken Lenins möglicherweise aber doch etwas treffender schildert: „Mit dem einen Ende schlägt er den

Der Artikel dient der Unterstützung des Gesetzesentwurfs der Bolschewiki gegen die Beschränkung der Rechte der jüdischen Bevölkerung und anderer Nationalitäten. Daher setzt Lenin in diesem Artikel bewusst den Hauptakzent auf den Kampf gegen die Judenhetze:

„Eine besonders gehässige Agitation wird von den Schwarzhundertern gegen die Juden betrieben. Die Purischkewitsch versuchen, das jüdische Volk zum Sündenbock für alle ihre eigenen Sünden zu machen.

Es ist daher ganz richtig, wenn die SDAPR-Fraktion¹⁴⁰ Russlands den ersten Platz in ihrem Gesetzesentwurf der *jüdischen* Rechtlosigkeit einräumt.

Die Schule, die Presse, die Parlamentstribüne, alles, alles wird ausgenutzt, um einen finsternen, wilden grimmigen Hass gegen die Juden auszusäen.

Mit diesem schmutzigen, niederträchtigen Werk befasst sich nicht nur der Auswurf der Schwarzhunderter, sondern auch reaktionäre Professoren, Gelehrte, Journalisten und Abgeordnete befassen sich damit. Millionen und Milliarden Rubel werden verschwendet, um das Bewusstsein des Volkes zu vergiften.“ (Lenin: Die nationale Gleichberechtigung, April 1914, LW 20, S. 235, H. i. O.)

In einem weiteren Artikel mit dem Titel „Gesetzesentwurf über die nationale Gleichberechtigung“ vom März 1914 begründet Lenin den Gesetzesentwurf der Bolschewiki-Fraktion in der Duma über die nationale Gleichberechtigung, der insbesondere auf die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung abzielte.¹⁴¹

Lenin begründet den Gesetzesentwurf einleitend wie folgt:

„Fremdstämmigen“ und mit dem anderen das russische Volk.“ (Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR (Hrsg.): W. I. Lenin über die Judenfrage, Moskau 1932, S. 57)

¹⁴⁰ Im Original: SDA-Fraktion

¹⁴¹ Lenin hatte schon in seinen „Thesen zur nationalen Frage“ im Juni 1913 die Bedeutung der Forderung nach einem solchen Gesetz formuliert. (Siehe Lenin: Thesen zur nationalen Frage, Juni 1913, LW 19, S. 233 ff.)

„Der Gesetzentwurf bezweckt die Aufhebung aller nationalen Beschränkungen für alle Nationen¹⁴²; Juden, Polen usw. Besonders ausführlich beschäftigt er sich indessen mit den gegen die Juden gerichteten Beschränkungen. Der Grund ist verständlich: Keine einzige Nationalität wird in Russland so unterdrückt und verfolgt wie die jüdische. Der Antisemitismus schlägt unter den besitzenden Schichten immer tiefere Wurzeln. Die jüdischen Arbeiter stöhnen unter einem zweifachen Joch: als Arbeiter wie auch als Juden. Die Verfolgung der Juden hat in den letzten Jahren ganz unglaubliche Ausmaße erreicht. Es genügt, an die Judenpogrome und an die Beilis-Affäre zu erinnern.“ (Lenin, Gesetzentwurf über die nationale Gleichberechtigung, März 1914, LW 20, S. 166)

Unter diesen Verhältnissen müssen die organisierten proletarischen Revolutionäre, so Lenin, der Judenfeindschaft die „gebührende Aufmerksamkeit“ schenken. Da vom Staat und der Duma nichts zu erwarten sei, müsse besonders laut die Stimme des russischen Proletariats „gegen die nationale Unterdrückung“ ertönen (ebenda S. 166).

Dem Gesetzentwurf mit dem Titel „Über die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der Juden und überhaupt aller Beschränkungen, die mit der Abstammung oder mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität verbunden sind“ wurde ein Verzeichnis von ungefähr 100 Bestimmungen beigelegt die „allein die Juden betreffen“.¹⁴³

Lenin führt im Artikel den kompletten Gesetzentwurf an, wie er damals formuliert war. Diesen geben wir hier abschließend wieder:

„Gesetzentwurf über die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der Juden und überhaupt aller Beschränkungen, die mit der Abstammung oder mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität verbunden sind.

1. Die Bürger aller Russland bewohnenden Nationalitäten sind vor dem Gesetz gleich.

¹⁴² Formal bezeichnet Lenin hier jüdische und polnische Menschen in gleicher Weise als „Nation“, gemeint ist logischerweise „Nationalitäten“, unabhängig von der Frage, ob es sich um eine Nation oder eine nationale Minderheit handelt.

¹⁴³ Ebenda, S. 166

2. Kein Bürger Russlands, gleich welchen Geschlechts und Glaubensbekenntnisses, kann in seinen politischen und überhaupt in irgendwelchen Rechten auf Grund seiner Abstammung oder seiner Zugehörigkeit zu einer Nationalität, welche immer es sei, beschränkt werden.

3. Alle und jegliche Gesetze, zeitweilige Verordnungen, Erläuterungen zu Gesetzen u. dgl. m., die die Rechte der Juden auf irgendeinem Gebiet des sozialen und staatlichen Lebens beschränken, werden aufgehoben. Artikel 767, Bd. IX, der lautet, dass ‚die Juden den allgemeinen Gesetzen in allen jenen Fällen unterliegen, *in denen keine besonderen Bestimmungen für sie festgesetzt sind*‘, wird aufgehoben. Aufgehoben werden alle und jegliche Beschränkungen für die Juden hinsichtlich des Rechts des Aufenthalts und der Freizügigkeit, des Rechts auf Bildung, der Rechte auf Anstellung im staatlichen und öffentlichen Dienst, der Wahlrechte, der Militärpflicht, des Rechts der Erwerbung und Pachtung von Immobilien in der Stadt, auf dem Lande usw.; aufgehoben werden sämtliche Einschränkungen der Rechte der Juden auf Ausübung freier Berufe usw. usf.

4. Dem vorliegenden Gesetz ist ein Verzeichnis der aufzuhebenden gesetzlichen Bestimmungen, Verfügungen, zeitweiligen Verordnungen usw. beigelegt, die auf die Beschränkung der Rechte der Juden gerichtet sind.“ (Ebenda, S. 167 f., H. i. O.)

II. Die Entwicklung des „Bund“ und die zentralen politischen Fragen der Auseinandersetzung mit dem „Bund“

Bevor zentrale theoretische Fragen im Kontext der nationalen Frage und des Kampfs gegen die Judenfeindschaft in Russland behandelt werden, sollen nach einem knappen Überblick über die Entwicklung des „Bund“ und seiner Positionen zunächst vor allem die zwei wesentlichen spezifischen politischen Auseinandersetzungen mit dem jüdischen „Bund“ behandelt werden.

Gerade in der ersten Phase der Auseinandersetzung ging es vor allem um die Gründung, den Aufbau und die Festlegung einer einheitlichen Partei in Russland mit dem zentralen Ziel, den zaristischen Staatsapparat zu zerschlagen. Für Lenin, Stalin und die Bolschewiki war klar, dass die Organisation der (damals noch sozialdemokratisch benannten, späteren kommunistischen) Partei nach dem Kriterium der Revolution, also des Staates, der zerschlagen werden muss, obligatorisch ist.

Gleichzeitig aber ging es im Hintergrund und manchmal auch erstrangig um die wohlklingende Phrase vom Kampf für die „national-kulturelle Autonomie“, die vom „Bund“ für die jüdische Bevölkerung sogar im Rahmen des Zarismus gefordert wurde. Die Konzentration auf „kulturelle Autonomie“ jenseits der politischen zentralen Aufgaben, jenseits der Frage, wer denn nun den Staatsapparat in der Hand hat und wie dann alle nationalen Fragen, auch der nationalen Minderheiten, geklärt werden können, wurde von den Bolschewiki als reformistisch und im Kern undurchführbar abgelehnt.

Auf diese zwei Fragen soll zunächst eingegangen werden, um im Teil III dann die für die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus wichtigen Fragen der Entwicklung der Position zur nationalen Frage und in diesem Rahmen auch zur Frage, wie welche Rechte der jüdischen nationalen Minderheit durchgesetzt werden können, genauer vorzustellen.

Auch um die Auseinandersetzung der Bolschewiki, Lenins und Stalins mit dem „Bund“ besser einordnen zu können, soll zuvor ein knapper

Überblick über die Entwicklung des „Bunds“ und seiner Positionen bis 1914 gegeben werden.

1. Zur Entwicklung des „Bund“ (1897-1914)

In Wilna (Litauen) hatte sich schon 1890 ein Kern jüdischer revolutionärer Intellektueller gebildet, die sog. „Wilna-Gruppe“. Diese jüdische sozialdemokratische Gruppierung war der Vorläufer des „Bund“. Die breite ökonomische Agitation im jüdischen Proletariat durch die Wilnaer-Gruppe und an ihr orientierter jüdischer sozialdemokratischer Gruppen in den wichtigsten Städten des jüdischen Rayon (neben Wilna v. a. Minsk und Bjalystok) war ein wichtiger Schritt für die sozialdemokratische Bewegung in Russland. Doch schon hier zeigte sich eine gewisse Neigung hin zum Ökonomismus. 1894 formulierte die Wilnaer-Gruppe zusammen mit Martow, der später ein führender Menschewik wurde, die Broschüre „Über Agitation.“ Deren Grundgedanke war der Vorrang des ökonomischen vor dem politischen Kampf. Lenin kritisierte diesen ökonomistischen Ansatz 1902 in seiner Schrift „Was tun?“. Dabei betonte er allerdings auch, dass diese Broschüre für den ökonomischen Kampf durchaus nützlich war.¹⁴⁴

Der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund“ (kurz der „Bund“ genannt) wurde im September 1897 auf dem Gründungskongress geschaffen. Dies geschah durch Vereinigung jüdischer sozialdemokratischer Gruppen aus dem jüdischen Rayon (darunter auch die „Wilnaer“-Gruppe) und aus Warschau. Der „Bund“ verstand sich als Organisation des jiddisch-sprechenden Proletariats im zaristischen Russland.

Der Gründungskongress beschloss zunächst,

„die Forderung der bürgerlichen, nicht aber der nationalen Gleichberechtigung in die Reihe der politischen Forderungen aufzunehmen“.¹⁴⁵

Von den beiden Hauptorganen des „Bunds“ erschien die „Arbeiterstimme“ auf Jiddisch ab 1897 illegal in Russland und – ebenfalls auf

¹⁴⁴ Siehe Lenin: Was tun?, 1902, LW 5, S. 386. Siehe Bunzl, John, Klassenkampf in der Diaspora, Wien 1975, S. 55 f., (Dieses Buch wird im Weiteren in kürzerer Form angegeben als: Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora.)

¹⁴⁵ „Zitiert nach N. Ratner: Die nationale Autonomie und das jüdische Proletariat, Sozialistische Monatshefte, Nr. 21 (1911), S.1335 f.

jiddisch – der „Jüdische Arbeiter“ in Genf, herausgegeben vom Auslandskomitee des „Bunds“. Gruppen des „Bund“ gaben eine Fülle weiterer illegaler Publikationen heraus.¹⁴⁶

Der „Bund“ hatte im Jahr 1900 in Bjalystok 1.000, in Wilna 1.000, in Minsk 1.000 und in Homel 360 Mitglieder. Auf dem Höhepunkt seiner Ausdehnung hatte der „Bund“ 1906 über 33.000 Mitglieder sowie 257 örtliche Organisationen im zaristischen Russland.¹⁴⁷ Der „Bund“ hatte einen Frauenanteil von mehr als einem Drittel seiner Mitglieder.¹⁴⁸

Kurz nach seiner Gründung war der „Bund“ führend an der Gründung der SDAPR 1898 beteiligt. Er bereitete den 1. Parteitag der SDAPR mit vor. Dieser fand in Minsk im März 1898 statt. Dort hatte der „Bund“ eines seiner Hauptzentren. Auf dem Gründungsparteitag der SDAPR wurde statutmäßig festgelegt, dass der „Bund“ in Fragen, die nur das jüdische Proletariat betreffen, autonom entscheiden könne.¹⁴⁹ Diese Position des Gründungsparteitags der SDAPR war in den heftigen Debatten in den nächsten 15 Jahren sehr wichtig. Sie lautet:

„1. Die Organisationen der ‚Kampfbünde zur Befreiung der Arbeiterklasse‘, die Gruppen der ‚Rabotschaja Gaseta‘ und des ‚Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Russland und Polen‘ schließen sich zu einer einheitlichen Organisation unter dem Namen ‚Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands‘ zusammen, wobei der ‚Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Russland und Polen‘ als eine autonome Organisation in die Partei eingeht, die nur in den Fragen selbstständig entscheiden kann, die speziell das jüdische Proletariat betreffen.“¹⁵⁰

¹⁴⁶ Siehe Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 20, Fernwald 2016, S. 25

¹⁴⁷ Lenin führt diese Zahlen an. Siehe Lenin: Die Vereinigung des ‚Bund‘ mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, September 1906, LW 11, S. 182

¹⁴⁸ Hirte, Naomi: Ein Preis unter Rubinen: Jüdische Frauen als Rebellen und Radikale, Harvard University Press 1994, S. 139, angeführt in: Wiki.wiki Allgemeiner Jüdischer Arbeitsbund: https://www.wiki.wiki/wiki/de/General_Jewish_Labour_Union

¹⁴⁹ Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 63

¹⁵⁰ Der erste Parteitag der SDAPR, Minsk, 13.-15. März (1.-3.) 1898, in: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Band I.: vom 1. Parteitag 1898 bis zum Plenum 1908, Berlin 1957, S. 5, Offenbach 2004

Aufgrund von massiven Verhaftungen u.a. auch aller neun Delegierten des 1. Parteitags der SDAPR (insgesamt an die 500 Revolutionäre), war die neugegründete SDAPR schwer getroffen. Der „Bund“ hatte durch seine vergleichsweise starke Verankerung großen Anteil daran, die Kontinuität der SDAPR zu gewährleisten.¹⁵¹

Im September 1898 fand der *zweite Kongress des „Bund“* statt. Der „Bund“ organisierte ab dieser Zeit vor allem ökonomische Streiks jüdischer Arbeiterinnen und Arbeiter. (Z.B. gab es 1900-1904 im „Rayon“ 1673 „jüdische Streiks“.¹⁵²

Der *dritte Kongress des „Bund“* 1899 legte klar fest, dass die politische Hauptaufgabe der Sturz des Zarismus sei. Der Kongress bekräftigte in einem Beschluss die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung.¹⁵³

Punkt 6 der Tagesordnung lautete: Die nationale Frage in unserem Programm und unsere Forderungen als Jüdinnen und Juden. Die bisherige Forderung der „bürgerlichen, nicht aber der nationalen Gleichberechtigung“ wurde bekräftigt. Zugleich wurde jedoch eine Diskussion über die „nationale Frage“ eröffnet. Mehrheitlich wurde folgende Resolution angenommen:

„1. Unter seinen anderen politischen Forderungen stellt der Bund nur die Forderung der bürgerlichen, jedoch nicht der nationalen Gleichberechtigung der Juden auf.

2. Zwecks weiterer Klärung der Frage wird im ‚Jiddischen Arbeiter‘ (das im Ausland erschienene Organ der Partei) eine besondere Diskussionsrubrik eröffnet, wo jedem Mitglied der Partei das Recht zusteht, auf eigene Verantwortung hin Stellung zur nationalen Frage zu nehmen.“¹⁵⁴

In der Zeit zwischen dem 3. Kongress und dem 4. Kongress im Jahr 1901 breitete sich der „Bund“ weiter aus. Er expandierte vor allem in den Südwesten. Dabei ergab sich eine veränderte Situation.

¹⁵¹ Siehe Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 63

¹⁵² Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 64

¹⁵³ Ebenda, 74

¹⁵⁴ Zitiert nach: Paretzki, Elie: Die Entstehung der jüdischen Arbeiterbewegung in Russland, Riga 1932, Nachdruck Zandvoort 1971, S. 105

Im Nordwesten des jüdischen Rayons waren es vor allem die „Bundisten“ gewesen, welche die sozialdemokratische Bewegung unter den Jüdinnen und Juden initiierten. Zeitweilig waren sie dort als einzige in der Lage, das jüdische Proletariat zu organisieren. Dagegen gab es in vielen südlichen Städten sozialdemokratische Organisationen, *bevor* Mitglieder des „Bunds“ dort ankamen.¹⁵⁵

Dies hing teilweise mit einer „internen“ Migration jüdischer Arbeiter:innen zusammen, die in diesen industriell entwickelteren Gebieten Beschäftigung suchten. Dort waren sie oft an der Entstehung sozialdemokratischer Gruppen beteiligt, welche jüdische *und* nichtjüdische Arbeiterinnen und Arbeiter umfassten. Sie legten Grundsteine für die Massenbasis der SDAPR etwa in Ekaterinoslav und Odessa, bevor der „Bund“ imstande war, dort Fuß zu fassen. Als sich der „Bund“ entschloss, das jüdische Proletariat im Süden zu organisieren, brachte er all jene, die schon in Organisationen mit jüdischen und nichtjüdischen Mitgliedern waren, in eine Konfliktposition.

Der Vierte Kongress des „Bunds“ im Mai 1901 in Bialystok war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des „Bunds“. Die Beschlüsse dieses Kongresses bestimmten in den nächsten Jahren die Auseinandersetzungen mit der „Iskra“ und der SDAPR sehr stark.

Auf programmatischer Ebene formulierte der „Bund“ seine Positionen weiter aus. In Bezug auf ein zukünftiges Russland wurde die „nationale Autonomie“ im Sinne von Otto Bauers Konzeption betont. In der Schlussresolution heißt es:

„Der Kongress erklärt, dass der Begriff Nation auch auf das jüdische Volk angewendet werden kann, ferner, dass Russland, bewohnt von vielen verschiedenen Nationen, zukünftig in einen nationalen Bundesstaat umgewandelt werden muss, in dessen Rahmen jede Nation, unabhängig von ihrer territorialen Verteilung, vollständige Autonomie besitzen soll.“¹⁵⁶

¹⁵⁵ Die Jüd:innen in der nordwestlichen Region umfassten 43 Prozent der Arbeitskräfte, im Südwesten 8,8 Prozent und im Süden nur 2,7 Prozent. Siehe Bunzl, *Klassenkampf in der Diaspora*, S. 75.

¹⁵⁶ Zitiert nach Bunzl, *Klassenkampf in der Diaspora*, S.77

Ohne weitere Begründung definiert der „Bund“ damit erstmals die jüdische Bevölkerung in Russland als „Nation“. Diese „Nation“, existiere „unabhängig von ihrer territorialen Verteilung“ und solle unabhängig davon „vollständige Autonomie“ haben. Diese Position wurde zunächst allerdings noch mit gewissen Vorbehalten vertreten. Denn im nächsten Satz wird nachgeschoben:

„Da jedoch der Kongress die Anmeldung des Anspruchs auf jüdische nationale Autonomie unter den gegenwärtigen Verhältnissen für verfrüht erachtet, beschließt er, dass man zwar für die Abschaffung aller antijüdischen Ausnahmegesetze kämpfen und gegen jeden Anschlag auf die jüdische Nationalität protestieren, es zugleich aber vermeiden muss, durch die Entfaltung des Nationalgefühls dieses in einen das Klassenbewusstsein trübenden Chauvinismus ausarten zu lassen.“¹⁵⁷

Auch in Bezug auf den Parteaufbau legte sich der „Bund“ nun weiter als de facto selbstständige Partei fest, welche mit der SDAPR lediglich in einer Föderation verbunden war.

Praktisch entschied sich der Kongress dafür, bundistische Gruppen im Süden zu organisieren. Der „Bund“ handelte damit faktisch als eine selbstständige Partei.¹⁵⁸ Vor allem aber wurde eine Resolution angenommen, die das Prinzip der Föderation festklopfte:

„Die SDAPR als föderative sozialdemokratische Partei, welche alle ethnischen Gruppen, die im russischen Staat leben vereint, betrachtend, erklärt der Kongress, dass der ‚Bund‘, als Vertreter des jüdischen Proletariats, ihr als föderativer Teil beitreten soll und weist das ZK des ‚Bund‘ an, diese Entscheidung auszuführen.“¹⁵⁹

¹⁵⁷ Zitiert nach ebenda, S.77f

¹⁵⁸ Der „Bund“ hatte bis zu seinem 5. Kongress die Bildung separater „Bund“-Komitees nur dort untersagt, wo jüdische Genossinnen und Genossen bereits einen Teil der SDAPR bildeten, die nach Meinung des „Bundes“ deren spezifisch jüdischen Bedürfnisse befriedigen konnte, und wo die Trennung vom Parteikomitee der SDAPR die allgemein-revolutionäre Bewegung schwächen konnte. Das Problem war, dass der „Bund“ bei allen Zugeständnissen dennoch das Prinzip der gemeinsamen Organisation infrage gestellt hatte. Auf seinem 5. Kongress beschloss der „Bund“, diese Selbsteinschränkung aufzuheben und ging damit einen großen Schritt zur weiteren Absonderung. (Siehe dazu Lenin: Das letzte Wort des bundistischen Nationalismus, August 1903, LW 6, S. 519)

¹⁵⁹ Ebenda, S. 78

Wie Lenin 1903 feststellte, hatte der „Bund“ seit dem Gründungsparteitag der SDAPR 1898 weitgehend selbstständig und unabhängig von den anderen Parteiorganisationen bestanden und sich entwickelt.¹⁶⁰ Nunmehr hatte er seine weitreichende faktische Eigenständigkeit der zurückliegenden Jahren in einem Organisationsentwurf formuliert, der die Anerkennung einer De-facto-Situation verlangte und fest-schrieb.¹⁶¹

Mit dieser Formel war der Bund über das 1898 beim Gründungskongress vereinbarte Maß innerer Autonomie hinausgegangen. Damit wurde der für die Zerschlagung des Zarismus in der Revolution nötige demokratisch-zentralistisch organisierten Gesamtpartei eine klare Absage erteilt.¹⁶²

¹⁶⁰ Siehe Lenin: Die Stellung des „Bund“ in der Partei, Oktober 1903, LW 7, S. 88

¹⁶¹ Auf dem 2. Parteitag der SDAPR hielt Lenin eine „Rede über die Stellung des ‚Bund‘ in der SDAPR.“ Gegen die Forderung nach einem föderativen Aufbau der Partei stellte Lenin klar: „Die Föderation ist schädlich, denn sie *legalisiert* die Absonderung und Entfremdung, erhebt sie zum Prinzip, zum Gesetz.“ (Lenin: Rede über die Stellung des „Bund“ in der SDAPR, Juli 1903, LW 6, S. 485, H. i. O.)

¹⁶² Lenin sah dies als schweren Fehler, schrieb zu diesem Zeitpunkt aber mit einem gewissen Optimismus: „Wir werden dem russischen Proletariat sagen und dem jüdischen insbesondere wiederholen, dass die jetzigen Führer des ‚Bund‘ einen ernsten politischen Fehler begehen, den die Zeit, die Erfahrung und das Wachstum der Bewegung zweifellos korrigieren werden. Einst hat der ‚Bund‘ den Ökonomismus unterstützt, die Spaltung im Ausland gefördert und Beschlüsse angenommen, wonach der ökonomische Kampf das *beste* Mittel der politischen Agitation ist. Wir haben uns dagegen gewandt und diese Auffassung bekämpft. Und der Kampf hat geholfen, die alten Fehler zu korrigieren, von denen jetzt wahrscheinlich keine Spur mehr übriggeblieben ist.“ (Lenin: Zur Erklärung des ‚Bund‘, Februar 1903, LW, 6 S. 316, H. i. O.) Nach dieser allgemeineren Kritik geht Lenin dann auf die Frage des Nationalismus ein. Lenin schreibt: „Wir sind überzeugt, dass auch die nationalistischen Stimmungen vorübergehen werden. Das jüdische Proletariat wird zur guter Letzt begreifen, dass seine lebenswichtigsten Interessen den *engsten* Zusammenschluss mit dem russischen Proletariat in *einer* Partei erfordern, dass es die Höhe der Unvernunft ist, vorher entscheiden zu wollen, ob sich die Entwicklung des Judentums in einem freien Russland von seiner Entwicklung in einem freien Europa unterscheiden wird, dass der ‚Bund‘ (innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands) nicht über die

Ohne dies näher zu definieren, wurde auf dem **fünften Kongress des „Bund“** (Juni 1903 in Zürich) betont, dass der „Bund“ eine revolutionäre Organisation sei, die auf den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie beruht.¹⁶³ Die Beschlüsse des vierten Kongresses wurden bestätigt.¹⁶⁴ Allerdings fand auf diesem Kongress eine Resolution von Medem mit der Festlegung auf die Forderung nach „national-kultureller Autonomie“ für die jüdische Bevölkerung noch keine Mehrheit. Die Gegner argumentierten: Es könne nicht vorausgesagt werden, ob sich die jüdische Bevölkerung nach Erlangung demokratischer Freiheiten assimilieren würde. Die Festlegung auf die Forderung nach „national-kultureller Autonomie“ aber könne die „Assimilation“ behindern. Ein Delegierter meinte, die Forderung nach „national-kultureller Autonomie“ würde nur so lange bestehen, als die Ausnahmegeetze existierten. So breit war das Spektrum der Positionen im „Bund“.¹⁶⁵

Die entscheidende Frage auf dem 5. Kongress des „Bunds“ war allerdings die Parteifrage. Der „Bund“ legte sich noch entschiedener auf

Forderung jener vollständigen Autonomie in allen das jüdische Proletariat betreffenden Angelegenheiten hinausgehen darf, die der Parteitag von 1898 vollauf anerkannt und niemand jemals bestritten hat.“ (Ebenda) Hier wird auch eine weitere Frage angeschnitten, die langfristig größte Bedeutung erhalten sollte: Wie kann vor oder nach dem Sieg über die zaristische Selbstherrschaft die Forderung nach Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung durchgesetzt werden, welche besondere Entwicklung – im Unterschied etwa zu Frankreich oder Deutschland – werden das jüdische Proletariat und die jüdische Bevölkerung in Russland einschlagen? Für Lenin war entscheidend, erst einmal alles auf den Sturz des Zarismus zu konzentrieren.

¹⁶³ Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 67

¹⁶⁴ Ebenda, S. 79 bzw. 87

¹⁶⁵ Wie Bunzl über den 5. Kongress des „Bund“ mitteilt, hatte sich eine gewisse Opposition innerhalb des Bundes gegen einen föderativen Status des „Bund“ innerhalb der SDAPR gewandt. Argumente seien gewesen: Föderation werde mit Separatismus assoziiert. Der Satz vom „einzigen Repräsentanten“ sei Misstrauen erweckend. Jüdische Angelegenheiten seien auch allgemeine Angelegenheiten, Ultimaten an den Parteitag der SDAPR würden auch nur zur Isolierung beitragen. Diese Opposition, über die nichts genaues bekannt ist, konnte sich im Weiteren offenbar aber nicht durchsetzen. (Siehe Bunzl: Klassenkampf in der Diaspora, S. 87)

die Föderalisierung der Partei fest. Mehrheitlich wurde beschlossen, als ultimative Minimalforderung an den bevorstehenden 2. Parteitag der SDAPR zu stellen, dass der „Bund“ ohne territoriale Beschränkung als „einziger Repräsentant des jüdischen Proletariats“ anzuerkennen sei.¹⁶⁶

Im Juni 1903 fand der 2. Parteitag der SDAPR statt. Auf diesem kam es zur Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki kam. Der Parteitag lehnte die Forderungen des „Bunds“, die SDAPR auf föderaler Basis aufzubauen und ihn als die einzige Vertretung des jüdischen Proletariats anzuerkennen, mit großer Stimmenmehrheit. Daraufhin verließ der „Bund“ den Parteitag.¹⁶⁷

Im Februar 1905 tagte die **sechste Konferenz des „Bund“**. Auf dem sechsten Kongress des „Bund“ im Februar 1905 wurde erneut die Forderung nach „national-kultureller Autonomie“ im Sinne von Otto Bauer definiert und beschlossen. Die jüdische Bevölkerung offenbar als „Nation“ im Sinne von Otto Bauer betrachtend, heißt es in der entsprechenden Resolution:

¹⁶⁶ Ohne im Kern etwas an der Position „einziger Repräsentant“ zu ändern, erläuterte der „Bund“ in seinem Bericht an den Stuttgarter Sozialistenkongress der II. Internationale von 1907 einschränkend: „Der Ausdruck ‚einziger Vertreter‘ sollte deutlich hervorheben, daß das jüdische Proletariat in der geeinten Partei nur durch *eine* nationale sozialdemokratische Organisation, den *Bund*, vertreten wird, der unter ihm die *Massenarbeit* durchführt. Dies bedeutet allerdings nicht, daß einzelne jüdische Arbeiter in andere Organisationen der geeinigten Partei nicht eintreten dürfen, wenn sie es wünschen.“ (Zitiert in Bunzl: Klassenkampf in der Diaspora, S. 87, H. i. O.)

¹⁶⁷ In der „Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang“ heißt es dazu: „Auf diese Forderung des ‚Bund‘ einzugehen, hätte bedeutet, die Arbeiter in den Parteiorganisationen nach ihrer Nationalität zu trennen, auf einheitliche territoriale Klassenorganisationen der Arbeiterklasse zu verzichten. Der Parteitag lehnte den organisatorischen Nationalismus des ‚Bund‘ ab. Daraufhin verließen die Bundisten den Parteitag. Den Parteitag verließen auch zwei ‚Ökonomen‘, als der Parteitag es ablehnte, ihren Auslandsverband als Vertretung der Partei im Auslande anzuerkennen. Dadurch, dass sieben Opportunisten den Parteitag verließen, veränderte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Leninisten.“ (ZK der KPdSU(B): Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 55)

„Loslösung aller Funktionen, die mit Kulturfragen zusammenhängen (wie zum Beispiel Volksbildung und ähnliches), von der Machtbefugnis des Staates und der Organe der lokalen Selbstverwaltung und Übertragung dieser Funktionen an die Nationen in der Form besonderer lokaler und zentraler Institutionen, die von allen zu der oder jener Nation sich bekennenden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt werden.“¹⁶⁸

Politisch stellte sich die 6. Konferenz des „Bunds“ die Aufgabe, die nahende Revolution vorzubereiten. Der „Bund“ beteiligte sich am bewaffneten Aufstand von 1905 gegen den Zarismus und am Boykott des bürgerlichen Scheinparlaments (Duma). Er bekämpfte Pogrome wie in Schitomir mit seinen bewaffneten Einheiten und rief zur bewaffneten Revolution gegen den Zarismus und zur Bewaffnung des jüdischen Proletariats auf. Der „Bund“ beteiligte sich am Petersburger Sowjet, dessen Dezember-Manifest er mitunterzeichnete. Darin wurde u. a. gefordert, alle Ausnahme Gesetze gegen unterdrückte Nationalitäten aufzuheben.¹⁶⁹ Der „Bund“ und die Bolschewiki hatten sich in der Revolution 1905 im praktischen Kampf angenähert.

Auf dem 4. Parteitag der SDAPR im April 1906 kam es zur formellen Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki. Auf diesem Parteitag waren die Menschewiki in der Mehrheit.¹⁷⁰ Auch der „Bund“ trat zum zweiten Mal in die SDAPR ein. Die Aufnahme des „Bund“ in die SDAPR wurde mit den Stimmen der Bolschewiki durchgeführt. (40 der insgesamt 58 Ja-Stimmen kamen von den Bolschewiki).¹⁷¹

¹⁶⁸ Zitiert nach Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 79 f.

¹⁶⁹ Siehe Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 98/99

¹⁷⁰ Die „Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang“ beschreibt, dass es auf dem 4. Parteitag der SDAPR in Stockholm zwar zu einer formellen Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki kam, dass Bolschewiki und Menschewiki dem Wesen nach aber bei ihren Auffassungen blieben und sie ihre selbstständigen Organisationen beibehielten. (Siehe Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang, Moskau 1938, Nachdruck Offenbach 2012, S. 108)

¹⁷¹ Siehe Frankl, Jonathan: Prophecy and Politics, Socialism, Nationalism, and the Russian Jews, 1862-1917, S. 247

Vom 28. August bis 8. September 1906 fand die **siebte Konferenz des „Bund“** statt. In einem damals noch nicht veröffentlichten Schriftstück von September 1906 berichtete Lenin über den 7. Kongress des „Bund“:

„Vor kurzem tagte der 7. Kongress des ‚Bund‘, der Organisation der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter Russlands. Die Gesamtzahl der Mitglieder des ‚Bund‘ beläuft sich nach den Berichten dieses Kongresses auf 33.000 in 257 Organisationen. Die Vertretung auf dem Kongress erfolgte nach demokratischen Prinzipien, je ein Delegierter auf 300 Parteimitglieder. An den Wahlen beteiligten sich rund rein 23.000 Mitglieder, die dann auch 68 Delegierte mit beschließender Stimme zum Kongress entsandten.

Die Hauptfrage, die auf dem Kongress zur Entscheidung stand, war die Vereinigung des ‚Bund‘ mit der SDAPR. Bekanntlich sprach sich der Vereinigungsparteitag der SDAPR für die Vereinigung aus und legte die Bedingungen für diese Vereinigung fest. Nunmehr hat der 7. Kongress des ‚Bund‘ diese Bedingungen angenommen. Mit 48 gegen 20 Stimmen wurde die Vereinigung mit der SDAPR beschlossen. So ist also endlich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands zu einer wirklich ganz Russland umfassenden, einheitlichen Partei geworden. Die Zahl der Mitglieder unserer Partei beträgt jetzt *über 100.000*: 31.000 waren auf dem Vereinigungsparteitag vertreten, dann rund 26.000 polnische Sozialdemokraten, rund 14.000 lettische und 33.000 jüdische.

Vertreter des ZK des ‚Bund‘ traten in das ZK der SDAPR ein. Jetzt steht die nicht leichte Aufgabe bevor, die Vereinigung der Organisationen des ‚Bund‘ mit den Organisationen der SDAPR in den einzelnen Orten durchzuführen.“ (Lenin: Die Vereinigung des „Bund“ mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, September 1906, LW 11, S. 182, H. i. O., erstmals veröffentlicht 1937 im Lenin-Sammelband XXX)

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 und der nachfolgenden Phase des konterrevolutionären Terrors hatte der „Bund“ enorme Verluste zu verzeichnen.

Auf der **achten Konferenz des „Bund“** im September 1910 wurde mitgeteilt, dass es lediglich noch 10 örtliche Organisationen mit 2.000

Mitglieder gab.¹⁷² Der „Bund“ betonte auf dieser Konferenz erneut, dass er für die „national-kulturelle Autonomie“ im Sinne von Otto Bauer eintrete.

An der inhaltlich-organisatorischen Positionierung des „Bund“ änderte sich in den nächsten Jahren im Wesentlichen nichts mehr. Der „Bund“ verstand sich de facto weiterhin als einziger Vertreter des jüdischen Proletariats. Seine selbstständige Organisationsstruktur blieb bestehen.

1912 wurde der „Bund“ schließlich offiziell eine Sektion der Menschewiki.

Während des Ersten Weltkriegs in den Jahren 1914-1918 stand der „Bund“ auf dem Boden des Sozialchauvinismus.

Nach der Februarrevolution 1917 unterstützte der „Bund“ die bürgerliche Provisorische Regierung. Die Oktoberrevolution 1917 erklärte das ZK des „Bundes“ für einen „irrsinnigen Coup“.¹⁷³ In den Jahren der imperialistischen Intervention und des Bürgerkriegs schlossen sich Führungskader des „Bundes“ den Kräften der Konterrevolution an. Zur gleichen Zeit begann v. a. in den Reihen der einfachen Mitglieder des „Bund“ ein Umschwung zugunsten der Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht. Eine wichtige Rolle spielten dabei die judenfeindlichen Pogrome durch „Weißgardisten“ und Nationalisten im Bürgerkrieg. Im März 1921 löste sich der „Bund“ in Russland selbst auf. Ein Teil seiner Mitglieder trat nach den allgemein geltenden Bestimmungen der KPR(B) bei.¹⁷⁴

¹⁷² Siehe Zimmerman, Joshua D.: Poles, Jews, and the Politics of Nationality, Wisconsin 2004, S. 227

¹⁷³ Siehe Yago-Jung, Ilse Elisabeth Veronika (Judith): Die nationale Frage in der jüdischen Arbeiterbewegung in Russland, Polen und Palästina bis 1929 (Dissertation), Bonn 1976, S. 208

¹⁷⁴ Edmund Silberner berichtet, dass in der Ukraine auf einer Konferenz des Bund im März 1919 der Anschluss an die Kommunistische Partei beschlossen wurde und im April 1920 folgte auch die allrussische Konferenz nach Mehrheitsbeschluss einer Kommunistenplattform und trat im März 1921 (mit 47 Stimmen bei 28 Stimmenthaltungen) der Kommunistischen Partei Russlands bei. (Siehe: Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage, Opladen 1983, S. 91)

2. Die zwei zentralen Fragen der Auseinandersetzung mit dem „Bund“

Wie schon der kurze Überblick über die Entwicklung des „Bunds“ gezeigt hat, spielten vor allem zwei miteinander verbundene Gesichtspunkte in den teils heftigen Auseinandersetzungen mit dem „Bund“ eine Rolle: Zum einen war das die Frage, wie Allgemeines und Besonderes, also die Einordnung in das Gemeinsame (die Gesamtpartei) und die Autonomie von Teilen (etwa Organisationsgliederungen) miteinander zusammenhängen. Zum anderen war das die Frage der „national-kulturellen Autonomie“, welche der Bund als Perspektive gegen die nationale Unterdrückung, gegen die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung propagierte, was die Bolschewiki aber aus mehreren Gründen ablehnten.

a) Eine einheitliche Kommunistische Partei: Warum die kommunistische Partei in erster Linie internationalistisch für den Kampf zur Zerschlagung des Staatsapparates und nicht nach nationalen Gesichtspunkten aufgebaut wird

Aus der Sicht der revolutionären Sozialdemokratie, aus der Sicht Lenins und Stalins war in der Auseinandersetzung mit dem „Bund“ das entscheidende Kriterium: proletarischer Internationalismus oder bürgerlicher Nationalismus. Proletarischer Internationalismus besagt, sich in allem von dem Prinzip des Aufrufs leiten lassen, dass sich das Proletariat aller Länder vereinigen soll („Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels). In Bezug auf die Revolution in Russland, den Kampf für die Zerschlagung der Staatsmacht des Zarismus bedeutete das: Nur wenn sich das Proletariat aller Nationalitäten in Russland aufs engste im Kampf zusammenschließt, wenn sie alle Hindernisse aus dem Weg räumen, welche ihrer Vereinigung im Wege stehen, können sie an der Spitze der ausgebeuteten und unterdrückten Massen stehend, siegen. Diese Vereinigung muss sich in erster Linie in der revolutionären Partei, welche die proletarische Bewegung anleitet und anführt, selbst verkörpern. Um alle nationalen Schranken und Spaltungen innerhalb des Proletariats niederzureißen, muss ein

unversöhnlicher Kampf gegen jeden bürgerlichen Nationalismus in allen Erscheinungsformen geführt werden.

Das klingt zunächst einmal abstrakt. Aber darum ging es entscheidend in der spezifischen Auseinandersetzung mit dem „Bund“. Das war auch ganz konkret festzumachen. Angelehnt an das Modell der österreichischen Sozialdemokratie besagte das Konzept des „Bundes“, eine Partei zu schaffen, in der das jüdische Proletariat nur für sich und nicht in gemeinsamen Parteiorganisationen mit dem Proletariat anderer Nationalitäten organisiert ist. Das bedeutete, dass ihre (in der Tat zunächst getrennt entstandene) Organisation (der „Bund“ mit seinen Gliederungen) nur durch einen föderalen (also einen losen, lockeren) Zusammenschluss mit dem anderen Teil oder den anderen Teilen der Partei verbunden sein sollte.¹⁷⁵

Stalin hat eingehend die proletarisch-internationalistischen Grundlagen der kommunistischen, damals noch sozialdemokratisch genannten Partei in Russland begründet. Der erste Gesichtspunkt, führt Stalin aus, ist eindeutig aus dem Kampf des Proletariats abgeleitet:

„Das Ziel jedes Kampfes ist bekanntlich der Sieg. Für den Sieg des Proletariats aber bedarf es der Vereinigung *aller Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität*. Es ist klar, dass die Niederreißung der nationalen Schranken und der enge Zusammenschluss der russischen, georgischen, armenischen, polnischen, jüdischen und anderen Proletarier eine notwendige Voraussetzung für den Sieg des Proletariats Russlands bilden.“ (Stalin: Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage?, September 1904, SW I, S. 31, H. i. O.)

Das Ziel der Vereinigung des Proletariats „ohne Unterschied der Nationalität“ kommt schon im Namen der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck:

„Vor allem muss daran erinnert werden, dass die in Russland tätige sozialdemokratische Partei sich Sozialdemokratische Partei *Russlands*

¹⁷⁵ Auf dem vierten Kongress im Mai 1901 nahm der „Bund“ eine Resolution an, die das Prinzip der Föderation in Bezug auf den Aufbau der SDAPR forderte: „Die SDAPR als föderative sozialdemokratische Partei, welche alle ethnischen Gruppen, die im russischen Staat leben vereint, betrachtend, erklärt der Kongress, dass der ‚Bund‘, als Vertreter des jüdischen Proletariats, ihr als föderativer Teil beitreten soll und weist das ZK des ‚Bund‘ an, diese Entscheidung auszuführen.“ (Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 78)

(und nicht *Russische* Sozialdemokratische Partei) nennt. Offenkundig wollte sie uns damit zeigen, dass sie unter ihrem Banner nicht nur die russischen Proletarier, sondern die Proletarier aller *Nationalitäten* Russlands sammeln, und folglich alle Maßnahmen treffen wird, um die zwischen ihnen errichteten *nationalen Schranken* niederzureißen.“ (Ebenda, S. 37, H. i. O.)

Denselben Fakt betonte auch Lenin. In der von ihm verfassten Erklärung der Redaktion des Zentralorgans der SDAPR „An die jüdischen Arbeiter“ nach dem 3. Parteitag der SDAPR erinnerte er daran, dass die SDAPR auf dem 1. Parteitag 1898 ihren Namen bewusst gewählt habe:

„Um jeden Gedanken an einen national begrenzten Charakter der Partei auszuschließen, nannte sie sich nicht Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, sondern Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands.“ (Lenin: An die jüdischen Arbeiter, Mai 1905, LW 8, S. 497)

Wohin führt die föderalistische Konzeption nach dem Vorbild der österreichischen Sozialdemokratie, an das sich der „Bund“ anlehnte? Stalin schreibt:

„Dies ist nicht schwer zu erkennen. Wandten wir bisher, solange wir *Zentralisten* waren, die Hauptaufmerksamkeit den *gemeinsamen* Bedingungen der Lage der Proletarier, der *Einheit* ihrer Interessen zu und sprachen wir von ihren ‚nationalen Unterschieden‘ nur insoweit, als dies ihren *gemeinsamen* Interessen nicht widersprach, war bisher die erste Frage für uns die Frage, worin die Proletarier der Nationalitäten Russlands miteinander übereinstimmen, was es Gemeinsames zwischen ihnen gibt – um auf dem Boden dieser gemeinsamen Interessen eine einzige zentralisierte Partei der Arbeiter ganz Russlands aufzubauen –, so lenkt heute, wo ‚wir‘ Föderalisten geworden sind, eine neue höchst wichtige Frage unsere Aufmerksamkeit auf sich: worin sich die Proletarier der Nationalitäten Russlands voneinander unterscheiden, welcher Unterschied zwischen ihnen besteht, um auf dem Boden des ‚nationalen Unterschiedes‘ gesonderte nationale Parteien aufzubauen. Auf diese Weise werden die für den Zentralisten zweitrangigen ‚nationalen Unterschiede‘ für den Föderalisten zum Fundament der nationalen Parteien.

Beschreiten wir diesen Weg weiter, so werden wir früher oder später zu dem Schlusse genötigt sein, dass die ‚nationalen‘ und noch irgendwelche anderen ‚Unterschiede‘, z. B. des armenischen Proletariats, die glei-

chen sind wie die der armenischen Bourgeoisie auch, dass der armenische Proletarier und der armenische Bourgeois ein und dieselben Sitten und Gebräuche, ein und denselben Charakter haben, dass sie *ein Volk, eine* unteilbare ‚Nation‘ bilden. Von hier aus ist es nicht weit bis zu dem ‚einheitlichen Boden gemeinsamen Handelns‘, den sowohl die Bourgeois als auch die Proletarier betreten, auf dem sie einander als Mitglieder ein und derselben ‚Nation‘ die Hand reichen sollen.“ (Stalin: Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage?, September 1904, SW 1, S. 33 ff., H. i. O.)

Kurz gesagt, mit dem föderalistischen Konzept hat der bürgerliche Nationalismus schon den Fuß in der Tür.

Die Ablehnung des Zentralismus schadet der Schlagkraft der revolutionären Partei. Denn es ist so, wie Stalin im selben Artikel betont, dass wir

„eine einheitliche, elastische, zentralisierte Partei brauchen, deren Zentralkomitee die Arbeiter ganz Russlands blitzschnell auf die Beine bringen und sie zum entscheidenden Sturmangriff gegen Selbstherrschaft und Bourgeoisie führen kann“. (Ebenda, S. 36)

Was Organisierung der revolutionären Partei nach den Grundsätzen der Internationalität bedeutet, fasste Stalin einige Jahre später in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ (Januar 1913) nochmals kurz zusammen:

„Lokale Zusammenfassung der Arbeiter aller Nationalitäten Russlands zu *einheitlichen* und *geschlossenen* Kollektiven, Zusammenfassung dieser Kollektive zu einer *einheitlichen* Partei – das ist die Aufgabe.“ (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 331, H. i. O.)

Aber gehen dabei nicht Besonderheiten verloren, wenn alles zentralisiert ist? Stalin antwortet unmittelbar im Anschluss daran auf diesen Einwand, der im Grunde eine Unterstellung enthält:

„Es versteht sich von selbst, dass ein derartiger Aufbau der Partei eine weitgehende Autonomie der *Gebiete* innerhalb des einheitlichen Partei-ganzen nicht ausschließt, sondern voraussetzt.

Die Erfahrungen des Kaukasus zeigen die ganze Zweckmäßigkeit eines solchen Organisationstypus. Wenn es den Kaukasiern gelungen ist, die nationalen Reibungen zwischen den armenischen und den tatarischen Arbeitern zu überwinden, wenn es ihnen gelungen ist, die Bevölkerung gegen die Möglichkeit von Metzeleien und Schießereien zu sichern,

wenn in Baku, diesem Kaleidoskop nationaler Gruppen, nationale Zusammenstöße jetzt schon unmöglich sind, wenn es dort gelungen ist, die Arbeiter in das einheitliche Fahrwasser einer machtvollen Bewegung hineinzuziehen, so hat der internationale Aufbau der kaukasischen Sozialdemokratie hierbei nicht die letzte Rolle gespielt.“ (Ebenda, S. 331, H. i. O.)

Dieser Aufbau der Partei hat auch für jedes einzelne Mitglied der Partei eine tiefergehende Bedeutung. Inwiefern? Stalin schreibt dazu:

„Der Arbeiter lebt das Leben seiner Organisation, dort wächst er geistig, dort wird er erzogen. Dadurch nun, dass er in seiner Organisation verkehrt, dort jedes Mal mit seinen Genossen aus anderen Nationalitäten zusammentrifft und mit ihnen zusammen unter der Führung des gemeinsamen Kollektivs den gemeinsamen Kampf führt, wird er tief von dem Gedanken durchdrungen, dass die Arbeiter *vor allem* Angehörige einer einzigen Klassenfamilie, Glieder der einheitlichen Armee des Sozialismus sind.“ (Ebenda, S. 331 f., H. i. O.)

Ganz genau das wurde mit der nationalistischen Konzeption des „Bunds“ sowohl theoretisch als auch in der Praxis hintertrieben.¹⁷⁶ Daher war es kein Zufall, dass der „Bund“ sich auch in anderen Fragen zu einem Bruch mit der Sozialdemokratie Russlands entschlossen hat und so zur Zerfahrenheit und Desorganisation beigetragen hat.¹⁷⁷

¹⁷⁶ Das wurde von dem führenden Kader des „Bund“ Medem 1910 in einem Buch zugegeben. Lenin erinnerte 1913 daran, „dass der führende Bundist Medem in dem bekannten Buch ‚Die Formen der nationalen Bewegung‘ (St. Petersburg 1910) zugegeben hat, dass die Bundisten die Einheit in den örtlichen Organisationen nie verwirklicht haben, d. h. dass sie stets Separatisten waren.“ (Lenin: Die Separatisten in Russland und die Separatisten in Österreich“, 1913, LW 19, S. 71)

¹⁷⁷ Völlig einleuchtend ist einmal mehr auch die Widerlegung Lenins, dass die Berufung auf eine historisch gewachsene Organisation durch den „Bund“ kein überzeugendes Argument ist. Lenin führte aus: „Die Geschichte der Zersplitterung, die zur Absonderung geführt hat, beweist nichts als die Unnatürlichkeit dieses Zustands der Absonderung. Ein *organisatorisches* ‚Prinzip‘ aus einigen Jahren der *Desorganisation* der Partei abzuleiten, heißt ebenso handeln wie jene Vertreter der historischen Schule, die, nach der bekannten sarkastischen Bemerkung Marx’, bereit waren, die Knute mit der Begründung zu verteidigen, dass es eine historische Knute ist.“ (Lenin: Die Stellung des „Bund“ in der Partei, Oktober 1903, LW 7, S. 89, H. i. O.) Es ging eben gerade nicht darum, historisch entstandene Zustände „anzubeten“ und zu verewigen, sondern zu verändern.

Eines der wichtigsten Argumente des „Bund“ gegen den zentralistischen Zusammenschluss in gemeinsamen Organisationen der Parteimitglieder verschiedener Nationalitäten war immer wieder der Hinweis auf die großen Besonderheiten in den Lebens- und Kampfbedingungen des jüdischen Proletariats. Diesen könnte eben nur eine eigene jüdische Organisation gerecht werden, welche über die Selbstständigkeit des „Bund“ verfüge.

Mit diesem Argument hat sich Lenin 1903 in seinem Artikel „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“ genauer auseinandergesetzt. Lenin zeigt zunächst auf, bis zu welchen Verwirrungen sich der „Bund“ versteigt, um sich die Theorie zur Rechtfertigung seiner Loslösung von der SDAPR zurechtzubiegen. Zur Klarstellung holt Lenin etwas weiter aus. Das Programm der Sozialdemokratie, so schreibt Lenin, stellt nur die Grundforderungen auf, die für das gesamte Proletariat gelten, unabhängig von den beruflichen, örtlichen, nationalen und anderen Unterschieden. Wichtig ist nun zu verstehen:

„Diese Unterschiede bedingen, dass ein und dieselbe Forderung nach voller Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz an dem einen Ort eine Agitation gegen eine bestimmte Art der Ungleichheit verlangt, an dem anderen Ort oder hinsichtlich anderer Gruppen des Proletariats – gegen eine andere Art der Ungleichheit usw. Ein und derselbe Programmpunkt wird verschieden angewandt – je nach den unterschiedlichen Lebensbedingungen, der unterschiedlichen Kultur, dem unterschiedlichen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte in verschiedenen Teilen des Landes usw. Die Agitation für ein und dieselbe Programmforderung wird je nach diesen Unterschieden mit verschiedenen Methoden und in verschiedenen Sprachen durchgeführt.“ (Lenin: Die Stellung des „Bund“ in der Partei, Oktober 1903, LW 7, S. 85)

Die Autonomie in Fragen, die das Proletariat einer bestimmten Nation oder eines bestimmten Gebiets besonders betreffen, bedeutet also, dass die Festlegung der besonderen Forderungen, die zur Durchführung des Gesamtprogramms aufgestellt werden, und die Bestimmung der Agitationsmethoden in das selbständige Ermessen der entsprechenden Organisation gestellt werden:

„Die Partei als Ganzes, ihre zentralen Körperschaften legen die allgemeinen Grundprinzipien des Programms und der Taktik fest; die verschiedenen Methoden ihrer Durchführung in der praktischen Arbeit und

in der Agitation werden von den verschiedenen der Zentralstelle untergeordneten Parteiorganisationen entsprechend den örtlichen, rassischen¹⁷⁸, nationalen, kulturellen usw. Besonderheiten bestimmt.“ (Ebenda, S. 85)

Lenin weist in diesem Zusammenhang auch die Behauptung des „Bund“ zurück, die autonomen Aufgaben im jüdischen Proletariat seien buchstäblich mit nichts sonst vergleichbar, so besonders seien diese. Lenin bestreitet Unterschiede nicht. Er betont aber, dass es keinen prinzipiellen Unterschied gibt.

Der „Bund“ hatte auch das Argument, dass durch die gesamte Lage im zaristischen Russland eine historische Sonderstellung des „Bund“ entstanden ist, von der auszugehen sei. Das veranlasst Lenin zur prinzipiellen Klarstellung:

„Die historisch entstandene Sonderstellung des ‚Bund‘ gutheißen oder sie grundsätzlich ablehnen und offen, bestimmt, entschieden und ehrlich den Weg einer immer engeren Annäherung und immer festeren Verschmelzung mit der Gesamtpartei beschreiten? Die Absonderung aufrechterhalten oder *die Wendung zur Verschmelzung machen*? So steht die Frage.“ (Lenin: Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik, Oktober 1903, LW 7, S. 51, H. i. O.)

Die Antwort auf diese rhetorische Gegenüberstellung ist klar, Lenin appelliert an die Einsicht,

„dass die Autonomie einen allmählichen Verschmelzungsprozess verbürgt, bei dem die Umorganisation mit minimaler Erschütterung von statten gehen könnte, und zwar so, dass die jüdische Arbeiterbewegung durch diese Umorganisation und diese Verschmelzung nichts verlieren, aber alles gewinnen würde.“ (Ebenda, S. 51)

In Anlehnung an Stalins Worte könnte also bekräftigt werden, dass es dabei bleibt: Örtliche Zusammenfassung des Proletariats aller Nationalitäten Russlands zu einheitlichen und geschlossenen Kollektiven, Zusammenfassung dieser Kollektive zu einer einheitlichen Partei – das war die Aufgabe.

¹⁷⁸ Zu dem hier von Lenin verwendeten Begriff „rassisch“ siehe kritisch im Teil „Einleitung“.

Die These des „Bund“, dass die jüdische Bevölkerung in Russland aber doch eine Nationalität bzw. eine Nation sei, kann daran auch nichts ändern.¹⁷⁹

Denn in Russland gab es unzweifelhaft ja eine ganze Reihe von unterdrückten Nationen wie auch unterdrückten nationalen Minderheiten. Das Proletariat all dieser unterjochten Nationen und Nationalitäten stand vor der gemeinsamen Aufgabe, sich zum Kampf für die Zerschlagung der zaristischen Herrschaft zusammenzuschließen und sich dafür in internationalistischen, demokratisch-zentralistischen Parteiorganisationen zusammenzuschließen.¹⁸⁰

Die Scheidung der Partei nach Nationalitäten, so Stalin, war schon in Österreich gescheitert. Dort wurden sogar die Gewerkschaften in nationalen Organisationen aufgesplittet, bis hin zum gegenseitigen Streikbruch. Auch beim „Bund“ begannen derartige Zerfallserscheinungen bald aufzutreten.¹⁸¹

„Das einzige Mittel dagegen ist die Organisierung nach den Grundsätzen der Internationalität.“ (Ebenda, S. 331)

* * *

¹⁷⁹ Lenin erwähnt an dieser Stelle auch, dass der „Bund“ auch „nach der zionistischen Idee der jüdischen Nation“ greife. ((Lenin: Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik, Oktober 1903, LW 7, S. 51)

¹⁸⁰ Um den „Bund“ zu widerlegen, war es insofern – rein logisch betrachtet – gar nicht nötig, zu bestreiten, dass die jüdische Bevölkerung in Russland nationale Merkmale hatte und ein nationales Programm auch auf sie angewandt werden konnte, wie das die Bolschewiki dann mit ihren Gesetzentwürfen 1913/14 auch machten. Nationale Merkmale der jüdischen Bevölkerung „zugeben“, gab dem „Bund“ keineswegs recht. Wir werden im Abschnitt „Theoretische Fragen“ kritisch darauf eingehen.

¹⁸¹ Stalin gibt in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ (1913) eine Reihe von abschreckenden Beispielen dafür, wohin sowohl in Österreich als auch in Russland die durch den organisatorischen Separatismus entstandene Entfremdung und das Misstrauen zwischen den Arbeiter:innen geführt haben, bis zum gegenseitigen Streikbruch. (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 313 f.)

1903 fasste Lenin prägnant zusammen, worum es in der Organisationsfrage geht und weist nochmals darauf hin, was bereits im Statut des 1. Parteitages der SDAPR festgelegt worden war:

„Die ‚Autonomie‘ im Statut von 1898 sichert der jüdischen Arbeiterbewegung alles, was sie nur braucht: Propaganda und Agitation in jiddischer Sprache, eigene Literatur, eigene Kongresse, Aufstellung besonderer Forderungen in Entwicklung des einen gemeinsamen sozialdemokratischen Programms, Befriedigung der örtlichen Nöte und Bedürfnisse, die sich aus den besonderen Bedingungen des jüdischen Lebens ergeben. In allem übrigen ist die vollständige und engste Verschmelzung mit dem russischen Proletariat notwendig, das verlangen die Interessen des Kampfes des gesamten Proletariats Russlands. Und dem ureigenen Wesen der Sache nach ist jede Angst vor einer ‚Majorisierung‘ bei einer solchen Verschmelzung unbegründet, denn vor einer Majorisierung in besonderen Fragen der *jüdischen* Bewegung sichert gerade die Autonomie, in Fragen des Kampfes gegen die Selbstherrschaft aber, des Kampfes gegen die Bourgeoisie ganz Russlands müssen wir als einige, zentralisierte Kampforganisation auftreten, müssen wir uns auf das gesamte Proletariat stützen, ohne Unterschied der Sprache und der Nationalität, auf das durch die ständige gemeinsame Lösung der theoretischen und praktischen, der taktischen und organisatorischen Fragen zusammengeschweißte Proletariat.“ (Lenin: Braucht das jüdische Proletariat eine „selbständige politische Partei“?, Februar 1903, LW 6, S. 329, H. i. O.)

b) Warum die Forderung nach „national-kultureller Autonomie“ nationalistisch ist, reformistische Illusionen in den Zarismus schürt und sich gegen den verschärfenden Klassenkampf gegen die Bourgeoisie richtet

Um seine in einer bestimmten Phase entstandene beeindruckende und starke separate Organisation des jüdischen Proletariats zu verteidigen, und auch in Zukunft die eigene Organisation, so wie sie ist, beizubehalten, suchte der „Bund“ ein programmatisches „national-jüdisches“ Programm. Dieses formulierte ziemlich der „Bund“ auf seinem 6. Kongress im Jahr 1905. Wir zitieren:

„Loslösung aller Funktionen, die mit Kulturfragen zusammenhängen (wie zum Beispiel Volksbildung und ähnliches), von der Machtbefugnis des Staates und der Organe der lokalen Selbstverwaltung und Übertragung dieser Funktionen an die Nationen in der Form besonderer lokaler und zentraler Institutionen, die von allen zu der oder jener Nation sich bekennenden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt werden.“¹⁸²

Das ist im Grunde das Konzept der „national-kulturellen Autonomie“. Der Begriff wurde aber vom „Bund“ zu diesem Zeitpunkt noch nicht verwendet. Eine Bestätigung glaubte der „Bund“ dann bei den österreichischen Sozialdemokraten zu finden.¹⁸³ Das Konzept mit der Bezeichnung „national-kulturelle Autonomie“ war nämlich 1907 in aller Breite in Otto Bauers Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ dargelegt worden. Von hier übernahm der Bund den Begriff. Der weitreichende Einfluss von „Autoritäten“ der Zweiten Internationale wie Otto Bauer zeigt sich auch hier.

In einer jahrelangen scharfen Auseinandersetzung und Kritik haben die revolutionären Kräfte der SDAPR nachgewiesen und deutlich gemacht, dass die Forderung der „national-kulturellen Autonomie“ ihrem Ausgangspunkt und ihrer ganzen Anlage nach unvereinbar ist mit den theoretischen und programmatischen Grundlagen der revolutionären proletarischen Partei: Dieses ist sowohl nationalistisch als auch reformistisch.

¹⁸² Zitiert nach Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora, S. 79 f.

¹⁸³ Die Berufung auf österreichische Sozialdemokratie erfolgte in gewisser Weise zu unrecht. Denn die österreichische Sozialdemokratie und speziell Otto Bauer forderten eine personelle nationale Zusammenfassung mit territorialem Bezug auf zusammenhängenden Gebieten, welche primär von bestimmten Nationalitäten bewohnt wurden und dann mit den anderen Nationalitäten einen gemeinsamen Föderativstaat bilden sollten. Für die jüdische Bevölkerung lehnte die österreichische Sozialdemokratie überhaupt die „national-kulturelle Autonomie“ ab. In einem besonderen Kapitel seines Buches hat Otto Bauer begründet, warum es unmöglich sei, das Programm der „national-kulturellen Autonomie“ auf die jüdische Bevölkerung anzuwenden. Genauer dazu in der Vertiefung im Abschnitt „Bemerkungen zu Otto Bauer: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (1907)“.

Ein nationalistisches Konzept

Oberflächlich betrachtet klingt diese Konzeption in Bezug auf die jüdische Bevölkerung wie eine konsequente Verwirklichung von deren Selbstbestimmung. Denn es ist ja klar: Jede einzelne Person, wo sie auch lebt, stellt fest, welcher Nationalität sie angehört. Das ist ja völlig unstrittig. Dann ergibt sich aber die Frage: Sollen sich alle diese Personen in ganz Russland (oder auch in ganz Österreich) zu einem nationalen Verband zusammenschließen, um ihre Rechte durchzusetzen? Das klingt zunächst einmal ausgesprochen demokratisch, einleuchtend. Das wirft die Frage auf, wie jemand eigentlich gegen diese Herangehensweise sein kann. Doch schon ohne genauere Analyse tun sich eine Reihe von Fragen auf.

Stalin hat in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ auf einige solcher Fragen hingewiesen.¹⁸⁴ Ein Problem ist, dass viele Mitglieder eines Nationalverbandes, einer nationalen Minderheit, sich aus ökonomischer Not und angesichts der nationalen Unterdrückung von ihrem ursprünglichen Ort zu entfernen beginnen und sich in einen ganz anderen Teil des Staates begeben oder ganz aus Russland auswandern. Hier kann es auch über Generationen dazu kommen, dass dann doch neue Sitten und Gepflogenheiten, ja selbst auch eine neue Sprache für die Kinder und Enkel zur Selbstverständlichkeit werden. Das führt dazu, dass sie sich möglicherweise selbst eher der neuen Umgebung zugeordnet und zugehörig fühlen als der ursprünglichen Nationalität, aus der die Großeltern oder Eltern stammten.¹⁸⁵ Das ist ein ganz entscheidender Gesichtspunkt, insbesondere angesichts zahlreicher nationaler Minderheiten in Russland. Das ist auch – wie sofort einleuchtet – auch eine hochaktuelle Frage in der heutigen Zeit.

Hinzu kommt die Verschärfung des Klassenkampfes. Mit der Entwicklung des Kapitalismus und seiner Großindustrie und der Verschärfung des Klassenkampfes schmilzt die „Kulturgemeinschaft“ des Proletariats und der Bourgeoisie dahin. So kämpft das klassenbewusste und revolutionäre Proletariat mit der Losung „Krieg dem Krieg!“, während auch die nationale Bourgeoisie einer unterdrückten

¹⁸⁴ Siehe Stalin: *Marxismus und nationale Frage*, Januar 1913, SW 2, S. 292 ff.

¹⁸⁵ Siehe ebenda, S. 298

Minderheit möglicherweise sich direkt für den Kriegseintritt stark macht, obwohl es ein ungerechter, reaktionärer Krieg ist. Diese Überlegung war keinesfalls abstrakt theoretisch, sondern angesichts des herannahenden Ersten Weltkriegs ein sehr berechtigter Einwand Stalins. Und er stellt die einfache Frage: Was sind das für Leute, die in der Epoche der größten Verschärfung des Klassenkampfes beginnen, solche alle Klassen umfassenden nationalen Verbände zu organisieren?

Alles in allem ist das Problem hier nicht, wie auch später in der Sowjetunion realisiert, dass jede Person einzeln festlegen kann, welcher Nationalität sie angehört. Das Problem ist, dass anstelle des Kampfes für den Sturz des Zarismus (und in Österreich der K. und K. Monarchie) und für ein wirklich demokratisches Staatswesen bzw. eines sozialistischen Staates merkwürdige Konstruktionen ausgetüftelt wurden, die nicht auf politische Gleichberechtigung bis hin zum Recht auf Lostrennung abzielten, sondern rein auf kulturellem Gebiet installiert werden sollten. Ihrer ganzen Dynamik nach schlossen diese nicht das Proletariat der verschiedenen Nationalitäten zusammen, sondern sonderten dieses voneinander ab. Stalin stellte in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ (1913) die schädlichen Folgen dar, welche sich aus der Konzeption der „national-kulturellen Autonomie“ ergeben:

„Sie bereitet den Boden nicht nur für die Absonderung der Nationen, sondern auch für die Zersplitterung der einheitlichen Arbeiterbewegung. Die Idee der nationalen Autonomie schafft die psychologischen Voraussetzungen für die Trennung der einheitlichen Arbeiterpartei in einzelne, nach Nationalitäten aufgebaute Parteien. Ebenso wie die Partei zersplittern sich die Gewerkschaften, und es tritt eine vollständige Absonderung ein. So wird die einheitliche Klassenbewegung in einzelne nationale Bächlein zerteilt.“ (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 301)

Zudem wird von Stalin kritisiert, dass der „Bund“ sich nicht die Aufgabe stellt, schädliche nationale Traditionen zu bekämpfen, sondern durch das Konzept der national-kulturellen Autonomie faktisch gezwungen ist, ohne sozialdemokratischen Kompass alle nationalen jüdischen Traditionen und Gebräuche pauschal zu verteidigen. (Siehe S. 308-309). Stalins Resümee lautet:

„Alles Jüdische erhalten, *alle* nationalen Eigenarten der Juden konservieren, einschließlich der offenkundig für das Proletariat schädlichen, die Juden von allem Nichtjüdischen abgrenzen, sogar besondere Krankenhäuser für sie einrichten - so tief ist also der ‚Bund‘ gesunken!“ (Ebenda, S. 310-311, H. i. O.)

Die Kritik ist im Einzelnen (etwa in Hinblick auf die Forderung des Umgangs mit dem Sabbat oder der Forderung nach jüdischen Krankenhäusern) heute nicht im Detail nachzuvollziehen, da die Originaldokumente nicht vorliegen. Aber selbst, wenn hier zu pauschal geurteilt worden wäre, bleibt der völlig berechtigte Anspruch, dass Mitglieder der Sozialdemokratie in erster Linie als Mitglieder der Sozialdemokratie handeln müssen und nicht in erster Linie als Vertretung einer nationalen Minderheit.

Stalin kritisiert auch, dass der „Bund“ nicht seiner Aufgabe nachkommt, in gleicher Weise für die Rechte der Muttersprache aller nationaler Minderheiten einzutreten.

Das war ein nationalistisches Konzept, das lediglich sozialistisch verbrämt war. Das machte es noch gefährlicher und schädlicher, wie Stalin feststellte:

„Dieser Nationalismus ist freilich nicht so durchsichtig, denn er ist durch sozialistische Phrasen geschickt maskiert, aber umso schädlicher ist er für das Proletariat. Mit einem unverhüllten Nationalismus kann man immer fertig werden: Es ist nicht schwer, ihn zu erkennen. Viel schwieriger ist es, einen maskierten und in seiner Maske unerkennbaren Nationalismus zu bekämpfen. Da er sich des Sozialismus als Schutzschildes bedient, ist er weniger verwundbar und viel zählebiger. Wo er unter Arbeitern anzutreffen ist, vergiftet er die Atmosphäre und verbreitet die schädlichen Ideen des gegenseitigen Misstrauens und der Absonderung der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten.“ (Ebenda, S. 301)

Im Grunde bereits als eine Art Resümee erläutert und erklärt Lenin in seinem „Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands“ 1913 tiefgehende Gründe für die Ablehnung der Losung der „national-kulturellen Autonomie“. Dabei unterscheidet er schon klar die Begriffe Nationen und nationale Minderheiten:

„Diese Losung (die in Russland von *allen bürgerlichen* Parteien des jüdischen Nationalismus unterstützt wird) widerspricht dem *Internatio-*

nalismus der Sozialdemokratie. Als Demokraten sind wir unbedingt gegen jegliche, selbst die geringste Unterdrückung irgendeiner Nationalität, gegen jegliche Privilegien der einen oder anderen Nationalität. Wir fordern als Demokraten die freie Selbstbestimmung der Nationen *in der politischen Bedeutung* dieses Wortes (siehe das Programm der SDAPR), d. h. die Freiheit der Lostrennung. Wir fordern unbedingt *Gleichberechtigung* aller Nationen im Staat und unbedingten Schutz der Rechte jeder nationalen Minderheit. Wir fordern weitgehende Selbstverwaltung und Autonomie der einzelnen Gebiete, die unter anderem auch nach nationalen Merkmalen abzugrenzen sind. Alle diese Forderungen sind für jeden konsequenten Demokraten und umso mehr für jeden Sozialisten obligatorisch.“ (Lenin: Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands, Mai 1913, LW 19, S. 99, H. i. O.)

Der Kampf gegen jegliche nationale Unterdrückung ist „obligatorisch“. Hier tut sich jedoch das Problem der Abgrenzung gegen jeglichen Nationalismus auf:

„Doch die Sozialisten beschränken sich nicht auf allgemein-demokratische Forderungen. Die Sozialisten *kämpfen* gegen alle und jedwede Erscheinungsformen des *bürgerlichen Nationalismus*, gegen die plumpen wie gegen die raffinierten. Gerade eine solche Erscheinungsform ist eben die Losung der ‚national-kulturellen Autonomie‘, die das Proletariat und die Bourgeoisie *einer* Nation *vereinigt* die Proletarier der *verschiedenen* Nationen voneinander *trennt*.“ (Ebenda, S. 99, H. i. O.)

Aus dem konsequenten Demokratismus ergibt sich eindeutig, jegliche nationale Unterdrückung zu bekämpfen. Das hat Lenin in seinem Artikel „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ 1913 knapp auf den Punkt gebracht:

„Das ist in der Hauptsache eine negative Aufgabe. Weiter aber darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn dann beginnt die ‚positive‘ (bejahende) Tätigkeit der nach *Stärkung* des Nationalismus strebenden *Bourgeoisie*.“ (Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, Oktober-Dezember 1913, LW 20, S. 19/20, H. i. O.)

Genau das war ein wesentlicher Grund dafür, dass Lenin, Stalin und die Bolschewiki in Russland mit solcher Schärfe gegen den „Bund“ kämpfen mussten, der die „national-kulturelle Autonomie“ als Perspektive für die jüdische Bevölkerung propagierte.

Ein reformistisches Konzept

Neben dem schon angesprochenen Nationalismus war ein Kernpunkt der Kritik am Konzept der „national-kulturellen Autonomie“ dessen reformistische Grundlage, das Ablenken vom politischen Kampf gegen die Staatsmacht, welche die Unterdrückung der Nationen und nationalen Minderheiten in diesem Staat aufrechterhält und verschärft. Insofern haben Lenin und Stalin völlig zurecht immer wieder warnend auf das Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie verwiesen.¹⁸⁶

Stalin schreibt, dass die Anhänger:innen Bauers in Österreich

„gedenken, die ‚Freiheit der Nationalitäten‘ durch kleine Reformen, in langsamem Schritt zu verwirklichen. Wenn sie die national-kulturelle Autonomie als praktische Maßnahme vorschlagen, so rechnen sie in keiner Weise mit einer radikalen Veränderung, mit einer demokratischen Freiheitsbewegung, die sie gar nicht vorsehen. [...] ‚Freilich‘, sagt Bauer, ‚ist es wenig wahrscheinlich, daß die nationale Autonomie das Ergebnis einer großen Entschliebung, einer kühnen Tat sein wird. In einem langsamen Entwicklungsprozeß, in schweren Kämpfen, die immer wieder die Gesetzgebung stilllegen und die bestehende Verwaltung starr erhalten... wird sich Österreich Schritt für Schritt der nationalen Autonomie entgegen entwickeln. Nicht eine große gesetzgeberische Tat, sondern eine Unzahl von Einzelgesetzen für einzelne Länder, einzelne Gemeinden werden die neue Verfassung schaffen.“ (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 289)

Also „langsamer Entwicklungsprozess“ und eine „Unzahl von Einzelgesetzen“ des reaktionären Staats in Österreich führt laut Bauer angeblich zum Erfolg der „national-kulturellen Autonomie“.

In einem Artikel mit dem Titel „Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung“ betonte Lenin als einer der Hauptpunkte für die

¹⁸⁶ Im April 1913 erschien ein Zeitungsbericht über einen Vortrag Lenins mit dem Titel „Das Russland von heute und die Arbeiterbewegung“. Nach der Wiederholung der bekannten Position zum Selbstbestimmungsrecht, einschließlich des Rechts auf Lostrennung, die sich ausdrücklich gegen die Sozialdemokratie Österreichs mit ihren Plänen einer bloßen „national-kulturellen Autonomie“ wendete, wird Lenin zitiert: „in dieser Hinsicht muss uns der nationale Kampf in Österreich zur Warnung dienen. Unser Vorbild muss die Sozialdemokratie im Kaukasus sein, die Propaganda gleichzeitig in georgischer, armenischer, tatarischer und russischer Sprache betrieben hat.“ (Lenin: Das Russland von heute und die Arbeiterbewegung, April 1913, LW 19, S. 32)

Schaffung einer revolutionären Regierung im Zuge der Revolution von 1905 die „volle Freiheit für die unterdrückten und nicht vollberechtigten Völkerschaften“ und betonte:

„Volle Freiheit den unterdrückten Völkerschaften, d. h. Anerkennung nicht nur ihrer kulturellen, sondern auch ihrer politischen Selbstbestimmung.“ (Lenin: Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung, Juli 1905, LW 8, S. 570)

Lenin kritisiert also im Kern, dass bei der Konzentration auf die Frage der nationalen Kultur von der eigentlichen politischen Frage, letztlich in Österreich von der Frage des revolutionären Sturzes der österreichischen K. und K. Monarchie und in Russland vom Sturz des Zarismus, abgelenkt wird, indem der Frage der nationalen Kultur eine vorrangige Bedeutung gegeben wird.

Für Lenin und Stalin war klar, für die russischen Bolschewiki war klar, dass dies eine im Grunde gegen den politischen Kampf gerichtete Herangehensweise ist. Denn die Rechte auch nationaler Minderheiten können nur im gemeinsamen Kampf des Proletariats aller Nationalitäten durchgesetzt werden. Sie müssen, je nach den Bedingungen, für ehemals unterdrückte Nationen wie für die nationalen Minderheiten politisch und juristisch sowie materiell verankert und festgeklopft werden.

Hinter dem österreichischen Programm der „national-kulturellen Autonomie“, auf das sich der „Bund“ auf seine Weise bezieht, steht dagegen die idealistische Illusion, dass mittels „national-kultureller Autonomie“ zusammengestellte Verbände Garantien für die nationalen Rechte darstellen könnten.

Das war beim „Bund“ im Kern nicht anders. Es ist nicht klar, welchen Staat der „Bund“ hier (wo??##) meint, wenn er von der „national-kulturellen Autonomie“ spricht, den zaristischen Staat oder einen demokratischen Staat nach einer Revolution gegen den Zarismus. Doch klar ist: In Bezug auf den zaristischen Staat wäre es schlimmer reformistischer, Illusionen schürender Unsinn. In Bezug auf einen demokratischen Staat ist es Nationalismus, der sich gegen den verschärfenden Klassenkampf richtet.

An anderer Stelle wird der „Bund“ noch deutlicher. Es wird klar, dass er „Institutionen“ schaffen will, welche die „national-kulturelle Auto-

nomie“ im Zarismus umsetzen sollen. Stalin zitiert solche reformistischen und Illusionen in den Zarismus schürenden Positionen in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“:

„Man könnte einwenden, der ‚Bund‘ selbst betrachte die Demokratisierung Russlands als *Vorbedingung* für die ‚Schaffung von Institutionen‘ und Freiheitsgarantien. Das stimmt aber nicht. Aus dem ‚Bericht über die VIII. Konferenz des ‚Bund‘“ geht hervor, dass der ‚Bund‘ die Schaffung von ‚Institutionen‘ *auf der Basis* der heutigen Zustände in Russland durch ‚Reformierung‘ der *jüdischen Gemeinde* zu erreichen gedenkt.

‚Die Gemeinde‘, führte auf dieser Konferenz einer der Führer des ‚Bund‘ aus, ‚kann zum Kern der zukünftigen national-kulturellen Autonomie werden.

Die national-kulturelle Autonomie ist eine Form der Selbstbedienung der Nation, eine Form der Befriedigung der nationalen Bedürfnisse. Unter der Form der Gemeinde steckt derselbe Inhalt. Es sind Glieder einer und derselben Kette, Etappen einer und derselben Evolution.¹⁸⁷

Hiervon ausgehend beschloss die Konferenz, dafür zu kämpfen, ‚dass die jüdische Gemeinde *reformiert* und *im Wege der Gesetzgebung* in eine weltliche Institution umgewandelt wird‘, die demokratisch organisiert ist¹⁸⁸ (Hervorhebungen von uns. *J. St.*).

Es ist klar, dass der ‚Bund‘ als Vorbedingung und Garantie nicht die Demokratisierung Russlands, sondern die künftige ‚weltliche Institution‘ der Juden betrachtet, die durch ‚Reformierung der jüdischen Gemeinde‘, sozusagen auf ‚gesetzgeberischem‘ Wege, durch die Duma, zu erlangen wäre.“ (Stalin: *Marxismus und nationale Frage*, Januar 1913, SW 2, S. 308, H. i. O.)

Bezeichnend ist nicht zuletzt, dass das im Kern reformistische Konzept der „national-kulturellen Autonomie“ die „Integrität“ einer Staatsmacht wie in Russland oder Österreich nicht antastet. Dort gab es aber unterdrückte Nationen, die ganz klar das Recht auf staatliche Lostrennung hatten, wie z. B. die Tschech:innen und Ungar:innen in

¹⁸⁷ Quellenangabe bei Stalin an dieser Stelle: „Bericht über die VIII. Konferenz des ‚Bund‘“, 1911, S. 62

¹⁸⁸ Quellenangabe bei Stalin an dieser Stelle: Ebenda, S. 83/84

der österreichischen K. u. K. Monarchie oder die Pol:innen, Finn:innen, Ukrainer:innen usw. in Russland.¹⁸⁹

Völlig absurd ist die „nationale-kulturelle Autonomie“ schließlich auch für die zukünftige, die sich in Richtung Kommunismus entwickelnde sozialistische Gesellschaft. Stalin zitiert in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ (1913) mehrere Aussagen von Otto Bauer, welche den Sozialismus gar als höchste Verwirklichung der „national-kulturellen Autonomie“ hinstellen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung würde die Menschheit in „national abgegrenzte Gemeinwesen gliedern“, es käme zu einer „Gliederung der Menschheit in autonome nationale Gemeinwesen“.¹⁹⁰

Es wurde von Marx im „Manifest der Kommunistischen Partei“ die Perspektive festgehalten, dass durch die Klassenherrschaft des Proletariats (sicherlich nach einer Phase des Aufblühens von Kulturen, die ihrer Form nach national dem Inhalt nach aber sozialistisch sind, wie nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 ausdrücklich festgehalten wurde) in allen Ländern der Welt schließlich Grenzen und nationale Unterschiede verschwinden werden.

¹⁸⁹ In seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ (1913) zeigt Stalin auf, wie der Theoretiker der „national-kulturellen Autonomie“ Otto Bauer die bekannte Methode der Aufzählung verwendet, um den Unterschied zwischen Autonomie und Recht auf Lostrennung zu verschleiern, als wäre das im Grunde ein und dieselbe Sache. Otto Bauer schreibt: „So wird die nationale Autonomie, die Selbstbestimmung der Nationen, notwendig das Verfassungsprogramm.“ (Bauer, Otto, zitiert nach: Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 296 f.) Mit dieser Art der Aufzählung ist das Recht auf Lostrennung durch Otto Bauer ganz vom Tisch. Denn das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wird von Bauer im Kern auf nur kulturelle Rechte in einem Staat reduziert.

¹⁹⁰ Siehe Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 297. Die Zitate von Bauer sind zu finden in: Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, S. 520/521.

3. Kritisches zu Äußerungen Lenins, Stalins und der Bolschewiki in der Polemik gegen den „Bund“

a) Zu Lenins Artikel „Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik“ von 1903

Wenn auch auf politischem Gebiet klar war, dass die Bolschewiki gegen jeglichen Nationalismus auftraten, so war jedoch nicht ausgeschlossen, dass ihre einzelnen Kader, ja auch Lenin selbst, nicht unbeflusst von der damaligen antijüdischen Atmosphäre waren, in der alle jüdischen Leute im Grunde als Händler diffamiert wurden. Auch wenn es, wie man heute sagt, nur „Mikroaggression“ war, so soll dennoch knapp angeführt werden, dass auch Lenin in den Verhandlungen mit dem „Bund“ Anspielungen auf ihre Händlermentalität machte.

Im Artikel „Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik“ von 1903 geht es Lenin jedenfalls zunächst um unterschiedliche Dokumente des „Bund“, der einerseits ein Maximum, andererseits ein Minimum forderte. Beide Stellungnahmen des „Bund“ enthielten aber eine Ablehnung der Autonomie. All das ist recht unübersichtlich und Lenin beschwert sich über die Verhandlungstaktik:

„Einen Wucherpreis verlangen, dann 75 Prozent ablassen und erklären: ‚unser letzter Preis‘ – ja, kann man denn anders Handel treiben? Ist denn ein Unterschied zwischen Handel und Politik? Jawohl, meine Herren, wir versichern euch, es ist ein Unterschied.“ (Lenin: Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik, Oktober 1903, LW 7, S. 48)

Lenin hat hier sicherlich in der Sache vollkommen recht, da eben gerade die Frage „Föderation oder Autonomie“ nicht verhandelbar war und die gesamte Partei das Prinzip der Autonomie festgelegt und das Prinzip der Föderation abgelehnt hatte. Problematisch bleibt es aber nicht nur aus heutiger Sicht, dass hier die Begriffe von „Wucher“ und „Handel“ in der Debatte mit dem „Bund“ als Metapher benutzt wurden. Vorsichtig formuliert könnte man auf jeden Fall vertreten, dass damit großrussischen Vorurteilen gegen die angeblich vor allem als „Wucherer“ und „Handel treibend“ diffamierte jüdische Bevölkerung nicht gerade entgegengetreten wurde.

Doch krasser und völlig inakzeptabel war, was nach der Schilderung Stalins ein Delegierter der Bolschewiki von sich gab, der gar „im Scherz“ aufforderte, man müsste in der Partei einen „Pogrom“ veranstalten.

1907 berichtete Stalin ausführlich über den Londoner Parteitag der SDAPR. Er berichtete über die Zusammensetzung des Parteitags und vermerkte in diesem Zusammenhang als „aufschlussreich“, dass - auch ohne die Bundisten - in der menschewistischen Fraktion „die Juden die Mehrheit bilden“, während die übergroße Mehrheit der bolschewistischen Fraktion aus „Russen“ bestünde. Stalin erzählte dann weiter:

„Aus diesem Anlass machte einer der Bolschewiki (ich glaube, Genosse Alexinski) im Scherz die Bemerkung, die Menschewiki seien eine jüdische, die Bolschewiki aber eine echt russische Fraktion, und es wäre nicht schlecht, wenn wir Bolschewiki in der Partei einen Pogrom veranstalten würden.“ (Stalin: Der Londoner Parteitag der SDAPR, Baku 1907, zuerst veröffentlicht im „Bakinski Proletari“ (Der Bakuer Proletarier) Nr. 1 und 2., 20. Juni und 10. Juli 1907, SW 2, S. 46)

Das war eben ein solcher „Scherz“, der kein Scherz war, sondern Gefühle verletzte. Es ist vielleicht doch kein Zufall, dass jener „Bolschewik“, der diesen Scherz machte, den Stalin wiedergibt, später zu den „Weißgardisten“ übergelaufen ist, wie in einer Anmerkung der Werke Stalins berichtet wird.¹⁹¹

Gezeigt werden soll, dass offensichtlich noch eine ausgesprochen geringe oder gar keine Sensibilität dafür da war, dass solche angeblichen „Scherze“ ein absolutes Unding sind, eben Ausdruck einer großrussischen Unsensibilität, ja kaum verhohlener Judenfeindschaft waren.

Warum zitieren wir diese Passagen? Die beiden zitierten Passagen waren und sind gerade nicht vorbildlich. Wir wollen zeigen, wie groß die Gefahren sind, mehr oder minder unbewusst in Metaphern und Redewendungen in der existierenden nationalistischen Ideenwelt zu bleiben, gerade wenn etwas vereinfacht erklärt werden soll.

¹⁹¹ An dieser Stelle gibt es in den Stalin-Werken einen Verweis auf eine Endnote zu Alexinski. Dort wird von der Redaktion der Stalin-Werke u. a. mitgeteilt: „Nach der sozialistischen Oktoberrevolution wurde er weißgardistischer Emigrant.“ SW 2, S. 345.

b) Zu Lenins Artikel „Das letzte Wort des Bundistischen Nationalismus“ vom August 1903

Direkt nach dem 2. Parteitag reagierte Lenin in einem Artikel in der Iskra Nr. 46 vom August 1903¹⁹² auf einen Bericht über den V. Kongress des „Bund“, in dem der „Bund“ sich als föderativen Teil der SDAPR bezeichnete und von einer vertragsschließenden Seite sprach. Es wurde vom „Bund“ unabhängig von Wahlen eine feste Vertretung im ZK gefordert und es sollte festgelegt werden, dass das ZK „*nur mit Zustimmung des Zentralkomitee des „Bund“*“ sich an das jüdische Proletariat wenden oder mit einzelnen Teilen des „Bund“ verkehren dürfe.¹⁹³ Lenin wies dies zurück, zumal der „Bund“ im 2. Paragraphen seines Statuts sich das Monopol auf die Vertretung des jüdischen Proletariats sichern wolle. Lenin kritisierte das als „Lostrennung und Abgrenzung des jüdischen Proletariats vom nichtjüdischen Proletariat.“¹⁹⁴ Der ursprüngliche Beschluss des IV. Kongress des „Bund“, der vorsah, dort, wo schon jüdische Parteiorganisationen der SDAPR existieren, keine gesonderte Organisation des „Bund“ zu schaffen, wurde nun aufgehoben.¹⁹⁵

Lenin empfand es als bittere Ironie, dass der „Bund“ auch in jeder Stadt und Ortschaft eigene Organisationen zur Abgrenzung gründete und so durch seine Taktik

„das große Vermächtnis der Annäherung und Vereinigung der Proletarier aller Nationen, aller Rassen¹⁹⁶, aller Sprachen *zunichte* macht. Welch bittere Ironie liegt nach alledem in der Resolution desselben V.

¹⁹² Lenin: Das letzte Wort des bundistischen Nationalismus, August 1903, LW 6, S. 517-520

¹⁹³ Ebenda, S. 517, H. i. O.

¹⁹⁴ Ebenda, S. 519

¹⁹⁵ Ebenda, S. 519

¹⁹⁶ Zu unserer ablehnenden Position zur Verwendung des Begriffs menschlicher „Rassen“ siehe ausführlich in der Reihe „Zur Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“ den Band 3: Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894-1914), Teil 3: Der theoretisch-wissenschaftliche Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft (Offenbach 2022), darin den Abschnitt „Vorab: Unsere Positionen A. „Menschliche Rassen“.

Kongresses des ‚Bund‘ über die Pogrome, in welcher die ‚Überzeugung‘ geäußert wird, ‚dass *nur der gemeinsame Kampf* der Proletarier aller Nationalitäten von Grund auf die Verhältnisse ändern wird, die Ereignisse wie die Kischinjower erzeugen‘. Wie unaufrichtig klingen diese Worte vom gemeinsamen Kampf, wenn wir gleich darauf ein ‚Statut‘ präsentiert bekommen, das nicht nur die gemeinsamen Kämpfer voneinander *entfernt*, sondern diese Entfernung und Entfremdung auch organisatorisch verankert!“ (Ebenda, S. 520, H. i. O.)

Lenin forderte den „Bund“ dazu auf, vom Kampf der Arbeiter:innen in Odessa zu lernen, wo jüdische und nicht-jüdische Arbeiter aufgefordert wurden, gemeinsam zu kämpfen. Lenin zitiert aus diesem Aufruf und kommentiert:

„‘Keine Angst, keine Angst, hier ist nicht Kischinjow, wir wollen etwas ganz Anderes, unter uns gibt es keine Juden und keine Russen, wir sind *alle Arbeiter*, wir haben es alle gleich schwer.‘ Mögen sich die Genossen aus dem ‚Bund‘ diese Worte überlegen, wenn es noch nicht zu spät ist, mögen sie sich gut überlegen, wohin sie gehen!“ (Ebenda, S. 520, H. i. O.)

Sicher ist es leicht zu verstehen, was in diesem Aufruf eigentlich gesagt werden soll. Aber es muss angemerkt werden, dass es nicht in die richtigen Worte gekleidet wurde. Wie Lenin später selbst schrieb, ist eben die Lage der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter nicht gleichzusetzen mit der Lage ihre russischen Klassenbrüder und -schwestern, sondern durch die nationale Unterdrückung wesentlich schwerer.¹⁹⁷ Dass alle Arbeiter:innen den gemeinsamen Kampf unterstützen, ist die richtige Seite der Aussage, die Einschätzung der unterschiedlichen Lage darf dabei jedoch nicht unter den Tisch fallen.

Im Februar 1913 erschienen „Mitteilung und Resolutionen einer Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären“¹⁹⁸ als Broschüre. Lenin ging darin darauf ein, dass der „Bund“ in Polen einen Kandidaten der Nicht-Sozialdemokraten unterstützt hat. Lenin be-

¹⁹⁷ Siehe dazu die Äußerung Lenins in der bereits zitierten Schrift: Lenin: An die jüdischen Arbeiter, Mai 1905, LW 8, S. 496

¹⁹⁸ Lenin: Mitteilung und Resolutionen einer Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären, Februar 1913, LW 18, S. 439–459

zeichnet dies als „Verletzung des Parteiprogramms im nationalistischen Sinne“.¹⁹⁹ Hier zeigten sich der „Bankrott der föderalistischen Prinzipien im Aufbau der sozialdemokratischen Partei und den schweren Schaden, den die Isoliertheit der ‚nationalen‘ sozialdemokratischen Organisationen der Sache des Proletariats zufügt.“ Er fährt fort:

„Die Beratung richtet daher an die Arbeiter aller Nationalitäten Russlands den nachdrücklichen Appell, dem aggressiven Nationalismus der Reaktion entschiedensten Widerstand zu leisten, alle und jegliche Erscheinungen des Nationalismus unter den werktätigen Massen zu bekämpfen, und fordert die sozialdemokratischen Arbeiter in den einzelnen Orten auf, sich aufs engste zu einheitlichen Organisationen der SDAPR zusammenzuschließen und zu vereinen, die sich in ihrer Arbeit jeder der Sprachen des örtlichen Proletariats bedienen und in der Praxis, wie das im Kaukasus seit langem der Fall ist, die Einheit von unten her verwirklichen.“ (Mitteilung und Resolutionen einer Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären, Februar 1913, LW 18, S. 458)

Darüber hinaus gibt es eine Fülle von kleinen Bemerkungen, die alle die Liquidatoren-Tätigkeit von Mitgliedern des „Bundes“ oder der zentralen Organisation des „Bundes“ betreffen.²⁰⁰ ###hier?##

¹⁹⁹ Ebenda, S. 457

²⁰⁰. Ohne die Titel im Einzelnen aufzuzählen, sollen hier genannt werden aus LW 18: S. 8, S. 108, S. 111, S. 169, S. 194, S. 196, S. 228, S. 376, S. 401, S. 471, S. 476. Dabei ging es einfach um die Aufzählung der Gruppen der Liquidatoren und der Trotzki-Gruppe und ihre Zusammenarbeit mit dem „Bund“ oder bestimmten Teilen des „Bund“

4. Schrittweise Entwicklung programmatischer Forderungen der Bolschewiki im Kampf für die Rechte nationaler Minderheiten in der Auseinandersetzung mit dem „Bund“

Ausgangspunkt bei Lenin ist, dass sich die Partei des Proletariats nicht die Hände binden soll, wie nach dem Sturz des Zarismus im einzelnen Probleme gelöst werden. Unverrückbar musste dabei jedoch sein, dass:

„wir, die Partei des Proletariats, uns immer und unbedingt *gegen jeden Versuch* auflehnen müssen, die *Selbstbestimmung* des Volkes durch *Gewalt oder Ungerechtigkeit* von außen zu beeinflussen. Wenn wir diese unsere negative Pflicht (des Kampfes und Protestes gegen die Gewalt) stets erfüllen, so sorgen wir selber von uns aus für die Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des *Proletariats* innerhalb jeder Nationalität. Somit muss das allgemeine, grundlegende, stets verbindliche Programm der Sozialdemokraten Russlands nur in der Forderung der vollständigen Gleichberechtigung der Staatsbürger [...] und ihres Rechtes auf freie demokratische *Selbstbestimmung* bestehen.“ (Lenin: Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten, Februar 1903, LW 6, S. 323, H. i. O.)

Deutlich wird auch, dass von den Interessen des Proletariats ausgehend Lenin bereits 1903 sich die Frage der konkreten Regelungen der Beziehungen zwischen den Nationen und nationalen Minderheiten in einem befreiten Russland offenhalten wollte, da durch eine vorzeitige Festlegung ja gerade das Selbstbestimmungsrecht verletzt worden wäre. Denn dieses besagt, dass jeder Teil das macht, was ihm richtig erscheint.²⁰¹

²⁰¹ Bei der Vorbereitung des 2. Parteitags der SDAPR 1903 wollte Lenin von den Gruppen vor Ort genaueres über die Vorstellungen der Parteimitglieder, vor Fragen des Programms in der nationalen Frage, zu praktischen Problemen wie verschiedenen Sprachen untereinander erfahren. In einem kurzen Papier im Januar 1903 „Über die Berichte der Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag“ wird dies deutlich. Folgende Fragen sollten in den Berichten aus den verschiedenen Gebieten Russlands beantwortet werden: „Gibt es Arbeiter anderer Nationalitäten und Rassen? Die Arbeit unter ihnen? organisiert oder zufällig? in welcher Sprache? Verhältnis zu den sozialdemokratischen Gruppen, die

Lenins Position war, dass zunächst der „Bär“, der russische Zarismus erlegt werden musste, damit dann wirklich die Rechte der nationalen Minderheiten verwirklicht werden und die Frage der staatlichen Los-trennung der einzelnen Nationen dann eben von der jeweiligen Bevöl-kerung entschieden wird. Die Sozialdemokratie sollte sich in dieser Frage nicht unabhängig von der jeweiligen konkreten Situation die Hände binden.

Lenin erklärt, wie schwierig es ist – und in vieler Hinsicht auch un-möglich – auf jede Detailfrage eine positive Antwort gerade in der na-tionalen Frage zu geben. Etwa die Frage, wie groß eine Minderheit sein muss, um als eine nationale Minderheit zu gelten. Dies ist eine jeweils konkret zu entscheidende Frage, die nicht mit einer allgemei-nen Zahl beantwortet werden kann. Daher stellt Lenin prinzipiell fest, dass viele Dinge von den betreffenden Teilen der Bevölkerung später selbst entschieden werden und nicht im Voraus bestimmt werden kön-nen und dürfen. Warum? Lenin führt aus:

„Darum, weil alle vernünftigen Menschen begreifen, dass es unange-bracht und unmöglich ist, in einem Programm Einzelheiten zu bestim-men. Ein Programm stellt lediglich die Grundprinzipien fest. [...] Dieses Prinzip ist: Unzulässigkeit jeglicher nationaler Privilegien und jeglicher nationaler Rechtsungleichheit.“ (Lenin: Kritische Bemerkungen zur na-tionalen Frage, Oktober-Dezember 1913, LW 20, S. 29)

Doch über die „negative“ Aufgabe des Kampfes *gegen* jegliche Form der nationalen Unterdrückung wie der Judenfeindschaft hinaus kon-kretisierten die Bolschewiki in den nächsten Jahren einzelne „posi-tive“ Programmpunkte für eine demokratische Umgestaltung und Ent-wicklung nach dem Sturz des Zarismus. Diese formulierten sie, wie

am selben Ort in einer anderen Sprache arbeiten? Erwünscht ist eine genaue und eingehende Darstellung dieser Beziehungen. Bestehen Meinungsverschiedenhei-ten? in der grundsätzlichen Frage des nationalen Programms? taktische? organi-satorische? Welche Beziehungen sind zum Zwecke der gemeinsamen Arbeit erwünscht? Möglichkeit eines *einzig*en Parteiorgans? Ist eine Föderation erwünscht und von welchem Typus?“ (Lenin: Über die Berichte der Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag, 1903, LW 6, S. 290 f., H. i. O.) Lenin sah also die Probleme und wollte mit möglichst vielen Informationen über die Probleme der gemeinsamen Arbeit und des gemeinsamen Kampfes vor dem Par-teitag informiert werden. Den von Lenin im Zitat verwendeten Begriff „Rassen“ lehnen wir aus bereits dargelegten Gründen ab.

bereits gezeigt, 1913/1914 auch in Gesetzesanträgen in der Duma. Dies taten sie nicht, um den Zarismus zu reformieren, sondern um diesen zu entlarven und die eigenen programmatischen Positionen in der nationalen Frage zu propagieren. Das betraf insbesondere auch die Rechte der nationalen Minderheiten.

Um was geht es bei diesen realen Rechten genau und wie können die Probleme gelöst werden? Stalin geht ausführlich darauf ein:

„Was bewegt eine nationale Minderheit besonders?

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ihr ein nationaler Verband fehlt, sondern weil ihr das Recht auf die Muttersprache vorenthalten wird. Man gebe ihr das Recht, ihre Muttersprache zu gebrauchen, und die Unzufriedenheit wird von selbst verschwinden.

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ihr ein künstlicher Verband fehlt, sondern weil ihr die eigene nationale Schule vorenthalten wird. Man gebe ihr eine solche Schule, und ihre Unzufriedenheit wird jeden Boden verlieren.

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ihr ein nationaler Verband fehlt, sondern weil ihre Gewissensfreiheit (die Freiheit des Glaubensbekenntnisses), Freizügigkeit usw. vorenthalten werden. Man gebe ihr diese Freiheiten und sie wird nicht mehr unzufrieden sein.“ (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 330)

Prinzipiell, aber durchaus auch mit Blick auf die unterdrückte jüdische Minderheit im zaristischen Russland, wird diese Programmatik in der nationalen Frage wie folgt zusammengefasst:

„Also *nationale Gleichberechtigung in allen ihren Formen (Sprache, Schulen usw.) als unumgänglicher Punkt* bei der Lösung der nationalen Frage. Unumgänglich ist folglich ein auf der Grundlage völliger Demokratisierung des Landes erlassenes allgemeines Staatsgesetz, das ausnahmslos alle Arten nationaler Vorrechte und jede wie immer geartete Beengung oder Einschränkung der Rechte der nationalen Minderheiten verbietet.

Hierin und nur hierin kann die wirkliche und nicht papierene Garantie der Rechte der Minderheit bestehen.“ (Ebenda, S. 330, H. i. O.)

Die Sozialdemokratie forderte ein im ganzen Staat gültiges Gesetz:

„zum Schutz der Rechte aller nationalen Minderheiten, unabhängig davon, in welchem Teil des Landes sie leben. Nach diesem Gesetz muss jede Maßnahme, mit deren Hilfe eine nationale Mehrheit versuchen sollte, sich nationale Vorrechte zu verschaffen oder die Rechte einer

nationalen Minderheit zu schmälern (sei es auf dem Gebiet des Schulwesens, des Gebrauchs dieser oder jener Sprache, in Budgetangelegenheiten usw.), außer Kraft gesetzt und die Durchführung einer solchen Maßnahme bei Strafe verboten werden.“ (Lenin: Thesen zur nationalen Frage, Juni 1913, LW 19, S. 236)

Doch die umfangreichen Debatten ergaben auch eine programmatische Konkretisierung.

Gegen opportunistische Richtungen betont Lenin in einem Brief 1913, dass es darum gehe, auch das Programm in der nationalen Frage zu „interpretieren, präzisieren, entwickeln“, und zwar im konsequent demokratischen und im „marxistischen (anti-österreichischen) Geiste“²⁰², also gegen die bloß „kulturelle Autonomie“. „Das geschah auch.

Mehrere Amtssprachen

Auf das Beispiel Schweiz kommt Lenin in seinem Artikel „Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage“²⁰³ vom September 1913 ausführlicher zu sprechen. Gegen die These, dass doch ganz selbstverständlich die Staatssprache Russlands russisch sein solle, wendet Lenin ein, dass die Schweiz allein drei Amtssprachen besitzt. Der entscheidende Punkt ist, dass keinem die Sprache „aufgezwungen wird“.²⁰⁴

Lenin verfasste die Resolutionen der Sommerberatung des ZK der SDAPR²⁰⁵ im September 1913. Eine dieser Resolutionen befasste sich auch mit der nationalen Frage. Darin wird noch klarer als bisher nicht nur abgelehnt, dass das Russische die einzige Amtssprache in Russland sein sollte, sondern es werden

„der Bevölkerung Schulen garantiert, in denen in allen im betreffenden Ort vertretenen Sprachen unterrichtet wird.“ (Lenin: Resolution zur nationalen Frage, September 1913, LW 19, S. 420)

²⁰² Lenin: An S. G. Schaumian, Geschrieben am 23. November (6. Dezember] 1913, Zuerst veröffentlicht am 15. (2.) März 1918 im „Bakinski Rabotschi“ (Der Arbeiter von Baku) Nr. 48, LW 19, S. 497

²⁰³ Lenin: Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage, September 1913, LW 19, S. 344-347

²⁰⁴ Ebenda, S. 345

²⁰⁵ Siehe Lenin: Resolutionen der Sommerberatung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären, September 1913, LW 19, S. 409-423

Das Programm der „national-kulturellen Autonomie“ ist dagegen gerade nationalistisch „aufbauend“ im Sinne der Stärkung des bürgerlichen Nationalismus. Denn dies bedeutet, dass der Nationalismus nahe den Ideen des „Bundes“ in einer bestimmten, ‚gerecht‘ abgegrenzten Sphäre verankert und konstituiert wird.²⁰⁶

Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde es angesichts diverser Unterstellungen einerseits, aber auch konkret falscher Forderungen des „Bundes“ andererseits dann doch auch zunehmend konkreter. Ein einfaches Beispiel war die Frage der Notwendigkeit mehrerer Amtssprachen, komplizierter war es in Hinblick auf das Recht auf Muttersprache im Schulwesen.

Recht auf Muttersprache und Schulwesen

Die Auseinandersetzung um die „national-kulturelle Autonomie“ machte sich konkret besonders am Schulwesen fest. Nach Vorstellung des „Bundes“ sollte das Schulwesen der Kompetenz des Staates entzogen und den einzelnen Nationen oder Nationalitäten übergeben, also nach nationalen Kriterien organisiert werden. Das aber würde bedeuten, den bürgerlichen Nationalismus und die ihn vertretenden reaktionär-klerikalen Kräfte der jeweiligen Nationalität zu stärken, welche unter den gegebenen Herrschaftsbedingungen die „nationale Kultur“ dominierten. Lenin stellte fest, dass die sogenannte „nationale Kultur“

„gegenwärtig in allen Ländern der Welt unter dem vorherrschenden Einfluss von Klerikalen und bürgerlichen Chauvinisten steht.“ (Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, 1913, LW 20, S. 21)

Unter diesen Bedingungen zu fordern, dass etwa das Schulwesen als Teil der nationalen Kultur unabhängig vom Staat selbstständig als Institution entstehen soll, und dies offensichtlich ohne jede Revolution,

²⁰⁶ Stalin bringt in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ einige Beispiele dafür, wie es dem „Bund“ nicht um die demokratischen Rechte aller unterdrückten Nationalitäten geht, sondern um die „eigenen“ Anliegen, die mit einer Ignoranz gegenüber den Anliegen anderer Nationalitäten einhergehen. So forderte z. B. der „Bund“ kein allgemeines Recht auf die Muttersprache. (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 309 f.)

lehnt Lenin als Ausweichen vor dem nötigen Bruch mit der Bourgeoisie und Reaktion überhaupt eindeutig ab.²⁰⁷ Das Programm der „national-kulturellen Autonomie“ ist aber gerade nationalistisch „aufbauend“ im Sinne der Stärkung des bürgerlichen Nationalismus. Denn der Nationalismus soll nach den Ideen des „Bundes“ in einer bestimmten, ‚gerecht‘ abgegrenzten kulturellen Sphäre verankert und konstituiert werden. Was aber waren nun die Vorstellungen der Bolschewiki?

Zur Muttersprache erklärt Stalin:

„Die Interessen des Proletariats Russlands erfordern, dass die Proletarier der Nationalitäten Russlands das volle Recht haben, sich *derjenigen Sprache* zu bedienen, in der sie leichter Bildung erwerben, in der sie ihre Feinde in den Versammlungen, in öffentlichen, staatlichen und anderen Institutionen besser bekämpfen können. *Diese Sprache ist anerkanntermaßen die Muttersprache.*“ (Stalin: Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage, September 1904, SW 1, S. 38, H. i. O.)

Er zitiert aus dem Art. 8 des Parteiprogramms über das Recht auf muttersprachliche Bildung, die hierfür notwendigen Schulen und das Recht, jedes Bürgers sich der Muttersprache zu bedienen, über die notwendige Gleichberechtigung der jeweiligen Muttersprache in allen Institutionen.²⁰⁸ Dasselbe galt auch für die „weitgehende örtliche Selbstverwaltung“²⁰⁹, die Besonderheiten vor Ort zu berücksichtigen habe.

Die konsequent-demokratische Aufgabe ist nicht, die Kinder und Jugendlichen in den Schulen der verschiedenen Nationalitäten und die

²⁰⁷ Im Zusammenhang mit dem Projekt zur „Nationalisierung der jüdischen Schule“ weist Lenin auch auf folgenden unzweifelhaften Fakt hin: Gegenwärtig existieren nichtgleichberechtigte Nationalitäten mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau. Unter solchen Umständen wird die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten faktisch unvermeidlich eine Verschlechterung für die rückständigeren Nationalitäten bedeuten. Lenin prangert in diesem Artikel auch an, dass im Süden der USA die Kinder aus schwarzen Familien noch immer in besonderen Schulen unterrichtet wurden, während sie im Norden mit anderen Kindern zusammen lernen. (Siehe Lenin: Über die „national-kulturelle“ Autonomie, November 1913, LW 19, S. 498-502)

²⁰⁸ Stalin: Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage, September 1904, SW 1, S. 39

²⁰⁹ Ebenda, S. 40

verschiedenen Nationalitäten überhaupt voneinander abzusondern, sondern diese gegen jeglichen Nationalismus und Chauvinismus in gemeinsamen Schulen einander näher zu bringen.

Lenin macht in dem Zusammenhang auch klar, dass es eine Lüge ist, dass die nationale Gleichberechtigung in gemeinsamen weltlichen Schulen, wie sie die SDAPR fordert, nicht realisierbar sei. Als Prinzip propagiert er in einem anderen Artikel:

„Die Schulpolitik der Arbeiter aller Nationen ist einheitlich: Freiheit der Muttersprache, demokratische und *weltliche* Schule.“ (Lenin: Zur Frage der nationalen Politik, April 1914, LW 20, S. 22, H. i. O.)

Ein wichtiges Thema war die Frage, ob die Durchsetzung des Rechts auf Unterricht in der Muttersprache, für das die SDAPR kämpfte, auch beinhalten sollte, dass das gesamte Schulwesen nach Nationalitäten organisiert wird. Die SDAPR war dagegen. In diesem Zusammenhang schrieb Lenin im August 1913 den Artikel „Nationalisierung der jüdischen Schule“.²¹⁰

Gegen die Pläne der zaristischen Regierung, jüdische Schüler:innen zwangsweise in getrennten Schulen zu unterrichten, stellt Lenin klar, dass so insbesondere jüdische Lehranstalten in den Oberschulen durch Absonderungen diskriminiert werden sollen:

„Zu allen übrigen Lehranstalten, privaten wie staatlichen, sollen den Juden die Türen gänzlich verschlossen bleiben.“ (Lenin: Nationalisierung der jüdischen Schule, August 1913, LW 19, S. 297)

Gegen diese reaktionäre Maßnahme wendete sich Lenin mit dem Hinweis auf den erfolgreichen Kampf für Gleichberechtigung in anderen Ländern.

Lenin ist klar, dass die Kinder aller Nationen in einem einheitlichen Schulwesen zusammengefasst werden sollen. Dieser Punkt wird später noch einmal von Lenin aufgegriffen und gezeigt, dass dies der Unterrichtung in jeweils unterschiedlichen Muttersprachen - je nach Situation in einem Gebiet - keinesfalls widerspricht. Die Grundidee ist, der Spaltung, ja Aufspaltung des Proletariats in unterschiedliche Nationalitäten den Boden zu entziehen.²¹¹

²¹⁰ Lenin: Nationalisierung der jüdischen Schule, August 1913, LW 19, S. 297 f.

²¹¹ Ebenda, S. 298

Im Artikel „Die nationale Zusammensetzung der Schüler in der russischen Schule“²¹² vom Dezember 1913 gliedert Lenin die bunte Vielfalt der Sprachen der Schülerinnen und Schüler in Petersburg auf. (Nur nebenbei: in Petersburg gab es vier Schüler, die Romanes, die Sprache der Roma, als Muttersprache angegeben hatten.²¹³ Diese große „nationale Buntheit“²¹⁴ in den Schulen mit 23 Nationalitäten zeigt, so Lenin, dass die Kinder aller Nationalitäten sehr wohl in eine gemeinsame Schule gehen sollen, aber eben gleichzeitig der Staat zu organisieren hat, dass Raum und Lehrkräfte etwa für georgische Sprache und Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird. All das lasse sich staatlich und lokal organisieren - in einem gemeinsamen Schulwesen.

„Besondere nationale Schulen für jede ‚nationale Kultur‘ zu propagieren ist reaktionär. Doch unter der Bedingung einer wirklichen Demokratie können die Interessen des Unterrichts in der Muttersprache, in der nationalen Geschichte u. a. vollaufgewahrt werden, ohne die Schule nach Nationalitäten zu trennen.“ (Lenin: Die nationale Zusammensetzung der Schüler in der russischen Schule, Dezember 1913, LW 19, S. 529)

All dies müsse organisiert werden ohne „irgendetwas mit Gewalt aufzuzwingen“ (Siehe ebenda, S.529) und könne und müsse je nach örtlichen Bedingungen variiert werden. Das sei eben eine der Aufgaben der örtlichen Selbstverwaltung.²¹⁵

Wie aber waren die Pläne für die Durchsetzung des Rechts auf Muttersprache und das Recht auf muttersprachlichen Unterricht zu realisieren und die Durchsetzung dieser Rechte zu kontrollieren? Hier wurde von Lenin und Stalin das Konzept der Gebietsautonomie entwickelt.

²¹² Lenin: Die nationale Zusammensetzung der Schüler in der russischen Schule, Dezember 1913, LW 19, S. 527-529.

²¹³ Siehe ebenda, S. 527

²¹⁴ Ebenda, S. 528. In Lenins Artikel ist nicht von Roma, sondern von „Zigeuner“ die Rede. Das war schon damals eine diskriminierende Bezeichnung.

²¹⁵ Siehe auch die Zurückweisung der opportunistischen Kritik an diesem Konzept im Artikel von Lenin: „Noch einmal über die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten“ (LW 19, S. 544-546) vom Dezember 1913, dass bei der Unterrichtung in der jeweiligen Muttersprache die Bolschewiki angeblich „den Nichtrussen ihre nationalen Schulen rauben“ würden (ebenda S. 545).

Gebietsautonomie

Es geht bei jenen Gebieten, die sich nicht abtrennen wollen, um die Wahrung der Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf der festen Grundlage einer realen „Gebietsautonomie“. Denn dabei geht es um ein von der Bevölkerung selbst festgelegtes Gebiet, also um Autonomie auf einem bestimmten Gebiet, auf dem dann alle, auch kleine nationale Minderheiten, zu ihrem Recht kommen können. Auch hier geht es um politische Rechte, die kulturelle Fragen einschließen und keinesfalls nur um „kulturelle Autonomie“.

Insbesondere gegen den „Bund“ gerichtet, kritisiert Stalin die falsche Konzeption, für die Rechte einer nationalen Minderheit, womöglich gar noch im Zarismus, dadurch einzutreten., dass in ganz Russland die verstreut lebenden Teile der jüdischen Bevölkerung, (gar noch auf der Basis der existierenden meist reaktionären jüdischen Gemeinden), sich zu einer „national-kulturellen“ Institution vereinigen. Diese sollen dann für die Rechte, und sei es auch nur die kulturellen Rechte der nationalen Minderheit eintreten, - all dies habe keine reale Basis. Warum?

Weil es an den einzelnen Orten und den einzelnen Gebieten darum geht, konkret der Situation entsprechend die Bevölkerung verschiedener Nationalitäten zusammenzuschließen. Dies gerade eben auch, um wirklich vor Ort demokratisch organisiert die Rechte der nationalen Minderheiten zu vertreten und gegebenenfalls verteidigen zu können. „National-kulturelle Autonomie“ ohne reales Gebiet und reale politische Organisation, das ist ein falscher Plan, so erklärten Lenin, Stalin und die Bolschewiki. Sie stellten dem die Gebietsautonomie als unumgänglichen Punkt bei der Lösung der nationalen Frage entgegen.

Nachdem Lenin das Recht auf Lostrennung von Nationen in selbständige Nationalstaaten erneut unterstrichen hatte, entwickelte er in seiner Broschüre „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ im Abschnitt über „Zentralisation und Autonomie“, wie autonome Gebiete mit welchen Rechten entstehen können. Lenin lehnte es klar ab, einfach die Gebietseinteilung des Zarismus zu übernehmen. Denn diese

ist eben eine „mittelalterliche, feudale, amtsbürokratische, administrative Einteilung“²¹⁶.

Sinnvoll solche Gebiete festzulegen, ist Sache der örtlichen Bevölkerung. Dabei sind objektive Faktoren wirtschaftlicher Art ebenso zu bedenken wie die nationale Zusammensetzung eines Gebietes und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten.²¹⁷ Lenin schreibt dazu:

„Es liegt klar auf der Hand, dass man sich einen modernen, wirklich demokratischen Staat *ohne* Gewährung einer solchen Autonomie für jedes Gebiet mit nur einigermaßen wesentlicher Eigenart der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, mit besonderer nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung usw. nicht vorstellen kann.“ (S. 33, H. i. O.)

Um die Rechte der nationalen Minderheiten zu schützen, heißt es in einer Resolution,

„ist dabei eine weitgehende Gebietsautonomie und eine völlig demokratische lokale Selbstverwaltung unter Festlegung der Grenzen der sich selbst verwaltenden und autonomen Gebiete aufgrund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschaft- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.“ (Lenin: Resolution zur nationalen Frage, September 1913, LW 19, S. 420)

Genau diese Position entsprach auch den Parteidokumenten der SDAPR, auf die Lenin verweist. (S. 36f.)

Das gilt auch für Planungen etwa über den muttersprachlichen Unterricht in Petersburg: Denn da kann keinesfalls jetzt, sondern erst später durch die örtliche Bevölkerung ein positives nationales Programm aufgestellt werden, welches dann die „Mannigfaltigkeit der Verhältnisse und Bedingungen“ erfasst und entsprechend politisch umsetzt. (S. 29)

Da die Bundisten einfach auf einem jüdischen Schulwesen beharrten und die Kompliziertheit der örtlichen Verhältnisse überhaupt nicht in Rechnung stellten, erklärte Lenin die Herangehensweise der Bolschewiki an einem konkreten Beispiel:

²¹⁶ Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, Oktober-Dezember 1913, LW 20, S. 34. Sofern nichts Anderes angegeben ist, beziehen sich die weiteren Seitenzahlen im Text dieses Abschnitts auf diese Lenin-Schrift.

²¹⁷ Ebenda S. 37

„Nehmen wir ein konkretes Beispiel, um dem Bundisten die Frage klarzumachen. In der Stadt St. Petersburg gab es nach der Schulzählung vom 18. Januar 1911 in den Elementarschulen des Ministeriums für Volks'bildung' 48.076 Schüler. Davon entfielen auf die Juden 396, d. h. weniger als ein Prozent. Ferner gab es unter den Schülern zwei Rumänen, einen Georgier, drei Armenier usw. Lässt sich ein ‚positives‘ nationales Programm aufstellen, das diese Mannigfaltigkeit der Verhältnisse und Bedingungen erfasst? (Und Petersburg ist selbstverständlich längst nicht die ‚bunteste‘ Nationalitätenstadt in Russland.) Es scheint, dass nicht einmal Spezialisten für nationale ‚Feinheiten‘ vom Schlage der Bundisten ein solches Programm zustande bringen werden. Und doch, gäbe es in der Staatsverfassung ein grundlegendes Gesetz über die Ungültigkeit aller wie immer gearteten, die Rechte einer Minderheit verletzenden Maßnahmen, so könnte jeder beliebige Staatsbürger die Aufhebung einer Verfügung verlangen, die es beispielsweise ablehnen würde, besondere Lehrer der jiddischen Sprache, der jüdischen Geschichte usw. auf Staatskosten anzustellen oder von Staats wegen Schulräume für jüdische, armenische, rumänische Kinder, ja sogar für ein einziges georgisches Kind zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls ist nichts Unmögliches daran, auf der Grundlage der Gleichberechtigung alle vernünftigen und berechtigten Wünsche der nationalen Minderheiten zu befriedigen, und niemand wird behaupten, dass die Propaganda der Gleichberechtigung schädlich sei. Dagegen wäre eine Propaganda für die Trennung des Schulwesens nach Nationen, die Propaganda beispielsweise einer besonderen jüdischen Schule für die jüdischen Kinder in Petersburg unbedingt schädlich und die Schaffung nationaler Schulen für *jede* nationale Minderheit, für ein, zwei, drei Kinder, direkt unmöglich.“ (S. 29 f., H. i. O.)

Stalin geht auch auf die Frage der Rechte der nationalen Minderheiten innerhalb der Gebietsautonomie ein:

„Kein Zweifel, dass kein einziges Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung national homogen ist, denn in jedes von ihnen sind nationale Minderheiten eingesprenkelt. So die Juden in Polen, die Letten in Litauen, die Russen im Kaukasus, die Polen in der Ukraine usw. Man könnte daher befürchten, dass die nationalen Mehrheiten die Minderheiten unterdrücken werden. Solche Befürchtungen sind aber nur in dem Falle begründet, wenn das Land bei den alten Zuständen bleibt. Man gebe dem Land einen vollständigen Demokratismus und diese Befürchtungen werden jeden Boden verlieren.“ (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 329)

Die spezifischen Positionen des „Bundes“ zum Aufbau einer nur förderativ verbundenen proletarischen Partei und dessen programmatische Positionierung zur „national-kulturellen Autonomie“ waren unvereinbar mit einer richtigen Linie und Politik. Das waren die beiden entscheidenden „Bund-spezifischen“ Gründe für die Schärfe des Kampfes der revolutionären Kräfte der SDAPR gegen den „Bund“.²¹⁸

5. Zusammenfassendes von Lenin und Stalin zur Geschichte und den Positionen des „Bundes“

Im Mai 1913 erschien in der Prawda der Artikel „Die Separatisten in Russland und die Separatisten in Österreich“. Lenin kritisierte darin den Austritt des „Bund“ aus der SDAPR zehn Jahren zuvor. Er schrieb rückblickend:

„Dieser Austritt aus der Partei war eine für die Arbeiterbewegung äußerst schädliche Erscheinung des Separatismus. In der Praxis kamen und kommen die jüdischen Arbeiter überall zur Partei, ungeachtet des ‚Bund‘. Neben den *gesonderten* (isolierten, separaten) Organisationen der Bundisten haben *immer gemeinsame* Organisationen der jüdischen, russischen, polnischen, litauischen, lettischen usw. Arbeiter bestanden.

Aus der Geschichte des Marxismus in Russland ist ferner bekannt, dass die Partei, als der ‚Bund‘ sich ihr 1906 wieder anschloss, die Bedingung stellte mit dem Separatismus Schluss zu machen, d. h. die marxistischen Arbeiter *ausnahmslos aller* Nationalitäten in den örtlichen Organisationen zusammenzuschließen. Diese Bedingung wurde von den Bundisten *nicht* erfüllt, obwohl sie durch einen besonderen Beschluss der Partei in Dezember 1908 *speziell* bekräftigt wurde. [...] Es sei auch erwähnt, dass der führende Bundist Medem in dem bekannten Buch ‚Die

²¹⁸ Wichtig ist allerdings auch zu verstehen: Aufs Ganze betrachtet war beim Kampf gegen den Opportunismus beim Aufbau der revolutionären proletarischen Partei in Russland, bei der Vorbereitung der Oktoberrevolution nicht die Auseinandersetzung mit dem „Bund“ ausschlaggebend, sondern der Kampf zunächst gegen die Ökonomen, dann gegen die Menschewiki. Trotz zeitweiser und teilweiser Annäherungen an die Bolschewiki unterstützte der „Bund“ in der SDAPR weitgehend den opportunistischen Flügel der SDAPR, vereinigte sich 1912 formell mit den Menschewiki und sank mit diesen bis zum politischen Liquidatorium und zur Ablehnung der Oktoberrevolution herab. Siehe dazu im Anhang die Vertiefung X: Zunehmend menschewistisch-liquidatorische Positionierung des „Bunds.“

Formen der nationalen Bewegung' (St. Petersburg 1910) zugegeben hat, dass die Bundisten die Einheit in den örtlichen Organisationen nie verwirklicht haben, d. h., dass sie stets Separatisten waren.“ (Lenin: Die Separatisten in Russland und die Separatisten in Österreich, April 1913, LW 19, S. 70 f., H. i. O.)

Auch Stalin ging 1913 nochmals darauf ein, wie die These des „Bund“ vom „einzigen Vertreter“ des jüdischen Proletariats und das Programm der „national-kulturellen Autonomie“ entstanden ist und sich im Zusammenhang mit dem zunehmenden proletarischen Massenkampf entwickelt hat:

„Schon vor 1897 steckten sich die sozialdemokratischen Gruppen, die unter den jüdischen Arbeitern wirkten, das Ziel, eine ‚speziell jüdische Arbeiterorganisation‘ zu schaffen. Diese Organisation schufen sie denn auch 1897 dadurch, dass sie sich zum ‚Bund‘ zusammenschlossen. Das geschah also zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie Russlands als Ganzes faktisch noch nicht existierte. Seitdem wuchs und breitete sich der ‚Bund‘ unaufhörlich aus und hob sich immer mehr vom grauen Alltag der Sozialdemokratie Russlands ab... Nun aber kommt das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts. Es setzt eine *Massenbewegung* der Arbeiter ein. Die polnische Sozialdemokratie wächst und zieht die jüdischen Arbeiter in den Massenkampf hinein. Die Sozialdemokratie Russlands wächst und zieht die ‚bundistischen‘ Arbeiter an. Der nationale Rahmen des ‚Bund‘, dem die territoriale Basis fehlt, wird zu eng. Der ‚Bund‘ steht vor der Frage: entweder in der allgemeinen internationalen Woge aufzugehen oder seine selbständige Existenz als extraterritoriale Organisation zu behaupten. Der ‚Bund‘ entscheidet sich für das letztere.

So entsteht die ‚Theorie‘ des ‚Bund‘, er sei der ‚alleinige Vertreter des jüdischen Proletariats‘.

Es wird jedoch unmöglich, diese sonderbare ‚Theorie‘ auf irgendeine ‚einfache‘ Art zu rechtfertigen. Man braucht irgendeine ‚prinzipielle‘ Unterlage, eine ‚prinzipielle‘ Rechtfertigung. Eine solche Unterlage bot sich eben in Gestalt der national-kulturellen Autonomie. Der ‚Bund‘ griff denn auch nach ihr, indem er sie bei der österreichischen Sozialdemokratie entlehnte. Hätten die Österreicher kein solches Programm gehabt, so hätte es der ‚Bund‘ erfunden, um seine selbständige Existenz ‚prinzipiell‘ zu rechtfertigen.

So nimmt der ‚Bund‘, nach einem zaghaften Versuch im Jahre 1901 (IV. Kongress) im Jahre 1905 (VI. Kongreß) endgültig das ‚nationale

Programm‘ an.“ (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 304 f., H. i. O.)

Im Juli 1914 wurde von Lenin der Bericht des ZK der SDAPR zur Vorbereitung einer von der Zweiten Internationale angestrebten sogenannten Brüsseler Konferenz zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten der Bolschewiki und Menschewiki verfasst. Lenin verfasste klare Bedingungen für eine mögliche Vereinigung. Diese waren so formuliert, dass die Position der Bolschewiki bei einer möglichen Vereinigung den Sieg davongetragen hätte.

Die uns hier besonders interessierende Frage des Verhältnisses zum jüdischen „Bund“ wird dort auch aufgegriffen. In dem von Lenin verfassten Schreiben heißt es:

„Es wird anerkannt, dass in jeder Stadt und in jedem Ort nur eine einzige einheitliche sozialdemokratische Organisation bestehen darf, die die Arbeiter aller Nationalitäten vereinigt und ihre Arbeit in allen Sprachen des Proletariats der betreffenden Gegend leistet. Verurteilt wird der jüdischnationale Separatismus des ‚Bund‘, der sich bis heute trotz des Beschlusses des Stockholmer Parteitags der SDAPR vom Jahre 1906 und dessen Bestätigung durch die Konferenz vom Dezember 1908 weigert, das Prinzip der internationalen Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter in den örtlichen Organisationen in die Praxis umzusetzen, ein Prinzip, das im Kaukasus seit dem Jahre 1898 so glänzend erprobt worden ist.“ (Lenin: Bericht des ZK der SDAPR und instruktive Hinweise für die Delegierten des ZK zur Brüsseler Konferenz, Juni 1914, LW 20, S. 528 f.)

Ein weiterer unverzichtbarer Punkt wird von Lenin formuliert:

„Es wird anerkannt, dass die die Arbeiter nach Nationalitäten trennende und einen verfeinerten Nationalismus predigende Losung der ‚national-kulturellen Autonomie‘, die durch einen formellen Beschluss des II. Parteitags der SDAPR (1903) abgelehnt worden ist, dem Programm der Partei widerspricht (ebenso wie auch das Pseudonym für die national-kulturelle Autonomie, die sogenannte ‚Gründung von Institutionen, die eine freie nationale Entwicklung gewährleisten‘).“ (Ebenda, S. 529)

Der „Bund“ ist von seinen prinzipiell falschen Positionen allerdings nicht abgerückt. Entscheidend für die Schärfe der Auseinandersetzung und die negative Entwicklung des „Bunds“ war dann seine zunehmende inhaltliche und organisatorische Verschmelzung mit den Menschewiki in den letzten Jahren.

III. Antworten auf grundlegende theoretische Fragen

1. Nationalität, Nation und nationale Minderheit: Die jüdische Bevölkerung in Russland ist eine nationale Minderheit, keine Nation

Theoretische Fragen, die unmittelbar mit der Einschätzung der jüdischen Bevölkerung in Russland zusammenhängen, waren in wichtigen Debatten: Was ist überhaupt eine Nation? Warum muss sich deren Definition von der Definition einer nationalen Minderheit unterscheiden? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Die Auseinandersetzung wurde in umfangreichen Büchern in Österreich geführt. Lenin setzte sich über diese Fragen nicht nur in der Debatte mit dem „Bund“ auseinander, sondern auch mit teils umfangreichen Beiträgen aus der Sozialdemokratie in Österreich. Diese hatten als wichtige Ideengeber für den „Bund“ auch in Russland große Bedeutung. Es war neben Lenin vor allem Stalin, der den diversen, fehlgeleiteten Versuchen, eine Nation zu definieren, sehr deutlich entgegentrat. Hervorzuheben ist Stalins Buch „Marxismus und nationale Frage“. Auf dieses greifen wir im Folgenden immer wieder zurück.

Dabei ging es immer auch um die Fragen: Wie genau kann die Situation der jüdischen Bevölkerung in Russland beschrieben werden? Bildete die jüdische Bevölkerung eine Nation oder eine nationale Minderheit?²¹⁹

Es geht um Folgendes: Die Möglichkeit der Lostrennung und der staatlichen Unabhängigkeit existiert bei territorial umrissenen Nationen. Diese Möglichkeit existiert bei kleinen nationalen Minderheiten nicht. Denn diese leben in der Regel auf dem Territorium einer territorial umrissenen Nation. Das ist der Unterschied zu Polen, Finnland, der Ukraine usw. im damaligen zaristischen Staat. Damit wird keine moralische Wertung vorgenommen, was besser oder schlechter ist. Es

²¹⁹ Behauptungen, die jüdische Bevölkerung in Russland sei damals eine „Kaste“ gewesen, haben wir bereits im Band 3 dieser Reihe zurückgewiesen. ##Verweis auf den Abschnitt dort##

geht einfach nur um eine realistische Darstellung. Die jüdische Bevölkerung in Russland hatte kein Territorium, war eben keine Nation mit der Möglichkeit, sich loszutrennen. Es war eine nationale Minderheit. Bei dieser kam es darauf an, durch die Zerschlagung des Zarismus ihre umfassende Gleichberechtigung zu erkämpfen und danach zu gewährleisten.

Das alles steht im Hintergrund der theoretischen Debatte: Was ist eine Nation? Gerade deshalb müssen die Begriffe Nation und nationale Minderheit klar unterschieden werden. In der Auseinandersetzung mit opportunistisch-idealistischen Konzepten der „Nation“ wird deutlich, wie wichtig korrekte theoretische Grundlagen für eine revolutionäre Politik sind.

Wichtig ist es, vorab abzuklären: Der Begriff der Nationalität ist auf Personen sowohl einer Nation als auch einer nationalen Minderheit anzuwenden. Die Menschen, die einer territorial umrissenen Nation zugehörig sind, haben eine bestimmte Nationalität. Menschen, die Teil einer nationalen Minderheit sind, haben ebenso eine Nationalität. So hatte in Russland zum Beispiel die jüdische Minderheit eine Nationalität, die jüdische Nationalität. Daraus ergibt sich eben nicht zwingend, dass es eine jüdische Nation gibt. Tatsache ist, dass auch in den Dokumenten und Medien der SDAPR sowie von Lenin und Stalin anfänglich hier und da die Begriffe Nation, nationale Minderheit und Nationalität noch nicht eindeutig und klar voneinander getrennt waren.

a) Zur Definition einer Nation und deren Konsequenzen

Schon die unterschiedlichen Definitionen: „Was ist eine Nation?“ waren in den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie Ausgangspunkt für entgegengesetzte Konzeptionen in der nationalen Frage.

Stalins Definition contra Bauers und Renners Definition

Der österreichische Theoretiker Karl Renner, der unter dem Namen Springer veröffentlichte, behauptete, eine Nation sei „ein Verband

gleichdenkender und gleichredender Personen“, der kein gemeinsames Territorium haben müsse.²²⁰

Otto Bauer geht noch weiter. Er behauptet z. B., die Jüd:innen hätten zwar „keine gemeinsame Sprache und sind darum doch eine Nation“. ²²¹ Als Begründung führt Bauer an, dass die jüdische Bevölkerung nun mal einen gemeinsamen „Nationalcharakter“ habe.²²²

Für Stalin ist der Standpunkt Bauers mit seiner Verabsolutierung des „Nationalcharakters“ Idealismus und Metaphysik, da gerade die jüdische Bevölkerung ja nun auf verschiedenen Erdteilen existiert, extrem voneinander getrennt lebt und handelt, um das anschaulichste Argument hier hervorzuheben.

Stalin stellte demgegenüber klar, dass die Nation als historische Kategorie einer bestimmten Epoche, zunächst „der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus“ zugeordnet werden muss (S. 277). In mehreren Schritten entwickelte und definierte er, dass eine Nation eine stabile, historisch entstandene Gemeinschaft von Menschen ist, die nicht nur mehrere Generationen umfassen, sondern auch eine eigene Sprache, ein eigenes Territorium, ein eigenes Wirtschaftsleben sowie auf dieser Grundlage auch eine verbindende „psychische Wesensart“ hat. Die zusammenfassende Definition Stalins lautet:

„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“ (Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 272, H. i. O.)

Der wesentliche Unterschied zwischen Bauer und Stalin ist nicht, dass Bauer vom „Nationalcharakter“ spricht und Stalin von der „psychischen Wesensart“. Entscheidend ist, dass bei Bauer eine Nation bereits vorhanden ist, wenn es einen gemeinsamen „Nationalcharakter“ gebe.

²²⁰ Renner, Karl: ##Originalquelle##, zitiert bei Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, S. 273

²²¹ Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Ausgabe 1907, S. 1. Wir zitieren im Weiteren nach dieser uns vorliegenden Ausgabe. Bauers Definition zitiert bei Stalin: Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 273, Stalin zitiert Bauers Buch nach der Ausgabe von 1909.

²²² Exakte Quellenangabe##

Bei Stalin aber ist die „psychische Wesensart“ nur eins von vier Merkmalen einer Nation. Und mehr noch: Eine gemeinsame Nation ist bereits nicht mehr gegeben, wenn auch nur eins dieser Merkmale fehlt.²²³

Die „sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarende psychische Wesensart“ (Stalin) ist gewiss schwer zu fassen. Würde man beginnen, diese letzte Kategorie, also eine Art „Nationalcharakter“, genauer zu definieren, so entstehen in der Tat Schwierigkeiten. Denn diese Angelegenheit hat, wie Stalin feststellte, „an und für sich für den Beobachter etwas Ungreifbares.“ (Ebenda, S. 271) Hier lauern Vorurteile und Gefahren. Es wird in jedem einzelnen zu bestimmenden Fall sicherlich immer ein lediglich annähernd zu fassendes Phänomen sein. Nichtsdestotrotz kann nicht bestritten werden, dass es so etwas gibt, auch wenn es schwer zu greifen oder zu definieren ist, was Merkmale dieser „psychischen Wesensart“ etwa der Deutschen im Unterschied zu anderen Nationen sind. Und zwar ist diese durch Geschichte und Kultur, Klassenkämpfe und Revolutionen mit all ihren Siegen und Niederlagen geprägt. Momente dieser „psychischen Wesensart“ manifestieren sich in der Kindheit in gleichen Märchen, Geschichten, bekannten Kinderliedern usw.. Sicherlich verändert sich dies alles auch in Jahrzehnten. Aber trotz aller fehlender Details gibt es wohl doch einige Konstanten. Diese machen eine solche, wir würden heute z. B. sagen „deutsche Mentalität“, also eine „psychische Wesensart“, gerade auch im Unterschied zu anderen Nationen dann eben doch „greifbar“.

Gerade auch in Bezug auf die jüdische Bevölkerung in Russland kritisiert Stalin 1913 in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ mögliche Einwände und bringt gewichtige Fallbeispiele. Er stellt als erstes fest, dass die jüdische Bevölkerung in Russland und in Amerika und anderen Staaten sicherlich so etwas wie einen gemeinsamen Nationalcharakter hat. Ihr fehlen aber die Gemeinsamkeit der Sprache, das Territorium und die wirtschaftliche Einheit. Daher sind sie im Sinne dieser Definition eben keine Nation. Stalin schreibt:

²²³ Bei Renner ist zwar die Rede von einer gemeinsamen Sprache. Absurd ist aber als zweites Merkmal die Behauptung von der Nation als Gemeinschaft „gleich denkender“ Personen. Gemeinsames Territorium und gemeinsame Wirtschaft fehlen bei Renner aber auch.

„Man kann sich Menschen mit gemeinsamem ‚Nationalcharakter‘ vorstellen, ohne jedoch deshalb sagen zu können, dass sie eine Nation bilden, wenn sie wirtschaftlich voneinander getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben, verschiedene Sprachen sprechen usw. Das gilt beispielsweise für die russischen, die galizischen, die amerikanischen, die georgischen *Juden* und die Bergjuden²²⁴, die unseres Erachtens keine einheitliche Nation bilden.“ (Ebenda, S. 272, H. i. O.)

Dies veranschaulicht die Komplexität der Fragen, die unter den Oberbegriff „Nationalität“ fallen, auch wenn es sich gegebenenfalls nicht um eine Nation handelt.

Um den Gedanken noch einmal hervorzuheben. Es geht nicht darum, auf dem Papier eine Nation zu konstruieren, sondern je nach der Realität festzustellen, wo es sich um eine Nation handelt und wo nicht. Das schließt eben nicht aus – wie wir noch einmal ausdrücklich betonen wollen –, dass das nationale Programm der Sozialdemokratie selbstredend auch für unterdrückte nationale Minderheiten zuständig ist.

Die Konsequenz aus der Feststellung, dass eine unterdrückte Nation nach den von Stalin genannten Kriterien eine Nation ist und nicht „nur“ – hier liegt keine Wertung vor – eine nationale Minderheit, ist klar: Das nationale Selbstbestimmungsrecht erstreckt sich hier bis zum Recht auf staatliche Lostrennung, auf Bildung eines eigenen Staates. Das ist ein wesentlicher Abgrenzungspunkt gegen die Rechtfertigung des Zwangs zum Verbleib in einem Nationalitätenstaat, in dem eine Nation herrscht, der in Wirklichkeit ein „Völkergefängnis“ ist. Dieser entscheidende Punkt verschwindet in Bauers Definition von der Nation als „aus Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft“.²²⁵

²²⁴ Als „Bergjuden“ wurden bzw. werden die jüdische Bevölkerung in Dagestan und Nord-Aserbaidschan, in geringerer Zahl auch in Kabardino-Balkarien, Tschetschenien, der Region Stawropol sowie in Karatschai-Tscherkessien und der Region Krasnodar bezeichnet. (Information aus: wikiwand.com „Bergjuden“)

²²⁵ Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, S. 113

b) Notwendigkeit des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und gegen die Bourgeoisie

Während bei schon weitgehend überwundenem Feudalismus sich im Westen Nationalstaaten wie in Frankreich oder Deutschland herausbildeten, entstanden im Osten noch während des Feudalismus bei wachsendem Kapitalismus Nationalitätenstaaten wie in Russland und in Österreich. In beiden Staaten war die Bevölkerung der jeweils herrschenden Nation, Russen und Deutsch-Österreicher, in der Unterzahl gegenüber den beherrschten Nationen und nationalen Minderheiten.²²⁶ Dort gab es aber – bei allen historischen und politischen Unterschieden – mehrere unterdrückte Nationen und nationale Minderheiten. Besonders deutlich wurde das im zaristischen Russland: Die ursprünglich dominierende und stärkste Nation, in diesem Fall die großrussische, begann die anderen Nationen und nationalen Minderheiten in Russland brutal zu unterdrücken. Ähnlich war die Situation in der österreichischen Monarchie.

Je nach Situation entstanden nationale Bewegungen der nicht gleichberechtigten Nationalitäten. Deren Inhalte, Formen und Forderungen unterschieden sich zum Teil stark (mal mehr die „Sprachenfrage“, mal mehr die „Schulfrage“, mal mehr die „Agrarfrage“). Seinem Wesen nach ist das ein bürgerlicher Kampf. Dabei versuchte die Bourgeoisie nicht selten mit „gesamtnationalen“ Appellen, die unteren Teile der Bevölkerung, vor allem die Masse der Bauern, aber auch Teile des Proletariats für ihre Ziele zu mobilisieren. Was folgte daraus für die für ihre sozialistischen Ziele kämpfende, sich entwickelnde proletarische Bewegung? Stalin stellte fest:

„Daraus folgt aber keineswegs, dass das Proletariat nicht gegen die Politik der Unterdrückung der Nationalitäten kämpfen soll.

²²⁶ Diese Unterscheidung ist signifikant. Doch dabei darf nicht übersehen werden, dass es zum Beispiel auch in Deutschland nationale Minderheiten gab (und gibt, wie z. B. die dänische, sorbische sowie Sinti- und Roma-Bevölkerung). Es gab auch Teile anderer Nationalitäten wie die elsässische Bevölkerung im 1871 annektierten Elsass oder die polnische Bevölkerung in Posen, die Teil der polnischen Nation war. Beide hatten das Recht auf nationale Selbstbestimmung, auch das Recht auf Lostrennung.

Beschränkung der Freizügigkeit, Entziehung des Wahlrechts, Knebelung der Sprache, Verringerung der Zahl der Schulen und sonstige Repressalien treffen die Arbeiter in nicht geringerem, wenn nicht in höherem Maße als die Bourgeoisie. Eine solche Lage kann die freie Entwicklung der geistigen Kräfte des Proletariats der unterworfenen Nationen nur hemmen. Man kann nicht ernstlich von einer vollen Entfaltung der geistigen Anlagen des tatarischen oder des jüdischen Arbeiters sprechen, wenn ihm nicht die Möglichkeit gegeben wird, seine Muttersprache in Versammlungen und Vorträgen zu gebrauchen, wenn ihm seine Schulen geschlossen werden.“ (Ebenda, S. 282).

Ein entscheidendes Ziel der nationalistischen Verhetzungspolitik war, einen entschlossenen und geschlossenen Kampf des Proletariats der verschiedenen Nationalitäten gegen die unterdrückende Staatsmacht zu verhindern, war die Politik des „Teile und Herrsche“. Dazu stellt Stalin eindringlich fest:

„Teile und herrsche‘ – das ist das Ziel der Verhetzungspolitik. Und soweit eine derartige Politik Erfolg hat, ist sie das größte Übel für das Proletariat, ist sie ein höchst ernstliches Hindernis für die Sache des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Nationalitäten eines Staates.

Die Arbeiter sind jedoch interessiert an der völligen Vereinigung aller ihrer Klassengenossen zu einer einheitlichen internationalen Armee, an ihrer raschen und endgültigen Befreiung aus der geistigen Knechtschaft der Bourgeoisie, an der vollen und freien Entfaltung der geistigen Kräfte ihrer Mitbrüder, welcher Nation sie auch angehören mögen.“ (Ebenda, S. 283)

Die nationale Unterdrückung und Verhetzung behindert die Entwicklung des Bewusstseins des Proletariats der unterdrückten Nation, da sie von der sozialen Frage, vom Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ablenkt. So bestand im zaristischen Russland die Gefahr, dass das auch national unterdrückte Proletariat etwa in der Ukraine den Kampf gegen diese nationale Unterdrückung an erster Stelle führt und nicht den gemeinsamen Klassenkampf mit dem gesamten Proletariat im zaristischen Russland. Die nationalistische Verhetzungspolitik steht aber auch der Revolutionierung des Proletariats der unterdrückenden Nation entgegen, wenn dieses sich mit der Unterdrückung anderer Nationen abfindet, ja sich auf diese oder jene Weise daran beteiligt. Daher kommt es entscheidend darauf an, dass das zum Kampf erwachte und selbst betroffene Proletariat nicht bereit ist, unter

das Banner der Bourgeoisie zu treten, auch wenn es die nationale Unterdrückung bekämpft, sondern konsequent auf der Grundlage seines eigenen Banners des proletarischen Internationalismus handelt.

In diesem Zusammenhang war und ist auch die Klarstellung nötig: Die unbedingte Verteidigung der Rechte der Nationen und nationalen Minderheiten ist nicht gleichbedeutend mit den Pflichten des Proletariats in nationalen Angelegenheiten.

Für eine Nation und nationale Minderheiten gilt laut Programm der SDAPR, dass sich niemand gewaltsam in ihr Leben einmischen darf, für Nationen gilt, dass sie das Recht haben, sich loszutrennen, allein einen eigenen Staat zu bilden oder auf freiwilliger Basis föderative Beziehungen mit anderen Nationen einzugehen. Pflicht der revolutionären proletarischen Partei ist es, diese Rechte unbedingt zu verteidigen. Das bedeutet aber nicht, selbst inhaltlich für alle Aspekte nationaler Einrichtungen und Gebräuche zu sein. Vielmehr ist es auch ihre Aufgabe und Pflicht,

„eine Agitation gegen die schädlichen Gebräuche und Einrichtungen dieser Nation zu betreiben, um den werktätigen Schichten der gegebenen Nation die Möglichkeit zu geben, sich ihrer zu entledigen.“ (Ebenda, S. 283f.)

Stalin formulierte das sehr deutlich:

„Die Pflichten der Sozialdemokratie, die die Interessen des Proletariats verfehlt, und die Rechte der Nation, die aus verschiedenen Klassen zusammengesetzt ist, sind zwei verschiedene Dinge.“ (Ebenda, S. 284)

Das fehlende Verständnis und die fehlende Akzeptanz für diesen grundlegenden Gedanken war einer der Hauptgründe der Konflikte innerhalb der proletarischen Bewegung in Russland in Bezug auf die nationale Frage.

Um dies zunächst an einem anderen Beispiel zu verdeutlichen: Offensichtlich ist es in der religiösen Frage ein gewaltiger Unterschied, ob

man sich gegen die gewaltsame Unterdrückung von Religionen, welcher Art auch immer, einsetzt oder selbst für religiöse Propaganda eintritt.²²⁷

Auch in nationaler Hinsicht besteht das Recht, schädliche Institutionen zu übernehmen und schädliche Traditionen zu pflegen. Aber die Pflicht des Proletariats ist es, desselben Proletariats, das für diese Rechte kämpft, gleichzeitig schädliche Entwicklungen zu kritisieren. Stalin erklärt prinzipiell:

„Offenbar sind die ‚Rechte der Nationen‘ und ‚der genaue Sinn‘ des Programms zwei ganz verschiedene Ebenen. Während ‚der genaue Sinn‘ des Programms die Interessen des Proletariats zum Ausdruck bringt, die in seinem Programm wissenschaftlich formuliert sind, können die Rechte der Nationen die Interessen jeder beliebigen Klasse zum Ausdruck bringen – die der Bourgeoisie, der Aristokratie, der Geistlichkeit usw., je nach der Stärke und dem Einfluss dieser Klassen. Dort handelt es sich um *Pflichten* des Marxisten, hier um *Rechte* der Nationen, die aus verschiedenen Klassen bestehen.“ (Ebenda, S. 324, H. i. O.)

Das gilt selbstredend auch für das Recht von Nationen auf staatliche Lostrennung. Das Recht steht auf jeden Fall fest. Ob es aber genutzt wird, ist eine Sache der Bevölkerung der betreffenden Nation und kann keinesfalls im Voraus eindeutig festgelegt werden. Vor allem aber: Ob das klassenbewusste Proletariat und seine revolutionäre Partei eine Lostrennung unterstützen oder nicht, ist abhängig von dem übergeordneten Kriterium, ob sich dies zugunsten der Kräfte des Fortschritts, der Revolution oder zugunsten der Reaktion, der Konterrevolution auswirkt, vom internationalen Standpunkt aus betrachtet.²²⁸

²²⁷ Siehe dazu vertiefend im Anhang den Teil 4: Lenin zu dem gerade auch für den Kampf gegen Judenfeindschaft bedeutsamen Zusammenhang zwischen religiöser Aufhetzung und Nationalismus – Lenins Schrift „Sozialismus und Religion“ (1905)

²²⁸ Die Fülle der Fragen, die sich in Verbindung damit in unterschiedlichen historischen Konstellationen stellen, kann an dieser Stelle nicht behandelt werden. So *unterstützte* die Sowjetregierung 1918 zwar nicht die Lostrennung Finnlands. Sie legte dieser aber auch nichts in den Weg, obwohl diese Lostrennung in dieser Situation gleichbedeutend damit war, dass in Finnland die Herrschaft der Bour-

c) Die Frage der „nationalen Kultur“

Gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem „Bund“ spielte die Haltung zur „nationalen Kultur“ der vom Zarismus unterdrückten Nationalitäten eine wichtige Rolle. Diese „nationale Kultur“ enthält fortschrittliche und reaktionäre, proletarische und bürgerliche, ja auch feudale Elemente in sich. Aber diese „nationale Kultur“ wird insgesamt vom Zarismus unterdrückt. Daraus folgt der Kampf gegen den Zarismus auch in dieser Frage. Stalin erklärt dazu 1904:

„Folglich werden wir stets und überall nicht nur die nützlichen, sondern sogar die unnützen Einrichtungen dieser Nationalitäten gegen die Polizeigewalttaten der Selbstherrschaft verteidigen, da die Interessen des Proletariats Russlands uns sagen, dass nur die Nationalitäten selbst das Recht haben, diese oder jene Seite ihrer nationalen Kultur aufzuheben oder zu entwickeln.“ (Stalin: Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage?, September 1904, SW 1, S. 40)

Aber dies darf niemals bedeuten, die „nationale Kultur“ zu beschönigen. In seiner Schrift „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ von 1913 machte Lenin im Abschnitt über die „nationale Kultur“ klar, dass die zukünftigen bürgerlichen Konterrevolutionäre verschiedener Nationalitäten versuchen werden, mit dieser Losung Teile des Proletariats, des Kleinbürgertums und die Bourgeoisie selbst im Kampf gegen die Bolschewiki und die sozialistische Revolution zu vereinigen. Er verweist auch darauf, dass es bei der reaktionären Auslegung und Verwendung dieser Losung nicht allein um die bürgerliche nationale Kultur geht, sondern in dieser Mischung auch eine „bürgerlich-feudale Tendenz“ durch den allgemeinen Begriff „nationale Kultur“ bemäntelt wird.²²⁹

geoisie errichtet wurde. Alles andere hätte bedeutet, das Vertrauen in die Sowjetmacht zu verspielen. Neu und noch anders gelagert waren Fragen des „Selbstbestimmungsrechts“ im Zweiten Weltkrieg im Zuge der militärischen Erfordernisse zur Zerschlagung der Herrschaft des Nazifaschismus durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition. (Siehe dazu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs – Arbeitsergebnisse einer Konferenz 2010 über die Schrift „Geschichtsfälscher“ (Moskau 1948), Offenbach 2012)

²²⁹ Lenin, W.I.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, Oktober-Dezember 1913, LW 20, S. 7

Die Auseinandersetzung um die „nationale Kultur“ war aber auch zu diesem Zeitpunkt bereits mit dem „Bund“ im Gange. Ein führender Bundist namens Libmann eröffnete gegen Lenin einen Kampf gegen Windmühlen. Libmann behauptete, die Bolschewiki würden unter internationaler Kultur eine „anationale Kultur“, also eine Kultur ohne nationale Form propagieren. Lenin antwortet darauf folgendermaßen:

„Jawohl, lieber Bundist, die internationale Kultur ist nicht unnational. Das hat niemand behauptet. Niemand hat eine ‚reine‘ Kultur, die weder polnisch noch jüdisch, noch russisch usw. wäre, proklamiert, sodass Ihr leerer Wortschwall nur ein Versuch ist, die Aufmerksamkeit des Lesers abzulenken und das Wesen der Sache durch tönende Worte zu verschleiern.

In *jeder* nationalen Kultur gibt es - seien es auch unentwickelte - *Elemente* einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in *jeder* Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In *jeder* Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur und zwar nicht nur in Form von ‚Elementen‘, sondern als *herrschende* Kultur. Deshalb *ist* die ‚nationale Kultur‘ schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie. Diese grundlegende, für den Marxisten elementare Wahrheit hat der Bundist unbeachtet gelassen, er hat sie mit seinem Wortschwall ‚weggeredet‘, d. h., er hat vor dem Leser den Abgrund zwischen den Klassen, statt ihn aufzudecken und aufzuhehlen, in Wirklichkeit verschleiert. In *Wirklichkeit* ist der Bundist wie ein Bourgeois aufgetreten, dessen ganzes Interesse verlangt, dass der Glaube an eine über den Klassen stehende nationale Kultur verbreitet werde.

Wenn wir die Losung der ‚internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt‘ aufstellen, so entnehmen wir *jeder* nationalen Kultur *nur* ihre demokratischen und ihre sozialistischen Elemente; entnehmen sie *nur* und *unbedingt* als Gegengewicht zur bürgerlichen Kultur, zum bürgerlichen Nationalismus *jeder* Nation. Kein einziger Demokrat und erst recht kein einziger Marxist verneint die Gleichberechtigung der Sprachen oder die Notwendigkeit, in der eigenen Sprache gegen die ‚eigene‘ Bourgeoisie zu polemisieren, antiklerikale oder antibürgerliche Ideen unter dem ‚eigenen‘ Bauerntum und Kleinbürgertum zu propagieren.“ (Lenin, W.I.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, Oktober-Dezember 1913, LW 20, S. 8 f., H. i. O.)

Das galt selbstverständlich auch für die nötige Haltung zur jüdischen nationalen Kultur, auch wenn diese wegen ihrer besonders krassen Unterdrückung allerdings auch ein besonderes Potential des demokratischen Protests enthielt.

d) Kampf gegen jeden Nationalismus, wobei der großrussische Nationalismus „schlimmer als jeder andere“ war

Lenin, Stalin und die Bolschewiki ließen in ihren Stellungnahmen keinen Zweifel daran, dass in Russland, aufs Ganze gesehen, und speziell für das großrussische Proletariat, der Kampf gegen den großrussischen Nationalismus mit seiner ganzen Russifizierungs- und Verhetzungspolitik bis hin zu barbarischen Massakern und Pogromen gegen die „Fremdstämmigen“ das größte Problem waren.

Die „August“- („Sommer“-) Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären im Jahre 1913 erklärte in einer Atmosphäre weiter verschärfter nationaler Unterdrückung und Verhetzung, dass „die Sache der Freiheit der Bevölkerung Russlands“ nicht imstande sei, einen demokratischen Staat zu schaffen,

„wenn nicht der ultrareaktionäre großrussische Nationalismus ausgelöscht wird, der von der Tradition einer Reihe blutiger Gewaltakte gegen die nationale Bewegung genährt und nicht nur von der zaristischen Monarchie und von allen reaktionären Parteien, sondern auch von dem vor der Monarchie kriechenden großrussischen bürgerlichen Liberalismus, besonders in der Epoche der Konterrevolution, systematisch hochgezüchtet wird.“²³⁰

Der großrussische Nationalismus war zwar das größte, aber nicht das einzige Problem. Denn es gab auch den Nationalismus anderer Nationen, die zwar selbst unter nationaler Unterdrückung zu leiden hatten und Objekt des russischen Nationalismus waren, selbst aber auch einen „eigenen“ Nationalismus entwickelten, der sich gegen andere Na-

²³⁰ „August“- („Sommer“-) Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären im Jahre 1913, in: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plänen des ZK, Berlin 1957, Band II, S. 164

tionalitäten richtete. Daher betonte Lenin 1913, dass zwar der großrussische Nationalismus, auch der in „liberaler“ Gestalt, wegen seines gewalttätigen Charakters „schlimmer als jeder andere“ in Russland war, aber grundsätzlich jeder Nationalismus abzulehnen ist:

„So ist *jeder* bürgerlich-liberale Nationalismus [abzulehnen, A. d. V.], nicht nur der großrussische (er ist wegen seines gewalttätigen Charakters [...] schlimmer als jeder andere), sondern auch der polnische, jüdische, ukrainische, georgische und jeder andere.“ (Lenin: Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage, September 1913, LW 19, S. 346, H. i. O.)

Angeichts der Welle von Repressalien des großrussischen Nationalismus erstarkte nicht nur der Widerstand, sondern eben auch – gerade angesichts der Schwäche der Sozialdemokratie und des Zurückweichens und dem Kapitulieren so mancher Sozialdemokraten – eine Art nationalistische Gegenwelle von unten, also polnischer Nationalismus, jüdischer Nationalismus usw.:

„Die von oben ausgehende Welle eines streitbaren Nationalismus²³¹, eine ganze Reihe von Repressalien der ‚Machthabenden‘, die sich an den Randgebieten wegen ihrer ‚Freiheitsliebe‘ rächten, lösten eine Gegenwelle des Nationalismus von unten aus, der mitunter in brutalen Chauvinismus überging. Das Erstarken des Zionismus unter den Juden, der wachsende Chauvinismus in Polen, der Panislamismus unter den Tataren, das Erstarken des Nationalismus unter den Armeniern, Georgiern und Ukrainern, die allgemeine Neigung des Spießers zum Antisemitismus - alles das sind allbekannte Tatsachen.“ (Stalin, Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 267)

Tatsache war, dass in der Ukraine die ukrainischen und in Polen die polnischen Nationalisten, trotz ihrer Gegnerschaft zum Zarismus, Feindschaft gegen die in ihren Gebieten lebenden nationalen Minderheiten oder auch gegen benachbarte Nationen geschürt haben.

Generell entstand die faule Stimmung: „Das ‚nationale Problem‘ vor allem!“ (Ebenda, S. 266) Genau das war die Atmosphäre, in der nun die Aufgabe stand, Klarheit zu schaffen und dem Nationalismus entgegenzutreten. Das bedeutete auch, dem „Bund“ entgegenzutreten. Dieser hatte früher die gemeinsamen Aufgaben betont. Nun begann er,

²³¹ Hier bleibt als Aufgabe, im russischen Original zu prüfen, wie dort die Formulierung für „streitbaren“ Nationalismus lautet.

„seine besonderen, rein nationalistischen Ziele in den Vordergrund zu rücken“ (ebenda S. 267). Nicht mehr die Vorbereitung der Revolution gegen den Zarismus, sondern die Frage des Feierns des Sabbats und Fragen der jiddischen Sprache waren beim „Bund“ auf einmal das Thema Nummer eins, wie Stalin polemisch festhält (ebenda, S. 267 f.).

Wer diese Polemik oberflächlich liest, könnte denken, dass Stalin überhaupt etwas dagegen hätte, dass das Recht besteht, den Sabbat zu feiern und die jiddische Sprache zu sprechen. Doch dies ist keinesfalls der Fall. Es geht um den Stellenwert solcher Fragen im Kampf für den Sturz des Zarismus. Es ging um den umfassenden Kampf gegen den Nationalismus, wie Stalin betonte:

„In diesem schweren Augenblick fiel der Sozialdemokratie eine hohe Mission zu – dem Nationalismus entgegenzutreten, die Massen vor der allgemeinen ‚Seuche‘ zu bewahren. Denn die Sozialdemokratie, und nur sie allein, war dazu imstande, da sie dem Nationalismus die bewährte Waffe des Internationalismus, die Einheit und Unteilbarkeit des Klassenkampfes entgegenstellte.“ (Ebenda, S. 267)

Diese „unteilbare“ Aufgabe schließt für die revolutionären proletarischen Kräfte unterschiedliche Schwerpunktsetzungen nicht aus, je nachdem ob sie der herrschenden Nation oder einer unterdrückten Nation oder nationalen Minderheit angehören.

Lenin ist sich durchaus bewusst, dass die Übertreibung seitens der unterdrückten Nationen und nationalen Minderheiten gegenüber der dominierenden russischen Nation sich auch bei den marxistischen Kräften der unterdrückten Nationalitäten zeigen kann. Am Beispiel eines ukrainischen Marxisten führt Lenin 1913 exemplarisch aus, was für die proletarischen Revolutionäre aller unterdrückten Nationalitäten in Russland gilt:

„Sollte sich ein ukrainischer Marxist von dem *durchaus berechtigten und natürlichen* Hass gegen die großrussischen Unterdrücker *so weit* hinreißen lassen, auch nur einen winzigen Teil dieses Hasses, auch nur das Gefühl der Entfremdung auf die proletarische Kultur und die proletarische Sache der großrussischen Arbeiter zu übertragen, so wird dieser Marxist damit in den Sumpf des bürgerlichen Nationalismus abgleiten.“ (Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, Oktober-Dezember 1913, LW 20, S. 17 f., H. i. O.)

Lenin betont auch hier allerdings wieder die Gefahr des großrussischen Nationalismus:

„Genauso wird ein großrussischer Marxist in den Sumpf des Nationalismus abgleiten, nicht nur des bürgerlichen, sondern auch des Nationalismus der Schwarzhunderter, wenn er auch nur für eine Minute die Forderung der vollen Gleichberechtigung der Ukrainer oder ihr *Recht* auf Bildung eines selbstständigen Staates vergessen sollte.“ (Ebenda, S. 18, H. i. O.)

Eine weitere Differenzierung ist nötig, gerade auch wenn es um den Kampf gegen Judenfeindschaft geht. Zum einen handelt es sich um unterdrückte Nationen, die wiederum andere Nationalitäten unterdrücken. Zum anderen geht es um nationale Minderheiten, die zwar auch in Proletariat und Bourgeoisie gespalten sind, aber nicht die Möglichkeit haben, andere Nationalitäten zu unterdrücken, wie es insbesondere bei der jüdischen nationalen Minderheit wohl der Fall war.

In seinem Artikel „Wie verteidigt Bischof Nikon die Ukrainer?“²³² von 1913 zeigt Lenin recht detailliert, wie seitens eines Vertreters einer selbst unterdrückten Nationalität mittels Nationalismus unter der Losung der ukrainischen „nationalen Kultur“ Feindschaft gegen die dort lebende jüdische Bevölkerung sowie auch andere nationale Minderheiten betrieben wurde.

Ein Bischof Nikon, ein zu den Rechten gehörendes Mitglied der Reichsduma, trat für einen in der Duma eingebrachten Gesetzentwurf über die Einrichtung ukrainischer Schulen ein. Lenin schreibt, dass Nikon die Willkür des Zarismus missfalle und er zu Recht fordere, an den Grundschulen die ukrainische Sprache zuzulassen. Lenin hinterfragt aber, „mit welchen Argumenten Bischof Nikon die ukrainischen Forderungen verfährt“ (S. 370). Lenin zitiert den ukrainischen Duma-Abgeordneten Nikon: „Die Ukrainer sind keine Fremdstämmigen, [...] und deshalb dürfen sie in ihrer Sprache und in ihrer nationalen kulturellen Entwicklung nicht eingeengt werden; sonst würden wir selber sie, unsere Brüder, mit Juden, Polen, Georgiern und anderen, tatsächlich Fremdstämmigen, auf eine Stufe stellen.“ (Nikon, S. 370 f. von

²³² Lenin: Wie verteidigt Bischof Nikon die Ukrainer?, September 1913, LW 19, S. 370–372. Alle Seitenangaben im Text in diesem Abschnitt beziehen sich auf diese Quelle.

Lenin zitiert). Unumwundener und einfacher ausgedrückt, so kommentiert Lenin das, heißt das: „gegen die Unterdrückung der Juden u. a. als Fremdstämmige haben wir nichts, wenn man uns Zugeständnisse macht.“ (S. 371) Die Losung der „nationalen Kultur“ der Ukrainer:innen, so Lenin, ist „in Wirklichkeit eine Losung zur Propagierung des Schwarzhundertertums in ukrainischer Sprache, die Losung einer ukrainisch-klerikalen Kultur.“ (S. 371)

Lenin kommt anhand dieses Beispiels nochmals grundsätzlich auf die Losung der nationalen Kultur zurück. Diese kann nicht die Losung des klassenbewussten Proletariats sein, ganz gleich ob von der großrussischen, ukrainischen, jüdischen, polnischen, georgischen oder einer beliebigen anderen Kultur die Rede ist.

Lenin betont, dass die Zeiten längst vorbei sind, als die Losung der „nationalen Kultur“ ein einheitlicher und geschlossener Appell zum Kampf gegen Feudalismus und Klerikalismus sein konnte. Er weist darauf hin, dass sowohl in der ukrainischen als auch in der russischen nationalen Kultur klassenmäßig ein Antagonismus, die Spaltung der „einheitlichen“ Nation in Ausbeuter und Ausgebeutete existiert. Wird dieser nicht berücksichtigt und mit Phrasen verbindender nationaler Kultur vertuscht, so bedeutet das zwangsläufig das Abgleiten in den nationalistischen Sumpf. Dagegen gilt es nichts anderes als die internationale proletarische Kultur zu stellen, so schließt Lenin seinen Artikel:

„Die werktätigen Massen können nur von der internationalen Kultur der proletarischen Weltbewegung sprechen. Nur eine solche Kultur bedeutet volle, wirkliche und wahrhafte Gleichberechtigung der Nationen, Abschaffung der nationalen Unterdrückung und Verwirklichung der Demokratie. Nur die Einheit und der Zusammenschluss der Arbeiter aller Nationen in *allen* Arbeiterorganisationen im Kampf gegen das Kapital führt zur ‚Lösung der nationalen Frage.‘“ (Lenin: Wie verteidigt Bischof Nikon die Ukrainer?, September 1913, LW 19, S. 371 f., H. i. O.)

2. Zur Problematik des von Kautsky in die Sozialdemokratie eingeführten Begriffs „Assimilation“

a) Entwicklung des Begriffs „Assimilation“

In der Geschichtswissenschaft – angefangen von den bekannten Fakten über Völkerwanderungen – spielt die Frage der sogenannten „Assimilation“ in Hinblick auf die Übernahme sowohl von Sprache als auch von einer Reihe von Arbeitsbedingungen und Verhaltensmustern eine durchaus wichtige Rolle. Wie war die Lage in eroberten Gebieten, in gemeinsamen besiedelten Gebieten usw. und so fort.

Es gab hier sehr unterschiedliche Überlieferungen. Dabei ist sicherlich von gewissem Interesse, dass keinesfalls immer die Kultur der erobernden Bevölkerung dann die Kultur der Bevölkerung des unterworfenen Territoriums automatisch verdrängte. Dies erfolgte insbesondere dann nicht, wenn die Bevölkerung des besetzten Territoriums ein höheres wirtschaftliches und kulturelles Niveau hatte.

Das war etwa in Hinblick auf die Religion dann doch anders. Hier galt der Satz, dass die „Region“ („Region ist Religion“), also die Herrscher eines Gebietes, auch über die Religion bestimmte. Das gelang oft, aber nicht immer. All das sind Fragen der Geschichtswissenschaft, die hier nicht weiter ausgeführt werden. Diese Fragen haben aber mit der Begrifflichkeit der „Assimilation“ durchaus etwas zu tun. Denn bei der Beschreibung der genannten Phänomene war schon klar, dass sehr verschiedene Aspekte unterschieden werden müssen, wenn es darum geht, ob ein Teil der Bevölkerung nun wirklich „assimiliert“ wurde oder nicht.

Die bürgerliche Geschichtswissenschaft betrachtete diese Fragen aus ihrer Sicht verständlicherweise nicht unter dem Klassenkriterium und stellte auch nicht die Rolle der Arbeitsbedingungen für die angeschnittenen Fragen heraus. Sehr oberflächlich ging und geht es vor allem um die Frage der Sprache oder die Frage der Religion.

In Hinblick auf die Stellung der jüdischen Bevölkerung gab es insbesondere in Frankreich, England und Deutschland das Phänomen, dass in der Tat ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung über mehrere

Generationen die Landessprache übernahm, auch wenn durchaus im Zusammenhang mit dem Studium der religiösen Bücher das hebräische, genauer das althebräische, gelehrt, gelernt und aufbewahrt wurde.

Zudem kann festgehalten werden, dass es eine Bewegung vom Osten nach dem Westen gab, die insbesondere in Deutschland deutlich wurde: Zu den in mehreren Generationen in den Gebieten des späteren „Deutschen Reichs“ lebenden Teilen der jüdischen Bevölkerung kam durch Einwanderung, bzw. im Kontext von Flucht und Vertreibung, ein nicht unerheblicher Teil der jüdischen Bevölkerung hinzu, der durchaus noch als Muttersprache die jiddische Sprache hatte.

Was die Arbeitsbedingungen anging, war es so: Je feudaler ein Land im Westen war, desto mehr wurde durch Gesetze und die Zünfte die Angleichung der Arbeitsbedingungen der jüdischen Bevölkerung mit den anderen Teilen der Bevölkerung weitgehend verhindert, insbesondere in Deutschland. Auch hier war die Lage in England wieder anders als in Frankreich und in Deutschland. Denn in England, dem kapitalistisch fortgeschrittensten Land im 19. Jahrhundert, gingen Teile der eingewanderten jüdischen Bevölkerung in die Fabriken. Was die Arbeitsbedingungen anging, glichen sie sich an. Aber sie lasen sehr wohl noch die jiddische Sprache, die sie beherrschten und im Alltag nutzten.

Hinzu kam auf der ganzen Welt, dass durch die jüdische Religion nicht nur Religion, sondern auch ein fester Bestand jüdischer Kultur überliefert wurde, der die Geschichte der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung in allen Teilen der Welt letztlich miteinschloss, ebenso wie die unterschiedlichen Verhaltensweisen, um sich gegen Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung zur Wehr zu setzen. Die jüdische Religion war also nicht nur Religion – das gilt übrigens von allen Religionen –, sondern auch ein Bestandteil einer sich durchaus auch verändernden jüdischen Kultur.

Es sei zudem kurz daran erinnert, dass in Deutschland eine ausgesprochen heftige Debatte darüber geführt wurde, wie weit die jüdische Bevölkerung bei der „Assimilation“ gehen soll und zwar nicht als Akzeptanz eines objektiven Prozesses, sondern subjektiv, als aktive Handlung. Das wurde am deutlichsten an der jahrhundertlang erzwungenen Religionszugehörigkeit (Tod oder Übergang zum Chris-

tentum) sowie dem Übertritt zum Christentum, der dann im 19. Jahrhundert unter Druck erfolgte: Also Eintritte von Teilen der jüdischen Bevölkerung in die christlichen Kirchen, bzw. vor allem in den Protestantismus. Dafür sind der Vater von Karl Marx und Heinrich Heine die vielleicht bekanntesten Beispiele.

Vor 1871 war in Deutschland auch die juristische Emanzipation der jüdischen Bevölkerung noch nicht verwirklicht. Letztlich war auch danach die jüdische Gleichberechtigung noch nicht vollständig durchgesetzt. Daher konzentrierte sich der Kampf vieler jüdischer prominenter Persönlichkeiten darauf, die Bereitschaft zur „Assimilation“ in folgender Hinsicht zu unterstreichen: Deutschland als Vaterland, die deutsche Sprache als Verkehrssprache, ja sogar Angleichung religiöser Rituale in der Synagoge (wie etwa das Orgel spielen) an Elemente der christlichen Liturgie. Der lange Streit über diese Frage, der mit Namen wie Moses Mendelsohn, Ludwig Geiger und vielen anderen verbunden war, hatte als Hintergrund: Es wurde davon ausgegangen, dass nur durch eine weitgehende Anpassung die Gleichberechtigung, die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung ermöglichen könne. Das ging so weit, dass sogar ein Teil der jüdischen prominenten Persönlichkeiten etwa forderte, die Beschneidung abzuschaffen.

Über die Problematik dieser durch Druck erzwungenen Anpassung, quasi eine indirekt erzwungene „Germanisierung“ gab es in Hinblick auf die polnische Bevölkerung im „Deutschen Reich“ ein gewisses Problembewusstsein. Das gab es aber fast gar nicht in Hinblick auf die jüdische Bevölkerung in Deutschland. Vielmehr wurde konstatiert, dass die Mehrheit sich weitgehend um Assimilation bemühte, die auch objektiv durch Faktoren wie Heirat vorangetrieben wurde. Aber es war ohne Frage eine Assimilation unter Druck, auch wenn es den mörderischen Zwang – konvertieren oder getötet werden – nicht mehr gab. Viele Berufe waren einfach verschlossen, wenn man nicht zum Christentum übertrat.

Was die Judenfeindschaft angeht, so entwickelt sich in Hinblick auf diese Frage eine doppelte Aktion: Während einerseits die vollständige „Assimilation als Germanisierung“ gefordert wurde, also dass die jüdische Bevölkerung ihr „Judentum“ vollständig aufgeben müsse, („aus Juden müssen ganze Deutsche werden“) gab es andererseits Kräfte, die mehr rassistisch dominiert waren und davon ausgingen,

dass eine solche „Assimilation“ sozusagen aus „biologischen Gründen“ gar nicht möglich sei („Jud bleibt Jud“).

Beide Positionen stimmten in folgendem Punkt überein: „Keine Juden als Juden in Deutschland!“

Die jüdische Bevölkerung durfte in Deutschland, dem „Deutschen Reich“, nach Lesart dieser beiden Positionen, nicht als jüdische Menschen leben.

Konsequenz/Position eins: „Vollständige Assimilation“. Ziel: Es gibt keine jüdische Bevölkerung in Deutschland!

Konsequenz/Position zwei: Vertreibung (oder bei extrem reaktionären Judenfeinden gar Vernichtung). Ziel: Es gibt keine jüdische Bevölkerung in Deutschland!

Zur Demagogie gehörte, dass beide sagen: Die Judenfeindschaft kommt „durch die Juden“, sind „die Juden“ weg, gibt es auch keine Judenfeindschaft mehr.

b) „Assimilation“: Sozialdemokratie in Deutschland und Kautsky

Große Teile der Sozialdemokratie sahen im Grunde die Frage der Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung ebenso als demokratische Selbstverständlichkeit an wie die Gleichberechtigung der Menschen verschiedenster Religionen. Ebenso galt als gesetzt, dass die jüdische Bevölkerung im „Deutschen Reich“ deutsche Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten hatte. Genauer und tiefer beschäftigten sich mit der Geschichte der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung im Grunde nur Bebel und vor allem Kautsky. Im berechtigten Anliegen, alle rassistischen Theorien über „Juden als Rasse“ unveränderlich zurückzuweisen, war es Kautsky, der mit mehrfachem Anlauf den Begriff der angeblich nötigen „Assimilation“ in die Sozialdemokratie trug.²³³ In aller Kürze sei hier wiederholt, was die Grundthesen Kautskys waren. Denn wesentliche Positionen von Kautsky, als dem damals führenden Theoretiker der Sozialdemokratie, wurden von

²³³ Wie im 3. Teil des Bandes III unsere Studien zum Thema „Kampf gegen Judenfeindschaft in der proletarischen Bewegung“ dokumentiert wurde.

Lenin und Stalin übernommen. Es geht im Wesentlichen um Positionen, wie sie in den folgenden Artikeln von Kautsky dargestellt wurden:

1. Kautsky wirft in seinem Artikel „Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage“ (1903)²³⁴ auch die Frage auf, was nötig ist, um die Feindschaft gegen Juden tiefgehend und endgültig zu beseitigen:

„Wodurch kann diese Feindseligkeit überwunden werden? Am radikalsten dadurch, dass die den fremdartigen Charakter tragenden Bevölkerungsteile aufhören, Fremde zu sein, dass sie sich mit der Masse der Bevölkerung vermischen. Das ist schließlich die einzig mögliche Lösung der Judenfrage, und alles, was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen.

Aber die Eigenart des Judentums ist ein Produkt Jahrtausende langer Entwicklung, es lässt sich nicht mit einem Male der Masse der übrigen Bevölkerung assimilieren. Solange dies aber nicht geschehen, gibt es nur ein Mittel, der Abneigung gegen die jüdische Eigenart entgegenzuwirken: die *Aufklärung der Volksmasse*.“ (S. 306, H. i. O.)

Wenig weiter schreibt Kautsky:

„Neben der Auflösung des Judentums ist das revolutionäre Denken der Volksmassen das beste Gegengift gegen den Antisemitismus.“²³⁵

Kautsky propagiert somit zunächst als „einzig mögliche Lösung der Judenfrage“: Nur wenn sich die jüdische Bevölkerung so weit an die nichtjüdische Bevölkerung „assimiliert“ habe, dass sie von dieser nicht mehr unterscheidbar und nicht mehr als „Fremde“ wahrnehmbar sei, dann sei auch der Judenfeindschaft definitiv der Boden entzogen. Daher sei alles, was „das Aufhören der jüdischen Abschließung“ fördern könne, zu unterstützen. Da diese „Assimilation“ aber ein langwieriger Prozess sei, bleibe einstweilen dann doch „das revolutionäre Denken der Volksmassen das beste Gegengift“ gegen die Judenfeindschaft.

Im Grunde ist das die logische Konsequenz aus einer grundfalschen Annahme: Kautskys anerkennt die „Eigenart des Judentums“ als angebliche objektive Grundlage. Diese rufe so lange Judenfeindschaft hervor, wie sie vorhanden sei. Die fatale Konsequenz daraus ist, dass

²³⁴ Die Neue Zeit, XXI. Jg. (1902–1903), Band 2 (1903), Nr. 36, S. 303–309.

²³⁵ Ebenda, S. S. 307

dem „Judentum“, also den jüdischen Menschen, Verantwortung für das Fortbestehen von Judenfeindschaft zugeschoben wird. Damit wird von der jüdischen Bevölkerung ihre „Assimilation“ geradezu gefordert.²³⁶

Diese Argumentation läuft im Grunde auf das primitive Motto hinaus: „Gibt es keine Juden als Juden mehr, gibt es auch keine Judenfeindschaft mehr!“

2. Der Artikel von Kautsky „Nationalität und Internationalität“ (1908)²³⁷ geht auf die Frage der „Assimilation“ der jüdischen Bevölkerung nicht direkt ein. Kautsky schreibt jedoch über die „sozialistische Gesellschaft“ und formuliert dann, dass es „zum allmählichen Zurücktreten und völligen Verschwinden zunächst der Sprache kleinerer Nationen“²³⁸ kommen würde. Bei Kautsky ist nichts davon zu finden, dass gerade auch die Kulturen kleiner Nationen und nationaler Minderheiten im Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, auf dem Weg zum Kommunismus aufblühen (ihrer Form nach nationale und ihrem Inhalt nach sozialistische Kulturen). Deshalb werden ihre Sprachen eben nicht einfach verschwinden – bis in allen Ländern der Welt schließlich Grenzen und nationale Unterschiede verschwinden werden auf dem Weg zum Weltkommunismus.

3. Mit einer Fülle von Zahlen zeigt Kautsky in seiner Schrift „Rasse und Judentum“ von 1914, in welchen Gebieten es eben keine „Assimilation“ gibt und dass insbesondere in Polen noch „das sogenannte

²³⁶ Dass die Kautsky-Position nicht richtig ist, zeigt sich auf fürchterliche Weise an der rassistischen Judenfeindschaft des Nazifaschismus. Faktische Nichtunterscheidbarkeit von der übrigen Bevölkerung war für Menschen mit irgendeinem jüdischen Bezug kein Schutz vor Verfolgung und Vernichtung.

²³⁷ Kautsky, Karl: Nationalität und Internationalität, in: Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 1, 1908. Alle Seitenangaben im weiteren Text werden nach dieser Quelle angegeben.

²³⁸ Ebenda, S. 17

Jiddisch, ein verdorbenes Deutsch“ gesprochen wird, wie Kautsky negativ wertend formuliert.²³⁹ Nun, es wird durch diese Zahlen immerhin klar, dass die große Masse der jüdischen Bevölkerung auf der Welt eben nicht „assimiliert“ worden war. In Osteuropa, in Polen, in den vom zaristischen Russland geschaffenen Ansiedlungsrayons waren die jüdisch-nationalen Elemente besonders stark. Dies ging einher mit einer Besonderheit, die Kautsky zwar dokumentiert, aber überhaupt nicht versteht: Wie die von Kautsky zitierte Statistik beweist, war die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in den Ansiedlungsrayons in der Industrie beschäftigt.²⁴⁰

Diese jüdische Bevölkerung repräsentierte den Typus eines jüdischen Proletariats, das – Schulter an Schulter mit dem Proletariat anderer Nationalitäten – keineswegs still und heimlich (oder laut) Kautskys Aufforderung zur „Assimilierung“ nachkommen wird, sondern in seinem Kampf gegen den Zarismus auch für die Zeit nach dem Sturz des Zarismus fortschrittliche und revolutionäre Elemente der nationalen Kultur entwickeln wird. Dies zeigte sich real insbesondere nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917.

Kautskys Aufruf zur „Assimilation“ aller Jüd:innen gipfelt in folgendem Zitat:

„Die Juden sind ein eminent revolutionärer Faktor geworden, das Judentum aber ein reaktionärer. Es ist ein Bleigewicht am Fuße der vorwärtsdrängenden Juden selbst; einer der letzten Überreste aus dem feudalen Mittelalter, ein soziales Ghetto, das sich im Bewusstsein noch behauptet, nachdem das greifbare Ghetto schon verschwunden ist. Wir sind nicht völlig aus dem Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst.“²⁴¹

²³⁹ Kautsky, Karl: Rasse und Judentum, Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 20, 1914/1915, Berlin Oktober 1914, S. 70, 2. Auflage Stuttgart 1921, S. 77. Siehe zu dieser Kautsky-Schrift im Einzelnen; Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland, Teil 2: Der politisch-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland, Abschnitt: III. Karl Kautskys umfassende Antwort: „Rasse und Judentum“ (1914, Neuauflage 1921) ##Angaben prüfen##

²⁴⁰ Siehe ebenda 1. Auflage 1914, S. 71, 2. Auflage 1921, S. 77

²⁴¹ Ebenda 1. Auflage 1914, S. 94, 2. Auflage 1921, S. 108

Kautsky leugnet, dass auch die jüdische Kultur, die Kultur einer nationalen Minderheit in vielen Ländern der Welt, insbesondere aber in Russland und Osteuropa sowohl eine reaktionäre als auch eine demokratisch-revolutionäre Seite hat wie jede nationale Kultur. Die nationale jüdische Kultur wird von ihm insgesamt als reaktionär eingeschätzt. Das ist der theoretische und praktische Hauptfehler dieser Schrift. Das ist Ausdruck des deutschen Nationalismus und der Unfähigkeit, sich in die Position der unterdrückten Minderheit der jüdischen Bevölkerung und ihren Perspektiven überhaupt hinein zu denken.

Nun, auch Kautsky betonte ja den Unterschied zwischen Deutschland und Russland. Und für Lenin und Stalin war eigentlich völlig klar, dass die jüdische Bevölkerung in Russland zwar keine Nation, aber eine nationale Minderheit mit eigener Nationalität war. Und dennoch war der Einfluss von Kautsky (noch) so groß, dass er in der Sozialdemokratie in Russland, hier eben auch von Lenin und Stalin als Autorität in Sachen Judenfeindschaft und jüdische Bevölkerung angesehen wurde. Falsche Positionen von Kautsky wurden übernommen, und erst später die großrussische „Assimilationspolitik“ gegen nationale Minderheiten durchgehend abgelehnt.

Es geht also nachfolgend um die Kritik an Fehlern von Lenin und Stalin, die gerade wegen ihrer großen Kompetenz in allen Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus im Allgemeinen von Bedeutung sind. Diese Kritik macht verständlich, dass es auch in ihrer Entwicklung teilweise falsche Positionen gab, die aber eben später klar überwunden wurden. Wieso sollte das bei Lenin und Stalin anders sein als bei Marx und Engels?

Noch wichtiger aber ist, dass es zwei Formen der Ausnutzung solcher Fehler gab: Gerade die falschen Positionen, die später überwunden wurden, werden als vorbildlich angesehen. Andere (oft Renegaten und Spezialisten in Kenntnis und Methode der Verfälschung der kommunistischen Theorie) kritisieren möglicherweise diese Fehler im Detail „richtig“, sehen aber nicht die Entwicklung und Korrektur falscher Positionen.

In Hinblick auf die Kautsky-These, dass die jüdische Bevölkerung sich vollständig assimilieren müsse, wurde nach 1945 – und darum geht es uns in erster Linie – von deutschen SED-Revisionisten und Nationalisten die Übernahme der Kautskyschen Thesen bei Lenin benutzt, um die jüdische Bevölkerung in der DDR in deutsch-großmäuerischen Form aufzufordern, sich zu assimilieren, das habe doch schon Lenin gefordert usw.²⁴²

Das ist der Hintergrund der folgenden notwendigen Kritik an Lenin und Stalin.

²⁴² Ein eklatantes Beispiel ist der Artikel des SED-Revisionisten Henry Görschler „Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus“ (in: Wissenschaftliche Reihe der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr. 3, S. 539 – 551). Dort fordert Görschler in aller Brutalität nach der Shoa ausdrücklich die „vollkommene soziale, politische und kulturelle Angleichung der Juden“ an die nicht-jüdische Bevölkerung: „Doch je mehr die gesellschaftliche Entwicklung fortschreitet, umso mehr verliert die jüdische Bevölkerung ihre Besonderheiten. Die Marxisten-Leninisten betrachten daher die Assimilation als die einzig mögliche und den Interessen der Juden dienende Lösung in Deutschland.

Dabei ist von der Arbeiterklasse immer eindeutig bestimmt worden, was sie unter Assimilation versteht. Die Assimilation ist die vollkommene soziale, politische und kulturelle Angleichung der Juden in dem jeweiligen Lande und im Rahmen ihrer Klasse. Sie war für Westeuropa unter den kapitalistischen Bedingungen die einzig mögliche Lösung.“ (S. 546). Siegbert Kahn, Mitglied der KPD bzw. SED, schrieb schon 1947 gegen solche Positionen vorausschauend: „Auch in Palästina hat sich eine erneute nationale Entwicklung der dort lebenden Juden angebahnt und zur Schaffung des Staates Israel geführt. Nationen sind ja nichts Ewiges, Unveränderliches, sondern sie entstehen und vergehen im Verlauf der Geschichte. Der Krieg gegen die Naziunterdrückung, den die Völker Europas und der Welt geführt haben, hat zu einer Stärkung des Nationalbewusstseins als einer Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus in allen Ländern geführt. Auch bei den Juden finden wir eine solche Tendenz, verstärkt durch das furchtbare Schicksal von sechs Millionen Ermordeten. Die Juden werden in Zukunft das Recht haben, zu wählen zwischen der vorbehaltlosen und völligen Assimilation, was nicht unbedingt Aufgeben ihrer Religion bedeutet, oder einer eigenen nationalen Entwicklung.“ (Kahn, Siegbert: Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948, Nachdruck: Offenbach 2020, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 88)

c) Kritik an der anfänglichen Übernahme der Kautskyschen Forderung nach „Assimilation“ der jüdischen Bevölkerung durch Lenin und Stalin

Stalin hat in den Jahren nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 sehr massiv gegen die „Assimilation“ als Parole polemisiert, auch gegen den „alten“ Kautsky vor 1917.²⁴³ So schrieb er etwa 1930 gegen die „Politik der Assimilierung“ – angeblich im Namen des Internationalismus:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese Abweichung in der nationalen Frage, die noch dazu mit der Maske des Internationalismus und dem Namen Lenins getarnt wird, die raffinierteste und daher gefährlichste Abart des großrussischen Nationalismus ist.“ (Stalin, J.W.: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B), Juni 1930, SW 12, S. 317)

Aber diese Position der klaren Ablehnung der „Assimilation“ beim Aufbau des Sozialismus gab es nicht von Anfang an. Es gab einen längeren Prozess, in dem zunächst die falschen Thesen von Kautsky auch in der SDAPR bei Lenin und bei Stalin nicht kritisiert, sondern teilweise in der Polemik gegen den Nationalismus des ‚Bund‘ übernommen wurden. Umso nachdrücklicher betonen wir die Korrektur dieser Fehleinschätzungen in Theorie und Politik der KPdSU(B). Schon 1913 hatte Stalin in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ (in Stalin Werke 2) das Problem einer berechtigten Furcht vor den „Assimilationsförderung“ angesprochen. Dies wird im Kontext der nachfolgenden Kritik an Lenin und Stalin gezeigt werden. Die Problematik beginnt 1903 mit dem Artikel Lenins „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“.²⁴⁴

²⁴³ Siehe dazu Stalins Kritik am Vorwort von Kautsky zur Schrift von Friedrich Engels „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ (Stalin, J.W.: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B), Juni 1930, SW 12, S. 316-319, sowie Stalin: Schlusswort zum politischen Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU(B), Juli 1930, SW 13, S. 3 f.) Auf diese Kritik Stalins wird eingegangen in dem Beitrag zur Vertiefung: Marx und Engels zu Nationen, kleinen Nationen und Nationalitäten. ##In diesem Teil IV des Bands 3 oder im Teil III. Ist noch nicht entschieden.##

²⁴⁴ Lenin: Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei, Oktober 1903, LW 7, S. 82-93

„Assimilation oder Absonderung“?²⁴⁵

Im Artikel „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“ (Oktober 1903) geht es auch um die Frage der „Assimilation“.

Objektiv feststellbare „Assimilation“ in Hinblick auf die Sprache.

Lenin behandelt zunächst die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in der Geschichte und im Weltmaßstab und spricht von „Assimilation“ in Hinblick auf die Sprache. Lenin berichtet, dass es in ganz Europa zu einer politischen Emanzipation der Juden gekommen sei und zu einem Übergang vom „Jiddischen zur Sprache desjenigen Volkes, in

²⁴⁵ Edmund Silberner (1910 in Galizien geboren, lebte in Wien und Genf, emigrierte dann in die USA, ab 1951 lehrte er an der Hebräischen Universität in Jerusalem) hat in Fortsetzung zu seinem Buch „Sozialisten zur Judenfrage“ (Berlin 1962) die Studie „Kommunisten zur Judenfrage“ (Opladen 1983) zwei Jahre vor seinem Tod vorgelegt. Es enthält die Auswertung einer ungeheuren Menge von Quellen, so dass diese Studie einen hohen Stellenwert hat. Allerdings: Die anti-kommunistischen Tiraden gegen Karl Marx („sein Leben lang ein Antisemit“, S. 311) und gegen Rosa Luxemburg (wörtlich: „mit ihrem typisch jüdischem Gesicht“, S.59 und der angeblichen „Gefühlskälte den Juden gegenüber“, S. 70) und vor allem zig erfundene Geschichten aus dritter Hand gegen Stalin, stehen im Kontrast zu seiner Einschätzung Lenins. Er schreibt zu Lenin: „Lenin war frei von jeglicher judenfeindlicher Gesinnung“ (S. 73). Silberner hat genau gelesen und die „nachlässige Terminologie“ (S.77) in Hinblick, dass Lenin mal von den Juden als Nation, Nationalität, keine Nation, Kaste etc. gesprochen hat und seine Kritik am „Bund“ registriert und kritisch kommentiert, aber das war für ihn Teil einer Positionierung, wie sie auch innerhalb der jüdischen Debatten seit vielen Jahrzehnten geführt wurden, wie er aufzeigt. Silberner kritisiert auch die von Kautsky übernommene Assimilations-Idee und insbesondere den Begriff „Kaste“, hebt aber hervor, dass Lenin „die besten Traditionen des Judentums“ innerhalb der jüdischen Kultur sieht, auch wenn Lenin pauschal den Begriff „jüdische Kultur“ ablehnt (S.87). Lenin, so wird von Silberner zitiert, habe klar gegen „gewaltsam durchgeführte“ Assimilation Stellung genommen (siehe Lenin: „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, 1913. LW 20. S. 11 und S. 20). Für Silberner war zudem auch vorbildlich, dass Lenin die Idee „autonomer Bezirke“ für jede Nationalität akzeptierte, gegen die nur „verknöcherte Bürokraten“ sein können.“ (Siehe Silberner, S.92, Siehe Lenin: „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, 1913, LW 20, S. 36)

dessen Mitte sie leben, und überhaupt mit einem zweifellosen Fortschreiten ihrer Assimilierung an die sie umgebende Bevölkerung.“²⁴⁶ Was Lenin hier vorbringt, kann nicht umstandslos bestritten werden, auch wenn die Lage in einzelnen Ländern Europas (etwa Frankreich und das Deutsche Reich) doch arg unterschiedlich war.

Im Moment soll einmal kurz beiseitegelassen werden, dass der Begriff der „Assimilation“ bis zum heutigen Tag durchaus mehr als problematisch ist, ja zu einer reaktionären politischen Forderung wurde – etwa in Deutschland zur Forderung der „deutschen Leitkultur“, der Eindeutschung, der „Germanisierung“. Denn zunächst geht es bei dem Begriff der „Assimilation“ um den Tatbestand in Hinblick auf die Sprache, bzw. eben auch schon der Muttersprache.

Objektiv feststellbare „Assimilation“ durch gleiche Arbeitsverhältnisse

Lenin beschreibt auch einen zweiten objektiven Prozess der Angleichung jüdischer Teile der Bevölkerung an die jeweilige nationale Umgebung. Lenin nennt auch diesen objektiven Vorgang als ein Aspekt der „Assimilation“. Dieser objektive Prozess der Assimilation des Proletariats aller Länder entsteht durch die sich angleichenden Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie.

Subjektive Akzeptanz von „Assimilation“

Hinzu kommt: Nach mehreren Generationen ist es durchaus möglich, dass Menschen sich nicht mehr zur Nationalität ihrer Großeltern bekennen möchten, sondern sich als Mitglied anderer Nationen begreifen, in denen sie leben und arbeiten. Dem widerspricht eine andere Tendenz, die Lenin beschreibt: Es existiert im Kapitalismus (und erst recht in der Epoche des Imperialismus) ein weiteres weltweit wirkendes Gesetz, nämlich das Erwachen der nationalen Bewegungen und der Kampf gegen jede nationale Unterdrückung. Dabei hat der Marxismus mit beiden Tendenzen zu rechnen und gilt es, angesichts beider Tendenzen den proletarischen Internationalismus zu propagieren.

Lenin schrieb:

²⁴⁶ Ebenda, S. 91

„Sollen wir etwa zu den hausbackenen Theorien zurückkehren und erklären, dass gerade Russland eine Ausnahme bildet, obgleich dank dem im jüdischen Proletariat erwachten heroischen Selbstbewusstsein die Befreiungsbewegung der Juden in Russland viel tiefer und umfassender ist? Kann man etwa die Tatsache, dass gerade die reaktionären Kräfte ganz Europas und namentlich Russlands *gegen* die Assimilation des Judentums zu Felde ziehen und bestrebt sind, seine Absonderung zu verewigen, als Zufall erklären?

Die jüdische Frage *steht* so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung? – und die Idee der jüdischen ‚Nationalität‘ trägt offen reaktionären Charakter nicht nur bei ihren konsequenten Anhängern (den Zionisten), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den Bundisten). Die Idee der jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats, da sie in ihm unmittelbar und mittelbar eine der Assimilation feindliche Stimmung, eine ‚Getto‘-Stimmung, erzeugt.“ (Ebenda, S. 91, H. i. O.)

Hier müssen wir Lenins Position von 1903 widersprechen, der sich ja auch selbst widerspricht. Man kann sich zusammenschließen, vor allem im revolutionären Kampf, sich also nicht absondern, auch wenn eine „Assimilation“ abgelehnt wird. Das „Entweder – Oder“ in dieser allgemeinen Form ist schlicht falsch.

Die Idee einer „jüdischen Nationalität“ ist nicht falsch, nicht „offen reaktionär“. Lenin formuliert nicht richtig, auch wenn er das richtige meint. Die jüdische Bevölkerung in Russland ist keine Nation, aber sehr wohl eine nationale Minderheit mit eigener Nationalität. Der Kampf gegen die Unterdrückung dieser Nationalität, das ist ganz eindeutig die von Lenin immer wieder bekräftigte richtige Grundposition.

Falsch wäre allerdings die fehlende Unterscheidung zwischen demokratisch-revolutionären Elementen und reaktionären Elementen in der jüdischen „Nationalität“. Das erklärt Lenin zig-fach, doch an dieser Stelle formuliert er falsch und pauschal. Im Kampf der jüdischen Bevölkerung in Russland gegen ihre nationale Unterdrückung – den Lenin ja sehr zu Recht als „Befreiungsbewegung der Juden in Russland“ charakterisiert – sind Forderungen, bestimmte fortschrittliche Bestandteile der nationalen Kultur und auch die nationale Sprache zu

bewahren. Diese sind eben nicht, auch nicht religiös, zu „assimilieren“. Das sind keinesfalls immer reaktionäre Forderungen. Lenin hat diese Punkte später sehr deutlich entwickelt.

Es ist doch so, dass die reaktionären judenfeindlichen Strömungen die Forderung nach „Ausgrenzung“ der jüdischen Bevölkerung mit der Forderung kombinieren, dass die jüdische Bevölkerung ihr Judentum aufgeben müsse, um Gleichberechtigung zu erhalten. Beide Losungen widersprechen sich keinesfalls, sondern dienen sowohl der Ausgrenzung als auch der Zwangsassimilation.

In demselben Artikel „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“ (Oktober 1903) wendet sich Lenin einem dritten Argument zu: der Frage der Existenz einer jüdischen Nation und eines jüdischen Volkes, verquickt mit der Frage nach einer jüdischen Nationalität, international und in Russland. Dabei beruft er sich auf Kautskys Artikel über „Das Massaker von Kischinow und die Judenfrage“. Dieser war auch in der „Iskra“ abgedruckt worden.²⁴⁷ Die Berufung auf einen französischen Juden, den „Radikalen“ Alfred Naquet, der die Existenz einer jüdischen Nation ebenfalls bestreitet und sich als der französischen Nation zugehörig bezeichnet, geht aber noch einen Schritt zu weit: Ohne Kritik, also faktisch zustimmend, wird dieser Mann mit der viel allgemeineren Aussage zitiert, dass er „eine jüdische Nationalität nicht anerkenne“.²⁴⁸ Hier ist schon ein erster Bruch. Denn davor ging es ja um die Frage der Nation und nicht um die Frage der Nationalität. Zudem ist es Naquets gutes Recht, seine jüdische Nationalität als Individuum zu bestreiten. Das konnte im Übrigen allerdings judenfeindliche Angriffe gegen ihn nicht verhindern. Aber es geht ja um mehr als um eine Person.

²⁴⁷ Ebenda, S. 89. Auch Stalin geht auf Kautsky ein. Im Februar 1907 schrieb Stalin das Vorwort zur georgischen Ausgabe einer Schrift Kautskys mit dem Titel „Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution.“ Kautsky habe sich durch eine Reihe von Broschüren darunter über „Die Judenpogrome in Russland“ großes Ansehen erworben, heißt es bei Stalin. (Stalin: Vorwort zur georgischen Ausgabe der Broschüre K. Kautskys ‚Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution‘, Februar 1907, SW 2, S. 1 f.).

²⁴⁸ Lenin: Die Stellung des „Bund“ in der Partei, Oktober 1903, LW 7, S. 90

Ein neuer Faktor kommt hinzu, wenn Lenin weiter Naquet zitiert, dass die jüdische Bevölkerung in der ganzen Welt kein jüdisches Volk sei, weil sie weder ein Territorium noch eine gemeinsame Sprache hätte. Hier ist der in der Tat sehr schwierige begriffliche Unterschied zwischen jüdischer Nation, jüdischer Nationalität und jüdischem Volk auch eher verwischt. Lenin zitiert ohne Kritik Lazare, faktisch zustimmend: „Die charakteristischen Züge der Juden weisen nichts auf, was den Stempel (empreinte) einer Nationalität trüge.“²⁴⁹ Es sei nicht zugänglich, zitiert Lenin Lazare weiter, die jüdische Bevölkerung als Nation anzuerkennen.“²⁵⁰ Die Juden wären keine Nation.

Nun, das sind zwei Fragen, die hier fälschlich zusammengezogen wurden. Der jüdischen Bevölkerung überhaupt „Nationalität“ abzusprechen, war falsch. Die jüdische Bevölkerung in Russland und auch anderen Ländern Osteuropas war eine nationale Minderheit.

Weiter zitiert Lenin Naquet: „Der moderne Jude ist das Produkt einer widernatürlichen Zuchtwahl, der seine Vorfahren fast achtzehn Jahrhunderte lang ausgesetzt waren.“ (S. 90) Nochmals, Lenin zitiert diesen widerlichen Unsinn, der sich inhaltlich auch in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie findet, ohne jegliche Kritik. Das kann und muss kritisiert werden.

Was die jüdische Bevölkerung Russlands angeht, bleibt unverständlich, wieso im Unterschied zu sonstigen Publikationen und Beschlüssen nun mit diesen Zitaten auch die Frage der jüdischen Nationalität in Russland infrage gestellt wird. Wir müssen davon ausgehen, dass Lenin hier Nation meint, wenn er „Nationalität“ schreibt.

An dieser Stelle wird von Lenin in einer Fußnote auch die Frage einer jüdischen „Rasse“ angeschnitten. Er verweist darauf, dass von der „modernen wissenschaftlichen Forschung“ eine „rassische Eigenart des Judentums“ abgelehnt wird. Unter Berufung auch auf Kautsky und den französischen Religionswissenschaftler Renan lehnt es Lenin relativ klar und deutlich ab, dass es eine „jüdische Rasse“ gebe und dass es sich beim Judentum um eine „Rassenerscheinung“ handle. Er führt

²⁴⁹ Ebenda, S. 90

²⁵⁰ Ebenda, S. 90

Kautskys Äußerung an, dass niemand wüsste, was eine „Rasse“ eigentlich sei (S. 90). Allerdings zitiert Lenin im Text kommentarlos auch Naquet, der über die „israelitische Rasse“ schreibt, welche der Welt „die größten Dienste geleistet“ habe (S. 91 f.).²⁵¹

Lenin zitiert Kautsky

Lenin zitiert dann auch Kautsky:

„Und noch entschiedener drückt sich Karl Kautsky aus, der dabei besonders die russischen Juden im Auge hat. Die Feindseligkeit gegen die Bevölkerungskreise mit fremdartigem Charakter kann nur dadurch überwunden werden, ‚dass die den fremdartigen Charakter tragenden Bevölkerungsteile aufhören, Fremde zu sein, dass sie sich mit der Masse der Bevölkerung vermischen. *Das ist schließlich die einzig mögliche Lösung der Judenfrage, und alles, was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen.*‘ Und eben dieser einzig möglichen Lösung wirkt der Bund entgegen.“ (Lenin: Die Stellung des „Bund“ in der Partei, Oktober 1903, LW 7, S. 92, H. i. O.)

Das ist grundfalsch. „Sich mit der Masse der Bevölkerung vermischen“ als „Lösung der Judenfrage“, „aufhören, Fremde zu sein“ – das ist keine Lösung. Nochmals: Die Position Kautskys, die hier von Lenin unterstützt wird, entspricht nicht der späteren Position Lenins und der SDAPR. Hier wird zumindest ein Teil der Verantwortung für Judenfeindschaft der jüdischen Bevölkerung gegeben, weil sie sich nicht schnell genug dazu entschließen könne, sich mit der Masse der Bevölkerung zu vermischen. Das ist ein extrem falscher Ansatz. Klar

²⁵¹ Warum Lenin Naquet und Renan als Referenz hinzuzieht, ist bei einer genaueren Betrachtung der Biographie beider Personen eher unklar. Dass Lenin Kautsky heranzieht, ist verständlich. Kautsky galt schließlich nach dem Tode von Engels als „der“ marxistische Theoretiker schlechthin. Naquet war ein französischer Mediziner. Es war Mitglied von Bakunins „Internationaler Allianz der sozialistischen Demokratie“. Er beteiligte sich aktiv an der Pariser Kommune im September 1870 und wurde Sekretär der Kommission der Nationalen Verteidigung. 1871 wurde er Abgeordneter des Département Vaucluse in der Französischen Nationalversammlung. Ab 1890 gehörte er zu den Boulangisten (Anhänger eines reaktionären Generals), obwohl zahlreiche Judenfeinde der Bewegung gehörten. Erst starb 1906. Ernest Renan (1823-1892) war ein französischer Schriftsteller, Historiker, Archäologe, Religionswissenschaftler und Orientalist. Er war Mitglied der Académie française.

ist jedoch auch, dass Lenin und Stalin von einer objektiv existierenden Tendenz zur Assimilation ausgehen, und in keinem Moment an eine gar gewaltsame „Assimilation“ der jüdischen Bevölkerung Russlands das Wort geredet haben. Im Gegenteil. Doch Probleme bleiben.

Zweierlei „Assimilation“

Der dritte Abschnitt von Lenins Artikel „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ (1913) hat die Überschrift „Das nationalistische Schreckgespenst des ‚Assimilantentums‘“. Darin wendet er sich gegen die Unterstellung, dass die Forderung der Bolschewiki nach der Einheit des Proletariats in Russland „altes Assimilantengefasel“ sei. (S. 11)²⁵²

Lenin nutzt die Gelegenheit, zweierlei „Assimilation“ grundsätzlich zu unterscheiden. Einerseits gibt es eine objektive Entwicklung des Kapitalismus, durch die Angleichung der kapitalistischen Bedingungen in allen Ländern der Welt den Prozess der Assimilation aller Nationen bis hin zum Weltkommunismus zu beschleunigen.

Wie bereits erwähnt existiert dabei im Kapitalismus (und hier sei eingefügt erst recht in der Epoche des Imperialismus) aber ein weiteres objektives Gesetz, nämlich das Erwachen der nationalen Bewegungen und der Kampf gegen jede nationale Unterdrückung. Der Marxismus muss mit beiden Tendenzen rechnen und angesichts beider Tendenzen jede nationale Unterdrückung bekämpfen, die „Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen“ (S. 12)²⁵³ und den „Grundsatz des Internationalismus“ im „unversöhnlichen Kampf“ gegen „die Verseuchung des Proletariats mit bürgerlichem Nationalismus, und sei es auch in seiner verfeinertsten Form“ propagieren, wie Lenin hervorhebt. (S. 12) Das alles ist unstrittig richtig.

Wenn der Vertreter des „Bundes“ Libmann, den Bolschewiki unterstellt, sie wären nicht gegen jede Form der nationalen Unterdrückung, da sie am Internationalismus als großem Ziel festhalten, so wirft er

²⁵² Wenn nicht anders vermerkt beziehen sich im Weiteren die Seitenzahlen im Text auf: Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, 1913, LW 20.

²⁵³ Lenin spricht hier von „Nationen“ und „Sprachen“. Mit „Sprachen“ meint Lenin offensichtlich die Nationalitäten, die eine eigene Sprache hatten, aber keine Nationen waren, also alle nationalen Minderheiten.

bewusst zwei Fragen durcheinander: Die Frage, was die welthistorische Gesetzmäßigkeit einerseits darstellt, bei der es durch den Kapitalismus forciert im Kampf für den Kommunismus weltweit um das Verschwinden von Grenzen und Nationen geht, mit der anderen Frage, ob der Kampf für die Einheit des Proletariats unabhängig von Nationalität mit der „Assimilationspolitik“ des Zarismus verglichen werden darf. Lenin schreibt dazu:

„Bleibt nun nach Abstrich jeglicher Gewalt und jeglicher Rechtsungleichheit von dem Begriff des Assimilantentums noch etwas Reales übrig?

Unbedingt Ja. Es bleibt jene welthistorische Tendenz des Kapitalismus zur Niederreißung der nationalen Schranken, zur Verwischung der nationalen Unterschiede, zur *Assimilation* der Nationen, die mit jedem Jahrzehnt immer mächtiger hervortritt und eine der größten Triebkräfte darstellt, die den Kapitalismus in Sozialismus verwandeln.“(S. 13, H. i. O.)²⁵⁴

Lenin geht aber dann von der welthistorischen Perspektive über zur Frage der „Assimilation der Juden“ in Westeuropa und schreibt, dass von der jüdischen Bevölkerung überhaupt

„ungefähr die Hälfte in der zivilisierten²⁵⁵ Welt in Verhältnissen des allergrößten ‚Assimilantentums‘ lebt, während nur die unglücklichen, eingeschüchterten, rechtlosen, von den (russischen und polnischen) Purischkewitsch [Anführer der „Schwarzhunderter“, A. d. V.] niedergehaltene Juden Russlands und Galiziens in Verhältnissen des geringsten ‚Assimilantentums‘, in der größten Absonderung leben, die bis zum ‚Ansiedlungsgebiet‘, bis zum ‚numerus clausus‘ und anderen Purischkewitsch-Herrlichkeiten geht.

Die Juden in der zivilisierten Welt sind keine Nation, sind meistens assimiliert, sagen K. Kautsky und O. Bauer. Die Juden in Galizien und in Russland sind keine Nation, sie sind hier leider (und zwar *nicht* durch ihre, sondern durch die Schuld der Purischkewitsch) noch eine *Kaste*.

²⁵⁴ Stalin pointierte diese Gedanken in seinem Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag von 1930, siehe SW 12, S. 322-323

²⁵⁵ Unter „zivilisierter Welt“ verstanden die Marxisten dieser Zeit die bürgerliche, die kapitalistisch entwickelte Welt. Allerdings beinhaltet dieser Begriff das Problem des europäischen Chauvinismus gegenüber den angeblich „unzivilisierten Ländern“.

Das ist das unbestreitbare Urteil von Leuten, die zweifellos die Geschichte des Judentums kennen und die oben angeführten Tatsachen in Betracht ziehen.“ (S. 13f., H. i. O.)

Nun, das ist zuviel des Lobs für Kautsky und Bauer.

Grundlegend verweist Lenin darauf, dass gegenüber den Zuständen in Russland und Galizien ja nun wohl die Zustände selbst im kapitalistischen Paris und in New York fortschrittlich sind. (S. 14) Er schreibt:

„Und was in großem, internationalem Ausmaß in New York vor sich geht, geschieht auch in *jeder* großen Stadt und in *jeder* Fabriksiedlung.

Wer nicht in nationalistischen Vorurteilen versumpft ist, kann nicht umhin, in diesem, durch den Kapitalismus bewirkten Assimilationsprozess der Nationen einen gewaltigen geschichtlichen Fortschritt, die Beseitigung der nationalen Verknöcherung der verschiedensten Krähwinkel zu sehen, die es namentlich in rückständigen Ländern wie Russland gibt.“ (S. 14, H. i. O.)

Drei Anmerkungen sind aus unserer Sicht hier nötig:

Erstens wird klar, dass Lenin sich auf die Autorität von Bauer und Kautsky beruft. Das ist insbesondere im Hinblick auf den falschen Begriff etwa der „Juden als Kaste“ bei Kautsky nicht ohne Probleme.²⁵⁶

Zweitens: Dennoch, wie sich zeigen lässt, ist der „Assimilationsbegriff“ bei Kautsky etwa in Hinblick auf Teile der jüdischen Bevölkerung aus Osteuropa, die nach Deutschland geflüchtet waren und Elemente einer nationalen Minderheit bildeten, durchaus problematisch, ja in einer Hinsicht völlig falsch. Denn der Assimilationsprozess, wir beschränken uns hier auf Deutschland, beinhaltete auch geschichtlich keinesfalls nur eine objektiv feststellbare Tendenz wie die Übernahme der deutschen Sprache und Ähnliches. Vielmehr gab es im Prozess dieser objektiven Assimilation auch subjektive Faktoren des indirekten Zwangs, der „Germanisierung“, der Forderung nach Aufgabe der jüdischen Religion und Ähnliches. Daher ist mit großem Recht in Deutschland der Begriff der „Assimilation“ weitgehend identisch mit dem Begriff einer „Germanisierung“, einer Eindeutschung. Der objektive Prozess ist unbestreitbar fortschrittlich. Das gilt aber nicht für die

²⁵⁶ Zur Kritik an der Verwendung des Begriffs „Kaste“ in Bezug auf die jüdische Bevölkerung, siehe im Band 3 Teil III dieser Reihe den Abschnitt: Kurzer Blick auf die Artikel von Kautsky bis 1914.

jeweiligen politischen und ideologischen Begleiterscheinungen auch im hochindustrialisierten Deutschland. Das wird vom ökonomistischen Kautsky missachtet und begründete eine völlig falsche Einschätzung der deutschen Sozialdemokratie.

Drittens: Wir betonen auch hier zum wiederholten Male, dass es nicht um Silbenstecherei im Hinblick auf einzelne Wörter oder Begriffe geht. Vielmehr kommt es darauf an, sehr deutlich zu machen, welche Position, aber auch welche Begriffe und Wörter, unabhängig davon ob sie damals schon problematisch waren oder nicht, heute auf keinen Fall in die politische Propaganda und Agitation und in die Programmatik einer kommunistischen Politik übernommen werden können. Das ist der Grund und nicht eine kleinliche Kritikasterei an Lenin, warum wir angesichts der Geschichte der weiteren sozialistischen und kommunistischen Bewegung so genau darauf achten, wie mit bestimmten Begriffen und Worten umgegangen worden ist. Dabei geht es auch darum, inwiefern sie später zu Codewörtern wurden, die möglicherweise mit der ursprünglichen Bedeutung gar nichts mehr zu tun haben. Am Begriff der „Assimilation“ (auch „Integration“ als Codewort) kann dies unserer Meinung nach klar gezeigt werden. Früher stand dieser Begriff aus marxistischer Sicht für einen objektiven Prozess der Vereinheitlichung des Proletariats in allen Ländern. Später wurde dies dann zum Schlagwort der deutschen Imperialisten gegen nationale Minderheiten und gegen Menschen mit anderer Nationalität.

Stalin differenziert in der Frage der „Assimilation“, akzeptiert aber noch Kautsky

Die nachfolgend vorgestellten Passagen von Stalin (in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ im Abschnitt V: „Der ‚Bund‘, sein Nationalismus, sein Separatismus“) betonen zunächst ähnlich wie Lenin den objektiven Prozess der Assimilation des Proletariats aller Länder durch die sich angleichenden Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie. Diese Ausführungen verweisen darauf, dass nach mehreren Generationen es durchaus möglich sein kann, dass Menschen sich nicht mehr zur Nationalität ihrer Großeltern bekennen möchten, sondern sich als Mitglied anderer Nationen begreifen, in denen sie leben und arbeiten. Dieser Prozess der Angleichung ist nicht per se negativ. Hier greift das, was als politisches Programm der „national-kulturellen

Autonomie“ keine Perspektive hat, nämlich die Personalisierung, also die Tatsache, dass jede Person das Recht hat, seine Nationalität selbst zu definieren. Das ist ein Recht, das auch unter der Diktatur des Proletariats nach der sozialistischen Oktoberrevolution realisiert wurde. Stalin betont die subjektive Gegenbewegung gegen die objektive Assimilation. Allerdings ist fraglich, wie Stalin Otto Bauer referiert:

„Kurzum: die jüdische Nation hört auf zu existieren – für wen sollte man also die nationale Autonomie fordern? Juden werden assimiliert.

Diese Auffassung vom Schicksal der Juden als Nation ist nicht neu. Marx hat sie bereits in den vierziger Jahren geäußert, wobei er hauptsächlich die deutschen Juden im Auge hatte. Kautsky hat sie 1903 in Bezug auf die russischen Juden wiederholt. Jetzt wiederholt Bauer sie in Bezug auf die österreichischen Juden, jedoch mit dem Unterschied, dass er nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft der jüdischen Nation in Abrede stellt.“ (Stalin, Marxismus und nationale Frage, Januar 1913, SW 2, S. 303)²⁵⁷

Die Antwort auf die erste rhetorische Frage hätte lauten müssen: Otto Bauer verweigert der jüdischen Bevölkerung den Status der nationalen Minderheit und ihre Nationalität. Darum geht es bei Otto Bauer, und nicht um das Konzept der „nationalen Autonomie“.

Nun, Marx hat sich in seiner Schrift 1844 (in seiner Kritik an Bruno Bauers Schrift „Zur Judenfrage“) nicht direkt damit beschäftigt, ob die jüdische Bevölkerung in der ganzen Welt oder in Deutschland eine Nation waren oder nicht. Es sind eigentlich auch zwei Fragen, ob sich eine nationale Minderheit herausbildet, die nicht alle Merkmale einer Nation umfasst, oder ob sich die jüdische nationale Minderheit ganz auflöst, assimiliert, nicht mehr existiert.

Es ist nicht ganz klar, inwieweit Stalin hier zumindest teilweise Otto Bauer und Kautsky im Hinblick auf die Frage zustimmend referiert oder inwiefern er auch deren Ansichten nicht ganz korrekt findet. Im Hinblick auf Otto Bauer weist Stalin darauf hin, dass es nicht nur darum geht, dass die jüdische Bevölkerung kein einheitliches Siedlungsgebiet in ganz Russland hat, sondern dass sich auch kein eigenständiger Markt der jüdischen Bevölkerung wie etwa in Polen herausgebildet hat. (S. 303)

²⁵⁷ Die Seitenzahlen im Text beziehen sich im Weiteren auf diese Schrift Stalins.

Fest steht jedenfalls, dass Stalin von der jüdischen Bevölkerung deutlich als nationale Minderheit spricht. Es heißt bei Stalin:

„Als nationale Minderheiten in fremdnationale Gebiete eingesprenkelt, bedienen die Juden somit vornehmlich ‚fremde‘ Nationen, sei es als Industrielle und Händler, sei es als Angehörige freier Berufe, wobei sie sich naturgemäß den ‚fremden Nationen‘ in der Sprache usw. anpassen. Alles dies führt infolge der zunehmenden Durcheinanderwürfelung der Nationalitäten, die den entwickelten Formen des Kapitalismus eigen ist, zur Assimilation der Juden. Die Aufhebung der ‚Ansiedlungszone‘ könnte die Assimilation nur beschleunigen.“ (S. 303-304)

All dies, die eigenen Ansichten Stalins und wie er Otto Bauer referiert, dient dazu klarzumachen, dass die jüdische Bevölkerung in Russland keine Nation ist. Dieser Punkt ist richtig und klar. Die Frage der „Assimilation“ wird nicht weiter aufgegliedert oder diskutiert. Gerade die Frage „Nation oder keine Nation“ ist geklärt. Die Behauptung einer jüdischen Nation war aber einer der Kernpositionen der Programmatik des ‚Bund‘, was Stalin nun zu recht kritisiert.

Nicht nur diesen Umstand, sondern noch einen weiteren Umstand hebt Stalin hervor, die besondere Situation der jüdischen nationalen Minderheit. Er unterscheidet richtungsweisend zwischen dem objektiven Prozess der Assimilation und der subjektiven Reaktion darauf.

„Der zweite Umstand ist die Sonderstellung der Juden als einzelner nationaler Minderheiten innerhalb kompakter fremdnationaler Mehrheiten in geschlossenen Siedlungsgebieten. Wir haben bereits davon gesprochen, dass diese Stellung die Existenz der Juden als Nation untergräbt und sie auf den Weg der Assimilation drängt. Das aber ist ein objektiver Prozess. Subjektiv, in den Köpfen der Juden, ruft er eine Reaktion hervor und wirft die Frage einer Garantie der Rechte der nationalen Minderheit, einer Garantie gegen die Assimilation auf. Da der ‚Bund‘ die Lebensfähigkeit der jüdischen ‚Nationalität‘ predigt, konnte er nicht umhin, sich auf den Standpunkt der ‚Garantie‘ zu stellen. Hier nun einmal angelangt, musste er die nationale Autonomie akzeptieren. Konnte sich nämlich der ‚Bund‘ an irgendeine Autonomie klammern, so nur an die nationale, d. h. an die national-kulturelle Autonomie: von einer politisch-territorialen Autonomie der Juden konnte gar keine Rede sein, da die Juden kein bestimmtes geschlossenes Siedlungsgebiet haben.

Bezeichnend ist, dass der ‚Bund‘ von Anfang an den Charakter der nationalen Autonomie als Garantie der Rechte der nationalen Minderheiten, als Garantie der ‚freien Entwicklung‘ der Nationen betonte.“ (S. 305)

An dieser Stelle wird es auch dadurch kompliziert, dass der Begriff „Nationalität“ im Sinne von Nation vom „Bund“ gebraucht und von Stalin zitiert wird, obwohl Stalin selbst eigentlich klar nationale Minderheit und Nation unterscheidet. Stalin kritisiert zu Recht, dass der „Bund“ aus einer nationalen Minderheit, um die „nationale Autonomie“ zu begründen, kurzerhand eine – nicht existierende – jüdische Nation konstruierte. Die Polemik gegen den „Bund“ ist nicht genau und betont nicht die Berechtigung der „subjektiven“ Reaktion der jüdischen Bevölkerung.

Wenn Stalin offensichtlich anprangert, dass der „Bund“ die „Lebensfähigkeit der jüdischen Nationalität predigt“, bleibt die Frage, was nun mit der Lebensfähigkeit der jüdischen Nationalität ist, auch wenn man sie nicht „predigt“, sondern als Tatsache „konstatiert“.

Wir haben schon zitiert und gesehen, dass der Begriff „Nationalität“ – anders als hier – auch ganz allgemein im Sinne sowohl von eigenständiger „Nation“ als auch von „nationaler Minderheit“ gebraucht wird. Daher ist es wichtig, die klare theoretische Unterscheidung zwischen Nation und nationaler Minderheit zu betonen. Der Begriff „Nationalität“ wurde unterschiedlich gebraucht.

Aus unserer Sicht muss der Sache nach hier ergänzt werden, dass die objektiv existierende, übrigens sehr langfristige Tendenz zur ökonomischen Assimilation des Proletariats aller Länder bis zum Weltkommunismus, ihre Gleichstellung in mancher Hinsicht in der ganzen Welt, unterschieden werden muss von der speziellen Situation einer jüdischen Minderheit in Russland, die ja gerade auch ein jüdisches Proletariat umfasste.

Das jüdische Proletariat hatte nicht den objektiven Prozess der Gleichstellung zu fürchten, sondern hatte guten Grund, davon auszugehen, dass der objektive Prozess der Assimilation einhergeht mit einer „Russifizierung“ und subtileren Unterdrückung der jüdischen nationalen Minderheit. Das Motiv des „Bund“, davor zu warnen, ist nachvollziehbar und durchaus berechtigt. Stalin deutet es eher an, als es nachdrücklich auszusprechen. Aber die Schlussfolgerung kann eben nicht das

Konzept der „national-kulturellen Autonomie“ sein, diese Schlussfolgerung aus einer nicht völlig falschen Voraussetzung ist falsch. Da hat Stalin klar recht. Warum?

Es stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber, wie die Rechte der jüdischen nationalen Minderheiten am besten geschützt und garantiert werden können. Der erste und entscheidende Punkt der Kritik am „Bund“ ist, dass er Illusionen schürt, ein fragiles, künstliches Gebilde zu schaffen, in dem, unabhängig vom Wohnort, alle Menschen der jüdischen Bevölkerung, (möglicherweise auch lediglich repräsentiert von den Jüdischen Gemeinden), repräsentiert sein sollen.

Nach Ansicht der Bolschewiki ist eine solche Konstruktion (es wird auf Polen verwiesen) nicht nur eine Illusion, wie geschichtliche Beispiele zeigten. Das war auch für die Zeit nach dem Sturz des Zarismus keine handfeste, materiell starke, wirkliche Garantie, um den Schutz der jüdischen nationalen Minderheit wirklich durchzusetzen. Ein solcher Schutz musste anders, nämlich umfassend und gemeinsam organisiert werden.

Dafür, so die Bolschewiki, war es eben nötig, 1. vor allem demokratische Verhältnisse zu schaffen, den Zarismus zu stürzen und dann 2. gemeinsam die Rechte aller nationalen Minderheiten an jedem Ort und in jeder Institution sowie in autonomen Gebieten durchsetzen, die von der Bevölkerung selbst begrenzt werden, und die gemeinsamen praktischen Möglichkeiten für den Schutz der Rechte nationaler Minderheiten schaffen und 3. vor allem im ganzen Land jede Diskriminierung, jede Nicht-Gleichberechtigung nationaler Minderheiten zu ächten, zu verbieten und zu bestrafen.

In Russland, nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917, wurde der staatliche Zwang gegen nationale Minderheiten, gegen die jüdische Bevölkerung eindeutig abgeschafft. Aber unterhalb dieser Ebene – und auf dieses Phänomen wiesen Lenin und Stalin hin – gab es in breiten Teilen der Bevölkerung und sogar teilweise in der Kommunistischen Partei noch großrussischen Nationalismus, der auch gegenüber nationalen Minderheiten und den früher unterdrückten Nationen ihre repressive Wirkung entfaltete. Gerade nach der sozialistischen Oktoberrevolution wiesen Lenin und Stalin wiederholt und nachdrücklich auf dieses reale Phänomen hin. Aber dieser Gedan-

kengang wurde noch 1913 und 1914 noch nicht konsequent ausformuliert. Es gab noch nicht die umfassende Kampfansage an die großrussische Mentalität, die ihre repressive Wirkung entfaltete, und indirekt eine „Assimilation“ forderte, die parallel zur Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung eine Anpassung an die großrussische Kultur als Lösung der sogenannten „Judenfrage“ beinhaltete. Hier galt es besonderes Feingefühl zu beweisen.

Nach der Oktoberrevolution: Polemik Stalins gegen Kautskys Assimilatorentum

1930 kritisierte Stalin das Vorwort von Karl Kautsky zur Schrift von Friedrich Engels „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, das Kautsky aus dem Englischen übersetzt und in Deutschland veröffentlicht hatte (zu Lebzeiten von Marx und Engels wurde dieses Buch nicht herausgegeben, auf Englisch von Marx' Tochter Eleanor Marx-Eveling 1896 kurz nach dem Tod von Engels). Das Thema war „Germanisierung und Assimilation“. Stalin geht hier nicht auf die Originalquellen von Engels ein, sondern nimmt sich Kautsky vor.

Stalin kritisierte 1930 an Kautsky in seinem politischen Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag der KPdSU(B) alle Tendenzen der großrussischen Assimilierung gegenüber nationalen Minderheiten und Nationen. Er erinnerte auch an seine Positionierung 1925 gegen Kautsky in seiner Rede²⁵⁸ gegen eine Einheitssprache im Sozialismus und erklärte darüber hinaus:

„Freilich, einer der früheren Marxisten, heute Renegat und Reformist, Herr Kautsky, behauptet das direkte Gegenteil von dem, was Lenin uns lehrt. Er behauptet entgegen Lenin, dass der Sieg der proletarischen Revolution in einem vereinigten österreichisch-deutschen Staat Mitte des vorigen Jahrhunderts zur Bildung *einer gemeinsamen* deutschen Sprache und zur *Germanisierung* der Tschechen geführt hätte, denn ohne jegliche gewaltsame Germanisation musste einfach die Macht des entfesselten Verkehrs, die Macht der modernen Kultur, welche die Deutschen brachten, *die rückständigen tschechischen Kleinbürger, Bauern und Proletarier, denen ihre verkümmerte Nationalität gar nichts zu bieten hatte, zu Deutschen*

²⁵⁸ Stalin, J. W.: Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens, 1925, Werke Band 7, S. 120

machen. (siehe Vorwort zur deutschen Ausgabe von Revolution und Konterrevolution)“ (Stalin, J.W.: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU (B), 1930, Werke Band 12, Berlin 1954, S. 318)²⁵⁹

Im Schlusswort zum politischen Rechenschaftsbericht des ZK auf dem XVI. Parteitag der KPdSU (B) konkretisierte Stalin noch einmal nach einer Anfrage die Bedeutung seiner Kritik an Kautsky:

„In meinem Vortrag von 1925 wandte ich mich gegen die nationalchauvinistische Theorie Kautskys, nach welcher ein Sieg der proletarischen Revolution Mitte des vorigen Jahrhunderts in einem vereinigten österreichisch-deutschen Staat zum Aufgehen der Nationen in einer einheitlichen *deutschen* Nation mit einer *deutschen* Einheitssprache und zur Germanisierung der Tschechen hätte führen müssen. Ich lehnte diese Theorie als eine antimarxistische, antileninistische Theorie ab und berief mich dabei auf die Tatsachen aus dem Leben unseres Landes nach dem Siege des Sozialismus in der UdSSR, die diese Theorie widerlegen. Diese Theorie lehnte ich, wie aus meinem Rechenschaftsbericht an diesen unseren XVI. Parteitag zu ersehen ist, auch heute ab. Ich lehne sie ab, weil die Theorie des Aufgehens aller Nationen, sagen wir der UdSSR, in einer einheitlichen *großrussischen* Nation mit einer *großrussischen* Einheitssprache eine nationalchauvinistische Theorie, eine antileninistische Theorie ist, die einer Grundthese des Leninismus widerspricht, nämlich der These, dass die nationalen Unterschiede in der nächsten Periode nicht verschwinden können, dass sie noch lange Zeit sogar nach dem Sieg der proletarischen Revolution im *Weltmaßstab* bestehen bleiben müssen.“²⁶⁰

Abgesehen davon, dass Kautsky damals noch nicht wusste, dass die in der Broschüre zusammengefassten Artikel für eine amerikanische Zeitung von Engels verfasst worden waren, ist entscheidend, dass er seine Ansichten über die „Germanisierung“ als Position von Marx und Engels darstellt.

Aus unserer Sicht besteht kein Zweifel, dass die Kritik von Stalin an Kautskys Position von 1896, knapp 50 Jahre nach der Revolution

²⁵⁹ Das Zitat von Kautsky in „Vorrede des Übersetzers“ zur Schrift ‚Revolution und Konterrevolution in Deutschland‘, Mai 1896, hier 4. Auflage Stuttgart 1919, S. XXII (H. i. O.)

²⁶⁰ Stalin, J.W.: Schlusswort zum politischen Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU (B), 1930, Werke Band 13, S. 3 f.

1848, völlig berechtigt ist. Sie bliebe auch berechtigt, wenn sich herausstellen würde, dass Marx und Engels in der Tat 1848/1849 oder später ebenfalls eine ähnlich falsche Position vertreten hätten. Stalin geht hier nicht genauer auf die frühen Schriften von Engels und Marx ein, auf die sich Kautsky berufen hatte.

* * *

Ausblick:

Bei der Lösung der nationalen Frage in der sozialistischen UdSSR, im Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus, aber auch gegen den Nationalismus und Chauvinismus anderer Nationalitäten, standen die kommunistischen Kräfte der UdSSR oft vor sehr komplizierten Situationen und machten in der Praxis gewiss auch manche Fehler. Die Grundlinie der Nationalitätenpolitik in der Zeit von Lenin und Stalin gab ihnen jedoch eine korrekte Orientierung, um diese Fragen alles in allem richtig anzupacken, um Abweichungen und praktische Fehler von einer korrekten Grundbasis aus bekämpfen und überwinden zu können. Darum wird es in einem weiteren Band der Reihe „Zur Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“ gehen.

Anhang

1. Chronologie der relevanten Resolutionen der SDAPR zum „Bund“

Sicherlich ist für die gesamte kommunistische Weltbewegung das, was Lenin und Stalin jeweils geschrieben haben, von größter Bedeutung. Für eine Einschätzung der Schriften von Lenin und Stalin ist ein wichtiger Kontext, was an Beschlüssen in der SDAPR in Hinblick auf die jüdische nationale Minderheit und die Organisation des jüdischen „Bundes“ beschlossen wurde. Daher wird hier eine chronologische Zusammenfassung der Beschlüsse zu diesen Themen vorgestellt.

1. Parteitag der SDAPR 1898 und verschiedene Resolutionen danach

Der 1. Beschluss des 1. Parteitages von 1898 stellte den Zusammenschluss dreier politischer Richtungen und Organisationen fest. Es heißt darin:

„Die Organisationen der ‚Kampfbünde zur Befreiung der Arbeiterklasse‘, die Gruppe der ‚Rabotschaja Gaseta‘ und des ‚Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Russland und Polen‘ schließen sich zu einer einheitlichen Organisation unter dem Namen ‚Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands‘ zusammen, wobei der ‚Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Russland und Polen‘ als eine autonome Organisation in der Partei eingeht, die nur in den Fragen selbstständig entscheiden kann, die speziell das jüdische Proletariat betreffen.“²⁶¹ (Band 1, S. 5)

²⁶¹ Die Resolutionen und Beschlüsse sind enthalten in der Quellensammlung: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plänen des ZK, Berlin 1957. Es handelt sich um die 1957 erstmals ins Deutsche übersetzte und von der SED redigierte Ausgabe. Diese erschien 1957 als Nachdruck der siebten russischsprachigen Ausgabe von 1954 und umfasst den Zeitraum von 1898-1953.

Für den hier betrachteten Zeitraum von 1894 bis 1914 sind die Bände I (1898-1908) und II (1898-1917) relevant. In diesem Buch erfolgt die Seitenangabe mit Angabe der jeweiligen Originalbände in Kurzform: „Band I“ und „Band II“.

Die Dokumentensammlung wurde 2004 in vier Teilen vom Verlag Olga Benario und Herbert Baum nachgedruckt: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plänen des ZK,

Mit dem Beschluss, dass der Bund „nur in den Fragen selbstständig entscheiden kann, die speziell das jüdische Proletariat betreffen“, war ein richtiger und wichtiger Ausgangspunkt gesetzt. Auf diesen kamen Lenin und die Bolschewiki in den nächsten Jahren immer wieder zurück.

Im Anschluss an den 1. Parteitag kämpften Lenin und die Zeitschrift „Iskra“ für die Einberufung des 2. Parteitages. Es ging in dieser Phase um die Klärung programmatischer und organisatorischer Fragen.

In der ersten programmatischen „Erklärung der Redaktion der ‚Iskra‘ – Programmatische Erklärung über die Herausgabe der Zeitung der Redaktion der Iskra“, das im Oktober 1900 von der Iskra als Flugblatt herausgegeben wurde, heißt es als Anliegen und Zielsetzung:

„Die Partei gründen und festigen bedeutet, eine Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten zu schaffen und zu festigen ...“ (Band 1, S. 12)

Abschließend heißt es in der Erklärung, es gehe darum, ein „wirklich gesamtrussisches sozialdemokratisches Organ zu schaffen.“ (Band 1, S. 14)

Während der Begriff „gesamtrussisch“ deutlich macht, dass es sich um einen territorialen Begriff handelt, ist die Formulierung „russische“ Sozialdemokraten einengend und widerspricht der Aufgabe, eine zentralisierte Partei zu gründen, die die kommunistischen Kräfte aller Nationalitäten umfasst. Wenn die Übersetzung stimmt, war dieses Problem, das später angepackt wurde, 1900 ganz offensichtlich noch nicht bewusst.

Wichtig für die spätere Auseinandersetzung mit dem „Bund“ ist auch eine Resolution der Konferenz der Sozialdemokratischen Organisationen im Ausland“, die im Juni 1901 in Genf stattfand. Die SDAPR, so die Resolution, müsse

„an der Spitze aller unterdrückten Schichten der Nation den Kampf gegen den Absolutismus“ führen. (Band 1, S. 17)

Offenbach 2004. Die den behandelten Zeitraum betreffenden ersten beiden Originalbände sind enthalten im Teil 1 der vier vom Verlag Olga Benario und Herbert Baum herausgegebenen Bände.

Mit der Formulierung „aller unterdrückten Schichten der *Nation*“ (H. d. V.) ist auch hier noch nicht der Gedanke entwickelt, dass das zaristische Russland aus einer Reihe von Nationen und nationalen Minderheiten bestand.

In dieser Erklärung findet sich auch eine Passage, die sich gegen Ökonomen und Reformisten richtete, die eine „Zwei-Phasen-Theorie“ vertraten. Auch der „Bund“ unterstützte die „Zwei-Phasen-Theorie“. Es heißt in der Erklärung:

„Wir erkennen den Standpunkt nicht an, dass die Sozialdemokratie in ihrer Agitation an die Behandlung allgemeiner politischen Aufgaben erst dann herangehen könne, nachdem das Proletariat vorher ein Stadium des rein ökonomischen Kampfes und des Kampfes um politische Teilforderung durchgemacht hat.“ (Band 1, S. 18)

Im März 1902 brachte der „Bund“ auf einer Konferenz der Vertreter verschiedener Organisationen der SDAPR den Antrag ein, der betonte, dass die „nächste praktische Aufgabe der russischen Sozialdemokratie in der Gründung einer fest geschlossenen kämpferischen Parteiorganisation“ (Band 1, S. 26) bestehen müsse. Auch hier ist also noch von „russischer“ Sozialdemokratie die Rede. Aber in dem Antrag wird zu recht gefordert, dass die SDAPR ihre Tätigkeit ausrichten müsse auf die

„Führung aller Erscheinungen des Kampfes des Proletariats gegen alle Formen der Unterdrückung politischer, ökonomischer, nationaler oder anderer Art – mit dem Ziel die Unzufriedenheit und Empörung der Arbeiterklasse in einem bewussten Kampf für die demokratische Republik und die sozialistische Ordnung umzuwandeln.“ (Band 1, S. 26)

Hier ist also klar die nationale Unterdrückung als Kampfobjekt benannt.

2. Parteitag der SDAPR 1903

Erst 5 Jahre später nach dem 1. Parteitag 1898, im Jahre 1903, fand der 2. Parteitag der SDAPR statt. Über dessen Verlauf berichtete Lenin in seiner Schrift: „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ detailliert.

Das dort verabschiedete Programm lehnte alle Reformprojekte ab,

„die mit irgendeiner Erweiterung oder Festigung der Bevormundung der werktätigen Klassen durch Polizei und Beamtentum verbunden sind.“ (Band 1, S. 42)

Das Programm stellt für eine durch die Zerschlagung des Zarismus zu erkämpfende demokratische Republik als Programmpunkt auf:

„Recht auf Selbstbestimmung für alle Nationen, die dem Staatsverband angehören“ (Band 1, S. 39).

Das war für die unterdrückten Nationen allgemein richtig, wenn auch das darin enthaltene Recht auf Lostrennung nicht zum Ausdruck kommt. Die Frage nationaler Minderheiten, darunter der jüdischen, wird aber nicht angesprochen.

Die Anträge des „Bund“ auf eine föderale Organisation, die auch in den einzelnen Orten zu autonomen jüdischen Organisationen führen würden, wurden vom Parteitag abgelehnt. Das war letztendlich eine existenzielle Frage für den Aufbau einer revolutionären proletarischen Partei.²⁶² Es wurden Zugeständnisse angeboten, die von den Delegierten des „Bund“ jedoch abgelehnt wurden. Die von Lenin entworfene²⁶³ und vom Parteitag angenommene Resolution lautet vollständig:

„In Erwägung dessen:

- a) dass die innigste Vereinigung des jüdischen Proletariats mit dem Proletariat der Rassen, unter denen es lebt, im Interesse seines Kampfes für die politische und wirtschaftliche Befreiung unbedingt notwendig ist,
- b) dass nur eine solche engste Geschlossenheit der Sozialdemokratie den Erfolg im Kampf gegen jeden Chauvinismus und Antisemitismus sichert,

²⁶² Im Mai 1903 schrieb Lenin in einem Brief an J. M. Alexandowa, dass es gelte sich auf der Auseinandersetzung mit dem „Bund“ vorzubereiten. Dies sei eine der gegenwärtig wichtigsten Aufgaben und dabei solle man die Form nicht verletzen: „Was die Form betrifft, so muss man sich meiner Meinung nach dem ‚Bund‘ gegenüber korrekt und loyal verhalten (nicht direkt ins Gesicht schlagen), aber zugleich überaus kühl, bis oben hin zugeknöpft, muss ihm unerbittlich und ununterbrochen auf legitimer Grundlage zusetzen und furchtlos bis zum Ende gehen. Sollen sie gehen, wenn sie wollen - aber wir dürfen Ihnen nicht den geringsten, nicht den mindesten Anlass zum Bruch geben.“ (Lenin, W.I.: Brief an J.M. Alexandowa, Mai 1903, LW 34, S. 146)

²⁶³ Siehe Lenin: 2. Parteitag der SDAPR. Resolutionsentwurf über die Stellung des „Bund“ in der Partei, 1903, LW 6, S. 468 f.

c) dass eine solche Geschlossenheit keineswegs die Selbstständigkeit der jüdischen Arbeiterbewegung in all dem ausschließt, was die besonderen Aufgaben der Agitation unter der jüdischen Bevölkerung betrifft, die durch die Besonderheiten der Sprache und der Lebensbedingungen entstehen –

gibt der II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands der tiefen Überzeugung Ausdruck, dass die Umgestaltung der organisatorischen Beziehungen zwischen dem jüdischen und dem russischen Proletariat auf der Grundlage der Föderation ein wesentliches Hindernis wäre für eine vollständigere organisatorische Annäherung der klassenbewussten Proletarier der verschiedenen Rassen und dass sie darum unweigerlich die Interessen des Proletariats Russlands im allgemeinen, insbesondere aber seines jüdischen Teiles, ungeheuer schädigen würde. Der Parteitag lehnt darum jede Möglichkeit föderative Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem ‚Bund‘, der ihr fester Bestandteil ist, als grundsätzlich unzulässig entschieden ab und beschließt, dass der ‚Bund‘ in der einheitlichen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands die Stellung eines autonomen Bestandteils einnimmt; die Grenzen seiner Autonomie müssen bei der Ausarbeitung des allgemeinen Parteistatuts festgelegt werden. In Anbetracht des eben dargelegten betrachtet der Parteitag das von den Delegierten des ‚Bund‘ vorgeschlagene ‚Statut‘ als Entwurf zu einem Teil des allgemeinen Parteistatuts, dessen Erörterung somit unter Punkt 6 der Tagesordnung fällt, und geht zur Tagesordnung über.“ (Band 1, S. 47f.)

Hier wird deutlich, dass an der Idee einer zentralisierten Partei festgehalten wurde, zugleich aber auch besondere Rechte für den Vertreter des jüdischen Proletariats eingeräumt wurden und werden sollten.²⁶⁴

Besonders hervorzuheben ist der Punkt b), dass nur die Geschlossenheit der Sozialdemokratie „den Erfolg im Kampf gegen jeden Chauvinismus und Antisemitismus sichert.“

²⁶⁴ Auffallend ist, dass auch hier der Begriff der „Rasse“ verwendet wird. Eine Diskussion und Klärung über diesen Begriff, der in der internationalen Sozialdemokratie zu dieser Zeit einerseits nicht unüblich war, andererseits aber auch schon problematisiert und kritisiert wurde, fand auf diesem Parteitag und in den folgenden Jahren nicht statt. Der Begriff wurde aber zumeist nicht mehr verwendet.

Lenin hielt auf dem Parteitag auch eine Rede zum „Bund“.²⁶⁵

Nachdem die Delegierten des „Bund“ den 2. Parteitag verlassen hatten, verabschiedete dieser noch eine Resolution „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“. Den Entwurf dazu hatte Lenin geschrieben. In dieser Resolution heißt es:

„In der Erwägung,

a) dass der II. Parteitag der SDAPR sich das Ziel setzte, sämtliche in Russland tätigen Sozialdemokraten zu einer einheitlichen Partei zusammenzuschließen,

b) dass eine seiner Aufgaben insbesondere darin bestand, zwischen dem ‚Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund‘ und den übrigen Teilen unserer Partei engste Verbindung herzustellen,

c) dass eine solche Vereinigung ungeachtet dessen, dass der ‚Bund‘ das Programm der Gesamtpartei anerkennt, nicht stattfinden kann, da über die Stellung des ‚Bundes‘ innerhalb der Partei eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit besteht, und im Bewusstsein dessen, welcher schweren Schaden der Austritt des ‚Bund‘ der in Angriff genommenen Vereinigung unweigerlich zufügen wird, -

drückt der II. Parteitag der SDAPR sein tiefes Bedauern darüber aus, gleichzeitig aber auch die feste Gewissheit, dass mit dem weiteren Anwachsen der Bewegung diese Meinungsverschiedenheiten verschwinden und dass sich die Proletarier aller Nationalitäten notwendigerweise in einer SDAPR vollständig zusammenschließen werden, wie es im Interesse des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse liegt.“ (Band 1, S. 62f.)

²⁶⁵ Lenin geht in einer Rede auf dem 2. Parteitag der SDAPR unmittelbar auf einen Delegierten des „Bund“ auch wie folgt ein: „Weiter fragte uns Gen. Liber pathetisch: *Wie kann man beweisen*, dass die Autonomie imstande ist, der Bewegung der jüdischen Arbeiter die für sie unbedingt notwendige Selbstständigkeit zu sichern? Eine merkwürdige Frage! Wie kann man beweisen, ob ein vorgeschlagener Weg der richtige ist? Das einzige Mittel ist, man geht diesen Weg und erprobt ihn in der Praxis. Auf die Frage des Gen. Liber antwortete ich: *Geht mit uns*, und wir wollen euch in der Praxis beweisen, dass alle berechtigten Forderungen nach Selbstständigkeit vollkommen befriedigt werden.“ (Lenin: 2. Parteitag der SDAPR, 17. Juli - 10. August 1903, Rede über die Stellung des ‚Bund‘ in der SDAPR, 20. Juli 1903, LW 6, S. 487, H. i. O.)

Das war eine deutliche solidarische Botschaft.²⁶⁶

3. Parteitag der SDAPR 1905

Der Parteitag nahm in einer gesonderten Resolution zu den Organisationen der verschiedenen Nationalitäten der SDAPR (etwa der ‚Bund‘ oder sozialdemokratische Organisationen Polens oder Litauens) Stellung. Es heißt darin:

„In der Erwägung:

dass die Interessen des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats die Vereinigung der sozialdemokratischen Organisationen aller Nationalitäten Russlands erfordern,

dass der begonnene offene revolutionäre Kampf gegen das absolutistische Regime und das Nahen des bewaffneten Aufstandes eine solche Vereinigung besonders notwendig macht,

beauftragt der III. Parteitag das Zentralkomitee und die örtlichen Komitees, indem er die Stellungnahme des II. Parteitages zur Frage des Föderalismus bestätigt, alles aufzubieten, eine Verständigung mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen herbeizuführen, um die lokale Arbeit miteinander in Einklang zu bringen und auf diese Weise die Möglichkeit einer Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands vorzubereiten.“ (Band 1, S. 94)

Die Konferenz erklärte weiter, dass sie überzeugt sei, dass das Proletariat des Kaukasus

²⁶⁶ Nach dem Austritt des „Bund“ auf dem 2. Parteitag schrieb Lenin noch einen Resolutionsentwurf, der aber nicht mehr zur Verhandlung kam. Hier wird der Entschluss der Führung des „Bund“ ausdrücklich bedauert und als schwerer politischer Fehler eingeschätzt. Lenin bezeichnet die angeführten Argumente für den Austritt „als völlig grundlose Befürchtungen und Verdächtigungen, durch die den russischen Sozialdemokraten Unaufrichtigkeit und Inkonsequenz der sozialdemokratischen Überzeugung unterstellt werden.“ Er charakterisiert dies „in theoretischer Hinsicht als die Folge eines bedauerlichen Eindringens von Nationalismus in die sozialdemokratische Bewegung“ des ‚Bund‘. Der Parteitag solle alle Maßnahmen ergreifen, „damit das jüdische Proletariat sowohl mit der vorliegenden Parteitagsresolution als auch überhaupt mit der Einstellung der russischen Sozialdemokratie zu jeder nationalen Bewegung gründlich bekannt gemacht wird.“ (Lenin: 2. Parteitag der SDAPR. Entwürfe von Resolutionen, die auf dem Parteitag nicht eingebracht wurden. Austritt des „Bund“, 1903, LW 6, S. 478.)

„trotz aller Hindernisse den Kampf an der Seite des Proletariats ganz Russlands weiterführen und gemeinsam mit ihm bis zum endgültigen Sieg über den Zarismus fortsetzen werde.“ (Band 1, S. 110)

4. Parteitag der SDAPR 1906

Dieser Parteitag nahm eine längere Resolution an mit dem Titel: „Das Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Parteien“. Der Entwurf stammte von Lenin.²⁶⁷ Diese Resolution soll nachfolgend vollständig zitiert werden:

„In Erwägung dessen,

1) dass sich das Proletariat aller Nationalitäten Russlands im Verlaufe der Revolution immer mehr durch den gemeinsamen Kampf zusammenschließt;

2) dass sich die verschiedenen nationalen sozialdemokratischen Parteien Russlands bei diesem gemeinsamen Kampf immer näher kommen,

3) dass in zahlreichen Städten anstelle der früheren föderativen Komitees vereinigte Komitees sämtlicher nationalen sozialdemokratischen Organisationen des betreffenden Gebietes gebildet werden;

4) dass die Mehrheit der nationalen sozialdemokratischen Parteien gegenwärtig bereits nicht mehr das föderative Prinzip vertritt, das vom II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands mit Recht abgelehnt worden ist,

stellen wir fest und schlagen dem Parteitag vor festzustellen:

1) dass energischste Maßnahmen zu treffen sind, um alle nationalen sozialdemokratischen Organisationen Russlands binnen kürzester Frist zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands zu verschmelzen;

²⁶⁷ Der Wortlaut der Resolution gemäß dem hier zitierten Dokumentenband weicht leicht ab vom Wortlaut des Entwurfs von Lenin gemäß den Lenin-Werken (siehe Lenin: Taktische Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR, März 1906, LW 10, S. 152 f.). # Ob dies nur an der Übersetzung liegt oder an der verabschiedeten Resolution gegenüber Lenins Resolutionsentwurf noch Formulierungen geändert wurden, müsste an den russischen Originalquellen festgestellt werden. Inhaltlich relevante Unterschiede konnten wir nicht feststellen. # **Satz streichen, nicht relevant.**

2) dass die Grundlage der Vereinigung die völlige Verschmelzung aller sozialdemokratischen Organisationen in den einzelnen Gebieten sein muss;

3) dass die Partei die Befriedigung aller Parteiinteressen und Bedürfnisse des sozialdemokratischen Proletariats jeder Nationalität tatsächlich gewährleistet und dabei auch seine besonderen materiellen und kulturellen Lebensbedingungen berücksichtigen soll. Das kann man durch besondere Konferenzen für die Sozialdemokraten der einzelnen Nationalitäten, durch das Recht auf Vertretung in den Orts-, Gebiets- und zentralen Körperschaften der Partei, durch Bildung von besonderen literarischen Verlags- und Agitationsgruppen usw. erreichen.

Anmerkung:

Die Vertretung der nationalen Minderheit im ZK der Partei könnte z. B. in der Weise organisiert werden, dass der Parteitag der Gesamtpartei eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern in das ZK aus den Kandidaten entsendet, die von den Gebietsparteitagen jener Gebiete Russlands aufgestellt werden, wo gegenwärtig gesonderte sozialdemokratische Organisationen bestehen.“ (Resolution des 4. Parteitages „Das Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Parteien“. (Band 1, S. 134 f.)

Hier wird deutlich, wie sehr um die einheitliche Partei gerungen und wie flexibel versucht wurde, auch die Interessen verschiedener Nationen und nationalen Minderheiten in der nationalen territorialen Organisation zu berücksichtigen.

Das wird auch in einem weiteren Resolutionsantrag „Vereinigung mit dem Bund“ deutlich, der als „Motivierte Resolution“ bezeichnet wird. Dort heißt es:

„In Erwägung dessen,

1) dass die Bedingungen für eine Vereinigung der SDAPR mit dem Bund, durch die der Bund als autonome Organisation des jüdischen Proletariats anerkannt wird, gleichzeitig bestimmen:

a) dass vereinigte örtliche Organisationen gebildet werden, die die gesamte Parteiarbeit leiten;

b) dass der Bund sich den Beschlüssen der Parteitage der SDAPR und des ZK der SDAPR unterordnen muss;

2) dass die genannten Bedingungen tatsächlich jede Isolierung des Bundes von der SDAPR beseitigen und somit keinen Boden für die Verwirklichung der vom II. Parteitag mit Recht abgelehnten Prinzipien des Föderalismus lassen,

ferner in Erwägung dessen,

3) dass der praktische Kompromiss - der Bund bildet in der SDAPR eine Organisation, die sich nicht auf einen territorialen Bezirk beschränkt - von der gegenwärtigen revolutionären Situation und der dringenden Notwendigkeit diktiert wird, die Proletarier ganz Russlands im täglichen politischen und ökonomischen Kampf einander näher zu bringen, –

stellt der Parteitag fest, dass die Parteioorganisationen alles daransetzen müssen, um die genannten Vereinigungsbedingungen möglichst rasch und umfassend in die Tat umzusetzen.

Gleichzeitig gibt der Parteitag der Gewissheit Ausdruck, dass die tatsächliche Kampfgemeinschaft der jüdischen und nichtjüdischen Arbeiter innerhalb einer einheitlichen Partei unvermeidlich dazu führen wird, dass sich das von der Partei anerkannte zentralistische Organisationsprinzip durchsetzt, dass sie den Boden für die Beseitigung jenes praktischen Kompromisses vorbereitet, der in den angeführten Bedingungen enthalten ist.“ (Band 1, S. 142 f.)

Auch hier wird deutlich, wie stark um eine Vereinigung in einer zentralisierten Partei gerungen wurde. Es wurden aber durchaus unter Beibehaltung des ursprünglichen Ziels praktische Kompromisse für den „Bund“ vorgeschlagen.

Auf dem 4. Parteitag wurde auch genauer über die Bedingungen der Verschmelzung der Sozialdemokratischen Organisationen Polens, Litauens und Lettlands mit der SDAPR diskutiert und Beschlüsse gefasst, die im Kern enthalten, dass es sich um territoriale Organisationen der SDAPR handelt, die auch ihren alten Namen als Untertitel behalten und eigene Parteitage abhalten sollten, aber dann eben wie andere Organisationen auf dem Gesamtparteitag vertreten sind. Gerade in diesen Gebieten war ja nun auch der „Bund“ sehr stark vertreten. In der Resolution „Die Bedingungen für die Verschmelzung der Sozialdemokratie Polens und Litauens mit der SDAPR“ des 4. Parteitags wurde daher ausdrücklich bestimmt, dass das Verhältnis zum „Bund“ in Absprache mit der SDAPR in diesen territorialen Gebieten festgelegt werden muss. (Band 1, S. 158f.)

Es wurde ebenso ein Entwurf der Bedingungen für eine Vereinigung des „Bundes“ mit der SDAPR vorgelegt und eine entsprechende Resolution angenommen.²⁶⁸ In diesem Entwurf heißt es:

„1) Der Bund gehört der SDAPR als sozialdemokratische Organisation des jüdischen Proletariats an. Seine Tätigkeit beschränkt sich nicht auf einen Bezirk.

2) Der Bund akzeptiert das Programm der SDAPR.

Anmerkung: Die Frage des Nationalitätenprogramms bleibt offen, da sie vom Vereinigungsparteitag nicht geprüft wurde.

3) Alle Beschlüsse der Parteitage der Gesamtpartei sind für den Bund verbindlich.

4) Im Rahmen der generellen Beschlüsse der Parteitage der SDAPR und der allgemeingültigen Direktiven des ZK der Partei behält der Bund in Fragen der Agitation, Organisation und Propaganda seine Selbstständigkeit.

5) Der Bund hat seine örtlichen Organisationen, seine zentralen Institutionen und Parteitage und entscheidet selbstständig in allen Angelegenheiten seiner Organisationen.

6) Sämtliche der SDAPR angehörenden örtlichen Organisationen bilden durch allgemeine Wahlen, ohne Unterschied der Nationalität der Parteimitglieder, ein einheitliches leitendes Komitee der SDAPR für die gesamte Stadt.

Anmerkung: Das Komitee entscheidet alle Fragen, die das gesamte Proletariat der betreffenden Stadt angehen. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Das Verfahren für die Wahl der Stadtkomitees erfolgt nach den allgemein in der Partei geltenden Grundsätzen.

7) Die Organisationen des Bundes entsenden ihre Vertreter unter den gleichen Bedingungen zu den Parteitag der Gesamtpartei wie die übrigen Organisationen der SDAPR.

Anmerkung: Mit Zustimmung der örtlichen Organisationen sind Wahlen zum Parteitag auf allgemeiner Wahlversammlung zulässig.

²⁶⁸ Auf dem Vereinigungsparteitag der SDAPR beantragte Lenin als Zusatz zum Statut der Vereinigung mit dem ‚Bund‘: „Der Parteitag beauftragt das ZK, das vorliegende Statut unmittelbar nach seiner Bestätigung durch den ‚Bund‘ in die Tat umzusetzen.“ (Lenin: Vereinigungsparteitag der SDAPR, April 1906, LW 10, S. 310). Siehe auch Lenin: Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR, Mai 1906, LW 10, S. 321 - 386, insbesondere S. 322-323 und S. 327

Der Bund ist im ZK der SDAPR vertreten.

Anmerkung: Wie der Bund im ZK der Partei vertreten sein soll, wird zwischen dem ZK des Bundes und dem ZK der SDAPR vereinbart.

Der Bund entsendet seine Vertreter in die Delegationen der SDAPR, die an internationalen Sozialistenkongressen teilnehmen.“ (Band 1, S. 161 f.)

Zu diesem Entwurf folgt eine gesonderte Resolution, in der es heißt:

„Trotz der Annahme des Entwurfs für die Vereinigung mit dem Bund spricht sich der Parteitag entschieden dagegen aus, dass sich das Proletariat nach Nationalitäten organisiert. Er billigt den Entwurf für die Vereinigung nur deshalb, um dem Kampf zwischen Verfechtern zweier Organisationsprinzipien einen normaleren Charakter zu verleihen.

Der Parteitag beauftragt das ZK, die betreffenden Statuten sofort nach ihrer Bestätigung durch den Bund in die Tat umzusetzen.“ (Band 1, S. 162)

Nach dem Parteitag wurde auf einer Konferenz im November 1906, auf der 32 Delegierte anwesend waren, davon sieben vom Bund, auch der Kampf gegen die „Schwarzhunderter“ und gegen die Pogrome auf die Tagesordnung gesetzt. (Band 1, S. 167)

5. Parteitag der SDAPR 1907

Auf dem 5. Parteitag wurde in der Resolution „Über die Vereinigung mit der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation“ auch die Vereinigung mit der armenischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschlossen, „die in naher Zukunft zu vollziehen“ sei (Band 1, S. S. 208).

* * *

Erst im April 1917, also 10 Jahre später fand der 6. Parteitag der SDAPR statt. In der Zwischenzeit wurden auf Konferenzen und Beratungen mehrere Parteiresolutionen beschlossen.

5. Parteikonferenz 1909

Die verschärfte Unterdrückung während der Zeit des Innenministers Stolypin („Stolypinsche Reaktion“) und die damit verbundene antibolschewistische Hetze erschwerten den Zusammenschluss des Proletariats aller Nationalitäten in Russland enorm. Dabei wird klar, dass es

nicht Debatten über die nationale Frage waren, die zu dieser Entfremdung geführt haben, sondern die Tatsache, dass die innerparteilichen Auseinandersetzungen und die antibolschewistische Haltung angesichts der finsternen Reaktion zu dieser Situation geführt haben. Der innerparteiliche Kampf verschärfte sich.

Auf der 5. Konferenz der SDAPR, die von Dezember 1908 bis Januar 1909 in Paris stattfand, wurde beschlossen, entsprechend der vorherigen Parteitagsbeschlüsse die örtlichen nationalen Organisationen verstärkt zu vereinigen. Dazu wurden die Resolutionen „Über die Vereinigung der nationalen Organisationen in den Orten“ und „Die Vereinigung mit der armenischen Organisation im Kaukasus“ verfasst (siehe Band 2, S. 13 und S. 18).

6. Parteikonferenz 1912

Die 6. Konferenz der SDAPR im Januar 1912 in Prag war eine bolschewistische Konferenz mit mehr als 20 vertretenen lokalen Organisationen. Von besonderer Bedeutung für das Thema der Entwicklung der Beschlusslage zur nationalen Frage ist die Resolution: „Über das Fehlen von Delegierten der nationalen Zentren auf der Allgemeinen Parteikonferenz“, die im Folgenden vollständig abgedruckt ist.

„Indem die Konferenz die Festigung der Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten Russlands als außerordentlich wichtig anerkennt und es als unbedingt notwendig erachtet, die Einheit mit den ‚Nationalen‘ im Lande herzustellen und die Verbindung der nationalen Organisationen mit dem Zentrum für das gesamte Russland zu festigen, ist sie gleichzeitig gezwungen folgendes zu konstatieren:

1. Die Erfahrung hat endgültig die Untragbarkeit einer solchen Lage der Dinge in der Partei bewiesen, wo die ‚Nationalen‘, die völlig isoliert von den russischen Organisationen arbeiten, eine Föderation schlimmsten Typs bilden und – häufig unabhängig von dem eigenen Willen und Wünschen – die wichtigsten russischen Organisationen in eine solche Lage brachten, dass die SDAPR die notwendigsten und wichtigsten Parteiunternehmen nicht zur Ausführung bringen konnte, insofern die nationalen Zentren an der Arbeit in Russland praktisch absolut nicht teilnahmen.

2. Eines der nationalen Zentren (der Bund) hat im letzten Jahr den Liquidatoren offen Beistand geleistet und versucht, eine Spaltung der SDAPR zu organisieren, während die anderen (die Zentren der Letten

und der Polnischen Sozialdemokratie) sich im entscheidenden Moment von dem Kampf gegen die Zerstörer der Partei – die Liquidatoren – ferngehalten haben.

3. Die parteitreuen Elemente aus den nationalen Organisationen und vor allen Dingen sämtliche proletarische Parteianhänger erklären sich – insofern Nachrichten über das Leben der *russischen* Organisationen zu ihnen dringen – entschieden *für* die Einheit mit den russischen illegalen Sozialdemokraten, *für* die Unterstützung der Russischen Organisationskommission und *für* den Kampf gegen das Liquidatorentum.

4. Die Zentralkomitees aller drei nationalen Organisationen sind dreimal zu der Parteikonferenz eingeladen worden (durch die Organisationskommission im Ausland, durch die Russische Organisationskommission und durch die Delegierten der Konferenz), und ihnen ist die volle Möglichkeit gesichert worden, ihre Vertreter zu delegieren.

In Anbetracht alles dessen macht die Konferenz – da sie es nicht für möglich erachtet, die Arbeit der SDAPR darum zu vertagen, weil es die nationalen Zentren nicht für wünschenswert halten, ihre Delegierten zu der allgemeinen Parteikonferenz zu entsenden – für das Nichterscheinen der ‚Nationalen‘ voll und ganz deren Zentren verantwortlich und beauftragt das Zentralkomitee der SDAPR, unermüdlich die Einheit und die Herstellung normaler Beziehungen mit den zur SDAPR gehörenden nationalen Organisationen anzustreben.

Die Konferenz gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, dass die sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten Russlands, trotz aller Hindernisse, einmütig und Hand in Hand kämpfen werden für die Sache des Proletariats und gegen alle Feinde der Arbeiterklasse.“ (Band 2, S. 103-105, H. i. O.)

Von Dezember 1912 bis Januar 1913 fand eine Beratung des ZK der SDPAPR mit Parteifunktionären statt. In Hinblick auf die Arbeit der Duma-Fraktion der SDAPR wurden deren reformistische Vorschläge in Hinblick auf nationale Minderheiten zurückgewiesen. In der Resolution „Über die sozialdemokratische Dumafraktion“ der Februar-Beratung 1913 wurde beschlossen:

„Die Verteidigung der national-kulturellen Autonomie unter dem Aushängeschild der ‚Schaffung notwendiger Institutionen für die freie Entwicklung jeder Nationalität‘, wie sie Gen. Tschchenkeli im Namen der Fraktion vornahm, stellt eine direkte Verletzung des Parteiprogramms dar. Eine dem Wesen nach völlig gleiche Formulierung wurde durch besondere Abstimmung auf dem II. Parteitag, der das Programm der

Partei bestätigte, verworfen. Ein Zugeständnis an nationalistische Stimmungen, selbst in solch einer getarnten Form, ist für eine proletarische Partei unzulässig.“ (Band 2, S. 137)

Hier spiegelt sich die Auseinandersetzung mit der österreichischen Sozialdemokratie und der Position Otto Bauers wieder. Dem Schein nach ging es um die Betonung der nationalen Fragen, der Sache nach aber um reformistische Vorschläge an den zaristischen Staat.

Außerdem wurde der Februar-Beratung 1913 eine gesonderte Resolution mit dem Titel „Über die ‚nationalen‘ sozialdemokratischen Organisationen“ beschlossen. Nach einem Verweis auf die Unterstützung eines Kandidaten, der nicht der Sozialdemokratischen Partei angehörte, durch den „Bund“ in Polen und auf die „Verletzung des Parteiprogramms zugunsten des Nationalismus“ durch die Augustkonferenz (1912) der Liquidatoren, des „Bund“ und der lettischen Sozialdemokraten²⁶⁹ wird der „Bankrott der föderalistischen Prinzipien im Aufbau der sozialdemokratischen Partei“ konstatiert und „die große Schädlichkeit der Zersplitterung der ‚nationalen‘ sozialdemokratischen Organisationen für die Sache des Proletariats“ betont. Weiter heißt es:

„Die Beratung ruft deshalb die Arbeiter aller Nationalitäten Russlands nachdrücklich zur entschiedensten Abwehr des streitbaren Nationalismus der Reaktion auf, zum Kampf gegen alle und jegliche Erscheinungsformen nationalistischen Geistes unter den werktätigen Massen und zum engsten Zusammenschluss und zur Verschmelzung der sozialdemokratischen Arbeiter in den Orten zur einheitlichen Organisation der SDAPR, welche die Arbeit in jeder Sprache des örtlichen Proletariats führen, die die Einheit von unten her durch die Tat verwirklichen, wie dies seit langem im Kaukasus geschieht.“ (Resolution „Über die ‚nationalen‘ sozialdemokratischen Organisationen“ der Februar-Beratung 1913, Band 2, S. 142)

Ein spezieller Abschnitt befasst sich mit dem Opportunismus des „Bund“.

„Die Beratung hebt insbesondere den extremen Opportunismus und das Liquidatorenentum in den Beschlüssen der letzten (IX.) Konferenz des Bundes hervor, die die Losung der Republik absetzte, die illegale Arbeit

²⁶⁹ Siehe Band 2, S. 142

in den Hintergrund schob und erkennen ließ, dass der Bund die revolutionären Aufgaben des Proletariats vergessen hat. Die gleiche Verurteilung verdient der Widerstand des Bund gegen die Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter in den Orten (in Warschau, Lodz, Wilna usw.), - gegen die Vereinigung, auf die die SDAPR seit dem Jahr 1906 auf ihren Parteitag und Konferenzen wiederholt drängte.“ (Band 2, S. 143)

Auf der „August-Beratung“ des ZK mit Parteifunktionären im September-Oktober 1913 wurde noch einmal ausführlich eine Resolution zur nationalen Frage verabschiedet, die noch konkreter als bisher Stellung nahm. In der Resolution „Zur nationalen Frage“ heißt es:

„Die Lage innerhalb der Sozialdemokratie (die Versuche der kaukasischen Sozialdemokraten, des Bund und der Liquidatoren, das Programm der Partei aufzuheben usw.) zwingt die Partei, dieser Frage noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Gestützt auf das Programm der SDAPR stellt die Beratung - im Interesse der richtigen Gestaltung der sozialdemokratischen Agitation in der nationalen Frage - folgende Grundsätze auf:

[...]

2. Die Einteilung des Schulwesens nach Nationalitäten innerhalb der Grenzen eines Staates ist vom Standpunkt der Demokratie überhaupt und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats im Besonderen unbedingt schädlich. Gerade zu einer solchen Einstellung führt der in Russland von allen bürgerlichen Parteien des Judentums und den kleinbürgerlichen opportunistischen Elementen verschiedener Nationen angenommene Plan der sogenannten ‚national-kulturellen Autonomie‘ oder ‚der Schaffung von Institutionen, die die Freiheit der nationalen Entwicklung garantieren‘.

3. Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern den Zusammenschluss der Arbeiter aller Nationalitäten des betreffenden Staates zu einheitlichen proletarischen Organisationen, zu politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, zu genossenschaftlichen Bildungsvereinen usw. Nur ein solcher Zusammenschluss der Arbeiter verschiedener Nationalitäten zu einheitlichen Organisationen gibt dem Proletarier die Möglichkeit, einen siegreichen Kampf gegen das internationale Kapital, gegen die Reaktion und ebenso gegen die Propaganda und die Bestrebungen der Gutsbesitzer, der Pfaffen und der bürgerlichen Nationalisten aller Nationen, die gewöhnlich ihre antiproletarischen Bestrebungen un-

ter der Flagge der ‚nationalen Kultur‘ unternehmen, zu führen. Die weltumfassende Arbeiterbewegung schafft und entwickelt mit jedem Tag mehr die internationale Kultur des Proletariats.

4. Was das Recht der von der zaristischen Monarchie unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung, d. h. auf Lostrennung und Bildung eines selbstständigen Staates anbetrifft, so muss die Sozialdemokratische Partei unbedingt dieses Recht verteidigen. Das erfordern sowohl die Grundprinzipien der internationalen Demokratie überhaupt als auch insbesondere die unerhörte nationale Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung Russlands durch die zaristische Monarchie, welche die reaktionäre und barbarische Staatsform im Vergleich mit den Nachbarstaaten Europa und Asien darstellt. Das verlangt ferner die Sache der Freiheit der Bevölkerung Großrusslands selbst, die nicht imstande ist, einen demokratischen Staat zu schaffen, wenn nicht der ultrareaktionäre großrussische Nationalismus ausgelöscht wird, der von der Tradition einer Reihe blutiger Gewaltakte gegen die nationale Bewegung genährt und nicht nur von der zaristischen Monarchie und von allen reaktionären Parteien, sondern auch von dem vor der Monarchie kriechenden großrussischen bürgerlichen Liberalismus, besonders in der Epoche der Konterrevolution, systematisch hochgezüchtet wird.

5. Die Frage des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung (d. h. die in der Verfassung des Staates verankerte Garantierung einer vollkommen freien und demokratischen Entscheidung über die Frage der Lostrennung) darf man nicht mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation vermengen. Diese letztere Frage muss die Sozialdemokratische Partei in jedem einzelnen Falle vom Standpunkt der Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus vollkommen selbstständig entscheiden.

Die Sozialdemokratie muss dabei berücksichtigen, dass die Gutsbesitzer, die Pfaffen und die Bourgeoisie der unterjochten Nationen häufig ihre Bestrebungen, die Arbeiter zu spalten und sie zu verdummen, mit nationalistischen Losungen tarnen, wobei sie hinter deren Rücken Abkommen mit den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie der herrschenden Nation treffen zum Nachteil der werktätigen Massen aller Nationen.“ (Band 2, S. 163-165)

Hier wird also erstmals in den Beschlüssen der SDAPR das Recht auf staatliche Lostrennung formuliert und die Frage der zweckmäßigen Anwendung diskutiert.

2. Zunehmend menschewistisch-liquidatorische Positionierungen des „Bunds“

Es ist daher wichtig zu verstehen, dass eine Fülle von Kritikpunkten am Ökonomismus bzw. später an den Menschewiki auch den „Bund“ betrafen. Stationen der Auseinandersetzung zwischen den revolutionären Kräften der SDAPR und dem „Bund“ in Bezug auf wichtige allgemeine **Grundfragen** des Kampfes zwischen Marxismus und Opportunismus sollen im Folgenden wenigstens knapp nachgezeichnet werden.

■ **1899-1904:** In der Phase des Kampfes gegen den Ökonomismus propagierte der Bund eindeutig die sogenannte Zwei-Stufen-Theorie.²⁷⁰ Diese besagt, dass zunächst nur der ökonomische Kampf wichtig sei und erst in einem späteren Stadium politische Forderungen aufgestellt werden könnten.²⁷¹ Mit einem gewissen Optimismus, dass dies im Weiteren überwunden würde, merkt Lenin 1903 an, dass

„der ‚Bund‘ den Ökonomismus unterstützt, die Spaltung im Ausland gefördert und Beschlüsse angenommen, wonach der ökonomische Kampf das *beste* Mittel der politischen Agitation ist.“ (Lenin: Zur Erklärung des „Bund“, Februar 1903, LW 6, S. 316, H. i. O.)

■ **1905-1907:** Lenin beobachtete genau, ob und an welchem Punkt die Zusammenarbeit zwischen „Bund“ und Menschewiki Brüche bekam. So hat der „Bund“ 1905 gemeinsam mit der SDAPR-Bolschewiki und anderen sozialdemokratischen Parteien in Russland anders als die Menschewiki das Boykott der Reichsduma gutgeheißen.²⁷²

²⁷⁰ In dem Artikel „Über den Bolschewismus“²⁷⁰ vom Januar 1913 erinnert Lenin zudem daran, dass auch in der ersten Phase des Kampfes gegen die Ökonomen zur Zeit des 2. Parteitags der SDADR 1903 der „Bund“ die Ökonomen unterstützt habe. (Lenin: Über den Bolschewismus, Januar 1913, LW 18, S. 477 f.)

²⁷¹ Siehe Lenin: Was tun?, 1902, LW 5, S. 414

²⁷² Siehe Lenin: Die ersten Ergebnisse der politischen Gruppierung, Oktober 1905, LW 9, S. 396. Siehe ebenso Lenin: Hysterie der Unterlegenen, Oktober 1905, LW 9, S. 406, sowie Lenin: Keine Schwindelei! Unsere Kraft liegt im Aussprechen der Wahrheit!, September 1905, LW 9, S. 290-294, und Lenin: Eine zornige Antwort, Oktober 1905, LW 9, S. 326-327.

Im September 1905 griff Lenin im Artikel „Die Theorie der Selbstentstehung“ den „Bund“ wegen seiner Beschönigung der menschewistischen Haltung zur Konstituierenden Versammlung an. Der „Bund“ behauptete, dass nun kein Streit mehr über die Konstituierende Versammlung nötig sei.²⁷³

Im Dezember 1906 erschien Lenins Artikel „Zu einem Artikel im Organ des ‚Bund‘.“ Lenin zitiert zunächst sehr ausführlich die taktische Position des „Bund“ anhand eines Zeitungsartikels, der Unterschiede zur menschewistischen Position in der Frage des Bündnisses mit den Kadetten hervorhebt. Er kritisiert aber auch Halbheiten, da der „Bund“ an anderer Stelle anderes gesagt hatte.²⁷⁴

1907, also in der Zeit unmittelbar nach der Niederlage der Revolution von 1905, als die Menschewiki immer weiter zurückwichen, registrierte Lenin sehr genau, dass sich die Bundisten von der „menschewistischen Masse“ abhoben und auch begonnen hatten, sich über Plechanow lustig zu machen.²⁷⁵

■ **1908-1911:** In einem Bericht an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom März 1909 kritisierte Lenin die verzerrten Darstellungen im Zentralorgan „Vorwärts“. Er verweist darauf, dass in einer Konferenz der SDAPR die Liquidatoren-Strömung verurteilt wurde und für diese Resolution nicht nur alle Bolschewiki und alle Mitglieder der polnischen Sozialdemokratie, sondern auch zwei von insgesamt drei Delegierten des „Bund“ gestimmt hatten.²⁷⁶

²⁷³ Siehe Lenin: Die Theorie der Selbstentstehung, September 1905, LW 9, S. 241-246

²⁷⁴ Lenin: Zu einem Artikel im Organ des ‚Bund‘, Dezember 1906, LW 11, S. 374 - 382

²⁷⁵ Plechanow propagierte „eine *gemeinsame Plattform* von Sozialdemokraten und Kadetten“, also mit Kräften der konterrevolutionären „liberalen“ Bourgeoisie. (Siehe den Artikel Lenins: Plechanow und Wassiljew, Januar 1907, LW 11, S. 422, H. i. O.).

²⁷⁶ Lenin: An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, März 1909, LW 15, S. 380 - 382, hier S. 381

An anderer Stelle erwähnt Lenin, dass die Liquidatoren zum Teil auch im „Bund“ aktiv waren.²⁷⁷

Im Artikel „Die Liquidierung des Liquidatorentums“ vom Juli 1909 stellt Lenin fest, dass sich das menschewistische ZK in einer bestimmten Situation nicht auf die Mehrheit der Partei stützen konnte und auch die Polen, Letten und die Vertreter des „Bund“ das rein menschewistische ZK nicht unterstützten.²⁷⁸ Im Artikel „Entlarvte Liquidatoren“ stellt er fest, dass sich ein Teil der Bundisten gegen das Liquidatorentum gewandt hatte.²⁷⁹

1912-1914: Im Januar 1912 fand die 6. („Prager“) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR statt. In einem Artikel über diese Konferenz berichtet Lenin, dass der „Bund“ aus eigenem Verschulden dort nicht anwesend war und „im letzten Jahr den Liquidatoren offen Beistand geleistet“ hatte.²⁸⁰

In einer Resolution der Prager Konferenz der Bolschewiki 1912 urteilten die Bolschewiki, dass der „Bund“ im Jahr zuvor den menschewistischen Liquidatoren offen Beistand leistete.²⁸¹ 1912 wurde der „Bund“ schließlich offiziell eine Sektion der Menschewiki. Er gehörte dem „Augustblock“ von Menschewiki, menschewistischen Trotzkiisten und anderen opportunistischen Gruppen an, die sich gegen die bolschewistische Partei vereinigten.

Im März 1912 veröffentlichte Lenin seine kleine Broschüre „Der Anonymus aus dem ‚Vorwärts‘ und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands“, die in deutscher Sprache erschien. Diese war an die II. Internationale und an die SPD gerichtet. Lenin

²⁷⁷ Lenin: Mitteilung über eine Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari‘, Juli 1909, LW 15, S. 429 - 438, hier S. 435

²⁷⁸ Lenin: Die Liquidierung des Liquidatorentums, Juli 1909, LW 15, S.455 - 463, hier, S. 462. Eine andere Bemerkung dazu in Lenin: Brief an die Hörer der Schule auf Capri, August 1909, LW 15, S. 475 - 481, hier S. 480

²⁷⁹ Lenin: Entlarvte Liquidatoren, September 1909, LW 16, S. 1 - 8, hier S. 1

²⁸⁰ Lenin: VI („Prager“) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR, 5.–7. Januar 1912, Die Resolutionen der Konferenz, LW 17, S. 455

²⁸¹ Diese Resolution haben wir bereits ausführlich zitiert im Anhang: 1. Chronologie der relevanten Resolutionen der SDAPR zum „Bund“. ##Bezug am Ende noch prüfen##

weist darin die Behauptung in einem Artikel im SPD-Organ „Vorwärts“ zurück, dass die verschiedenen nationalen sozialdemokratischen Organisationen, darunter der „Bund“, das eigentliche „Rückgrat der Bewegung“ bilden würden.²⁸² Weiter stellt Lenin in dieser Broschüre fest, dass eine Vereinigung des „Bund“ mit der SDAPR an den einzelnen Orten trotz eines Beschlusses von 1908 tatsächlich nicht stattgefunden hatte und dass innerhalb der Organisation des „Bund“ mal Liquidatoren, mal Anti-Liquidatoren-Strömungen die Oberhand gewonnen hatten.²⁸³

Ebenfalls im März 1912 schrieb Lenin einen Brief an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, Huysmans. Er betonte darin abschließend über die Konferenz der SDAPR:

„Weil die nationalen Organisationen auf der Konferenz nicht anwesend waren, hat sie dem ZK die Verpflichtung auferlegt, Verhandlungen mit ihnen anzubahnen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen.“
(Brief an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, Huysmans, März 1912, LW 17, S. 542)

Außerdem wurde eine gesonderte Resolution mit dem Titel „Über die ‚nationalen‘ sozialdemokratischen Organisation“ beschlossen. Nach einem Verweis auf die Unterstützung eines Kandidaten, der nicht der Sozialdemokratischen Partei angehörte, durch den „Bund“ in Polen und auf die „Verletzung des Parteiprogramms zugunsten des Nationalismus“ durch die Augustkonferenz (1912) der Liquidatoren, des „Bund“ und der lettischen Sozialdemokraten²⁸⁴ wird der „Bankrott der föderalistischen Prinzipien im Aufbau der sozialdemokratischen Partei“ konstatiert und „die große Schädlichkeit der Zersplitterung der

²⁸² Lenin: Der Anonymus aus dem „Vorwärts“ und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, März 1912, LW 17, S. 527-538, hier S. 530.

²⁸³ Ebenda, S. 534 f.

²⁸⁴ Resolution „Über die ‚nationalen‘ sozialdemokratischen Organisationen“ der Februar-Beratung 1913. Zitiert in: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plänen des ZK“, Offenbach 2004, Band 2, S. 142

„nationalen' sozialdemokratischen Organisationen für die Sache des Proletariats“ betont.

Im Februar 1914 wandte sich Lenin in einem kurzen Bericht über die Lage der Partei an C. Huysmans, da diese Losung des „Bundes“ und der Liquidatoren für eine exterritoriale „national-kulturelle Autonomie“ im sogenannten „Augustblock“ der Menschewiki verschiedenster Richtungen ein verfeinerter bürgerlicher Nationalismus sei, wie er an anderer Stelle ausführlich erläutert hat. (An C. Huysmans, Februar 1914, LW 20, S. 64)

Im Folgenden spitzte sich die Auseinandersetzung mit dem „Bund“ zu. Die Bundisten machten mit Menschewiki und Liquidatoren gemeinsame Sache. Sie gingen, wie Lenin berichtet, sogar auf der 9. Konferenz des „Bund“ so weit, „die Losung der Demokratischen Republik und der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien aufzuheben!“²⁸⁵

Eine Zusammenfassung der Debatte über die nationale Frage im Programm der SDAPR findet sich in dem im Juni 1914 geschriebenen Artikel „Es ist Klarheit geschaffen.“²⁸⁶

Zitiert werden die Beschlüsse von 1903, 1908 und 1910 und es werden die Tatsachen festgehalten, dass die Menschewiki-Liquidatoren diese Dokumente eben nicht anerkennen. Deutlich wird, dass das Spiel mit Worten (es gehe doch nun angeblich nicht um die „national-kulturelle Autonomie“, sondern nur um die Gründung von Institutionen für die nationalen Minderheiten) seitens der opportunistischen Strömungen nicht funktioniert habe.

²⁸⁵ Lenin: Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands, Mai 1913, LW 19, S. 95

²⁸⁶ Lenin: Es ist Klarheit geschaffen, Juni 1914, LW 20, S. 352-357

3. Zur Judenfeindschaft in Österreich und zum Kampf der Sozialdemokratie in Österreich dagegen

Die recht ausführliche Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft in Österreich, den Positionen der damaligen Sozialdemokratie in Österreich zum Kampf gegen die Judenfeindschaft sowie zur nationalen Frage im österreichischen Nationalitätenstaat, insbesondere auch die Auseinandersetzung mit den theoretischen Arbeiten von Karl Kautsky, Otto Bauer und Karl Renner in diesem Abschnitt soll kurz begründet werden.

Der aus Österreich stammende Kautsky hatte für die deutsche Sozialdemokratie als Theoretiker und faktischer Erbe des Nachlasses von Friedrich Engels eine überragende Bedeutung.

Seine Überlegungen zu Österreich wie auch die Überlegung von Otto Bauer und Karl Renner zur Frage der Nationalitäten und der jüdischen Bevölkerung in dem Vielvölkerstaat der Habsburger Monarchie wirkten zur damaligen Zeit durchaus auch auf die deutsche Sozialdemokratie.

Die auf den Vielvölkerstaat Österreich bezogenen Positionen spielten vor allem auch eine Rolle in der Sozialdemokratie in Russland. Die Schriften Kautskys und Otto Bauers fanden dort große Beachtung und beeinflussten stark die Diskussion in der Sozialdemokratie in Russland.

Am meisten spielten die Positionen und teils sehr umfangreichen Beiträge aus Österreich in die Auseinandersetzungen zwischen den Bolschewiki und dem Bund hinein. Die vom „Bund“ befürworteten und vertretenen Positionen zur Frage einer zentralisierten oder föderativen Partei sowie zur „national-kulturellen Autonomie“ entsprachen weitgehend denen der Sozialdemokratie in Österreich, auch wenn es im Einzelnen Widersprüche gab. Die Sozialdemokratie in Österreich führte krass vor Augen, wohin es auch in der Sozialdemokratie Russlands geführt hätte, wenn die vom Bund eingenommenen und befürworteten opportunistisch-nationalistischen Positionen den Sieg in der gesamten damals revolutionären Sozialdemokratie davon getragen

hätten: Völliger Zerfall der einheitlichen revolutionären Partei in untereinander zerstrittene, ja sich direkt bekämpfende „nationale“ Parteien, nicht Orientierung auf die Zerschlagung des Staatsapparats, welcher die nationalen Unterdrückungsverhältnisse gewährleistet und forciert, sondern Orientierung auf dessen Erhalt in den gegebenen Grenzen in angeblich durch „national-kulturelle Autonomie“ verbesserter Gestalt. Daher wird es zu den praktischen Resultaten der „nationalen“ Politik der österreichischen Sozialdemokratie einen Abschnitt geben.

a) Zur Judenfeindschaft in Österreich und zum Kampf dagegen

Um 1900 lebten auf dem Staatsgebiet der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zirka 1.225.000 jüdische Menschen, davon über 800.000 in Galizien und annähernd 100.000 in der Bukowina.²⁸⁷

Judenfeindschaft

Nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 in Österreich-Ungarn dauerte es bis 1868, bis alle formellen Sonderbestimmungen gegen die jüdische Bevölkerung beseitigt waren. Diskriminierungen der jüdischen Bevölkerung und Judenfeindschaft blieben allerdings in hohem Maß bestehen und verstärkten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts und danach, nunmehr auf Grundlage der zunehmenden kapitalistischen Entwicklung, die sich mit gewichtigen feudalen Überresten verband. In Zusammenhang damit stand ein System nationaler Unterdrückung, das auch mit einer Politik des „Teile und Herrsche“ seine Herrschaft zu stabilisieren suchte, vor allem indem die selbst unterdrückte ungarische Nationalität zur Unterdrückung anderer Nationalitäten herangezogen wurde.²⁸⁸

Aus dem Mittelalter überkommen war in Österreich bis ins 19. Jahrhundert hinein die klerikale Judenfeindschaft vorherrschend. Diese spielte weiterhin eine überaus wichtige Rolle und wurde politisch vor allem von der von Lueger 1893 gegründeten Christlichsozialen Partei

²⁸⁷ Siehe Spira, Leopold: Antisemitismus in Österreich. Erscheinungen, Wurzeln, Träger, Weg und Ziel, Sondernummer September 1965, Wien 1965, S. 9

²⁸⁸ Zur Lage und Entwicklung in Österreich siehe genauer: Große Sowjet-Enzyklopädie: Geschichte Österreichs, Berlin 1953

repräsentiert, welche „die Juden“ für alle Missstände verantwortlich machte.²⁸⁹

Neben der klerikalen Judenfeindschaft trat Ende der 1880er Jahre die deutschnationalistische und rassistische Judenfeindschaft, an deren Spitze der Judenfeind Georg von Schönerer stand. Dessen Wahlspruch war: „Religion ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei.“ Zwischen diesen Spielarten der Judenfeindschaft gab es zwar Widersprüche. Aber in der Praxis arbeiteten sie teilweise eng zusammen, so bei der judenfeindlichen Kampagne, die 1895 in Wien zum Wahlsieg der Christlichsozialen im Bündnis mit den Deutschnationalen führte.

Auch in der judenfeindlichen Hetze unterschieden sich die Christlichsozialen und die Deutschnationalen nicht wesentlich. So war es etwa mit Ernst Schneider ein Christlichsozialer, der 1898 im niederösterreichischen Landtag die Einführung von Prämien für den „Abschuss“ von Jüdinnen und Juden verlangte.²⁹⁰ In den „Deutschen Hochstimmen“ der deutschvölkischen Judenfeinde war 1909 zu lesen, dass man „die jüdische Rasse [...] verfolgen und ausrotten“ solle.“²⁹¹

Sowohl die klerikalen als auch die deutschnationalen und rassistischen Judenfeinde hatten massive soziale Demagogie in ihrem Arsenal, mit der sie Einfluss bis hinein in die proletarische Klasse erzielten.²⁹² Bereits 1884 schrieb Kautsky an Engels:

²⁸⁹ Vorläufer der Christlichsozialen Partei war die Bewegung der sogenannten christlichen Sozialreform unter Führung des Judenfeinds Carl Freiherr von Vogelsang.

²⁹⁰ Siehe Peham, Andreas: Antisemitismus in Österreich: Ein (unvollständiger) Überblick, Wien 2019, S. 13

²⁹¹ Zitiert nach: Peham, Andreas: Antisemitismus in Österreich: Ein (unvollständiger) Überblick, Wien 2019, S. 16

²⁹² Die deutschnationalen Judenfeinde, insbesondere die „Alldeutschen“, wandten sich explizit auch gegen die slawische Bevölkerung Österreichs. Eine besonders starke soziale Basis hatte die Verbindung aus Feindschaft gegen die slawische Bevölkerung und Judenfeindschaft unter den Intellektuellen und Beamten der Hauptstadt Wien. Das hatte Auswirkungen bis in die proletarische Klasse hinein. Darauf macht ein Artikel im Theoretischen Organ der KPÖ aus dem Jahr 1946 aufmerksam: „Gerade die Hochschulen waren Zentren des großdeutschen, imperialistischen Slawenhasses; Wien stellte die Intellektuellen und Beamten der

„... wir haben Mühe, unsere eigenen Leute zu hindern, dass sie nicht mit den Antisemiten fraternisieren. Die Antisemiten sind jetzt unser gefährlichster Gegner, gefährlicher als in Deutschland, weil sie oppositionell und demokratisch auftreten, also den Instinkten der Arbeiter entgegenkommen ...“²⁹³

Eine besondere Rolle unter den Judenfeinden spielte Karl Lueger. Dieser errang mit seiner geschickten „sozialen“ Rhetorik großen Einfluss.²⁹⁴ Luegers populistische Demagogie hatte dabei eindeutig Judenfeindschaft zur Grundlage.²⁹⁵ Die Wahlkämpfe von Lueger und seiner Christlichsozialen Partei standen nahezu ausschließlich im Zeichen der Judenfeindschaft. Die ständig in Versammlungen auftretenden Politiker der Christlichsozialen Partei setzten gezielt und mit großem Erfolg auf judenfeindliche „Skandalisierung.“

ganzen Monarchie und die ‚deutschen‘ Studenten bewachten eifersüchtig ihr Privileg, das durch die Emanzipation der anderen Völkerschaften der Monarchie bedroht wurde. [...] Über die großdeutschen antisemitischen Intellektuellen fand der Antisemitismus auch Eingang in die Arbeiterbewegung.“ (Krenn, Anton: Rassenhetze und Antisemitismus – Der imperialistische Charakter der Rassentheorie, in: Weg und Ziel, Monatszeitschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Kommunismus, Theoretisches Organ der KPÖ, Nr. 11/1946, S. 642)

²⁹³ Brief Karl Kautskys an Friedrich Engels vom 23. Juni 1884, in: Kautsky, Benedikt (Hrsg.): Friedrich Engels‘ Briefwechsel mit Karl Kautsky, Wien 1955, S. 125 1885 machte Kautsky in seinem Artikel „Der Antisemitismus“ im „Österreichischen Arbeiter-Kalender“ auf die Gefährlichkeit der Judenfeindschaft aufmerksam. Zu Stärken und Schwächen von Kautskys Artikel siehe: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848 bis 1893), Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2019, S. 327–336.

²⁹⁴ Lueger war von 1897 bis 1910 Wiener Bürgermeister und hatte große Popularität wegen diverser kommunaler Großprojekte, etwa den Bau der Wiener Hochquellenwasserleitung, Kommunalisierung der Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie der Straßenbahnen, aber auch Bau von großen Sozialeinrichtungen wie dem Versorgungsheim Lainz. An Luegers Begräbnis 1910 nahmen Hunderttausende teil, darunter auch Adolf Hitler.

²⁹⁵ Zum Beispiel erklärte er in einer Rede am 20. Juli 1899 vor dem Christlichsozialen Arbeiterverein in Wien, in Österreich gehe es „vor allem um die Befreiung des christlichen Volkes aus der Vorherrschaft des Judentums“ (Zitiert nach Wikipedia: Karl Lueger).

Die Wahlerfolge der österreichischen Judenfeinde übertrafen die der deklarierten Judenfeinde in Deutschland bei weitem.²⁹⁶ Im Herbst 1895 gewann die Christlichsoziale Partei in Koalition mit anderen „Antisemiten“ (die sich selbst so bezeichneten) und Deutschnationalen erstmals im Wiener Gemeinderat eine deutliche Mandatsmehrheit.²⁹⁷ 1897 wurde Lueger zum Wiener Bürgermeister gewählt und war damit erstmals und in dieser Zeit der einzig deklariert judenfeindlich auftretende Bürgermeister einer Hauptstadt. Lueger stand Ende des 19. Jahrhunderts an der Spitze der erfolgreichsten judenfeindlichen Bewegung in Europa. Die Wiener Administration unter Führung des Judenfeinds Lueger ging auch sogleich mit verschiedenen judenfeindlichen Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung in Wien vor. Jüdische Kaufleute wurden von der Zuteilung von Aufträgen ausgeschlossen. Unbemittelten jüdischen Schülerinnen und Schülern der städtischen Gymnasien wurde das Schulgeld unter keinen Umständen erlassen und diverse andere Schikanen und Drangsalierungen mehr.²⁹⁸

²⁹⁶ Die judenfeindliche Christlichsoziale Partei konnte auf eine Reihe von Vorfeldorganisationen in unterschiedlichen sozialen Schichten und Bereichen zurückgreifen. Beispielsweise unterstützten den Wahlkampf der Judenfeinde im September 1895 lokale Wahlkomitees, Versammlungen von judenfeindlichen kleinbürgerlichen Interessenvertretungen, mehrere judenfeindlich ausgerichtete Genossenschaften bzw. der Genossenschaftstag (eine Dachorganisation der Handwerker, Hausbesitzer, Kaufleute und Beamten). Die Christlichsozialen verfügten über zwei auflagenstarke Tageszeitungen als Sprachrohre aller ihrer judenfeindlichen Wahlaktivitäten. Die eine davon, die „Reichspost“, war seit 1894 das offizielle Organ der Christlichsozialen Partei. Die judenfeindliche Christlichsoziale Partei erhielt ihre Kraft gerade auch durch die starke Unterstützung seitens der katholischen Kirche. Dazu gehörten vor allem geschulte Mitarbeiter aus dem niederen Klerus, welche faktisch zur Parteiorganisation gehörten. Siehe Lichtblau, Albert: Antisemitismus und soziale Spannung in Berlin und Wien 1867–1914, Berlin 1994, S. 46; Pauley, Bruce: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, S. 84; siehe auch Wikipedia „Christlichsoziale Partei (Österreich)“)

²⁹⁷ Siehe dazu genauer auch: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Gütersloh 1966, S. 144–153

²⁹⁸ Siehe dazu genauer: Dubnow, Simon: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Das Zeitalter der zweiten Reaktion (1880–1914) Nebst Epilog (1914–1928), Berlin 1929, S. 86 f.

Judenfeindliche Attacken auf der Straße und Körperverletzungen jüdischer Menschen standen nicht im Vordergrund. Die Angriffe konzentrierten sich auf judenfeindliche Hetze bis hin zu Ritualmordanschuldigungen.²⁹⁹ Gleichzeitig gab es gesellschaftliche Ausgrenzungen vor allem durch „Arier-Paragrafen“ in den allermeisten Burschenschaften sowie auch Turner-Organisationen und den „Wandervögel“-Gruppen.³⁰⁰

Kampf gegen Judenfeindschaft

Die jüdische Selbstverteidigung konzentrierte sich auf Aufklärung sowie Prozesse gegen jüdische Hetzer. Als Autor und praktisch politisch handelnder jüdischer Mensch ragte in dieser Zeit Josef Bloch heraus. 1886 gründete er die Österreichisch-Israelitische Union. Diese diente der jüdischen Selbstverteidigung, prangerte Judenfeindschaft an und bekämpfte die Verabschiedung diskriminierender religiöser und rassistischer Gesetze.³⁰¹

Wenn auch schwach traten auch nichtjüdische Menschen den Judenfeinden entgegen. 1891 gründeten die Antikriegskämpferin und Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner, der bekannte Professor für Medizin Hermann Nothnagel und andere den Verein zur Abwehr des Antisemitismus, zu dem dann auch der Komponist Johann Strauß gehörte. Mitglied war auch der bekannte Chirurg Theodor Billroth, der

²⁹⁹ Siehe Pauley, Bruce: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, S. 87

³⁰⁰ In den sich zuspitzenden Nationalitätenkonflikten in Österreich-Ungarn versuchten verschiedene nationalistische Kräfte teilweise zwar auch, die jüdische Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Sie waren sich in der Hauptsache aber einig in der Feindschaft gegenüber den jüdischen Menschen. Das zeigten etwa die judenfeindlichen Ausschreitungen in Prag, Polna, Hollerschau und anderen tschechischen Orten nach einem judenfeindlichen Ritualmord-Prozess 1899. Nachdem in der tschechischen Stadt Polna eine Frau ermordet aufgefunden worden war, war der Jude Hilsner auf Grund von konstruierten und jeder Grundlage entbehrenden Anschuldigungen zum Tode verurteilt worden. Zur damaligen Situation in Galizien und Böhmen siehe genauer: Dubnow, Simon: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Das Zeitalter der zweiten Reaktion (1880–1914) nebst Epilog (1914–1928), Berlin 1929, S. 89 ff.)

³⁰¹ Siehe Pauley, Bruce: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus – Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, S.84 ff.

früher mit rassistischen Ansichten hervorgetreten war, sich dann aber davon abgewandt hatte.³⁰² In Prag, Wien und anderen Städten gab es Protestveranstaltungen gegen die Dreyfus-Affäre.³⁰³

Die österreichische Sozialdemokratie hatte sich schon früh mit der zunehmenden Judenfeindschaft in Österreich auseinanderzusetzen. Im März 1890 hatte Engels von dem österreichischen Bankangestellten Isidor Ehrenfreund einen Brief erhalten. Darin beschrieb dieser, dass in bestimmten Teilen der Wiener Bevölkerung der „Antisemitismus“ weit verbreitet sei und zunehmend mit antikapitalistischem Anstrich „gegen das jüdische Kapital“ daherkomme. Als Antwort verfasste Engels seine wichtige und weit verbreitete Stellungnahme „Über den Antisemitismus“, die auszugsweise in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Mai 1890 veröffentlicht wurde. Darin warnte Engels eindringlich, dass der „Antisemitismus ... nur reaktionären Zwecken“ diene.³⁰⁴ Diese Stellungnahme von Engels war nicht nur für die Sozialdemokratie in Österreich relevant, war aber dort mit Sicherheit von einer ganz besonderen Wichtigkeit.

Die Haltung der führenden Kräfte der Sozialdemokratie in Österreich gegenüber der Judenfeindschaft war keineswegs klar bestimmt. Ein Beispiel ist das Schlusswort von Victor Adler³⁰⁵ auf dem 4. Parteitag

³⁰² Siehe ebenda, 89 f.

³⁰³ Siehe Dubnow, Simon: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Das Zeitalter der zweiten Reaktion (1880–1914) nebst Epilog (1914–1928), Berlin 1929, S. 99

³⁰⁴ Zu Engels' Stellungnahme „Über den Antisemitismus“ siehe genauer: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848 bis 1893), Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2019, S. 306–312

³⁰⁵ Der aus einer jüdischen Familie stammende Victor Adler (1852–1918) war führender Begründer der Sozialdemokratie in der damaligen Habsburger Monarchie. Victor Adler, der u. a. mit Aufsehen erregenden Artikeln über das Elend der vorwiegend tschechischen und slowakischen Ziegelarbeiter am Wienerberg bei Wien hervortrat, erhielt für seine politische Arbeit zwischen 1887 und 1900 17 Gerichtsanklagen und war insgesamt neun Monate im Gefängnis. Adler war ein typischer Vertreter der „Parteieinheit“ um jeden Preis, wobei der de facto die reformistische und nationalistische Entwicklung beförderte. Bei Beginn des Ersten

der Sozialdemokratie im März 1894. Dort sprach er sich tatsächlich für eine Inschutznahme der Judenfeinde aus, sofern sie „verfolgt“ würden:

„So sehr wir uns von den Antisemiten fernhalten, so müssen wir doch als ehrliche Menschen zugestehen, dass die Antisemiten heute als Oppositionspartei verfolgt werden und dass wir sie insofern in Schutz nehmen müssen.“³⁰⁶

Auf dem 6. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im Jahr 1897 wurde die Einstellung der Partei zur Judenfeindschaft und zum Kampf dagegen offen kritisiert. Der Delegierte Brod wandte sich gegen das Ausweichen vor dem entschlossenen Kampf gegen die Judenfeindschaft und gegen judenfeindliche Haltungen in der Partei selbst:³⁰⁷

„Die Taktik der Partei ging bis jetzt dahin, unter keiner Bedingung den Verdacht aufkommen zu lassen, als wäre die Partei verjudet. [...] Man wollte nur zeigen, dass wir keine Judenknechte sind. Ich sage Ihnen, wenn wir 100 Jahre alt werden, werden wir die Spießbürger nicht davon überzeugen. Was haben die Genossen von der Parteileitung getan, um die unaufgeklärten Elemente davon zu überzeugen, dass es neben der jüdischen Bourgeoisie auch ein jüdisches Proletariat gibt? [...] Ich meine, es ist nicht genügend erörtert worden. Wenn ich nicht fürchten würde, mir den Vorwurf zuzuziehen, dass ich persönlich spreche, so

Weltkriegs war der Reichstag der Habsburgermonarchie vertagt. Adler trat dennoch für die Annahme der Kriegskredite ein. Als es im Januar 1918 zum großen, gegen Elend und Krieg gerichteten „Jännerstreik“ kam, arbeitete Adler – erfolgreich – auf den Streikabbruch hin. Nach dem Ende der Habsburgermonarchie wurde Adler Außenminister. In dieser Funktion trat er für den Anschluss „Deutschösterreichs“ an das Deutsche Reich ein.

³⁰⁶ Zitiert nach Spira, Leopold: Antisemitismus in Österreich. Erscheinungen, Wurzeln, Träger, „Weg und Ziel“, Sondernummer September 1965, Wien 1965, S. 22

³⁰⁷ Anton Krenn schrieb im Theoretischen Organ der KPÖ „Weg und Ziel“ 1948 rückblickend: „Der Antisemitismus in der Sozialdemokratie äußerte sich nicht nur (meist verdeckt) an der Spitze, sondern nur allzu oft wurde die Unzufriedenheit mit der Politik der Parteiführung in eine Hetze gegen die ‚jüdischen Führer‘ verdreht.“ (Krenn, Anton: Rassenhetze und Antisemitismus. Der imperialistische Charakter der Rassentheorie, in: Weg und Ziel, Nr. 11/1946, S. 642)

könnte ich Ihnen manches erzählen, was sich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht vereinigen lässt [...]“³⁰⁸

Direkt kritisierte Brod auch das Auftreten von Victor Adler auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Brüssel:

„Am internationalen Kongress in Brüssel hat es sich darum gehandelt, gegen den Antisemitismus Stellung zu nehmen, und es war der Vertreter der amerikanisch-jüdischen Arbeiter, der diese Frage angeregt hat, und Genosse Dr. Adler und der Abgeordnete Singer haben sich dagegen ausgesprochen, dass diese Frage auf die Tagesordnung gestellt werde.“³⁰⁹

In seiner Entgegnung auf Brods Kritik erklärte Victor Adler, die „Judenfrage“ würde „aufgebauscht“. Ebenso unangebracht wie die „Judenfurcht“ sei die „Antisemitenfurcht“. Damit bagatellierte Adler die Gefahr der Judenfeindschaft und spielte die Notwendigkeit des harten Kampfes dagegen herunter. Mit seiner Behauptung, dass „die Bourgeoisie hier in Wien eine jüdische Färbung hat“, trat Adler der judenfeindlichen Hetze vom angeblich „jüdischem Kapital“ nicht entgegen, sondern bestätigte sie im Grunde.³¹⁰

Positiv zu erwähnen ist noch: 1907 nahm Friedrich Adler, der Sohn von Victor Adler³¹¹, in einem Buch von Julius Moses anlässlich einer

³⁰⁸ Zitiert nach Spira, Leopold: Feindbild „Jud“, Wien, München 1981, S. 41 f.

³⁰⁹ Zitiert nach Spira, Leopold: „Feindbild „Jud“, Wien München 1981, S. 42

³¹⁰ Zitiert nach Spira, Leopold: Antisemitismus in Österreich. Erscheinungen Wurzeln Träger, Weg und Ziel, Sondernummer September 1965, Wien 1965, S. 23. Ähnlich wie Franz Mehring erklärte Adler an dieser Stelle außerdem: „Wir gestatten keine Ablenkung der sozialdemokratischen Bewegungen auf antisemitische Bahnen, aber ebenso wenig eine Ablenkung auf philosemitische Bahnen.“ (Ebenda)

³¹¹ Friedrich Adler (1879-1960) war Aktivist der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Naturwissenschaftler. 1916 erschoss er aus Protest gegen die Kriegspolitik der Regierung den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh. Dafür wurde er zum Tode verurteilt, dann aber zu 18 Jahren Gefängnis begnadigt und 1918 freigelassen. 1918/19 war er wesentlich an der Niederschlagung und Unterdrückung revolutionärer, insbesondere von der neu gegründeten KPÖ geführter Kämpfe beteiligt. 1923-1940 war er (General-)Sekretär der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“. Als Repräsentant des Sozialdemokratischen Exils (1938-1945) vertrat er die Linie des „Stillhaltens“, d. h. der weitgehenden Untätigkeit,

Rundfrage unmissverständlich Stellung gegen Judenfeindschaft. Er berichtet, dass er in der frühesten Jugend in Prag schon die Judenfeindschaft erlebt habe: „Hier lässt es sich an Beispielen klar belegen, wie eine kleine Anzahl skrupelloser Hetzer, Existenzen fragwürdiger Art, den Antisemitismus in die Bevölkerung hineingetragen hat.“³¹² Adler stellt also heraus, dass die Judenfeindschaft nicht spontan entstanden oder aus der Ökonomie entsprungen ist, sondern in die Bevölkerung „hineingetragen“ wurde. Wie konnte das geschehen? Adler verweist auf das Vorurteil der Kreuzigung Christi, die „von der ersten Jugend an den Kindern eingeprägt wird.“ „Der Jude“, so Adler, gilt auch heute als „der bequemste Sündenbock. Das verstand der Pöbel ohne lange Motivierung und versteht es noch heute.“³¹³ Und wenn und wo die religiöse Judenfeindschaft nicht mehr zieht? Dann gibt es den Rassismus, gerade auch für die „Intelligenz“:

„Nicht umsonst hörte man aus diesen Kreisen das Wort von der Rasse. Diese Theorie von der Rasse sagt dem arischen Christen: ‚Der Jude, der mit dir lebt und mit dir konkurriert, mag auf allen Gebieten der menschlichen Arbeit das Tüchtigste leisten, du, der arische Christ, bist doch der bessere Mensch. [...] Dieses Bewusstsein hat in unseren Tagen des Herrnrechtes etwas so Berauschendes, dass im innersten Herzen vielleicht kein einziger ‚Arier‘ darauf verzichtet.“³¹⁴

Und seine Pointe im letzten Satz:

„Die Lösung der Judenfrage liegt meines Erachtens – in der Erziehung der Christen.“³¹⁵

*

und lehnte zugleich die Zusammenarbeit mit Gruppierungen des Anti-Widerstands ab. Seine deutschnationalistische Position behielt Friedrich Adler auch über das Jahr 1945 hinaus bei. Unter anderem äußerte er in den Nachkriegsjahren über „die ebenso reaktionäre wie widerliche Utopie einer österreichischen Nation“. (Zitiert in: Wikipedia Friedrich Adler)

³¹² Friedrich Adler, zitiert in: Moses, Dr. Julius (Hrsg.), Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, veranstaltet von Dr. Julius Moser, Leipzig, Berlin 1907, S. 91

³¹³ Ebenda, S. 94

³¹⁴ Ebenda

³¹⁵ Ebenda

Im Endeffekt gab es zwischen der Judenfeindschaft in Deutschland und in Österreich in dieser Zeit viele Gemeinsamkeiten bzw. Parallelen. Dazu gehörte, dass da wie dort das Auftreten des sogenannten Radauantisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts zurückging, während sich die Judenfeindschaft durch Verankerung in diversen Gesellschaftsschichten im Grunde ausdehnte und verfestigte. Im Unterschied zu Deutschland gelang es mit dem Aufstieg der Deutschsozialen Partei jedoch einer deklariert judenfeindlichen Partei, zur damals stärksten reaktionären Partei zu werden. Einen Kampf demokratischer Kräfte gegen die Judenfeindschaft gab es ansatzweise, aber seitens der Sozialdemokratie, die hier hätte vorangehen müssen, bei weitem nicht so wie er nötig gewesen wäre.

b) Das Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie und dessen nationalistische Entwicklung

Die Habsburger Monarchie war ein „Völkergefängnis“, ein Hort nationaler Unterdrückungsverhältnisse. Die herrschende Nation war die deutsch-österreichische. Die deutschsprechende Bevölkerung machte 1910 allerdings nur ca. 23 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, gefolgt von der ungarischen mit ca. 20 Prozent, der tschechischen mit ca. 12,5 Prozent, der polnischen mit knapp 10 Prozent, der kroatisch und serbischen mit ca. 8,5 Prozent, der ukrainischen mit knapp 8 Prozent, der rumänischen mit ca. 6,25 Prozent sowie mit noch kleineren Anteilen die slowakisch, slowenisch, italienisch, jüdischen und andere Sprachen sprechenden. Die nationalen Widersprüche verschärften sich nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848. Nach dem verlorenen Krieg gegen Preußen 1866 war die Habsburgermonarchie weiter geschwächt. Durch den sog. Österreichisch-ungarischen Ausgleich suchte diese ihre Herrschaft zu stabilisieren. Das ungarische Königreich erhielt eine weit reichende staatliche Autonomie, um im eigenen Herrschaftsbereich durch die Politik der „Magyrisierung“ die dort lebenden Nationalitäten zu unterdrücken.

Es war klar, dass die Sozialdemokratie in Österreich nur mit einer klaren Programmatik und Politik in allen Nationalitätenfragen dem Ziel

der Zerschlagung des Habsburgerstaats näherkommen und dieses erreichen konnte.³¹⁶

Der Neudörfler Parteitag (1874) der Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie

Am 5./6. April 1874 fand der Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für die gesamte Österreich-Ungarische Monarchie statt. Daran nahmen 74 Delegierte teil, darunter zehn tschechische.

In dieser Zeitspanne und den nächsten Jahrzehnten ging es zunächst und vor allem um die Organisierung all der verschiedenen Nationalitäten in der Habsburger Monarchie in einer sozialdemokratischen Organisation. Diese erhielt wohl auch deshalb nicht den Namen Sozialdemokratische Partei Österreichs, sondern hieß nur Sozialdemokratische Arbeiterpartei – ohne weiteren Zusatz.³¹⁷

³¹⁶ Hier gibt es einen wichtigen Punkt festzuhalten, der nahezu alle Schriften dieser Zeit zur Habsburger Monarchie betrifft. Ob Bauer, Kautsky, Renner oder andere, sie alle gingen davon aus, dass die deutschsprechende Bevölkerung dort Teil der deutschen Nation seien oder, wie manchmal auch formuliert, zur „deutschen Nation in Österreich“ gehörten. Nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie gingen die „Austromarxisten“, Otto Bauer und Karl Renner davon aus, dass der verbliebene, in der Hauptsache deutschsprachige Teil, in etwa das Territorium des heutigen Österreichs, sich an Deutschland „anschließen“ müsse und für sich „nicht lebensfähig“ sei. Alfred Klahr, Mitglied des ZK der KPÖ, erbrachte 1937 in einem mehrteiligen Artikel im theoretischen Organ der KPÖ „Weg und Ziel“ den Nachweis, dass Österreich kein Teil der historisch entstandenen deutschen Nation war, auch nicht als deren zeitweilig abgetrennter Teil. Nach der Niederlage der Habsburger Monarchie im Krieg 1866 gegen Preußen wurde Österreich aus der Entwicklung „Deutschlands“ herausgedrängt, die 1871 zur Bildung des Deutschen Reiches führte. Das deutschsprachige Österreich (als dominierende Nation im Habsburgerstaat bis 1918) nahm eine eigene nationale Entwicklung. Dieser Hintergrund muss beachtet werden, wenn im nachfolgenden Teil zu Österreich bzw. zur damaligen Habsburger-Monarchie, besonders in den Artikeln von Bauer, Kautsky und Renner immer wieder von „deutschen Arbeitern“ die Rede ist. (Die Artikel-Serie aus „Weg und Ziel“ von 1937 ist abgedruckt in: KPÖ (Hrsg.): Alfred Klahr: Zur österreichischen Nation, Wien 1994)

³¹⁷ Bezugnehmend auf den Gründungsparteitag am 5./6. April 1874 schrieb Marx in einem Brief an Sorge vom 4. August 1874: „In Österreich arbeiten die Leute unter den schwierigsten Umständen; höchste Vorsicht ist ihnen aufgezwungen,

Auf diesem Parteitag wurde das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (ohne Nennung des Rechts auf Lostrennung) anerkannt und auch die Mehrsprachigkeit akzeptiert. Neben dem Organ „Gleichheit“ gab es auch eine tschechische Zeitschrift. In einem Dokument dieses Parteitags heißt es über die Organisation:

„In nationaler Beziehung stellt sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz auf, erblickt jedoch in der nationalen Gliederung ihrer Genossen kein Hindernis ihres gemeinsamen Strebens nach materieller Befreiung, sondern erkennt im Gegensatz nur in einem brüderlichen Zusammenwirken, welches alle nationalen Arbeiterschaften gleichberechtigt und gleich verpflichtet, die einzige Bürgschaft eines Erfolges.“³¹⁸

Was eigentlich geschehen soll, außer eine einheitliche Partei mit nationalen Sektionen zu bilden, blieb unklar. Doch im Grunde war das, was hier 1874 formuliert wurde, noch das Klarste, was über die nächsten Jahrzehnte hinweg zur Frage des Aufbaus einer revolutionären proletarischen Partei im Vielvölkerstaat zu finden ist.³¹⁹ Danach haben sich die Positionen immer weiter ins Nationalistische verschoben.³²⁰

trotzdem haben sie einen großen Fortschritt gemacht, nämlich die slawischen Arbeiter in Prag und anderswo zur gemeinsamen Tätigkeit mit den deutschen Arbeitern zu bestimmen. Während der letzten Zeit des Sitzes des Generalrats zu London hatte ich mich umsonst bemüht, ein solches Verständnis herbeizuführen.“ (Marx an Friedrich Adolph Sorge in Hoboken [London] 4. August 1874, MEW 33, S. 635).

³¹⁸ Das Neudörfler Programm (1874), in: Berchtold, Klaus (Hrsg.) Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 116, zitiert nach: Butterwegge, Christoph: Austromarxismus und Staat, Marburg 1991, S. 62 f.

³¹⁹ Bezeichnend ist, dass der auf nationalistischen Positionen stehende Otto Bauer in seinem Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ (1907) sich über das Programm des Neudörfler Parteitags spottete als „naiven Kosmopolitismus“ (hier zitiert nach: Butterwegge, Christoph: Austromarxismus und Staat – Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1991, S. 62, Butterwegge zitiert nach den Bauer-Ausgewählten Werken Bd. 1, S. 354, in der Einzelausgabe noch heraussuchen###)

³²⁰ Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Neudörfler Parteitag 1871 später wird 1912 in einem sozialdemokratischen Organ realistisch, aber mit einer gewissen Resignation konstatiert: „In Österreich steckt alles sozusagen im nationalen Nebel, und damit es richtig erkannt und sachgemäß gewertet werden könne, muss es erst heruntergeholt werden, seiner falschnationalen Verhüllung entkleidet werden.“

Die Prinzipienerklärung des Hainfelder Parteitags 1889 – eine Leerstelle – und die prinzipienlose nationalistische Praxis bis zum Wimberger Parteitag 1897

Nach Jahren der Spaltung und den jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten „Gemäßigten“ und den sogenannten „Radikalen“ fand 1889 der Hainfelder Parteitag statt, der auch als Vereinigungsparteitag galt.³²¹ Die „Prinzipienerklärung“ dieses Parteitags war das klarste programmatische Dokument der Sozialdemokratie in Österreich, vergleichbar dem Erfurter Programm der SPD von 1891. Neben etlichen anderen Fehlern und Mängeln hatte es jedoch den schweren Fehler, dass die Diktatur des Proletariats darin fehlte.

Insbesondere überging es gerade auch die für das Völkergefängnis des Habsburgerstaats überaus wichtige nationale Frage und beließ es bei einem allgemeinen Bekenntnis zum Internationalismus.

Ohne programmatische Klarheit in der nationalen Frage herzustellen, ja ohne diese Aufgabe überhaupt auch nur gestellt zu haben, kam es in der Praxis in den nächsten Jahren zu extremen Äußerungen des Nationalismus, v. a. des deutsch-nationalistischen Nationalismus. Vor allem ab der zweiten Hälfte der 1890er Jahre machte sich zunehmender Nationalismus breit.

Als z. B. die tschechische Gewerkschaftsvertretung auf dem Gewerkschaftskongress im Dezember 1896 vorschlug, dass in die Gewerkschaftskommission auch ein tschechischer Gewerkschaftssekretär gewählt werden sollte, lehnten die österreichischen SP- und Gewerkschaftsführer das schroff ab. Die demagogische Begründung dieser Ablehnung war typisch für das, was später als „austromarxistisch“ be-

(Austerlitz, Friedrich: Parteigedanken, in: Der Kampf 2/1912, S. 56, zitiert nach: Butterwege, Christoph: Austromarxismus und Staat, Marburg 1991, S. 63)

³²¹ Die „Gemäßigten“ lehnten jeden revolutionären Kampf prinzipiell ab. Nur mit legalen Mitteln wollten sie mittels „Überzeugung“ der herrschenden Klassen gewisse Reformen durchsetzen. Die „Radikalen“ um Andreas Scheu, welche zunächst jedenfalls die Mehrheit des organisierten Proletariats hinter sich hatten, sympathisierten zwar teilweise mit dem Marxismus, tendierten aber zum Anarchismus.

zeichnet wurde: die tschechische Forderung sei „das Hervortreten eines gewissen nationalen Gefühls“, das „unserer internationalen Anschauung widerspricht“ und daher bedingungslos abzulehnen sei.³²²

Kaum ein Jahr später, im November 1897, kam der deutsche Nationalismus in der österreichischen Sozialdemokratie noch stärker zum Ausdruck. Teils unter dem Druck der sich verbreiternden tschechnationalen Bewegung, teils aus demagogischen Gründen hatte der österreichische Ministerpräsident Badeni im April 1897 eine Sprachenverordnung erlassen, welche die tschechische Sprache als Amtssprache bei Behörden und Gerichten anerkannte. Obwohl von reaktionärer Seite auf autoritärem Weg beschlossen, hätte die österreichische Sozialdemokratie die Gleichstellung der tschechischen Sprache mit der deutschen anerkennen und gegen den wütenden Proteststurm der deutschnationalen Reaktionäre, der sich sofort erhoben hatte, verteidigen müssen. Sie hätte darüber hinaus die Anerkennung aller im Habsburgerstaat vertretenen Sprachen als Amtssprachen fordern müssen. Die SP-Führung machte aber das Gegenteil. Mit dem Hinweis, die Sprachenverordnung Badenis sei auf „diktatorischem“ und „ungesetzlichem“ Weg zustande gekommen, sie verletze „deutsche Interessen“ und ihre Unterstützung könne als Unterstützung der reaktionären Badeni-Regierung durch die Sozialdemokratie aufgefasst werden, schloss sie sich der deutschnationalistischen Obstruktion gegen Badeni und den nationalistischen Straßenkrawallen an, die von den Deutschnationalen organisiert wurden. Als Badeni danach versuchte, mit Hilfe einer Geschäftsordnungsreform die Obstruktion im Parlament zu brechen, kam es zu Schlägereien zwischen deutschsprechenden, tschechischen und polnischen Parlamentsmitgliedern, an denen sich auch sozialdemokratische Abgeordnete beteiligten.³²³

Auf dem Wimberger Parteitag 1897 bildeten sich innerhalb der Partei sechs „nationale Gruppen“, die nur mehr durch einen gemeinsamen

³²² Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung 1. Bis zum ersten Weltkrieg, Wien 1952, S. S. 34 (##Verfasser ist F. Strobl, hm##)

³²³ Badeni musste schließlich zurücktreten. Mit ihm fiel auch die Sprachenverordnung. Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie hatte sich an die Seite „ihrer“ Bourgeoisie und gegen die nationale Gleichberechtigung der tschechischen Bevölkerung – wie auch aller anderen unterdrückten Nationalitäten – gestellt.

Parteivorstand und durch den Gesamtparteitag verbunden waren. Gleichzeitig begannen sich die tschechischen Gewerkschaften national selbstständig zu organisieren. Der nationale Zerfall der Sozialdemokratie im K. u. K. Staat begann.

Vom Nationalitätenprogramm auf dem Brünner Parteitag 1899 zum völligen nationalistischen Zerfall der Sozialdemokratie im Habsburger Staat

Vom Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten war auf dem Brünner Parteitag im September 1899 selbst in allgemeiner Form keine Rede mehr. Stattdessen wurden dort im September 1899 alternative staatliche Strukturreformen vorgeschlagen.

Das Konzept der „national-kulturelle Autonomie“ war allerdings noch umstritten. Lenin und Stalin haben wiederholt darauf hingewiesen und festgestellt, dass der „Bund“ sich konkret allenfalls auf das Konzept einer national-kulturellen Autonomie der südslawischen Sozialdemokratie berufen könne. Diese habe das vertreten, was dem „Bund“ vorschwebte. Beim Brünner Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde deren Antrag für dieses Konzept jedoch abgelehnt. Lenin teilt mit:

„Auf dem Brünner Parteitag wurde ein reines Programm ‚national-kultureller Autonomie‘ präsentiert. Es war das Programm der südslawischen Sozialdemokratie, dessen Paragraph 2 lautet: ‚Jedes in Österreich lebende Volk ist, ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien, eine autonome Gruppe, welche alle ihre nationalen (sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten ganz selbständig regelt und besorgt.‘ (...) Doch man setzte es von der Tagesordnung ab, da sich auch nicht eine einzige Stimme dafür fand. Angenommen wurde ein *territorialistisches* Programm (...) Paragraph 3 des angenommenen Programms lautet: ‚Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt‘ (siehe „Prosweschtschenije“, 1913, Nr. 4, S. 28). Es ist klar, dass auch dieses Kompromißprogramm nicht richtig ist. Ein Beispiel zur Erläuterung: Die deutsche Kolonistengemeinde im Gouvernement Saratow plus deutsche Arbeitervorstadt von Riga oder Lodz plus deutsche Siedlung bei Petersburg usw. bilden einen ‚national einheitlichen Verband‘ der Deutschen in Russland. Es ist offensichtlich, dass Sozialdemokraten so

etwas nicht verlangen, für die gesetzliche Festlegung eines solchen Verbandes nicht eintreten können, obgleich sie selbstverständlich die *Freiheit* aller und jeglicher Verbände, darunter auch eines Verbandes beliebiger Gemeinden einer beliebigen Nationalität in einem gegebenen Staat, keineswegs ablehnen. Aber durch ein staatliches Gesetz die Deutschen usw. aus verschiedenen Gegenden und Klassen Russlands zu einem einheitlichen nationalen deutschen Verband absondern, damit können sich Pfaffen, Bourgeois, Spießbürger und wer sonst Lust hat befassen – nur nicht Sozialdemokraten.“ (Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, 1913, LW 20, S. 24 f., H. i. O.)

So oder so wurden nationale Fragen reduziert auf Fragen der Sprache und der Kultur. Fragen der Ausbeutung und Unterdrückung spielten auf diesem Parteitag keine Rolle. Vom Recht auf Lostrennung war keinerlei Rede. Vom Internationalismus ist darin nichts zu finden.³²⁴

Der arbeitendaristokratische Hintergrund des deutschen Nationalismus in der Habsburger-Monarchie

Sicherlich ging es in der Programmatik dem Anspruch nach auch um eine demokratische Umgestaltung, die aber am Grundgebäude der Habsburger Monarchie nicht wirklich rüttelte. Dies wurde mit dem Konzept der „nationalen Autonomie“ in den Jahren darauf von Otto Bauer und Karl Renner in dicken Wälzern ausformuliert und begründet.³²⁵

Im Grunde kann noch schärfer als von den damaligen Sozialdemokraten Russlands als Kritik formuliert werden, dass die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine Art Bündnisangebot an die Habsburger Monarchie machte, gegen den Zerfall gemeinsam Pläne zu durchdenken und zu realisieren.³²⁶

³²⁴ Das komplette Brünner Nationalitätenprogramm von 1899 ist abgedruckt in: Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, S. 527 f.

³²⁵ Siehe dazu in den nachfolgenden Teilen zu Schriften von Bauer, Renner, aber auch Kautsky, der im Grunde mit diesen oder jenen „Einwänden“ im Grunde dabei sekundierte.

³²⁶ So war bereits auf dem Brünner Parteitag von 1899 die Rede von den „arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden

Dieser Gedanke wurde von Karl Renner noch viel deutlicher als von Otto Bauer herausgestellt. Karl Renner schrieb:

„Warum soll die Monarchie nicht werden ein einzig Volk von Völkern, das gemeinsame Schutzdach der Kleinen, damit sie neben den Großen bestehen können, jeder in seiner Art, jeder in seinem Kreise frei, alle gleich, unter einer vielhundertjährigen nunmehr auch streng parlamentarischen Dynastie.“³²⁷

Nun war es aber nicht so, dass es materiell keine Unterschiede im Vielvölkerstaat oder im Nationalitätenstaat der Habsburger Monarchie gab. Vielmehr waren die slawischen Nationen, deren Bevölkerungen sich dessen mehr und mehr bewusst wurden, so etwas wie eine binnenkoloniale Region des deutsch-österreichischen Teils.

Eva Priester³²⁸ veröffentlichte 1949 als Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs eine „Kurze Geschichte Österreichs“, (Wien 1949). In ihrem Buch legte sie besonderen Wert auf die Unterdrückung der Nationalitäten in der Habsburger Monarchie. Dabei beweist sie anhand von Statistiken sowohl über den Lohn als auch über die Kosten für den Lebensunterhalt, dass das österreichische Proletariat etwa gegenüber dem tschechischen Proletariat oder dem Proletariat anderer unterdrückter Nationalitäten innerhalb der k. u. k. Monarchie eine Arbeiteraristokratie darstellte.

„Der Lebensstandard der österreichischen Arbeiter war weit höher als jener der Arbeiter nichtösterreichischer Länder der Monarchie. Ihre

Elemente sind“. (Brünner Nationalitätenprogramm 1899, zitiert nach: Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, S. 528)

³²⁷ Renner, Karl (Pseudonym: Rudolf Springer): Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, Wien/Leipzig 1906, S. 237, zitiert nach: Butterwegge, Christoph: Austromarxismus und Staat, Marburg 1991, S. 118

³²⁸ Die Autorin (1910-1982) wuchs in Vilnius, Warschau und Königsberg auf, wurde Journalistin in Berlin und trat 1933 in die KPD ein. Nach neunmonatiger Haft durch die Nazis konnte sie nach Prag fliehen und wurde Mitglied der KPÖ. 1939 konnte sie nach England emigrieren. 1946 ging Eva Priester nach Wien und wurde ab 1949 Redakteurin der KPÖ-Zeitung „Österreichische Volksstimme“. Auch nach dem Schwenk der KPÖ zum modernen Revisionismus blieb Eva Priester Mitglied der KPÖ.

Löhne waren höher – und der Preis, den sie für Lebensmittel zu zahlen hatten, war verhältnismäßig weit niedriger.“³²⁹

Nach einer ausführlichen Auswertung von Statistiken resümiert Eva Priester:

„Und ähnlich wie der ‚weiße‘ Arbeiter im britischen Imperium, war auch der deutschsprechende österreichische Arbeiter in den nichtösterreichischen Teilen der Monarchie von vornherein der Anwärter auf die besser bezahlten Vertrauensstellungen des Vorarbeiters, der verantwortlichen kleinen Beamten, des Arbeiters, der die technische Schlüsselposition im Betrieb einnahm. Im Maßstab der Monarchie gesehen, stellte der österreichische Arbeiter zweifellos eine Arbeiteraristokratie dar.“³³⁰

Und weiter:

„Die österreichische Sozialdemokratie hat diese Behauptung immer scharf bekämpft und die Feststellung, dass die österreichische Arbeiterschaft in dieser oder jener Form von der Unterdrückung und verschärften Ausbeutung der nichtösterreichischen Völker profitiert, als ‚Verleumdung der Arbeiter Österreichs‘ bezeichnet.“³³¹

Die Kritik von Eva Priester an der alten österreichischen Sozialdemokratie ist, dass die Frage der Unterdrückung der nationalen Minderheiten in den Publikationen der Sozialdemokratie in Österreich nie aufgeworfen wurde. Und die Aufrechterhaltung des österreichisch monarchischen Staatsapparats als eines der ersten Ziele der Sozialdemokratie war gerade auch die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der nichtösterreichischen Nationalitäten. So wird verständlich, dass auch aus diesen ökonomischen Interessen die Parole der ‚nationalkulturellen Autonomie‘ als staatserhaltende Losung und Schaffung einer angeblich demokratischen Monarchie in den alten Grenzen (ja der „Rettung der Monarchie“ ohne politische Macht für die nationalen Minderheiten und ohne die Möglichkeit einer staatlichen Lostrennung) eng mit der ökonomischen bessergestellten Lage des Großteils des deutschsprachigen Proletariats zusammenhing.

³²⁹ Priester, Eva: Kurze Geschichte Österreichs, Wien 1949, S. 499

³³⁰ Ebenda, S. 499

³³¹ Ebenda

Otto Bauer und andere Theoretiker der Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie überspringen diesen Punkt geflissentlich. Sie diskutieren eigentlich alles von einem deutsch-nationalistischen Standpunkt aus. Auch in der Praxis funktionierte das ganze Projekt gar nicht. Die tschechischen Sozialdemokraten gründeten 1911 eine eigene Partei. Auch die südslawische und die polnische Sozialdemokratie entfernte sich von der ursprünglich einheitlichen Sozialdemokratischen Partei in der Habsburger Monarchie. Eine einheitlich-zentralisierte Sozialdemokratie gab es nicht mehr.³³²

Diesen Aspekt muss man im Auge haben, wenn analysiert wird, warum Otto Bauer und die deutschnationalen Elemente in der Sozialdemokratie ein solches Interesse an der Erhaltung der Habsburger Monarchie hatten, dass sie reformistische Vorschläge für die Lösung nationaler Spannungen mit staatsrechtlichen Feinheiten entwarfen, um als Retter dieses Vielvölkerstaates und damit auch der Rettung der privilegierten Situation der deutschnationalen Kräfte dazustehen. Es war unter dem Strich eine Politik und eine Programmatik der Verbesserung der Monarchie, um sie zusammenzuhalten. Auch der bessergestellte Status quo der deutsch-österreichischen Arbeiter lässt sich damit sicherstellen. Der Zerfall der Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie war im Grunde nur der Vorbote des Zerfalls dieser ganzen Monarchie, die am Ende des Ersten Weltkrieges vollzogen wurde.³³³

³³² So gab es in Galizien seit 1905 in einigen Orten drei und vier konkurrierende Sozialdemokratien nebeneinander: die polnische, die ukrainische, die jüdische und die „deutschösterreichische“ Sozialdemokratie.

³³³ Der zwischen verschiedenen revisionistischen Positionen hin und her schwankende Autor Christoph Butterwegge kommt zu folgender Einschätzung der Schrift von Otto Bauer „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“: „Die Bedeutung der Schrift Bauers reichte daher weit über das im Titel umrissene Themengebiet hinaus. Sie beruht auf einer bis heute brauchbaren, historisch-kritischen und beispielhaft konkreten Analyse des Nationalitätsprinzips in Verbindung mit dem Versuch, die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des bürgerlichen Staates nachzuzeichnen.“ (Butterwegge, Christoph: *Austromarxismus und Staat*, Marburg 1991, S. 126) Eine solche Einschätzung des Buches ist angesichts der deutlich falschen Positionen – insbesondere auch was die unhaltbaren Positionen zur jüdischen Bevölkerung angeht – sicherlich nicht zutreffend.

c) Bemerkungen zu Otto Bauer: „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ (1907)

Otto Bauer und Karl Kautsky waren die einzigen Theoretiker der II. Internationale, die sich mit der Geschichte der jüdischen Bevölkerung, ihrer Entwicklung und aktuellen Situation überhaupt mit dem Anspruch wissenschaftlichen Forschens beschäftigt hatten.

Otto Bauer³³⁴ legte 1907 als 26jähriger Sozialdemokrat ein umfangreiches Buch über die nationale Frage und die Sozialdemokratie vor. Darin geht es in einem eigenen Kapitel auch um die jüdische Bevölkerung. Unabhängig von der Kritik und Bewertung im Einzelnen war es

³³⁴ Otto Bauer wurde 1881 in Wien in einer jüdischen Familie geboren. Er begann seine politische Tätigkeit im Jahre 1900 in der Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie. Nach seiner umfangreichen theoretischen Schrift „Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie“ wurde er führend bei der Herausgabe der Zeitschrift „Der Kampf“. Von 1912 bis 1914 war er Redaktionsmitglied der „Arbeiter-Zeitung“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Am 28. Juli 1914, also am Tag, als Österreich Serbien den Krieg erklärt hatte, erschien auf der Seite 1 der „Arbeiter-Zeitung“, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in Österreich, ein Leitartikel, der Otto Bauer zugeschrieben wird (Siehe Weipert, Axel: Widerstand im Zentrum der Macht, in: Weipert, Axel: „Maschine zu Brutalisierung der Welt“ Der erste Weltkrieg – Haltung 1914 bis heute, Münster 2017, S. 205). Dieser Artikel soll auch in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der SPD als Argumentationsgrundlage verwendet worden sein. (Siehe Butterwegge, Christoph: Austromarxismus und Staat, Marburg 1991, S. ###) Der erste Gruß, heißt es darin, „gilt unseren Soldaten“ und: „Zeigt, dass es auch in unseren Reihen keine Fahnenflucht gibt!“ Bereits kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs geriet Bauer in russische Kriegsgefangenschaft, in der er bis 1917 war. Nach seiner Rückkehr ging er auf antikommunistische Positionen über und beteiligte sich aktiv am Kampf gegen einen angeblich „kommunistischen Putsch.“ 1918 wurde er stellvertretender Parteivorsitzender. Von 1918 bis 1919 war er Außenminister der Republik Deutsch-Österreich. In dieser Funktion kämpfte er für den Anschluss Österreichs an Deutschland. Er gab sich immer noch als Marxist aus und propagierte einen Zusammenschluss der Kommunistischen Internationale mit der Sozialistischen Internationale. Ab 1934, als in Österreich der bewaffnete antifaschistische Abwehrkampf des Proletariats niedergeschlagen und die faschistische Herrschaft errichtet wurde, war er im Exil. Seine Position für einen Anschluss Österreichs an Deutschland gab er bis zu seinem Tod 1938 nicht auf. ###Diese Fußnote muss noch nachbearbeitet werden.##

mehr noch als Schriften Karl Kautskys oder Karl Renners das entscheidende theoretische Werk zu dieser Frage. Dieses wurde international diskutiert. Stalin, der 1913 einige Monate in Wien im Exil verbrachte, wertete dieses aus und kritisierte es in seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ (1913). Unverkennbar hatte Otto Bauers Buch auch Einfluss auf Karl Kautskys Buch „Rasse und Judentum“ von 1913.³³⁵

In Russland berief sich der „Bund“ bei seinem Eintreten für die „national-kulturelle Autonomie“ direkt auf Otto Bauers Buch. Dabei überseh oder übergang er, dass Bauer im Habsburger-Staat für die „national-kulturelle Autonomie“ für praktisch alle Nationalitäten plädierte, nur nicht für die jüdische Bevölkerung. Diese hätte sich schlichtweg zu assimilieren.

Das über 560 Seiten umfassende Buch behandelt in den ersten drei Abschnitten die Definition der „Nation“, des „Nationalstaates“ und des „Nationalitätenstaates“ (insgesamt 320 Seiten). Im vierten Abschnitt wird dann die Frage der „nationalen Autonomie“ (knapp 60 Seiten, darin der Abschnitt zur „Nationalen Autonomie der Juden?“ (auf 15 Seiten) behandelt. Im fünften Abschnitt geht Bauer auf die Entwicklungstendenzen der nationalen Kämpfe in Österreich ein, um sich dann abschließend im sechsten und siebten Abschnitt der Wandlung des nationalen Prinzips und schließlich dem Programm und der Taktik der österreichischen Sozialdemokratie (zusammen 120 Seiten) zuzuwenden.

Im Vorwort betont Otto Bauer die Bedeutung seiner Schrift³³⁶, wenn er schreibt:

„In *Österreich* und *Russland* ist die nationale Frage das schwierigste Problem der *inneren* Politik.“ (ohne S., H. i. O.)

In der Tat waren Österreich und Russland beides Nationalitätenstaaten. Durch die geschichtliche Entwicklung, einschließlich Krieg und Raub,

³³⁵ Dieses haben wir ausführlich eingeschätzt im Band 3 Teil 3 dieser Reihe.

³³⁶ Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

sind hier Zentralstaaten entstanden, die mehrere Nationalitäten, mehrere Nationen und nationale Minderheiten umfassten, mit jeweils einer herrschenden Nation an der Spitze.

Nun waren aber die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse in Russland und in Österreich doch recht verschieden. Es sei dahingestellt, ob im zaristischen Russland oder in der konstitutionellen Monarchie der Habsburger die nationale Frage wirklich theoretisch „das schwierigste Problem“ gewesen ist.³³⁷ Aber tendenziell wird hier schon eine große Nähe bei der Lösung dieser Frage in Österreich und Russland angedeutet. Diese war tatsächlich vorhanden, insbesondere im Vergleich zu „Nationalstaaten“ wie Frankreich.

Otto Bauer ähnelt Karl Kautsky darin, ohne die Frage der Relevanz zu erörtern, über Dutzende, ja Hunderte von Seiten Fragen aufzuwerfen und sich in Verästelungen zu verlieren, die in keinem erkennbaren Zusammenhang zu den anstehenden politischen Fragen und Aufgaben stehen. Bei ihm ist nicht das Bestreben erkennbar, wissenschaftliche Präzision zu nutzen, um der nationalen Unterdrückung durch die herrschenden Klassen und ihrem Staat mit nötiger Schärfe und Treffsicherheit den Kampf anzusagen. Vielmehr zeigt sich immer wieder eine eigenartige Trägheit, ein Unwillen an den Pfeilern des habsburgischen „Völkergefängnisses“ ernsthaft zu rütteln und auf deren Zerschlagung hinzuarbeiten. Den Gedanken an ein Recht auf Lostrennung von Teilen lässt Bauer im ganzen Buch gar nicht erst aufkommen.

Es soll hier nicht die These aufgestellt werden, dass Bauer in seinem Buch nicht auch Richtiges gesagt hätte. Durchaus zu Recht. Seine Polemik gegen bürgerliche Theoretiker ist oft treffend und genau. So wendet er sich z. B. gegen die Judenfeindschaft eines Werner Sombart und die deutschnationalistische Glorifizierung der Nation durch Fichte.³³⁸

³³⁷ Stalin hat aus dem Blickwinkel der Vorbereitung und Durchführung der Revolution darauf hingewiesen, dass in Russland nicht die nationale Frage die zentrale Achse war, sondern die „Bauernfrage“, während es im Habsburger-Staat die nationale Frage war. ##Quellenangabe##

³³⁸ An die Adresse Sombarts gerichtet stellt Bauer fest: „Desselben Denkfehlers macht sich auch schuldig, wer die Handlungen des einzelnen Individuums aus dem Nationalcharakter seines Volkes ‚erklären‘ zu können glaubt, zum Beispiel

Ohne auf alle Aspekte eingehen zu können, konzentrieren wir uns nachfolgend bewusst auf die Kernfragen, die Bauer aufgeworfen hat: Wie ist überhaupt eine Nation definiert? Wie begründet Bauer die Lösung der „nationalen Autonomie“ als angebliche Lösung aller nationalen Fragen in einem Mehr-Nationalitäten-Staat? Warum soll die jüdische Bevölkerung keine nationale Autonomie bekommen? Darüber hinaus sollen wenigstens knapp Otto Bauers Positionen zu Fragen festgehalten und kritisiert werden, die im Band 3 Teil 3 dieser Reihe schon ausführlicher behandelt wurden. Das ist vor allem der – gründlich misslungene – Versuch Otto Bauers, im damaligen Diskurs über menschliche „Rassen“ und speziell „jüdische Rasse“ mitzumischen.

Antimarxistische Definition des Begriffs „Nation“

Für die internationale Diskussion über Bauers Buch zur „Nationalitätenfrage“ hat seine Definition einer Nation eine gewisse Rolle gespielt.

„Die Nation kann also definiert werden als die nicht aus Gleichartigkeit des Schicksals, sondern *aus Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft*.“ (S. 113, H. i. O., siehe auch S. 133)

Was das genau heißt, bleibt unklar. Gemeinsame Sprache, ökonomische Faktoren und das gemeinsame Territorium als materielle Merkmale bleiben in dieser Definition unberücksichtigt, auch wenn Bauer diese in seinem Text an anderer Stelle nicht explizit ablehnt.

also der, der die Denkweise und das Wollen der einzelnen Juden aus dem jüdischen Nationalcharakter ‚erklärt‘. Wenn Werner Sombart meint, die Juden zeichne die besondere Veranlagung für abstraktes Denken, die Gleichgültigkeit gegenüber aller qualitativen Bestimmtheit aus, die sich in der jüdischen Religion ebenso äußere wie in der Denkarbeit des jüdischen Gelehrten, wie in der Schätzung des Geldes als des von aller qualitativen Bestimmtheit entledigten Wertes (Werner Sombart, *Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert*, Berlin 1903, S. 128 ff.), so könnte nun jemand glauben, er könne die Handlungsweise des Juden Kohn oder des Juden Mayer aus dem so erkannten Nationalcharakter der Juden ‚erklären‘.“ (S. 5) Nun, ganz so konsequent, wie es an dieser Stelle erscheint, ist Bauer dann doch nicht. Vielmehr produziert er selbst merkwürdige Thesen über „die Juden“, wie noch zu zeigen sein wird. Aber immerhin kritisiert er zu Recht den metaphysischen Begriff der Nation bei Fichte, der von einer ewigen Welt und dem „Göttlichen“ der Nation usw. in seinen Reden an die deutsche Nation faselte. (S. 7, Fußnote).

Im Grunde ist der Begriff Nation für Bauer nicht die Bezeichnung für eine gesellschaftliche Einheit, die untrennbar mit der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus verbunden ist. Vielmehr begründen angeblich schon in viel früheren historischen Zeiten gemeinsame Abstammung und gemeinsame Kulturgemeinschaft eine Nation als eine „nationale Schicksalsgemeinschaft“ (S. 109 ff. „Der Begriff der Nation“).³³⁹ Zu einer Nation gehörten alle Individuen, welche auf Grund der Gesamtheit der ererbten Eigenschaften“ und durch „die ihm überlieferte, auf ihn wirkende Kultur“ (S. 114) eine bestimmte „Gemeinschaft des Charakters“ hätten (S. 115).

Bauer betont die große Rolle der Sprache bei der Nationenbildung. Durch die Muttersprache werde die auf das Individuum wirkende Kultur primär vermittelt (siehe S. 115). Doch dem entgegen erklärt er, es könne auch eine Nation ohne gemeinsame Sprache geben. So behauptet er zum Beispiel: „Juden haben keine gemeinsame Sprache und sind darum doch eine Nation.“ (S. 2) Wie das? Offenbar weil sie eine „*aus Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft*“ seien.³⁴⁰

Nun, was Bauer da behauptet und beschreibt, hat vordergründig betrachtet mitunter eine gewisse Plausibilität. Hat etwa die jüdische Geschichte nicht durch die Jahrhunderte und besonders durch die Shoah zwischen den jüdischen Menschen der ganzen Welt eine gewisse Gemeinsamkeit geschaffen?

³³⁹ So redet Bauer langwierig über „die nationale Kulturgemeinschaft der Germanen im Zeitalter des Sippschaftskommunismus“ (S. 26 ff.) und behauptet: „Die gemeinsame Abstammung ist es vor allem, die die Germanen jener Zeit zu einer Nation macht.“ (S. 27)

³⁴⁰ Ausgehend von seiner Definition macht Bauer auch die Feststellung, dass nur diejenigen Teile der Nation die Nation bilden würden, die an der Kultur, sozusagen an der Kulturgemeinschaft Anteil haben würden. Das seien in der Klassengesellschaft bisher nur die herrschenden und ausbeutenden Klassen: „Die breiten Volksmassen aber bilden nicht die Nation.“ (S. 136) Die Sozialdemokratie müsse durch ihre „evolutionistisch-nationale Politik“ – was für ein Begriff! – dafür sorgen, dass die Nachkommen, „durch die Charaktergemeinschaft verknüpft, eine Nation bilden“ (S. 160). Es gehe „nicht nur um Entwicklung der Nation, sondern um Entwicklung des gesamten Volkes zur Nation“ (S. 160)

Die von Bauer konstruierten Kriterien für „Nation“ bewahren ihren Schein von Plausibilität aber nur, wenn nicht die Frage gestellt wird: Welche Bedeutung soll das denn für ein demokratisch-revolutionäres Programm des Kampfes gegen jede nationale Unterdrückung und für nationale Gleichberechtigung haben?

Liegt nach den Kriterien der marxistischen Definition, wie sie Stalin formuliert hat, eine Nation vor, dann hat sie ihr Selbstbestimmungsrecht, dann hat sie als unterdrückte Nation das Recht auf staatliche Lostrennung, auf Bildung eines eigenen Staates auf einem bestimmten bzw. bestimmbareren Territorium.

Bei der Gesamtheit von Individuen, die nach Bauers Definition eine „Nation“ bilden, kann dies so nicht funktionieren. Es macht eben keinen Sinn, alle Probleme der Nationalitäten unter dem Begriff „Nation“ zu subsumieren. Auf dem Territorium einer Nation, z. B. Polen, leben oftmals auch noch andere Nationalitäten, als nationale Minderheiten. Diese können sich nicht lostrennen. Ungeachtet dessen müssen sie nationale Rechte, nationale Gleichberechtigung haben. Daran ist Bauer im Grunde gescheitert. Zuflucht nimmt er zum Konzept der „nationalen Autonomie“.

Die „nationale Autonomie“

In einem Abschnitt mit dem Titel „Die nationale Autonomie“ wendet sich Bauer gegen das sogenannte „Territorialprinzip“. Damit meint er die politische Organisation von Nationalitäten auf der Grundlage territorial bestimmter und bestimmbarer Einheiten. Er bringt verschiedene Einwände wie z. B. Zu- und Abwanderung, territoriale Verschiebungen der nationalen Zusammensetzung im Laufe der Zeit. Vor allem sei das Territorialprinzip nicht das geeignete Mittel, um nationale Minderheiten zu erfassen und zu vertreten. Als seine Alternative präsentiert Bauer in einem eigenen Abschnitt „Das Personalprinzip“. Dies stellt er wie folgt dar:

„Das reine Personalitätsprinzip will die Nation nicht als Gebietskörperschaft, sondern als reinen Personenverband konstituieren. [...] es sollen die Nationen, wo immer sie leben, zu einer Körperschaft zusammengeschlossen werden, die selbstständig ihre nationalen Angelegenheiten verwaltet. In derselben Stadt würden sehr oft zwei und mehr Nationen nebeneinander, voneinander ungestört, ihre nationale Selbstverwaltung aufbauen, nationale Bildungsanstalten errichten – gerade so wie in einer

Stadt Katholiken, Evangelische, Juden nebeneinander selbstständig ihre religiösen Angelegenheiten besorgen.

Das Personalitätsprinzip setzt voraus, dass die Bevölkerung nach Nationalitäten geschieden werde.“ (S. 354)

Diese „nationale Autonomie“ ist im Kern das, was damals als „national-kulturelle Autonomie“ bezeichnet und bekannt geworden ist.

Bauer erläutert seine Vorstellungen dazu, dass wie bei der Feststellung der Religionen aufgrund der Angaben eines jeden Staatsmitglieds, Listen im Gesamtstaat erstellt, wer alles einer bestimmten Nation angehört. Diese konstituieren sich dann gemeinsam als Nation, bilden eine Körperschaft, ziehen ihre Steuern ein, die sie selbst verwalten und ausgeben, „wie das bei den Religionsgemeinschaften der Fall ist“ (S. 357). Bauer legt Wert darauf, dass die nationale Zugehörigkeit nicht durch Staatsorgane festgestellt werden soll, sondern auf Grund einer „freien Nationalitätserklärung der mündigen Staatsbürger“ (S. 354).

Im Grunde hat Bauer bei alledem eine Reform der K. u. K. Monarchie vor Augen, auch wenn er diese oder jene Floskel über eine sozialistische Zukunft einflacht. Um die innerstaatlichen nationalen Widersprüche der k. u. k. Monarchie zu lösen oder diese wenigstens abzumildern, macht Bauer die Frage der „nationalen Autonomie“ zu einer Frage der Verfassung:

„So wird die *nationale Autonomie*, die Selbstbestimmung der Nationen, notwendig das Verfassungsprogramm der Arbeiterklasse aller Nationen im Nationalitätenstaat.“ (S. 319, H. i. O.)

Diese Verfassung soll garantieren, dass jede Nation ihre Kultur entwickeln kann; jede Nation „soll sich selbst regieren“ (S. 319). Recht deutlich wird hier, dass der Kampf gegen nationale Unterdrückung umgeleitet wird in einen Kampf für eine Verfassung mit der Illusion, dass eine jede Nation im Rahmen der „nationalen Autonomie“ sich dann selbstbestimmt regieren könnte:

„Die nationale Autonomie innerhalb unserer Gesellschaft ist nur ein Schritt auf dem Wege zu jener vollen Selbstbestimmung der Nation, die erst auf der festen Grundlage der sozialistischen Produktionsweise möglich ist.

Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist aber die nationale Autonomie die notwendige Forderung einer Arbeiterklasse, die gezwungen

ist, ihren Klassenkampf in einem Nationalitätenstaat zu führen.“
(S. 322)

Die konsequente Sozialdemokratie in Russland hielt dieses Konzept für ausgesprochen unrealistisch und in seiner Grundkonzeption für falsch. Sie kritisierte es als nationalistisch und reformistisch. Sie bestand auf gut überlegter Gebietsautonomie plus den Rechten nationaler Minderheiten innerhalb dieser Gebiete – abgesehen davon, dass später in der Sowjetunion jede Person selbst in ihren Pass eintragen lassen konnte, welcher Nationalität sie sich zugehörig fühlt. Entschiedensten Widerspruch rief hervor, dass mit dem Konzept der „Nationalen Autonomie“ die Bevölkerung „nach Nationalitäten geschieden“ werden soll. Das bedeutet, dass zum Beispiel in einer Stadt russische, ukrainische, jüdische, rumänische usw. Kinder nicht in eine gemeinsame Schule gehen sollen, sondern in verschiedene nationale Schulen. Dem stellten Lenin und die Bolschewiki – wie schon ausführlich dargestellt – eine gemeinsame Schule aller Nationalitäten vor Ort entgegen, in der alle gleichberechtigt sind, in ihrer Muttersprache unterrichtet werden usw. Dass dies möglich und sinnvoll ist, ja als einzige Konzeption dem Internationalismus der revolutionären proletarischen Bewegung entspricht, das überstieg offenbar die Vorstellungswelt von Otto Bauer.

Warum keine „nationale Autonomie“ für die jüdische Bevölkerung?

Um es vorwegzunehmen: Die jüdische Bevölkerung in der Habsburger Monarchie sollte nach Dafürhalten von Otto Bauer keine nationale Autonomie erhalten. Da die Argumentation bei Bauer mit verschiedenen Fragen wie Assimilation und „geschichtslose Völker“ verbunden ist, muss etwas weiter ausgeholt werden. Allerdings verlässt Bauer gerade in diesem Kapitel immer wieder die theoretische Ebene und macht zutiefst vorurteilsbeladene Äußerungen. Eins kann schon mal gesagt werden: Dieses Kapitel, das von Bauer selbst als Art Exkurs gesehen wird, stellt den absoluten Tiefpunkt in seinem Buch dar (S. 366 ff.)

Zunächst schildert Bauer als Ausgangspunkt der Diskussion, dass die jüdische Gruppe in der Sozialdemokratischen Partei Autonomie forderte und damit argumentierte, dass sie wie andere Nationalitäten eine

Nation seien und daher auch das Recht hätten, innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie mit ihren nationalen Organisationen genau wie alle anderen behandelt zu werden.³⁴¹ Otto Bauer geht es nun, wie er erklärt, nicht um die innerparteiliche Frage, sondern um die seiner Meinung nach dahinter stehende Frage: Kann es, soll es eine nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung in staatlicher Hinsicht geben.

Im Mittelalter, so behauptet Bauer, sei die jüdische Bevölkerung „unzweifelhaft eine Nation“ (S. 367) gewesen. Und außerdem behauptet er, einem falschen antijüdischen Narrativ folgend weiter: „der Jude verkörpert die Geldwirtschaft.“ (S. 367)

Mit der weiteren Entwicklung habe sich die jüdische Bevölkerung, angefangen bei der jüdischen Bourgeoisie, nun im sich entwickelnden Kapitalismus Stück für Stück den europäischen Völkern eingegliedert. Die frühkapitalistische Entwicklung sei allerdings eine „für das jüdische Volk schmerzvolle“ Episode gewesen (S. 368).³⁴²

Bauer zitiert auch die Pointe von Karl Marx aus seiner Schrift gegen den Judenfeind Bruno Bauer, dass nun „die Christen zu Juden und Juden zu Christen“ geworden seien. Die jüdische Bevölkerung habe sich der Entwicklung des Kapitalismus und damit einhergehend an die Kultur der europäischen Nationen anpassen müssen. Die rechtliche Gleichstellung habe zur weiteren kulturellen Anpassung der jüdischen

³⁴¹ Die Gegenposition der polnischen Sozialdemokraten, dass für eine Nation ein Territorium nötig sei, hält Bauer für unzureichend, auch wenn sie seiner Meinung nach einen richtigen Kern enthalte. Bauer lehnt das Territorialprinzip ja nicht komplett ab. Er ist der Meinung, dass nahezu alle „Nationen“ irgendwo eine territoriale Basis oder Anbindung hätten, auch wenn Angehörige dieser „Nation“ in einem Gebiet leben würden, wo sie als Minderheit lebten. Nur, das ist der entscheidende Punkt in Bauers Argumentation, hänge die Existenz oder Nichtexistenz einer Nation davon eben nicht ab. Ausschlaggebend sei – wie bereits zitiert – die „Charaktergemeinschaft“.

³⁴² Die Frage, warum dies der Fall war, worin das Schmerzvolle bestand, lässt Bauer unbeantwortet. Bei ihm ist lediglich die Rede vom Konkurrenzkampf „zwischen jüdischem Handels- und Leihkapital und christlichem industriellen Kapital“ (S. 368). Die extreme Diskriminierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung, die wiederholten Pogrome und Vertreibungen, alles das bleibt bei Bauer unerwähnt.

Bevölkerung an die Mehrheitsbevölkerung geführt. (Siehe S. 368 f.).
Otto Bauer schreibt:

„So beginnen die Juden, sich der Nation, in deren Mitte sie leben, zu assimilieren. Es ist dies ein schwerer Prozess, der sich nur allmählich vollzieht. Sie haben ihre alte jüdische Sprache in Mitteleuropa längst vergessen, aber sie ‚mauscheln‘ noch immer; und wenn sie selbst dies nicht mehr tun, so sprechen sie die Sprache, die sie angenommen, doch immer noch, wie man eine fremde Sprache spricht, als Buchsprache, ohne jede Erinnerung an die Mundart des Ortes. Sie tragen die überlieferte jüdische Kleidung nicht mehr, aber man erkennt sie als Juden noch am Gebärdenspiel. Sie haben die alte jüdische Religion längst aufgegeben, aber auf ihre an Gedanken- und Gefühlsinhalt so armes Reformjudentum wollen sie nicht verzichten.“ (S. 369 f.)

Der Assimilierungsprozess sei aber noch nicht abgeschlossen. Die jüdische Bevölkerung würde mit großer Zähigkeit an kümmerlichen Resten der alten Sitten festhalten, nur untereinander heiraten und ein starkes Bewusstsein ihrer Eigenart und ihrer Zusammengehörigkeit haben. Schließlich behauptet er:

„Darum betrachten auch die Völker den Juden immer noch als einen Fremden. Man sagt heute selbst in West- und Mitteleuropa vielleicht zu viel, wenn man behauptet, dass die Juden keine Nation sind. Aber man darf gewiss behaupten, dass sie aufhören eine Nation zu sein.“ (S. 370)

Insofern diese Schilderung teilweise ihre Berechtigung hat, wird ersichtlich, dass Bauer noch nicht von einer vollständigen Assimilation ausgeht. Aber statt von Elementen einer nationalen Minderheit zu sprechen, wird die theoretische Diskussion durch die Verwendung des Begriffs „Nation“ unübersichtlich und verwirrend.

Bauer geht davon aus, dass in Russland, Polen und Litauen usw. die jüdische kleinbürgerliche und proletarische Bevölkerung, welche am wenigsten assimiliert ist, „heute die jüdische Nation“ bilden würde (S. 371). Und nicht nur das. Er konstatiert durchaus zurecht, dass in der jüdischen Bevölkerung in Russland und anderen Ländern Osteuropas sich in diesen Jahren eine lebendige nationale Bewegung entwickelte. Diese sei durchaus nicht nur als „Rückwirkung des Antisemitismus“ zu sehen, sondern habe tiefere soziale Wurzeln. Dies sei wie bei anderen „geschichtslosen Nationen“ ein soziales Erwachen, das Erwachen ihres Selbstbewusstseins (S. 371). Er schreibt:

„Sie beginnen sich eine neue Kultur zu schaffen. Jüdische Organisationen entstehen, in den Versammlungen werden in jüdischer Sprache die neuen Kulturwerte den Massen vermittelt, es entsteht eine Presse in jüdischer Sprache, man beginnt die Literatur der europäischen Nationen in den Jargon zu übersetzen und bald zeigen sich auch erste Anfänge einer neuen selbstständigen jüdischen Literatur.“ (S. 372)

Nun aber folgt Bauers brutales Statement: Diese jüdische Nationalbewegung könne sich zwar vorübergehend entwickeln. Sie habe aber keinerlei Zukunft. Diese würde ihr ganz einfach durch die kapitalistische Entwicklung abgeschnitten:

„Die Juden würden eine historische Nation werden, wenn sie überhaupt eine Nation blieben; aber die kapitalistische Gesellschaft lässt sie überhaupt nicht als Nation bestehen.“ (S. 373, H. i. O.)

Bauer warnt zwar davor, die Schnelligkeit der Assimilation zu überschätzen. (S. 376) Doch dann äußert er sich doch eindeutig: Es sei gewiss,

„dass auch die Juden des Ostens schließlich in den Nationen des Ostens aufgehen werden. Das junge jüdische Nationalgefühl wird den Prozess der Assimilierung vielleicht da und dort psychologisch erschweren. Aber die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Verkehrs sind stärker als alle sentimentalischen Wünsche. Historisch betrachtet, ist auch das Erwachen der Ostjuden zu neuem Kulturleben nichts als ein Vorläufer der schließlichen Assimilierung.“ (S. 377)

Mit diesen Voraussetzungen kommt Bauer nun auf die Frage einer jüdischen Autonomie zurück. Worin gehe es dabei denn?

„Die öffentlich-rechtliche Organisation nationaler Minderheiten hat wesentlich *zwei* Aufgaben: sie soll das Schulwesen der nationalen Minderheit ausbauen und verwalten und sie soll den Volksgenossen, die der Sprache der Behörden und Gerichte nicht oder nicht hinreichend kundig sind, Rechtshilfe gewähren.“ (S. 377, H. i. O.)

Eine Sprachenfrage bestünde aber für jüdische Menschen nicht, so Bauer. Da sie inmitten anderer Völker leben und mit ihnen in immer engerem Kontakt stehen würden, „müssen sie die Sprache der Mehrheit wohl oder übel können.“ (S. 378)

Das Recht auf die Verwendung der eigenen Sprache bei Ämtern usw. – ist kurzum von Bauer abgeschmettert!

So bleibt laut Bauer noch die Schulfrage. „Die Frage der nationalen Autonomie der Juden ist wesentlich eine Schulfrage.“ (S. 378) Was Bauer dazu von sich gibt, ist womöglich noch übler.

Jüdische Schulen, das kommt für Bauer gar nicht in Frage. Wir haben im Teil II. bereits dargestellt, aus welchem Grunde die konsequente Sozialdemokratie in Russland, warum Lenin und Stalin in eine Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten waren, also auch gegen spezielle jüdische Schulen. Sie waren gegen die **Trennung** von Menschen, von Kindern nach nationaler Zugehörigkeit. Sie waren für deren Zusammensein mit der Vorgabe, dass alle in der Sprache ihrer Nationalität unterrichtet werden.

Bei Bauer sieht das ganz anders aus. Er ist aus ganz anderen Gründen gegen eigene jüdische Schulen. Er argumentiert, dass eigene jüdische Schulen schädlich seien, dass sie nur geeignet seien, die von ihm behauptete Rückständigkeit der nicht assimilierten jüdischen Bevölkerung zu zementieren.

Bevor Bauer auf das Schulwesen zu sprechen kommt, gibt er folgende grundsätzlich falsche herablassende und herabsetzende Einschätzung des jüdischen Proletariats in Russland, Galizien usw. von sich:

„Die wichtigste Aufgabe der jüdischen Arbeiterschaft ist ihre eigene Erziehung. Aus dem jüdischen Proletarier muss ein wirklich moderner Arbeiter werden. Sobald der Jude dies ist, ist ein schweres Hindernis für seine Verbreitung auf weitere Gebiete und verschiedene Produktionszweige gefallen. Ein solches Hindernis ist nicht etwa nur die besondere Sprache der Juden, sondern ihr ganzes Wesen. In vielen Betrieben dulden auch heute noch die christlichen Arbeiter keine jüdischen Arbeitskollegen: diese Abneigung entspricht nicht etwa politischem Antisemitismus, sondern dem naiven Instinkt gegen die fremde Art des nicht assimilierten Juden. Wenn es möglich werden soll, dass die Juden in allen Produktionszweigen ihre Arbeitsstellen finden sollen, so müssen sie kulturell dem modernen Arbeiter der anderen Nationen ähnlich werden. Solange der Ton ihrer Sprache, ihre Gebärden, ihre Kleidung, ihre Sitten den christlichen Klassengenossen, den Werkmeister, den Unternehmer verletzen, vererbt sich der alte wirtschaftliche Gegensatz des Bauern und des jüdischen Händlers noch in Gestalt einer instinktiven Abneigung, eines ästhetischen Missfallens auf die Nachkommen beider, obwohl nun der Nachkomme des christlichen Bauern so gut wie

der Nachkomme des jüdischen Händlers Arbeiter geworden ist.“ (S. 378 f.)

Alle seien sich einig gegen den „jüdischen Arbeiter“: der „christliche Arbeiter“ wie der Kapitalist, und deshalb müsse sich die „jüdische Arbeiterschaft“ anpassen. Das ist im Kern die Aussage Bauers.

Aber man könnte es in irgendeiner Form noch verstehen, wenn es eine anklagende Beschreibung der Situation wäre, um zu dem Schluss zu kommen, dass es gilt, diese nicht zu akzeptieren, sondern sie im Sinne der Gleichberechtigung zu verändern. Aber Bauer zieht einen anderen Schluss: Was muss geschehen, damit es zu einem gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter mit den „christlichen Arbeitern“ kommt? Hier der Rat Bauers an den „jüdischen Arbeiter“:

„Aber auch damit er zu diesem Kampfe überhaupt fähig werde, muss er seine Gesittung der des christlichen Arbeiters nähern.“ (S. 379)

Dies hat mit Gleichberechtigung im Kampf nichts mehr zu tun.

Gegen jüdische Schulen ruft Bauer aus: „Man denke sich nur die Judenkinder in eigenen Schulen mit jüdischer Unterrichtssprache! Welcher Geist wird diese Schulen beherrschen?“ (S. 379) Es wäre, so Bauer, „die Kultur von Menschen, die außerhalb der Gesittung der europäischen Völker standen“, „eine ganze Welt längst erstorbener Gedanken, Wünsche, Sitten“. Das bedeute:

„So würden die Kinder der jüdischen Arbeiter künstlich im Geiste längst vergangener Zeiten erhalten.“ (S. 379)

Mit der Ablehnung jüdischer Schulen sei aber die ganz nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung hinfällig, habe sie „keinen Sinn“, so Bauer (S. 379) Die jüdischen Kinder sollen die „polnische, deutsche oder ruthenische Schule besuchen“ (S. 379).

Bauer geht noch einen Schritt weiter. Er betont:

„Der deutsche Arbeiter wünscht dem jüdischen Klassengenossen [...] Fähigkeit zum internationalen Klassenkampf. Um diesen Zweck zu erreichen [...] muss er“, heißt es weiter, „die nationale Autonomie „dem jüdischen Arbeiter versagen.“ (S. 379 f.)

Der deutsche Arbeiter, der erlaubt oder versagt? Da schlägt bei Bauer massiver deutscher Nationalismus durch. Noch deutlicher wird dies, wenn die folgende Position genauer betrachtet wird. Bauer erläutert:

„Nicht darauf kommt es an, für alle Nationen gleiche Rechtseinrichtungen zu schaffen, sondern darauf, die Arbeiter aller Nationen kulturell zu heben“ (S. 380).

Gemäß Bauer kommt es also nicht darauf an, für gleiche Rechte für alle Nationalitäten einzutreten. Er ist offenbar dafür, diese auch einmal wie im Falle der „nichtassimilierten“ jüdischen Bevölkerung zu verweigern. Bauer lässt keinen Zweifel daran, wer den Preis dafür bezahlen soll:

„Wenn die evolutionistische-nationale Politik sonst nur Veränderung der nationalen Kultur verlangt, so verlangt sie von den Juden die Preisgabe ihrer kulturellen Sonderart.“ (S. 380)

Dem folgt eine absonderliche Art des Trostes. Wörtlich heißt es:

„Wenn die jüdische Kulturgemeinschaft vernichtet wird, so bleibt doch die jüdische Naturgemeinschaft, die Rasse, erhalten.“ (S. 380)

Die Theorie von Bauer ist, dass nur die „assimilierten jüdischen Männer“ wie Marx, Lassalle und Heine Großes vollbracht hätten, weil sich „jüdische Naturveranlagung und europäische Kulturüberlieferung einander befruchtet haben.“ (S. 380)

Nach dieser Lesart gab es offensichtlich weder bei Heinrich Heine noch bei Karl Marx Elemente jüdischer Kultur, sondern es waren „jüdischen Naturveranlagungen“.

Unhaltbare Positionen zur Frage menschlicher „Rassen“

Bauer glaubt, auf dem Feld des „rassentheoretischen“ Diskurses mitmischen zu müssen und dies auch zu können. So beginnt Bauer ab Seite 10 seinen Gang durch die Biologie beim „Entwicklungsvorgang im Ei des Seeigels“ (S. 10). Er schreibt über die Elemente der Vererbungslehre, über das Keimplasma und das Körpergewebe, über die Innigkeit von Vater, Mutter und Kind und Ähnliches.

Der Begriff „Rasse“ wird von Bauer nicht prinzipiell abgelehnt, sondern ist konstitutiver Bestandteil seines theoretischen Gebäudes. Wie selbstverständlich spricht Bauer von der „Gemeinschaft des Blutes“ als Faktor der Nationenbildung und sieht es als erwiesen an, dass über Jahrhunderte hinweg „die Juden ihre Rasse wenigstens ebenso rein erhalten haben, wie die Mehrzahl der europäischen Nationen“ (S. 379).

Mehr als verquer ist z. B. auch die folgende Position, deren „rassen-theoretischer“ Subtext nicht zu übersehen ist. In der Pose des Unwissenden fabuliert Bauer zum Schluss des ganzen Exkurses über „Nationale Autonomie der Juden?“:

„Noch weniger wissen wir darüber, ob die Blutmischung der Juden und Arier eine bessere oder eine minderbegabte Rasse erzeugen wird. [...] So vermag die heutige Wissenschaft nicht zu entscheiden, ob das Aufgehen der Juden nicht nur in der Kulturgemeinschaft, sondern auch in der Naturgemeinschaft der anderen Nationen für die folgenden Geschlechter vorteilhaft sein wird oder nicht. Sie muss die Entscheidung der geheimnisvollen Macht überlassen, die bei Tier und Mensch Mann und Weib zusammenführt, die das Menschengeschlecht bis in unsere Tage geführt hat und es auch weiterführen wird: der geschlechtlichen Zuchtwahl. Junger Männer Liebeswerben, junger Frauen Liebeswahl wird über diese letzte aller Judenfragen entscheiden.“ (S. 381)³⁴³

Vielleicht meint Bauer, sich vom Rassismus abzugrenzen, indem er „Rasse“ neben der Entwicklung der Produktivkräfte als lediglich einen Faktor, als lediglich als ein „Mittel“ der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bezeichnet. Richtig eingeordnet, so Bauer

„wird die Rasse nichts anderes mehr als eines jener Mittel, durch die die Bedingungen des Kampfes ums Dasein ihre Wirksamkeit entfalten, durch die die Produktivkräfte, deren sich die Menschen im Kampf mit der Natur bedienen, die nationale Charaktergemeinschaft bilden.“ (S. 121)

³⁴³ Eine nicht näher begründete Behauptung dieser Art wird an die andere gereiht. Eine soll noch genannt werden. Bei Bauer heißt es: „Was nun von den Nationen gilt, die von einem Elternpaare oder einer Sippschaft oder einer Horde abstammen, das gilt auch von den Völkern, in deren Adern das Blut verschiedener Völker vermenget ist. So haben die Franzosen gewisse Eigenschaften der Gallier, der Römer und der Germanen ererbt. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass die diesen drei Völkern durch die Art ihrer Daseinskampfes angezüchteten Eigenschaften im Charakter der Franzosen wieder erscheinen, dass also die Geschichte dieser drei Völker im Charakter jedes einzelnen Franzosen heute noch wirksam, lebendig ist. Die Bedingungen, unter denen die Ahnen ihren Lebensunterhalt erarbeitet und erkämpft haben, bestimmen die ererbten Eigenschaften der Nachkommen.“ (S. 22)

Mit einer gewissen Vorsicht, den Faktor „Rasse“ relativierend formuliert Bauer:

„[I]n den ererbten Charaktermerkmalen späterer Generationen spiegeln sich daher die Produktionsbedingungen früherer Geschlechter wider.“ (S. 19)

Und dann behauptet Bauer auch noch:

„Die Lehre von der Vererbung solcher Eigenschaften steht mit der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung Karl Marx' nicht im Widerspruch, sondern gibt ihr neue Bedeutung.“ (S. 18)

In Wirklichkeit ist die biologistische Theorie von der Vererbung von Charaktermerkmalen, bei der gar noch „Rasse“ eine Rolle spielen soll, gänzlich unvereinbar mit der Theorie des historischen Materialismus von Marx und Engels.

Das Problem ist, dass damals wirklich solche ganz irrigen Diskurse geführt wurden – auch über „Rassen“ und Vererbung – und es offensichtlich kaum möglich war, sich von diesen prinzipiell fernzuhalten. Sowohl bei Karl Kautsky als auch bei Otto Bauer ist der Anspruch da, in diesen Diskussionen mitzumischen, sich zu positionieren und all diese biologistischen Thesen und Theorien mit Fragen des Marxismus zu versöhnen. Das ist jedoch prinzipiell nicht möglich und kann nur zu völlig falschen Resultaten führen kann.

Bagatellisierung des Nationalismus

Im Abschnitt „Programm und Taktik der österreichischen Sozialdemokratie“ wendet sich Bauer deutlich gegen den offenen Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie – repräsentiert von Eduard Bernstein – und plädiert für den Klassenkampf und den bewussten Internationalismus. Vehement wehrt Bauer sich gegen eine Politik des nationalen Revisionismus, der direkt dazu führe,

„dass sich die Sozialdemokratie jeder Nation mit den bürgerlichen Parteien ihrer Nationalität zu gemeinsamem Machtkampfe gegen die anderen Nationen, womöglich zu gemeinsamer Herrschaft über die anderen Nationen verbündet.“ (S. 564)

Das ist eigentlich eine klare Ansage, eingebunden in die These, dass alle Nationalitäten in der Habsburger Monarchie zwar sozialdemokratische Teilorganisationen bilden können, aber dennoch Teil der sozi-

aldemokratischen Gesamtpartei sind und sich deren Beschlüsse unterordnen. Dasselbe wird für die Gewerkschaften als selbstverständlich angesehen.

Aber Otto Bauer wäre nicht Otto Bauer, wenn er auch hier nicht schon wieder ein Schlupfloch öffnen würde:

„[I]n der Regel werden wir die Einheit des Proletariats auch durch einmütige Abstimmung bekräftigen können. Sollten aber einmal selbst die tschechischen Genossen mit dem tschechischen Bürgertum, die deutschen Sozialdemokraten mit dem deutschen Bürgertum stimmen, so ist dies der Einheit der proletarischen Bewegung nicht mehr gefährlich, wenn die vorausgehende Erörterung klar gezeigt hat, dass die Unmöglichkeit völlig einheitlicher proletarischer Politik nur der Unerträglichkeit der zentralistisch-atomistischen Staatsverfassung entspringt, dass, was die Proletarier verschiedener Nationalität scheidet, lächerlich gering ist neben der gewaltigen Kluft, die die gesamte Arbeiterklasse von den besitzenden Klassen aller Nationen trennt.“ (S. 571)

Es ist offensichtlich, dass Bauer hier eine möglicherweise eintretende, wenn nicht sogar zu erwartende, im Grunde aber nicht zu akzeptierende Situation bagatellisiert. Damit will er offensichtlich die formale Einheit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs nicht gefährden und den Schein von Einheit nach außen hin erhalten. In der Realität zeigte sich aber rasch, nämlich spätestens 1911, dass die Partei dann doch in verschiedene Nationalitätenparteien auseinanderfiel.

Der letzte Satz dieses umfangreichen Werks wird dann seinem Charakter insofern gerecht, als für die auf 576 Seiten verhandelte „Nationalitätenfrage“ nur eine verschwommene Antwort gefunden wird. Der letzte Satz lautet:

„Wir müssen die Proletarier aller Nationen zu einem machtvollen, von einheitlichem Willen beseelten Körper vereinen, um die Schätze unserer nationalen Kultur zum Besitztum der ganzen Nation zu machen, um unserer Nation Einheit und Freiheit zu erkämpfen.“ (S. 576)

Die Frage bleibt, warum Otto Bauer zunächst von mehreren Nationen spricht und dann von einer Nation? Und wer, wenn nicht die deutsch-österreichische Nation, ist denn eigentlich die eine Nation, für die alle anderen Nationen sich zu einem Körper vereinen sollen?

Ein Kernpunkt dieser Schrift von Otto Bauer im Hinblick auf die jüdische Bevölkerung in der Habsburger Monarchie ist, dass er von einer Assimilierung der jüdischen Bevölkerung in Österreich ausgeht und sich daher ausdrücklich gegen eine nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung in Österreich ausspricht. Seine Vorstellung von Assimilation ist eng verknüpft mit deutschem Nationalismus, wenn er fordert, dass der „deutsche Arbeiter“ dem „jüdischen Arbeiter“ die nationale Autonomie „versagen“ müsse.

Bauer geht noch weiter und behauptet, dass die jüdische Bevölkerung sich auch in Osteuropa assimilieren werde. Bauer schließt andere Entwicklungen wie die des Aufblühens einer jüdischen Nationalität auch langfristig aus. Das hat er bei anderen Nationalitäten durchaus für möglich gehalten .

d) Bemerkungen zu Karl Kautsky: Nationalität und Internationalität (1908)

Kautskys Artikel „Nationalität und Internationalität“ (1908)³⁴⁴ war eine Art ausführliche Buchbesprechung von Otto Bauers Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“. Der 36 Seiten umfassende Artikel wurde im Januar 1908 als Nr 1 der „Ergänzungshefte zur neuen Zeit“ veröffentlicht. Kautskys Beitrag war ohne Zweifel auch in der Sozialdemokratie in Russland von Bedeutung.³⁴⁵

Dieser Artikel hatte durchaus eine gewisse autoritative Wirkung. Denn Kautsky kritisiert darin reformistische Grundpositionen Otto Bauers. Er tut das recht vorsichtig, jedoch der Sache nach in verschiedenen Punkten grundlegend treffend. So zeigt er klar, dass der Inter-

³⁴⁴ Kautsky, Karl: Nationalität und Internationalität. Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 1, 18. 1. 1908. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

³⁴⁵ So hat sich Lenin in der Auseinandersetzung mit dem „Bund“ in Russland Lenin zweimal auf diese Schrift Kautskys bezogen. Siehe Lenin: Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands, 1913, Werke Band 19, S. 100 ff. und Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, 1913, Werke Band 19, S. 238 ff. Eine Analyse des Buchs von Bauer findet sich im Teil „Vertiefungen und Anmerkungen“.

nationalismus bei Bauer kein Platz hat. Das ist allein schon ein vernichtendes Urteil (S. 34 f.) Nicht zu übersehen ist aber auch, dass Kautsky in vielem selbst falsch liegt und Irrtümer von Bauer teilt.

Bezeichnend ist, dass Kautsky seiner Kritik an Otto Bauers Buch eine nur peinlich zu nennende Lobeshymne auf dieses Buch vorausschickt. Otto Bauer sei angeblich „die Methode des historischen Materialismus vortrefflich zu handhaben“ (S. 1). Die Differenzen von vornherein bagatellisierend, erklärt Kautsky, diese dürften zum Teil wohl daran liegen, dass er und Bauer verschiedene „Generationen repräsentieren“ (S. 2).

Zur Definition von „Nation“

Kautskys hauptsächlicher Einwand gegen Bauer betrifft dessen Definition der Nation als „einer Kulturgemeinschaft und Charaktergemeinschaft, die aus einer Schicksalsgemeinschaft entsteht“ (S. 3, in Kautskys Worten, ohne Originalzitat). Dagegen vertritt Kautsky, dass es eine Nation ohne eine gemeinsame Sprache und ohne ein gemeinsames Territorium nicht geben kann.

Kautsky kritisiert zurecht Bauers idealistische Verabsolutierung des „Nationalcharakters“. Allerdings leugnet er diesen faktisch. Er macht sich am Beispiel Deutschlands darüber lustig, wie es denn so etwas wie einen gemeinsamen „Nationalcharakter“ geben könne bei all den Verschiedenheiten zwischen dem Leben an den Küsten der Nordsee und Ostsee und den Hochalpen, zwischen Stadt und Land sowie der Scheidungen nach Klassen und Berufen (S. 5). Scheinradikal überspringt Kautsky damit ein Problem, das für den Kampf gegen den Nationalismus nicht umgangen werden darf.

Kautsky ist nicht in der Lage, die „Nation“ als Gesamtheit mehrerer Merkmale zu bestimmen, wie das Stalin in der einzig richtigen Weise gemacht hat, die in sich konsistent ist und in der nicht das Verheddern in Widersprüchen vorprogrammiert ist. Kautsky verabsolutiert nicht den Nationalcharakter, sondern bei ihm ist es die Sprache, die er zum entscheidenden Kriterium macht. Kautsky leugnet nicht rundweg die Existenz anderer Kriterien, ist aber der Meinung, „dass die Sprache das wichtigste unter ihnen ist“ (S. 6), ja, dass „dass die nationale Gemeinschaft Sprachgemeinschaft ist“ (S. 7). So hat Kautsky gegen

Bauer zwar richtige Teilaspekte herausgearbeitet wie insbesondere das Territorium, aber nicht wirklich Klarheit geschaffen.

Skepsis gegenüber Bauers „nationaler Autonomie“

Kautsky meldet einige Bedenken gegenüber Bauers Konzept der „nationalen Autonomie“ an. Eine nur auf dem „Personalprinzip“ beruhendes nationales Prinzip könne nicht funktionieren, da „die Nation ohne ein Territorium nicht existieren kann (S. 28). Da die einzelnen Nationalitäten (im Wortlaut von Kautsky „jede Nation“, S. 29) über unterschiedliche Mittel verfügten, würde eine Lösung, welche das Schulwesen und andere Kultureinrichtungen getrennt von den einzelnen Nationalitäten tragen lasse, die Unterschiede zwischen diesen verstärken. An einen Ausgleich sei aber nicht zu denken. Denn: „Jeder Versuch in dieser Richtung muss aber auf den Widerstand der Deutschen stoßen.“ (S. 29) Angesichts der staatlichen Machtverhältnisse und des staatlichen Widerstands erscheint es Kautsky „höchst zweifelhaft“, ob die Bauersche „Autonomie der Nationen“ jemals zur Durchführung gelange, „ehe noch das Proletariat die politische Macht erobert.“ (S. 31)

Für eine zukünftige Lösung in einem sozialistischen Staat spricht sich Kautsky für eine von Renner vorgestellte Konzeption aus. Bei dieser sei „die Synthese zu finden zwischen nationaler Autonomie und zentralistischer Zusammenfassung“ (S. 35). Demnach werde ganz Österreich (gemeint ist die Habsburgermonarchie!) in Kreise eingeteilt. Jeder dieser Kreise umfasse möglichst nur Menschen der gleichen Nationalität. Alle Kreise der gleichen Nationalität zusammen würden die Nation bilden. Das würde zirka neun Zehntel aller Kreise bilden. Für die restlichen Kreise, in denen zwei oder mehrere Nationen in größeren Mengen zusammenwohnen, solle das Personalitätsprinzip gelten. In jedem dieser Kreise bildeten die Mitglieder einer Nationalität eine Körperschaft für sich, die ihre nationalen Angelegenheiten selbst verwalteten. Alle derartigen Körperschaften der gleichen Nationalität würden sich „dem großen Organismus der Gesamtnation“ anschließen, welche ihre gesamten nationalen Angelegenheiten selbst bestimmen würde. „Das sind aber keine anderen als die der sprachlichen Kultur“, „im Wesentlichen bloß die des Unterrichtes.“ (S. 28) Somit ist das im Kern nur eine Variante der „national-kulturellen Autonomie“

(S. 28), welche jede politische Selbstbestimmung von Nationalitäten außen vor lässt. Kein Wunder, dass laut Mitteilung von Kautsky Bauer diesen Plan akzeptierte (S. 28).

Im Grunde verbleibt Kautsky in diesem Disput völlig im Rahmen dessen, dass die Integrität, also die Grenzen des Habsburgerstaates nicht infrage gestellt wird. Vom Recht auf Lostrennung ist nicht einmal die Rede. Für Russland kann sich Kautsky vorstellen, dass Nationen, „so weit sie zusammenhängende Gebiete bewohnen, vom Hauptland losgetrennt werden, ohne dass dieses in seiner Existenz im Geringsten gefährdet würde.“ (S. 24) Kautsky fügt dem direkt danach hinzu: „Anderers in Österreich“ (S. 25). Da sei alles viel verwickelter und schwieriger. Da könne das „Hauptland“ das wohl nicht verkraften.

Kautsky wirft Otto Bauer – völlig zurecht – dessen „völlige Vernachlässigung des internationalen Momentes“ vor (S. 35). Doch Kautsky ist selbst nicht wirklich so internationalistisch, wie er vorgibt. Direkt nationalistisch ist Kautskys Position, dass es in jedem Nationalitätenstaat eine „Vermittlungs- und Staatssprache“ geben müsse. Diese könne im österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaat nur „die deutsche“ sein (S. 30).³⁴⁶

Fernab vom proletarischen Internationalismus ist auch folgende Passage bei Kautsky:

„Ein deutscher Arbeiter, der nach Frankreich gerät, ohne ein Wort französisch zu kennen und ohne Deutsch sprechende Klassengenossen neben sich zu haben, wird sich trotz aller internationalen und klassenbewussten Gesinnung unter französischen Proletariern sehr unbehaglich und vereinsamt vorkommen, und er wird den ersten Deutschen, der ihn da anspricht, mit Freuden begrüßen, auch wenn es ein Ausbeuter wäre, dem er in der Heimat voll Hass entgegenträte.“ (S. 7 f.)

³⁴⁶ Kautsky zitiert hierzu aus dem Brünner Nationalitätenprogramm „unserer österreichischen Bruderpartei“. Dieses drückt sich darüber, wie Kautsky erklärt, „sehr vorsichtig“ aus. Das Zitat lautet: „Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine *Vermittlungssprache* nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.“ (S. 29 bei Kautsky zitiert) Als SPD-Politiker geht Kautsky darüber hinweg und erklärt, es müsse nicht einmal nur eine „Vermittlungssprache“, sondern auch eine „Staatssprache“ geben – und das könne nur die deutsche sein!

Jeder Arbeiter „zuerst Deutscher“? Hier spricht Kautsky dem deutschen Spieß und der deutschen Arbeiteraristokratie aus der Seele und huldigt in peinlicher Weise dem deutschen Nationalismus.

Kautsky formuliert in dem Artikel schließlich auch seine Vorstellung von „Assimilation“. Er schreibt über die „sozialistische Gesellschaft“ und behauptet, es käme dort

„zum allmählichen Zurücktreten und völligen Verschwinden zunächst der Sprache kleiner Nationen“ (S. 17).

Bei Kautsky ist nichts davon zu finden, dass gerade auch die Kulturen kleiner Nationen und nationaler Minderheiten im Sozialismus auf dem Weg zum Kommunismus aufblühen (ihrer Form nach nationale und ihrem Inhalt nach sozialistische Kulturen). Deshalb werden ihre Sprachen nicht einfach verschwinden, bevor alle Sprachen und nationalen Unterschiede im Weltkommunismus aufgehoben sein werden.³⁴⁷

Vorwiegend falsches zu jüdischen Themen

Wie bereits gezeigt führt Otto Bauer die verschiedensprachige jüdische Bevölkerung als Beweis dafür an, dass es eine Nation auch ohne gemeinsame Sprache geben könne. Das hält Kautsky für falsch. Er argumentiert:

„Die Juden sprechen sicher verschiedene Sprachen. Aber sind die deutsch redenden Juden nicht Angehörige der deutschen Nation, die französisch redenden nicht Franzosen? Als besondere Nation fühlen sich die Juden nur in Osteuropa, dort sprechen sie aber auch ihre *eigene Sprache*, nicht das Hebräische, sondern ein verdorbenes Deutsch, das Jiddisch, die sie von ihrer Umgebung scheidet.“ (S. 7)

In dieser Passage ist sicherlich richtig, dass die verschiedenen Sprachen sprechenden Jüdinnen und Juden in Ländern wie Deutschland und Frankreich keine gemeinsame Nation bilden. Kautsky erwähnt

³⁴⁷ Etliche Jahre später kritisierte Stalin die deutschnationalistischen Positionen Kautskys anhand eines Zitats von 1896. Siehe J.W.: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU (B), 1930, Werke Band 12, Berlin 1954, S. 318. Das Zitat von Kautsky in „Vorrede des Übersetzers“ zur Schrift ‚Revolution und Konterrevolution in Deutschland‘, Mai 1896, hier 4. Auflage Stuttgart 1919, S. XXII (H. i. O.) ***Hier ev. Hinweis auf Vertiefungsteil kleine Völker und Nationen##***

dann auch, dass ein großer Teil der weltweiten jüdischen Bevölkerung, nämlich die in Osteuropa größtenteils doch auch eine gemeinsame Sprache hat, nämlich das Jiddisch. Diese wird von Kautsky deutschnationalistisch als „verdorbenes Deutsch“ diffamiert.

Welche Schlussfolgerungen zieht Kautsky daraus? Schließt er daraus die Anerkennung der jüdischen Bevölkerung in Russland und anderen Ländern Osteuropas als nationale Minderheit? Ja, diese „fühle“ sich als „Nation“, die sie nach Kautskys eigener Position garnicht sein könne.

Jüdische Nationalität gab es zu dieser Zeit auf jeden Fall bei im damaligen Russland, aber auch in Polen und anderen osteuropäischen Ländern lebenden jüdischen Bevölkerung. Kautsky schreibt ja selbst, dass sich die jüdische Bevölkerung dort als Nation „fühlen“ würde. Sich direkt auf Otto Bauer beziehend schreibt Kautsky, dieser

„weiß nur *einen* Fall vorzuführen, und es würde ihm schwerfallen, einen zweiten aufzutreiben, und dieser eine Fall betrifft eine Nation, von der es höchst strittig ist, ob sie überhaupt eine Nation darstellt, die auf jeden Fall, wenn man sie als solche anerkennen will, eine Nation bildet, die ihresgleichen nicht hat; die niemand als Typus einer Nation annehmen wird. Das weiß niemand besser als Bauer, der in seinem Kapitel über ‚Die nationale Autonomie der Juden‘ sehr überzeugend dargetut, dass das, was für alle Nationen gilt, für die Juden nicht zutrifft, und dass diese als Nation keine Zukunft haben.“ (S. 7)

Bauer solle doch nicht die jüdische Bevölkerung als Beispiel für eine Nation anführen, er wisse doch selbst, dass diese das nicht sei, dass diese „niemand als Typus einer Nation annehmen“ würde.

Otto Bauer will ja der jüdischen Bevölkerung in dem damaligen österreichischen Nationalitätenstaat im Unterschied zu allen anderen Nationalitäten keine nationale Autonomie zuzugestehen. Kautsky kritisiert dies nicht, sondern lobt Bauers Ausschluss der jüdischen Bevölkerung von jeglichen nationalen Rechten als „sehr überzeugend“. Bei allen Meinungsunterschieden ist sich Kautsky mit Otto Bauer in einer entscheidenden falschen politischen Position dann doch einig.

In einer Passage formuliert Kautsky seine eigenen Positionen zur jüdischen Bevölkerung, ihrer Geschichte und Gegenwart wie folgt:

„In Wirklichkeit ist das Judentum in seinem Ursprung eine Nation mit gemeinsamer Sprache gewesen, es wurde dann eine Religionsgemeinschaft, die Mitglieder der verschiedensten Nationen in sich aufnahm und die unter den verschiedensten Nationen Aufnahme fand. Als dann das Christentum der Fähigkeit der jüdischen Religionsgemeinschaft ein Ende setzte, sich durch Propaganda noch weiter unter den Nationen auszudehnen, wurde das Judentum eine besondere Rasse, da den Juden die eheliche Fortpflanzung außerhalb ihrer Religionsgenossenschaft untersagt war, und es wurde, als Vertreter der aus der Römerzeit übernommenen Geldwirtschaft inmitten der barbarischen Naturalwirtschaft der Germanen, auch ein besonderer Beruf. Will man die Rolle kennzeichnen, die das Judentum im Mittelalter spielte und heute noch in Osteuropa spielt, so geschieht dies weit besser als durch die Bezeichnung *Nation* durch die Bezeichnung *Kaste*. Nicht unter den *Nationen* des modernen Europa, mit denen wir es hier zu tun haben, sondern unter den *Kasten Indiens* finden wir Erscheinungen, die dem Judentum entsprechen, wie es sich nach der Zerstörung Jerusalems und dem Aufkommen des Christentums gestaltet hat. Die Versuche, das Judentum als Nation aufrecht zu erhalten, sind tatsächlich nur Versuche, seine Existenz als besondere Kaste fort zu fristen. Solches Streben wäre unerklärlich in einem modernen Staate. Es kann nur gedeihen unter der infamen Wirtschaft der moskowitzischen Bürokratie oder des rumänischen Bojarentums.“ (S. 7, H. i. O.)

Hier ist nahezu alles falsch. Die jüdische Bevölkerung war in ihrem Ursprung niemals eine „Nation“ und konnte das auch nicht sein. Die Fortpflanzung innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft als Argument für „eine besondere Rasse“ anzuführen, ist absurd und wissenschaftlich völlig unhaltbar. Dann wären auch die Katholiken eine „besondere Rasse“. Nicht besser bestellt ist es um die Behauptung, dass das „Judentum“ im Mittelalter zu einem „besonderen Beruf“ geworden sei. Die jüdische Bevölkerung wurde zwangsweise aus den meisten Berufen ausgegrenzt. Im Übrigen waren Jüdinnen und Juden, soweit das möglich war, auch in anderen Berufen tätig, nicht nur in der „Geldwirtschaft“.

Mit alledem unterscheiden sich Kautskys Thesen kaum von denen Otto Bauers. Dass die jüdische Bevölkerung Osteuropas schließlich

zur „Kaste“ geworden sei, das ist wirklich eine Kautsky-spezifische, allerdings absurde These.³⁴⁸

Markus Ratner kritisierte 1911 Kautskys Übertragung des Begriffs „Kaste“ auf die jüdische Bevölkerung. Er schrieb:

„... niemand kam bisher auf den ungeheuerlichen Gedanken, das nach Millionen zählende jüdische Volk mit einer indischen Kaste zu vergleichen. Ein Volk, das die extremen Pole des Reichtums und der schlimmsten Arbeit, des geistigen Glanzes und der Dürftigkeit umfasst; ein Volk, das an sozialer Differenzierung und Klassengliederung so reich ist; ein Volk, in dessen Reihen ein heißer Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat gekämpft wird; ein Volk, dessen gesamtes unterdrücktes inneres Dasein das lebende Bild einer endlosen Bewegung durch Jahrhunderte, Länder und Völker darstellt; ein solches lebendig tätiges Volk wird urplötzlich auf dem geheimnisvollen Weg einer erfinderischen menschlichen Logik einer Kaste gleichgestellt, die ihrer Natur nach etwas Formloses, Stabiles und Unbewegliches ist. Das heißt wirklich Missbrauch mit Analogien treiben.“
(Ratner, Markus: Die nationale Autonomie und das jüdische Proletariat, Sozialistische Monatshefte, Nr. 21/1911, S. 1341)

Das ist eine berechtigte und im Kern zutreffende Kritik, auch an Kautskys „Analogie“-Methode.³⁴⁹

³⁴⁸ In einem Beitrag in einem Sammelband machen Klaus Holz und Jan Weyand darauf aufmerksam, dass schon der Judenfeind Rühs 1816 die Juden als „Kaste“ bezeichnet hatte, die von „fremder Arbeit lebt“, nur eine „Schmarotzerpflanze“ sei usw. Siehe Rühs, Friedrich: „Die Rechte des Christentums und des deutschen Volkes, verteidigt gegen die Ansprüche der Juden und ihrer Verfechter“, Berlin 1816, S. 16, hier zitiert nach: Holz, Klaus / Weyand, Jan: Von der Judenfrage zur Antisemitenfrage. Frühe Erklärungsmodelle von Antisemitismus, S. 172–188, hier S. 175, in: Hahn, Hans-Joachim / Kistenmacher, Olaf: Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft. Zur Geschichte der Antisemitismusforschung vor 1944, Berlin 2015.

Edmund Silberner hat darauf verwiesen, dass der Begriff der „Kaste“ später von Bruno Bauer verwendet wurde. Siehe Bauer, Bruno, Die Judenfrage, Braunschweig 1843, S. 100, zitiert nach Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage, Opladen 1983, S. 30.

³⁴⁹ Ratners pauschal-unbestimmte Bezeichnung der jüdischen Bevölkerung in allen Ländern als „ein Volk“ ist allerdings fragwürdig. Ob Ratners Kennzeichnung der „Kasten“ in Indien als „etwas Formloses, Stabiles und Unbewegliches“ zutreffend ist, sei dahingestellt und ist hier nicht das Thema.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Richtig ist Kautskys Zurückweisung von Otto Bauers Begriff der Nation als „Schicksalsgemeinschaft“ – unabhängig von Sprache und Territorium. Richtig ist auch die Zurückweisung der These von der jüdischen Nation als pauschale Bezeichnung für die jüdische Bevölkerung – unabhängig von Sprache und Territorium.³⁵⁰ Bei der kritisch-selbstkritischen Analyse darf allerdings nicht darüber hinweggesehen werden, dass Kautsky seine Positionierung gegen Bauer mit einer in Richtung einer Negation jeglicher jüdischer Nationalität in Osteuropa gehenden Begründung verbunden hat und die jüdische Bevölkerung falsch als „Rasse“ und absurderweise auch als „Kaste“ einschätzt.

e) Bemerkungen zur Schrift „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus“ von Karl Renner (1910)

Die Broschüre „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus“³⁵¹ erschien 1910 in Wien.³⁵² Das war zu einem Zeitpunkt, als der nationalistische Zerfall der Sozialdemokratie in Österreich schon weit fortgeschritten war.

³⁵⁰ Diese gegenüber Bauer soweit richtige Position Kautskys war damals wichtig, vor allem in der komplizierten Auseinandersetzung Lenins und Stalins mit dem „Bund“ in Russland, der sich direkt auf Otto Bauer berief.

³⁵¹ Renner, Karl: „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus. Untersuchungen über die Größe und Macht der deutschen Nation in Österreich und das nationale Programm der Sozialdemokratie“, Wien 1910. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

³⁵² Karl Renner (1870-1950) war ein österreichischer Sozialdemokrat, der sich in der Habsburgermonarchie wiederholt mit der Nationalitätenfrage dort beschäftigt und mehrere Publikationen dazu veröffentlicht hat. Während des Ersten Weltkriegs versuchte Renner, die in seinen Schriften zuvor bereits entworfenen Pläne zum Erhalt der Habsburger Nationalitätenstaats praktisch voranzutreiben. Dafür bekam er sogar eine Audienz bei Kaiser Karl. Zur Stockholmer Friedenskonferenz im Frühsommer 1917 vertrat er – wie Victor Adler und Wilhelm Ellenbogen – die Auffassung, dass ein Frieden nicht auf Kosten der territorialen Integrität der Habsburgermonarchie geschlossen werden dürfe. Vom Oktober 1918 bis Juli 1920 war Renner Staatskanzler der Republik Österreich. 1931 wurde Karl Renner zum Ersten Nationalratspräsidenten gewählt. Im April 1931 trat er zurück. Nach

Renner vertritt in dieser Schrift, dass die Rechte der einzelnen Nationen auf kulturellem Gebiet im Rahmen des existierenden Staates der k. u. k. Monarchie festgeschrieben werden müssen, also das Programm von Otto Bauer. Aber der deutsche Nationalismus ist bei Karl Renner noch weit massiver vorhanden und wird in abstoßenderweise Weise hemmungslos ausgebreitet.

Bereits die Diktion der ersten Überschrift deutet an, dass Renner sich in seinem Text im Kontext des Nationalismus bewegt, denn es geht ihm um „Die Größe und Macht unserer Nation“ (S. 5). Dabei ist eindeutig „die deutsche Nation in Österreich“ (S. 5) gemeint.

Renner verweist auf Otto Bauers Schrift „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ und betont, sich vermeintlich gegen den möglichen Vorwurf des deutschen Nationalismus absichernd, dass diese Nation „überwiegend eine *Arbeiternation*“ sei. (S. 6, H. i. O.). In Wirklichkeit lässt er damit aber die Klassenfrage verschwinden. Alles weiter verwirrend erklärt er, dass als Fragestellung zentral sei:

„Was gilt diese Nation im *Staate*, welche *Macht* besitzt sie einerseits gegen die Regierung, andererseits neben den anderen Volksstämmen des Staates, wie ist ihre Macht zu *sichern*?“ (S. 6, H. i. O.)

dem Sieg des Faschismus 1934 wurde Renner verhaftet, schließlich aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei der Nazi-Abstimmung über den „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland erklärte Renner öffentlich: „Ich stimme mit Ja“. Nach der Befreiung Österreichs durch die Rote Armee und die Armeen der anderen Alliierten wurde Renner 1945 zum ersten Bundespräsidenten Österreichs gewählt und blieb dies bis zu seinem Tod 1950. Mit einer gewissen Wendigkeit erklärte Renner in einer Rede über „950 Jahre Österreich“ am 22. Oktober 1946 „Der Österreicher ist im strengen Wortsinn kein deutscher Stamm.“ (Zitiert nach Wikipedia Friedrich Adler) Während seiner gesamten politischen Karriere sind judenfeindliche Äußerungen und Ausfälle von Renner dokumentiert. Im Februar 1946 erklärte Renner als Bundespräsident, er glaube nicht, „dass Österreich in seiner jetzigen Stimmung Juden noch einmal erlauben würde, diese Familienmonopole aufzubauen. Sicherlich würden wir es nicht zulassen, dass eine neue jüdische Gemeinde aus Osteuropa hierherkäme und sich hier etablierte, während unsere eigenen Leute Arbeit brauchen.“ (Zitiert in: Robert Knight (Hrsg.): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt am Main 1988, S. 60 f.)

Zunächst beschäftigt sich Renner mit der Bevölkerungszahl und macht sich zum Befürworter eines „Größenwachstums des Volkskörpers“, ohne „Heil!“ zu schreien, wie er ausdrücklich betont:

„Wer für das Größenwachstum des Volkskörpers eintritt, erfüllt seine nationale Pflicht, auch wenn er nicht einfaches ‚Heil!‘ schreit.“ (S. 8)

Renner lässt keinen Zweifel daran, um welche Nation es ihm geht. Es ist die „Größe der deutschen Nation in Österreich“ (S. 7). Dann berichtet Renner über Tschechen und Deutsche in Böhmen und stellt fest, dass die Deutschen „nach Abrechnung der Juden“ weniger geworden seien. (S. 10) Das macht ihm offenbar Sorgen.

Krass ist dann seine Argumentation gegen deutsche Nationalisten, die sich darüber beklagen, dass sich die „tschechische Rasse“ wegen ihrer angeblich geringeren Kulturbedürfnisse sich darauf beschränke, „kaninchenartig sich fortzupflanzen“ (bei Renner S. 19 zitiert). Darin sieht Renner „eine Herabsetzung der deutschen Rasse“. Die Deutschen könnten sehr wohl ebenso viele Kinder zur Welt bringen wie die Tschechen. Nur müssten für die breiten Massen die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Bei Renner heißt es:

„Wer sein Volk liebt, muss zuerst dafür sorgen, dass die Männer und Frauen der breiten Masse in diese Lage versetzt werden, einen gemeinsamen Haushalt zu begründen und ihre Kinder gemeinsam aufzuziehen. *Das gilt uns als das höchste Gebot der nationalen Politik.*“ (H. i. O.)

Dass die deutschen arbeitenden Menschen ihre Kinder nur großziehen können, „wenn sie genug Lohn erhalten“, ist soweit kein Problem. Doch Renner geht weiter. Er propagiert dies nationalistisch als Rezept gegen eine „tschechische Invasion“:

„Wenn es den deutschen Arbeiter nur gegönnt ist, ihre Kinder auch aufzuziehen, wenn sie genug Lohn erhalten, um sie durch die Kinderjahre herauf zu bringen und in gute Schulen zu schicken, *so ist eine tschechische Invasion in Böhmen für alle Zeiten abgeschlagen!*“ (S. 16, H. i. O.)

Weiter beschreibt Renner sozusagen psychologisch die angeblichen Unterschiede zwischen deutschen und tschechischen Arbeiter:innen:

„Oft haben die deutschen Arbeiter von Haus aus eine gewisse Sanftmut und Weichheit in ihren Umgangsformen und innigste Rücksicht auf ihre Familien. Diese hohen und edlen Vorzüge, die jeder preisen muss, weiß

der Kapitalismus nicht selten zu ihrem Schaden zu wenden. Der rücksichtslose Tscheche weiß mit seinen Quellen auf ganz andere Weise fertig zu werden und scheut dabei kein Mittel im Kampf.“ (S. 20)

So etwas nennt man ein vergiftetes Lob! Nicht zu übersehen ist, dass Renner davon ausgeht, dass die deutschen Arbeiter moralisch höher stehen würden. Und genau das ist deutscher Nationalismus.

Da darf auch die „Liebe“ zum heimatlichen „Boden“ nicht fehlen:

„Tief eingewickelt in unser aller Herz ist die Liebe zu dem Boden, auf dem wir die Jahre unserer Jugend verlebt haben. Vertraut ist uns Dorf und Land, Wald und Wiese, es grüßen uns wie traute Bekannte die Berggipfel rings, Baum und Haus, es grüßt uns jeder, der uns begegnet in den süßen Lauten unseres Mutterdialekts, der lebendigen Volkssprache, die ja weit inniger wirkt als die Schriftsprache.“ (S. 27)

Dies zu widerlegen, lohnt sich nicht. Oder soll man betonen, dass Renner sich hier als schmalziger Heimatdichter betätigt?

Aber es kommt noch härter. So wie höherer Lohn für deutsche Arbeiter, so sei auch höhere Bildung „für die deutsche Nation in Österreich“ nötig, und wofür? Um dem „Wettbewerb mit den Angehörigen anderer Nationen“ standhalten zu können. Es sei eine Schmach und eine Schande, dass die deutschen Volksschulen in Tirol oder Salzburg „tief unter der Dorfschule Tschechisch-Böhmens“ stehen:

„Es gibt für die deutsche Nation in Österreich kein höheres nationales Interesse, als diese Schmach zu tilgen, als die *deutsche Volksschule* in allen *Gauen* Österreichs auf die *größte Bildungshöhe* zu heben, als der Kampf gegen die deutschen Schulverderber! Wenn wir noch länger, noch weiter hinter den Tschechen auf diesem Gebiet zurückbleiben, so verringern wir die Deutschen in der Werkstatt und auf dem Arbeitsmarkt, im ganzen Geistesleben, die Fähigkeit zum Wettbewerb mit den Angehörigen anderer Nationen“. (S. 39)

Zweifelsohne gibt es in dieser Schrift genügend Phrasen über den Zusammenschluss des Proletariats aller Nationalitäten. Marx wird zitiert und auf die Gründung der Internationale hingewiesen usw. usf. Und dann sind solche Tiraden eingestreut, die darauf abzielen, das Proletariat deutscher Nationalität für den Konkurrenzkampf gegen das Proletariat anderer Nationalitäten fit zu machen.

Und wie bei geschwätzigen deutschen Nationalisten üblich, kommt Renner nun auch noch auf den „deutschen Geist“ zu sprechen:

„Was aber ist des Deutschen eigens Besitztum?

Deutschland war staatlich in ein halbes Hundert Vaterländer zerrissen, wirtschaftlich verarmt und kulturell verwahrlost – da trat, blendend wie eine Himmelserscheinung, der große deutsche Geist mit einem Male in die Welt. Drei strahlende Dreigestirne erhoben sich über der deutschen Erde. Aus den Sphären der Philosophie leuchtete uns das Dreigestirn Kant, Fichte, Hegel hernieder, aus dem Reiche der Dichtung das Dreigestirn Lessing, Schiller, Goethe, aus der Welt der Töne Haydn, Mozart, Beethoven. Und um sie, um die Größten, gesellten sich die zahllosen Großen aus allen Bezirken des Geisteslebens. Bewundernd neigen sich alle Völker des Abendlandes vor dieser alles überstrahlenden Erscheinung.“ (S. 50)

Auch hier gilt: Der deutsche Nationalismus ist hier so offensichtlich, dass es nur als unpassend erscheinen kann, wenn auf einen solchen pathetischen Ausfluss überhaupt eingegangen wird.

Aber was wollen nun die Tschechen, was will „der Tscheche“, wie Renner fragt:

„Sie wollen im Verein mit allen anderen Slawen Österreichs *ganz* Österreich als *ein* slawisches Reich mitREGIEREN, d. h. also wieder ihre Herrschaft über Deutsche und Romanen expandieren.“ (S. 58 f., H. i. O.)

Das ist unverblünte antitschechische Hetze eines deutschen Nationalisten.

f) Bemerkungen zum Artikel von Karl Kautsky: Separatismus, Nationalismus und Sozialismus (1912)

In diesem Artikel³⁵³ nimmt Karl Kautsky im theoretischen Organ der SPD „Die Neue Zeit“ sehr ausführlich und sehr autoritativ als führender Kopf der II. Internationale Stellung gegen die tschechische Sozialdemokratie und einen ihrer Vertreter, Nemec, im Internationalen Büro. Kautsky gelingt es mit diesem Artikel sicherlich, gerade in der deutschen Sozialdemokratie den Eindruck zu erwecken, dass er die Feinheiten der Organisationspolitik der II. Internationale genau kennt.

³⁵³ Kautsky, Karl: Separatismus, Nationalismus und Sozialismus (1912), in: Die Neue Zeit, XXX. Jg. (1911–1912), 1. Band (1912), Nr. 15, S. 520–532. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

Kautsky gibt in der Tat Zitate aus Publikationen der tschechischen Sozialdemokratie wieder. Wenn die Belege stimmen, dann sind diese durchaus mehr als problematisch und weisen auf Elemente des tschechischen Nationalismus hin. Und es ist gewiss richtig, wenn Kautsky herausstellt, dass die proletarische Partei sich nach dem Staatsprinzip und nicht nach dem Nationalitätenprinzip organisiert und dass dies, mit einigen aufgezeigten Ausnahmen, auch in der II. Internationale so ist.

Aber abgesehen davon, dass die Belege für die den tschechischen Sozialdemokraten vorgehaltenen Äußerungen nicht umfassend überprüft werden können, geht es noch um etwas Anderes.

Selbst wenn die tschechischen Sozialdemokraten völlig Unrecht hätten (Formulierungen wie „die Deutschen“ erleichtern die Vorwürfe Kautskys), bleibt dennoch die Frage, was Kautsky dem entgegensetzt. Zunächst einmal behauptet er, ohne wirkliche Belege, die tschechischen Sozialdemokraten schürten

„einen wilden Hass gegen die deutschen Proletarier, die als die Unterdrücker und Ausbeuter des tschechischen Proletariats hingestellt werden“ (S. 521).

Kurz auf den Nenner gebracht: Die Kritik an Teilen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich und an der Zentrale in Wien wird als Angriff auf das deutsche Proletariat in Österreich insgesamt dargestellt. Das Wesentliche ist aber, dass Kautsky nicht das geringste Bewusstsein vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und auf staatliche Lostrennung in diesem so hochtheoretischen daherkommenden Artikel erkennen lässt. Er ist offensichtlich gegen das Recht auf staatliche Lostrennung in Österreich. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen einschließlich dieser Forderung taucht überhaupt nicht auf. So zeigt sich, dass von daher viele Dinge, die bei Kautsky zunächst als plausibel erscheinen, im Kern grundfalsch sind.

Der zweite grundlegende Fehler von Kautsky ist, dass er zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen nicht unterscheidet. Gerade gegenüber den Arbeiter/innen in Böhmen und den tschechischen Arbeiter/innen in anderen Teilen Österreichs ist dies ein eklatanter Fehler. Das haben spätere Studien von Eva Priester und anderen deutlich aufgezeigt.

Es handelte sich also nicht um faktisch gleichberechtigte Nationalitäten in Österreich, sondern darum, dass sich in der deutschen proletarischen Klasse in Österreich eine Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie herausgebildet hat, wovon Kautsky entsprechend seiner Position nichts wissen will.

Im Grunde haben die Publikationen der tschechischen Sozialdemokratie einen ganz wunden Punkt getroffen, auch wenn sie es möglicherweise nicht genau formuliert haben, nämlich dass es darum geht, dass das Recht auf staatliche Lostrennung von Kautsky nicht akzeptiert wird. Die Behauptung der tschechischen Sozialdemokraten lautet, wie Kautsky zitiert:

„Die Internationale hat sich durch den Einfluss der deutschen Genossen in Gegensatz zu den Lebensinteressen der kleinen Nation gestellt. [...] Und sie wird das Bollwerk der großen Nation gegen die kleinen.“ (S. 523)

An anderer Stelle heißt es aus Sicht der tschechischen Sozialdemokratie, zitiert von Kautsky aus der „Wiener Arbeiter-Zeitung“:

„Und da sind wir [die tschechischen Sozialdemokraten, A. d. V.] zu der Anschauung gekommen, dass die Internationale nicht nur von den großen Nationen gepachtet sein kann, sondern dass sie, wenn sie ihre Weltmission erfüllen soll, auch auf die Forderungen, Bedürfnisse und Interessen der kleinen Nationen Rücksicht nehmen muss. Die Internationale wird sich klar werden und das Problem der kleinen, und selbstständigen Nationen, die nach ihrer Selbstständigkeit streben, lösen müssen.“ (S. 524)

Diese Forderungen haben sich in der Folgezeit nicht gerade als falsch erwiesen. Ganz im Gegenteil.

Der Joker von Kautsky ist aber die Organisationsfrage. Es ist richtig, dass nach dem Staatsprinzip die sozialdemokratischen Organisationen eines Landes mit Sektionen nach verschiedenen Kriterien in einer zentral geleiteten Organisation organisiert werden sollten.

In dieser Frage ist Kautsky also schlicht im Recht. Aber er trägt seinen richtigen Standpunkt mit einer unverkennbaren deutschen Arroganz vor, wenn er schreibt: Die tschechische Sozialdemokratie habe sich in ihrem Denken von der deutschen Sozialdemokratie

„losgemacht, damit aber auch vom Einfluss des theoretischen Wissens befreit, dass die deutsche Sozialdemokratie ihr brachte, ohne dass doch

in den Reihen der tschechischen Genossen genügend theoretische Durchbildung zu finden wäre, die sie imstande setzen würde, des Einflusses der deutschen Theorie ohne Schädigung entraten zu können.“ (S. 525)

Was soll das sein, „deutsche Theorie“? Genau das ist Nationalismus.

Um seine arrogante These zu untermauern, zitierte er in der Tat einige merkwürdige Passagen aus einigen Flugblättern, die er der tschechischen Sozialdemokratie zuordnet, und behauptet, sie wären „auf dem Niveau des beschränkten Antisemitismus“ (S. 527)

*

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Kautsky zwar zu Recht im Hinblick auf die Organisation einer proletarischen Partei die Frage des Staates an die erste Stelle stellt, aber von dem Recht auf staatliche Lostrennung auch kleinerer Nationen nichts wissen will. Unter Berufung auf das für den Aufbau der proletarischen Partei gültige Staatsprinzip lässt er das Recht auf staatliche Lostrennung, genau wie Otto Bauer, völlig unter den Tisch fallen. Seine Polemik gegen tschechische sozialdemokratische Kräfte hat eine deutschnationalistische Schlagseite, wie sein Verweis auf die angeblich überlegene „deutsche Theorie“ zeigt.

4. Marx und Engels zu Nationen, kleinen Nationen und Nationalitäten

Nationalitäten

Das grundlegende Problem der Unterscheidung zwischen einer Nation und nationalen Minderheiten ist von Marx und Engels nicht prinzipiell behandelt worden. Es handelt sich vielmehr um eine Reihe von Bemerkungen, die vor allem Polen und die Zeitspanne nach der Revolution 1848 betrafen. Im Hintergrund steht ein Beschluss der Frankfurter Paulskirche. In ihrer zehnten Sitzung am 31. Mai 1848 nahm die Nationalversammlung folgende Proklamation an:

„Die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung erklärt feierlich: Dass sie im vollem Maße das Recht anerkenne, welches die nicht-deutschen Volksstämme auf deutschem Bundesboden haben, den Weg ihrer volkstümlichen Entwicklung ungehindert zu gehen ...“³⁵⁴

Engels protestiert gegen eine „Neue Teilung Polens“ (Neue Rheinische Zeitung, Nr. 9, 9. Juni 1848), da dadurch die deutsche Grenze immer mehr vorgeschoben wird: „so unterdrückt man die Sprache und Nationalität von mehr als der halben polnischen Bevölkerung Posen“.³⁵⁵

Im Artikel „Auswärtige deutsche Politik“ (Neue Rheinische Zeitung, Nr. 33, 3. Juli 1848) wendet sich Engels unmissverständlich gegen die von Deutschland vorgenommene „Unterdrückung anderer Nationalitäten“.³⁵⁶

In der Schrift „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ von 1850/51, in der die Germanisierung Polens angeprangert wird, schreibt Engels:

„Auf diese Weise hat sich die Grenzlinie zwischen der deutschen und der polnischen Nationalität in den letzten 70 Jahren völlig verschoben. Da mit der Revolution von 1848 die unterdrückten Nationen sofort den Anspruch auf selbständige Existenz und auf das Recht erhoben, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, war es ganz natürlich, dass

³⁵⁴ Hier zitiert nach Marx Engels Werke Band 5, Anmerkung 183, S. 529

³⁵⁵ Marx Engels Werke Band 5, S. 56

³⁵⁶ Marx Engels Werke Band 5, S. 155

die Polen ohne weiteres die Wiederherstellung ihres Staates innerhalb der Grenzen der alten polnischen Republik vor 1772 forderten.“³⁵⁷

In seinen Notizen „Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie“ schreibt Engels 1884, dass die Sprachgruppen, „dass die Nationalitäten anfangen, sich zu Nationen zu entwickeln“.³⁵⁸

Indirekt erklärt Engels in einem Brief an Hermann Schlüter vom 30. März 1892, dass die Eingewanderten in den USA in „Nationalitäten“ geteilt sind, darunter auch die „Juden“. Wörtlich heißt es bei Engels:

„Diese Eingewanderten sind aber in Nationalitäten geteilt, die sich untereinander und meistens auch die Landessprache nicht verstehen. Und Eure Bourgeoisie versteht es noch viel besser als die österreichische Regierung, eine Nationalität gegen die andere auszuspielen, Juden, Italiener, Böhmen etc. gegen Deutsche und Irländer und jeden gegen den andern, so dass, glaube ich, in New York Unterschiede der Lebenshaltung zwischen Arbeitern bestehen, wie sie sonst wo unerhört sind.“³⁵⁹

Nationen und das Recht auf selbstständige Existenz

Es geht in diesen kurzen Bemerkungen nicht darum, sämtliche Passagen von Marx und Engels zur Frage der Nationalität und der Nation zusammenzustellen. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass in ihren Schriften an unterschiedlichen Beispielen die Problematik von Nationalität und Nation durchaus bewusst war. Sehr deutlich ist nach dem Beispiel Polen das Irlands. Engels schreibt 1872 in einer überlieferten Notiz:

„Wenn Mitglieder der Internationale, die einer erobernden Nation angehören, die Nation, die erobert worden ist und weiterhin unterdrückt wird, aufforderten, ihre spezifische Nationalität und Lage zu vergessen, ‚nationale Differenzen beizulegen‘ usf., so wäre das kein Internationalismus, sondern nichts weiter, als ihnen Unterwerfung unter das Joch zu predigen, und ein Versuch, die Herrschaft des Eroberers unter dem

³⁵⁷ Marx Engels Werke Band 8, S. 50 f.

³⁵⁸ Marx Engels Werke Band 21, S. 396

³⁵⁹ Engels, Friedrich: Brief an Hermann Schlüter vom 30. März 1892, Marx Engels Werke Band 38, S. 314

Deckmantel des Internationalismus zu rechtfertigen und zu verewigen.“³⁶⁰

Halten wir fest: Unterdrückte Nationen haben bei Marx und Engels klar das Recht auf „selbständige Existenz“, und Nationen und Nationalitäten werden von Marx und Engels bereits unterschieden. Eine genaue Definition dieser Begriffe oder des Begriffs „nationale Minderheit“ ist noch nicht vorhanden.

Engels zu den sogenannten „geschichtslosen“ Völkern und Marx’ Haltung zur sogenannten „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“

Bei der Auseinandersetzung mit Otto Bauer über die Nationalitäten- und Nationenfrage³⁶¹ ist die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in Österreich zu der tschechischen Sozialdemokratie in Österreich ein wichtiger Faktor. Und in diesem Kontext spielt es auch eine Rolle, wie Engels sich über die tschechische Bevölkerung geäußert hat. Das Studium dieser Frage hat unter anderem ergeben, dass neben der österreichischen Sozialdemokratie gerade auch Karl Kautsky gegenüber der tschechischen Bevölkerung eine ungute Rolle gespielt hat. Daher muss auch die antikomunistische Ausnutzung von diesem oder jenem Fehler von Engels aus der Zeit um 1848 gegenüber den nationalistischen tschechischen, breit in der Bevölkerung verankerten Bewegungen, die sich am Zarismus orientierten, aufgearbeitet und geklärt werden.

Wie war die Lage, als Engels seine Artikel zu den Tschechen schrieb? Die revolutionäre Bewegung von 1848 in verschiedenen Ländern hatte im Zarismus einen gefährlichen Gegner, der sich gemeinsam mit den reaktionären Militärs der k. u. k. Monarchie und den preußischen Truppen bemühte, alle revolutionären Bewegungen niederzuschlagen und dabei durchaus durchschlagende Erfolge hatte. Die Revolution 1848 scheiterte an der Übermacht der konterrevolutionären Kräfte.

³⁶⁰ Marx Engels Werke Band 18, S. 80

³⁶¹ Siehe dazu „Bemerkungen zu Otto Bauer: ‚Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie‘ (1907)“ und „Zur Schrift ‚Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus‘ von Karl Renner (1910)“

In dieser Situation hatte nun (nicht nur) Bakunin die politische Idee, alle slawischen Völker (außer Polen) im Kampf gegen die k. u. k. Monarchie zusammenzuschließen. Es ging um eine Lostrennung von der k. u. k. Monarchie. Und wer konnte da helfen? Angeblich nur der Zarismus.

Für Engels war damals klar, dass dies ein absolut unrealistischer Plan war, da die gesamte Lage so war, dass die politischen Kräfte der slawischen Bewegung zu Hilfskräften des russischen Zarismus werden mussten. Engels ging davon aus, dass die geschichtliche und konkrete aktuelle Kraft der slawischen Völker nicht ausreichte, um eine eigenständige Rolle ohne den russischen Zarismus spielen zu können. Genau aus diesem Grund entstand die Rede, wenn auch nicht wortwörtlich, von den „geschichtslosen Völkern“,³⁶² und die deutliche Ablehnung der slawischen Bewegung, die sich schließlich auch im Bunde mit dem Zarismus gegen die deutschen und österreichischen Revolutionäre richten müssen – so die Einschätzung von Engels.

Hier wollen wir zunächst eine kurze Zusammenfassung der Gedankengänge von Engels aus seinen Artikeln aus dem Jahre 1848 vornehmen, die zeigt, wie wichtig die Analyse dieser Frage im Kampf gegen den Antikommunismus ist. Danach soll gezeigt werden, dass es Engels später durchaus bewusst war, dass seine Positionen von 1848 nicht vorbildlich waren.

Engels Positionen können kurz so zusammengefasst werden:

Engels hatte völlig recht, eine konterrevolutionäre politische Bewegung der Panslawisten zu bekämpfen.

Dabei hätte die Wortwahl sich nicht gegen die gesamte Bevölkerung der Slawen richten dürfen, auch wenn es möglicherweise zu dieser

³⁶² Genauer: „Völker, die nie eine eigene Geschichte gehabt haben“, Engels, Friedrich: Der demokratische Panslawismus, Neue Rheinische Zeitung, Nr. 222, 15.2.1849, Marx Engels Werke Band 6, Berlin 1968, S. 275. Otto Bauer nutzte die Formulierung „geschichtslose Nation“ auch zur Charakterisierung der jüdischen Bevölkerung. Siehe Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, S. 379

Zeit üblich war, so pauschal zu sprechen. Das gerade ist nicht vorbildlich.³⁶³

Lehrreich ist, dass Marx und Engels gerade nicht immer jede nationale Bewegung unterstützt haben, sehr genau auf das Verhältnis einer Nationalbewegung zu einer revolutionären Bewegung geschaut und daraus auch Konsequenzen gezogen haben: Unterstützung der polnischen Nationalbewegung, aber keine Unterstützung der südslawischen Nationalbewegung. Das ist kein Widerspruch, das ist ein Ergebnis der Forderung nach einer Analyse der jeweiligen konkreten Situation.

Die Behauptungen von Engels, die eine Zwangsläufigkeit hin zu einer konterrevolutionären Entwicklung der slawischen Bewegungen implizieren, sind in sich nicht konsequent, da Engels selbst auch die Möglichkeit einer revolutionären slawischen Bewegung einräumt, die sich aber nicht bewahrheitet habe.

Ganz und gar falsch ist die einseitige objektivistische und ökonomistische Darstellung einer geschichtlichen Entwicklung, die die Verbrechen bei der Konstituierung und Ausdehnung des Kapitalismus – sei es nun gegenüber Mexiko oder in Hinblick auf die Germanisierung bestimmter Bevölkerungsteile in Osteuropa – nicht mehr berücksichtigt (an anderer Stelle dagegen diese sehr eindeutig benennt), sondern beleidigende Ausdrücke benutzt, wenn er auf die von diesen Verbrechen betroffenen Bevölkerungsteile eingeht.³⁶⁴

Marx und Engels schrieben schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“ 1848, dass die Bourgeoisie Europas andere Länder zwingt „die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen“.³⁶⁵ Insofern wird

³⁶³ Zwei Beispiele: Engels bezeichnet die slawischen Bevölkerungsteile als „reaktionäre Völker“ (Engels, Friedrich: Der magyarische Kampf, Neue Rheinische Zeitung, Nr. 194, 13.1.1849, Marx Engels Werke Band 6, Berlin 1968, S. 173), und er nennt die südslawische Bevölkerung abwertend „Völkerabfall“ (Engels, Friedrich: Ebenda, S. 172)

³⁶⁴ Engels beschimpft die Einwohner des damaligen Mexiko: „Oder ist es etwa ein Unglück, dass das herrliche Kalifornien dem faulen Mexikaner entrissen ist, die nichts damit zu machen wussten?“ (Engels, Friedrich: Der demokratische Panslawismus, Neue Rheinische Zeitung, Nr. 222, 15.2.1849, Marx Engels Werke Band 6, Berlin 1968, S. 273 f.)

³⁶⁵ Marx Engels Werke Band 4, S. 466

seit 1848 der Begriff Zivilisation als Zwangsmaßnahme durchaus als „sogenannte Zivilisation“ bezeichnet.

Marx hat diesen zentralen Aspekt dann in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ im Abschnitt über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation behandelt und geklärt:

„Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation.“³⁶⁶

Vor über 500 Jahren begann sich im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Warenproduktion der Welthandel und ein räuberisches Kolonialsystem einer Reihe europäischer Länder zu entwickeln (zunächst vor allem Spanien, Portugal, Holland und England), mit dem nicht nur durch Übervorteilung und Betrug, sondern vor allem durch Gewalt, Raub und Sklaverei die Bevölkerung der Kolonien ausgeplündert, gejagt und ganze Bevölkerungsteile ermordet wurden. Die Geschichte dieser kolonialen Mord- und Raubzüge ist weltgeschichtlich von entscheidender Bedeutung. Dadurch wurden gigantische Reichtümer in den Händen der sich entwickelnden Kapitalistenklasse angehäuft, die entscheidend für die Entstehung des Kapitalismus waren.

Weiter führt Marx aus:

„So wurde das von Grund und Boden gewaltsam exproprierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert.“³⁶⁷

Der ganze zusammengeraubte Reichtum allein konnte logischerweise die Industrieproduktion nicht in Gang setzen. Dazu wurden viele Menschen benötigt, Menschenmassen. Es musste eine proletarische Klasse entstehen und wachsen. Die zweite unerlässliche Voraussetzung für die Entstehung des Kapitalismus war neben der Anhäufung des Reich-

³⁶⁶ Marx, Karl: Das Kapital, 1867, Marx Engels Werke Band 23, S. 779

³⁶⁷ Marx, Karl: Das Kapital, 1867, Marx Engels Werke Band 23, S. 765

tums aus kolonialer Ausplünderung die Aufhebung der Leibeigenschaft und dann die Vertreibung einer großen Masse der ländlichen Bevölkerung vom Land in die Städte. Diese Masse der ehemals ländlichen Bevölkerung wurde durch terroristische Gesetze, die die Arbeitenden zum Teil der Sklavenarbeit ähnlichen Bedingungen unterwarfen, in eine für das System der Lohnarbeit notwendige Disziplin brutal hineingezwängt und von den neu geschaffenen, immer größer werdenden Fabriken in den Städten aufgesogen.

So entstanden ursprünglich die Kapitalistenklasse und die proletarische Klasse, entwickelte sich der Kapitalismus in England und Frankreich sowie in weiteren westeuropäischen Ländern.

Selbstkritische Bemerkungen und Positionen von Friedrich Engels

Gerade Engels hat in späteren Einleitungen und Vorwörtern immer wieder öffentlich auf überholte Positionen verwiesen.³⁶⁸

Engels schrieb über die Zeitspanne 1848/49 rückblickend 1895, dass er und Marx 1849 zwar nicht auf einen einflussreichen baldigen, ein für alle Mal entscheiden Sieg eingestellt waren, aber dass es eine, zwei längere, aber durchaus abschließende Perioden der Revolution geben

³⁶⁸ Engels hat dies gemacht sowohl in Hinblick auf die falsche Einschätzung der Lage 1849/1850 (Siehe Engels, Friedrich: Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“, 1895, Marx Engels Werke Band 22, Berlin 1963, S. 512 f.) als auch in Hinblick auf theoretische Fragen – so im Vorwort zur englischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse in England“, die Engels 1844 verfasst hatte. Hier kritisiert Engels die falsche Nutzung des Begriffs Menschheit und verweist auf die dort enthaltenen vielen falschen Prophezeiungen, „wie meine jugendliche Hitze sie mir damals eingab“, siehe Engels, Friedrich: Vorwort zur englischen Ausgabe (1892) der „Lage der arbeitenden Klasse in England“, Marx Engels Werke Band 22, Berlin 1963, S. 270). Und so auch 1891 in der Einleitung zur Schrift von Karl Marx „Lohnarbeit und Kapital“. Hier verweist Engels darauf, dass es bei der Analyse des Kapitalismus nicht um den „Verkauf der Arbeit“, sondern um den „Verkauf der Arbeitskraft“ geht, die die Arbeiterinnen und Arbeiter an die Kapitalisten verkaufen, und dass er überholte Ausdrücke für ein spezielle Ausgabe geändert habe, „Ausdrücke und ganze Sätze, die, vom Standpunkt der späteren Schriften aus, schief und selbst unrichtig erscheinen“ (Engels, Friedrich, Einleitung zu „Karl Marx' Lohnarbeit und Kapital“, Ausgabe 1891, Marx Engels Werke Band 22, Berlin 1963, S. 202).

werde. Engels räumt dann durchaus ein, dass nicht nur andere in dieser Zeit stark geirrt hätten. Selbstkritisch erklärt er:

„Die Geschichte hat aber auch uns Unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als eine Illusion enthüllt. Sie ist noch weiter gegangen: Sie hat nicht nur unseren damaligen Irrtum zerstört, sie hat auch die Bedingungen total umgewälzt, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat.“³⁶⁹

Die irrtümliche Ansicht von Marx und Engels 1849 schloss eben auch ein, dass in dieser revolutionären Periode der Zarismus von den revolutionären westeuropäischen Völkern besiegt worden wäre, was zu der von der Geschichte auch widerlegten falschen These führte, dass die Tschechen und Kroaten und andere slawische Völker mit dem Zarismus untergegangen wären und keine nationale, demokratische Perspektive in der Entwicklung hätten haben können.

Engels korrigiert konkret, wenn auch indirekt: Er berichtete über ein Zusammentreffen von Marx mit einem Prager Buchhändler in Wien, der über den Nationalitätenhader in Böhmen und „die angeblichen fanatischen Anfeindungen der Deutsch-Böhmen durch die Tschechen“ klagte. Marx fragte ihn, wie es denn mit den böhmischen Arbeitern stünde, und der Buchhändler antwortete, dass dies eine ganze andere Sache sei: „Sowie die Arbeiter in die Bewegung eintreten, dann hört das auf; da ist keine Rede mehr von Tschechen oder Deutschen, die halten alle zusammen.“³⁷⁰ Engels erklärt dazu:

„Was die böhmischen Arbeiter beider Nationalitäten [damals] nur fühlten, das wissen sie heute: dass der ganze Nationalitätenhader nur möglich ist unter der Herrschaft der großen Grundbesitzenden, Feudalherren und der Kapitalisten; dass er nur dazu dient, diese Herrschaft zu verewigen; dass tschechische und deutsche Arbeiter dieselben gemeinsamen Interessen haben und dass, sobald die Arbeiterklasse zur politischen Herrschaft kommt, aller Vorwand zu nationalem Zwist beseitigt

³⁶⁹ Engels, Friedrich: Einleitung zu Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, 1895, Marx Engels Werke Band 22, S. 513

³⁷⁰ Zitiert nach Engels, Friedrich: Den tschechischen Genossen zu ihrer Maifeier eine Erinnerung aus dem Jahr 1848, 1893, Marx Engels Werke Band 22, S. 403

ist. Denn die Arbeiterklasse ist international ihrer innersten Natur nach, das wird sie aufs Neue beweisen an diesem 1. Mai.“³⁷¹

Die Solidarität mit den tschechischen Arbeitern und Arbeiterinnen als Teil der internationalen Klasse des Proletariats wird hier eindeutig zum Ausdruck gebracht.

³⁷¹ Engels, Friedrich: Den tschechischen Genossen zu ihrer Maifeier eine Erinnerung aus dem Jahr 1848, 1893, Marx Engels Werke Band 22, S. 403

5. Plechanow zur Frage der „Rasse“

Georgi Plechanow³⁷² hat Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts mehrere Arbeiten über den historischen Materialismus veröffentlicht. Dies geschah zum Teil in eigenen Publikationen, zum Teil in Zeitungen der sozialdemokratischen Kräfte in Russland. Seine Schrift „Grundprobleme des Marxismus“ aus dem Jahr 1895 erschien 1910 übersetzt beim sozialdemokratischen Dietz-Verlag (Stuttgart 1910). Etliche Artikel veröffentlichte Plechanow auch im theoretischen Organ der Sozialdemokratie in Deutschland „Die Neue Zeit“. Mit diesen Artikeln griff Plechanow auch in die Revisionismus-Debatte ein und

³⁷² Georgi W. Plechanow (1856-1918) war 1883 führend bei der Gründung der ersten marxistischen Gruppe Russland. Dies war die Gruppe „Befreiung der Arbeit“, von G. W. Plechanow im Auslande, in Genf, organisiert, wohin er ausgereist war, um sich den Verfolgungen der zaristischen Regierung wegen revolutionärer Tätigkeit zu entziehen (1876 war Plechanow als 20-jähriger Student Redner bei der ersten proletarischen Demonstration, bei der rote Fahnen gezeigt wurden). Plechanow, der selbst „Volkstümmler“ war, wurde zu einem hervorragenden Propagandisten des Marxismus. In mehreren Schriften gegen die „Volkstümmler“ verteidigte und propagierte er den wissenschaftlichen Kommunismus. Diese irrigen Auffassungen Plechanows wie die Missachtung der werktätigen bäuerlichen Massen waren allerdings der Keim seiner künftigen menschowistischen Auffassungen. In der Phase der beginnenden Zusammenarbeit mit Lenin tauchten rasch ernste Differenzen über das Parteiprogramm und die Herausgabe der „Iskra“ auf. Als es 1903 auf dem Zweiten Parteitag der SDAPR zur Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki kam, stellte sich Plechanow zunächst zwar auf die Seite Lenins und der Bolschewiki. Nach dem II. Parteitag ließ sich Plechanow jedoch von den Menschewiki durch die Drohung mit der Spaltung einschüchtern. Er faßte den Entschluß, sich um jeden Preis mit den Menschewiki „auszusöhnen“. Plechanow kooptierte eigenmächtig, unter Verletzung des Willens des Parteitags, die früheren menschowistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra“ und machte diese damit zu einem menschowistischen Organ (Lenin trat aus der Redaktion aus). Nach dem bewaffneten Aufstand 1905 erklärte zum Menschewik gewordene Plechanow: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“ In den Jahren nach der Niederlage der Revolution von 1905 stellte sich Plechanow als „parteitreu“ menschowiki gegen die Liquidatoren, welche die illegale Partei liquidieren wollten, und es kam zu einem zeitweiligen Block mit den Bolschewiki. Beim definitiven Bruch der Bolschewik mit den Menschewiki 1912 ging Plechanow mit den Menschewiki. Im Ersten Weltkrieg befürwortete Plechanow als „Vaterlandsverteidiger“ die Kriegsziele des Zarismus. Weder in der Februarrevolution noch der Oktoberrevolution 1917 trat Plechanow politisch hervor. Nach der Oktoberrevolution ging er außer Landes nach Finnland, wo er einige Monate später starb.

polemisierte z. B. gegen den Mitstreiter Bernsteins im philosophischen Bereich Conrad.

In zwei uns bekannten Arbeiten über verschiedene Fragen des dialektischen und historischen Materialismus geht Plechanow auch auf die Frage der „Rasse“. Seine Positionen und Argumentationen zur Frage der „Rasse“ in diesen beiden sollen nachfolgend dargestellt werden.

1) In seiner 1895 auf Russisch veröffentlichten Schrift: **„Die Grundprobleme des Marxismus“**, die 1910 in Deutschland in Berlin erschien, geht Plechanow nur kurz auf die Frage der Rasse ein.

Zunächst macht Plechanow eine kurze skizzenhafte Kritik, dass Darwin die Rolle der Sprünge in der Entwicklung der Natur zu gering schätze (siehe S. 40). Danach geht er auch auf die Frage der sogenannten „Rasse“ in der Entwicklung der Menschheit ein. Dabei bezieht er sich auch auf eine Reihe anderer Autoren. Plechanows These ist, dass die moderne Ethnologie immer mehr die Auffassung von Marx akzeptiert:

„Dementsprechend misst sie auch der ‚Rasse‘ eine immer geringere ‚kulturgeschichtliche‘ Bedeutung bei.“ (S. 51)

Plechanow zitiert einen Autor namens Ratzel (aus dessen Studie „Völkerkunde“), dass der Begriff „Rasse“ nun „mit dem Kulturbesitz an sich nichts zu tun“ habe. (Siehe S. 51)

Im Hinblick auf die Rückwirkung der Kultur auf die Entwicklung der Menschheit setzt Plechanow den Begriff der „Rasse „ganz bewusst in Anführungszeichen. Er schreibt:

„Ein bestimmter Zustand der ‚Kultur‘ aber einmal erreicht, wirkt dieser zweifellos auch auf die physischen und psychischen Eigenschaften der ‚Rasse‘ ein.“ (S.51)

2) Plechanow kam 1898, also drei Jahre später noch einmal etwas ausführlicher auf dieses Thema zurück. Bei seiner Schrift 1898 **„Über materialistische Geschichtsauffassung“**³⁷³ handelt es sich um eine

³⁷³ Plechanow, Georgi W.: Über materialistische Geschichtsauffassung, 1898, Nachdruck Berlin 1982. Die Seitenzahlen im Text beziehen sich im Weiteren auf diese Ausgabe.

Art Rezension der „Essays über die materialistische Geschichtsauffassung“ von Anton Labriola.³⁷⁴ Plechanow anerkennt durchaus, dass Labriola sich im Großen und Ganzen auf den Standpunkt des historischen Materialismus stellt. Er kritisiert jedoch dessen Zugeständnisse an die bürgerliche Ideologie. In Abgrenzung zu Labriola legt er seine eigenen Auffassungen dar.

Plechanow schreibt zum Verhältnis von Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften mit dem Thema, dass beides eben Wissenschaften sind:

„Der dialektische Materialismus, der aus der Gesellschaft Wissenschaft jedwede Teleologie beseitigt und die Tätigkeit des gesellschaftlichen Menschen aus seinen Bedürfnissen und den zur gegebenen Zeit vorhandenen Mitteln und Methoden ihrer Befriedigung erklärt, verleiht zum ersten Mal der oben genannten Wissenschaft diejenige ‚Strenge‘, mit der sich ihre Schwesterwissenschaft, die Naturwissenschaft, vor ihr zu brüsten pflegte. Man könnte sagen, dass die Gesellschaftswissenschaften selbst zur Naturwissenschaft wird [...] Aber das bedeutet keineswegs, dass für ihn [Labriola] das Reich der Biologie mit dem der Gesellschaftswissenschaften verschmilzt. Labriola ist ein glühender Gegner des ‚politischen und sozialen Darwinismus‘, der schon längst, wie eine Epidemie die Köpfe vieler Denker, besonders der Advokaten und Schönredner der Soziologie⁴ verseucht und als Modegewohnheit sogar die Sprache der politischen Praktiker beeinflusst hat.“ (S. 84, H. i. O.)

Plechanow referiert dabei die Ansichten von Labriola, dass in biologischer Hinsicht selbstverständlich der Mensch seiner Herkunft nach vom Tier abstammt und ursprünglich sich im Kampf um seine Existenz dem geografischen Milieu anpassen musste. Laut Labriola entstanden daraus als Folge der Anpassung „die weiße, die schwarze, die gelbe Rasse“, aber eben keine Nationen und Völker (S. 85).

Wichtig ist nun der Hinweis von Plechanow, dass sich bereits „dem sogenannten *vorgeschichtlichen Sein* der Menschheit“ (S. 86, H. i. O.)

³⁷⁴ „Essays über die materialistische Geschichtsauffassung, von Antonio Labriola, Professor an der Universität Rom, mit einem Vorwort von G. Sorel, Paris 1897.“ Labriolas Essays erschienen zwischen 1895 und 1897 in drei selbständigen Veröffentlichungen, aber unter der gemeinsamen Hauptüberschrift „Essays über die materialistische Geschichtsauffassung“. Die französische Übersetzung vereinigte alle drei Essays in einem Band. Plechanow benutzte diese Ausgabe

Ansätze eines „*künstlichen* Milieus“ (S. 86, H. i. O.) herausgebildet hätten. Damit ist gemeint, dass die damaligen „Urmenschen“³⁷⁵ begonnen hätten, ihre Lebensmittel herzustellen (die Erfindung bestimmter Arbeitsgeräte, die Zähmung bestimmter Tiere, die Fähigkeit, bestimmte Metalle zu gewinnen u. ä. m.). Damit begannen die Menschen in erster Schritten eine gewisse Macht über die Natur zu erobern. Sobald dieses „*künstliche* Milieu“ entstanden war und sich zunächst noch sehr primitiv, dann auf immer höherer Stufenleiter zu entwickeln begann, war somit jede Reduktion der Funktionsweise menschlicher Gesellschaft auf die Biologie grundfalsch³⁷⁶. Plechanow zitiert Labriola, der feststellte:

„So hat also die Geschichtswissenschaft ihren primären und wesentlichen Gegenstand in der Bestimmung und Erforschung des künstlichen Lebensraumes, seines Entstehens und seiner Zusammensetzung, seiner Wandlungen und Veränderungen. Zu sagen, das alles sei nur Teil und Ausdehnung der Natur, heißt etwas behaupten, das aufgrund seines zu abstrakten und allgemeinen Charakters letzten Endes nichts bedeutet.“ (S. 86)

Plechanow führt im Artikel aus, dass die Entwicklung der Produktivkräfte zur Herausbildung bestimmter Produktionsverhältnisse, zur Entstehung von Klassen und des Staates führte.

Zunächst aber stimmt er Labriola zu, wenn dieser sich nicht nur zum „politischen und sozialen Darwinismus“ (S. 86) ablehnend verhält, sondern auch zu allen Versuchen, „die materialistische Geschichtsauffassung mit der allgemeinen Theorie der Evolution zu verbinden“ (S. 86). Plechanow nennt hier Auguste Comte und Spencer.

Im Verlauf der Schrift wird klar, dass Plechanow schon den Begriff der „Rasse“ benutzt. In gewisser Weise lässt er aber offen, ob es sie gibt oder nicht. Aber auf keinen Fall hätte „Rasse“ für die Entwicklung der Menschheit eine wesentliche Rolle gespielt.

³⁷⁵ Plechanow erläutert dazu: „Wir können uns jedoch nur Vermutungen darüber hingeben, wie der ‚Urmensch‘ aussah.“ (Ebenda, S. 86)

³⁷⁶ Hier ist auch an Lenin zu erinnern, der sich 1908 strikt ablehnend gegen die „Übertragung biologischer Begriffe auf das Gebiet der Gesellschaftswissenschaften“ ausgesprochen hat. (Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus“, 1908, LW 14, S. 332)

Gerade wo es um „Rasse“ geht, meldet Plechanow „gewisse Bedenken“ gegen Labriola an. Dieser wisse zwar irgendwie, dass die Berufung auf „Rasse“ für die Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse in die Irre führe.

„Da er aber zugibt, daß die geistige Entwicklung der Völker durch ihre Rassenmerkmale kompliziert wird, so lief er Gefahr, seine Leser dadurch in die Irre zu führen, und so zeigte er sich bereit, wenn auch in unbedeutenden Details, gewisse für die Gesellschaftswissenschaft schädliche Zugeständnisse an die alte Denkart zu machen. Gegen diese Zugeständnisse richten sich eben unsere Bemerkungen.“ (S. 97)³⁷⁷

Plechanow referiert zunächst Labriolas Ansicht, dass im Temperament eines jeden Volkes gewisse, durch den Einfluss des natürlichen Milieus erzeugte Besonderheiten erhalten seien. Diese würden sich bis zu einem gewissen Grade verändern, aber durch die Anpassung an das gesellschaftliche Milieu niemals vollständig verschwinden. Diese Besonderheiten des Volkstemperaments seien es, was „Rasse“ genannt würde. Diese würde auf die Geschichte gewisser Ideologien, so zum Beispiel der Kunst, einen Einfluss ausüben. Plechanow bemängelt, das Labriola für seine Ansicht keinerlei Belege gebracht hat und erklärt, dass die Ansicht Labriolas nicht akzeptiert werden kann. Das gelte zum Beispiel von dessen Behauptung eines Einflusses von „Rasse“ in der Kunst. Plechanow schreibt:

„Wir kennen die Kunst der Steinzeit, die Kunst der Eisenzeit; wir kennen aber keine Kunst der verschiedenen Rassen: der weißen, der gelben usw. Der Zustand der Produktivkräfte spiegelt sich selbst in Einzelheiten wider.“ (S. 92)

Plechanow geht im Anschluss daran der Frage nach, inwiefern von einem Einfluss von „Rassemerkmalen“ auf die bei den primitiven Künstlern eigentümlichen „Schönheitsideale“ zum Ausdruck kämen. Plechanow verwendet hier selbst den Begriff „Rasse“, hält dem aber entgegen:

„Es ist bekannt, daß jede Rasse sich, besonders auf den ersten Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung, für die schönste hält und gerade

³⁷⁷ Offenbar mit Rücksicht auf die Zensur formuliert Plechanow verschiedenes nicht offen. „Alte Denksrt“ meint die bürgerliche Ideologie, während „neue Denkart“ den Marxismus, den wissenschaftlichen Kommunismus meint. Als „Lehrer“ werden Marx und Engels bezeichnet, als „Schüler“ die Marxist:innen.

diejenigen Merkmale hoch schätzt, durch die sie sich von den anderen Rassen unterscheidet.**³⁷⁸ Diese Besonderheiten der Rassenästhetik können aber erstens - soweit sie konstant bleiben - durch ihren Einfluß den Gang der Kunstentwicklung nicht ändern; und zweitens sind auch sie nur bis zu einer gewissen Zeit, d. h. nur unter gewissen Bedingungen, beständig. In den Fällen, wo der betreffende Stamm sich gezwungen sieht, die Überlegenheit eines anderen, höher entwickelten Stammes anzuerkennen, verschwindet seine Rassen-Selbstzufriedenheit und an ihre Stelle tritt die Nachahmung des fremden Geschmacks, der früher als lächerlich, ja mitunter gar als schamlos, widerwärtig galt. Hier geschieht mit dem Wilden dasselbe, was in der zivilisierten Gesellschaft mit dem Bauern vor sich geht, der zuerst die Sitten und die Kleidung der Städter auslacht und dann - in dem Maße wie die Herrschaft der Stadt über das Land einsetzt und sich ausbreitet - sich bemüht, sie sich nach Kräften zu eigen zu machen.“ (S. 93)]

Wichtig ist hier Plechanows Feststellung, dass es sich bei dieser merkwürdigen „Rassenästhetik“ um keinen dauerhaften Faktor handelt. Der Vergleich dieser beschränkten „Rassen-Selbstzufriedenheit“ mit dem vorläufigen Dünkel von bäuerlich lebenden Menschen gegenüber denen in den Städten unterstreicht dies.

Wenn es nun um die „geschichtlichen Völker“ geht, schreibt Plechanow sehr eindeutig:

„Was die geschichtlichen Völker betrifft, so wollen wir vor allem darauf hinweisen, dass in Anwendung auf diese das Wort *Rasse* überhaupt nicht gebraucht werden kann und darf. Wir kennen kein einziges geschichtliches Volk, das man als reinrassiges Volk bezeichnen könnte; jedes Volk ist das Resultat einer außerordentlich langwährenden und starken gegenseitigen Kreuzung und Mischung von verschiedenen ethnischen Elementen.“ (Ebenda, S. 26, H. i. O.)

Plechanow beruft sich auch auf eine Äußerung von Tschernyschewski. Dieser geht davon aus, dass noch nicht vollständig bewiesen sei, dass die Rasse überhaupt keine Bedeutung habe. Dafür sei der naturwissenschaftliche Beweis noch nicht erfolgt. Aber deren Einfluss sei

³⁷⁸ Plechanow führt an dieser Stelle in einer Fußnote an: „Darüber siehe *Darwin*, ‚Descent of man‘ [Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl], London 1883, p. 582-555“ (H. i. O.)

auf jeden Fall so gering, dass er nicht ins Gewicht falle. Plechanow zitiert Tschernyschewski, der daher schlussfolgerte, man solle

„in praktischen Dingen die Rasse der Menschen außer Acht lassen, man behandelt sie einfach als Menschen...“ (Hier zitiert S. 27)

Wenn auch nicht ganz eindeutig, so gelangt Plechanow eigentlich zum Fazit, dass das ganze Gerede von „Rasse“ in den Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften nichts zu suchen hat. Er hält fest:

„Nicht ohne Grund bezeichnen wir die von uns bestrittene Auffassung von der Rolle der Rasse in der Geschichte der Ideologien als alte Auffassung. Sie ist eine einfache Spielart jener im vergangenen Jahrhundert sehr verbreitet gewesenen Theorie, die den ganzen Gang der Geschichte aus der Eigenschaften der menschlichen Natur erklären will. Die materialistische Geschichtsauffassung ist mit dieser Theorie völlig unvereinbar.“ (Ebenda, S. 29)

In dieser wichtigen Frage des Kampfes gegen die bürgerliche Ideologie darf kein Zugeständnis gemacht werden! Plechanow besteht darauf, alle Fragen von A bis Z auf dem Boden und ausgehend vom Boden des historischen Materialismus anzugehen und sich keinesfalls auf den Begriff „Rasse“ als Baustein der eigenen Argumentation einzulassen.³⁷⁹

³⁷⁹ Plechanow schreibt: „Selbstverständlich werden wir auf gar manche Fälle stoßen, wo wir außerstande sein werden, die Bedingungen zu nennen, durch die die uns interessierenden Besonderheiten hervorgerufen worden sind. Aber das, was sich heute den Mitteln der wissenschaftlichen Forschung entzieht, kann ihnen morgen schon unterliegen. Berufungen auf Rasseneigentümlichkeiten sind schon deshalb unangebracht, weil sie die Forschungsarbeit gerade dort abbrechen, wo diese anfangen sollte.“ (S. 96)

Literaturverzeichnis

Bisher erschienene Ausgaben der RotFront

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:

Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil I)

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:

Krieg den deutschen Zuständen

Einleitung zur Kritik der Hegelschen

Rechtsphilosophie

156 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil I und II)

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

J. W. Stalin:

Dem Genossen G. Telija zum Gedenken

266 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III)

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:

Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957

Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:

Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, 7,70 €

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD • Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeiträge zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer)

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984–1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 8–10, Juli 2000

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–46)

Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945

Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Anhang

15 Artikel zur besseren Einschätzung und zum kritischen Verständnis inhaltlicher Positionen sowie der Politik der KPD/SED vor und nach dem Vereinigungsparteitag

708 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 11–14, Juli 2002

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Die Bedeutung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus

Über die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

Zu den Aufgaben und Zielen der Revolution in abhängigen, in kapitalistisch entwickelten und in sozialistischen Ländern

Zur Geschichte und zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Dokument

KP China: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

628 Seiten, Preis 23,- €

Nr. 15, Juli 2003

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

- I. Überzeugende Argumente für den Kommunismus
- II. Lenin über die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft
- III. Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft
Texte von Marx, Engels, Lenin und Stalin

96 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 16–17, Januar 2004

J. W. Stalin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

- I. Stalins Entwicklung zum führenden Kader der Kommunistischen Partei
- II. Stalins herausragende Rolle an der Spitze der KPdSU(B) im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (1924–1939)
- III. Stalins Leistungen in den Jahren 1939–1953

Nach dem Tod Stalins

410 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 18, Oktober 2004

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für heute

Wie durch lokale Kriege, imperialistische Diplomatie und nationalistisch-chauvinistische Hetze der Weltkrieg vorbereitet wird

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Explosion des deutschen Chauvinismus

Der Erste Weltkrieg als imperialistisches Weltgemetzel und die besonders brutalen Verbrechen des deutschen Imperialismus

Nationaler Befreiungskampf in den Kolonien contra Entfachtung von reaktionären Massenbewegungen

Zum Kampf gegen den Ersten Weltkrieg in Deutschland, zur Novemberrevolution und zum Versailler Vertrag

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten

Anhang: Auszug aus der Geschichte der KPdSU(B)

152 Seiten, Preis 6,- €

Nr. 19, Januar 2005

**Dokumente der 3. Parteikonferenz von
Gegen die Strömung (2004)**

Programmatische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die
Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

**Grußadresse an die am wissenschaftlichen
Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen
Welt**

200 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 20, Juli 2005

**Kritik des Buches von Enver Hoxha
„Imperialismus und Revolution“**

- I. Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution
- II. Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus
- III. Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus
- IV. Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution

264 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 21, Januar 2006

**Die revisionistischen Angriffe gegen den
dialektischen Materialismus zurückschlagen**

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tsetungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest auswerten

98 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 22, Juli 2006

**Der Krieg des deutschen Nazi-Faschismus
gegen die sozialistische Sowjetunion (Juni
1941–Mai 1945)**

- A. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschland auf die damals sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941
- B. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“: „Vor Moskau muss die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941–November 1942)
- C. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluss zu machen. Keinen Schritt zurück!“ (1942/43)
- D. Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion 1941–1944
- E. Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)
- F. Die Zerschlagung der nazi-faschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!“ (1945)
- G. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

155 Seiten, Preis 8,- €

Nr. 23–25, 2007/2008

**Mao Tse-tung – seine
Verdienste – seine Fehler**

- Teil 1 Grundlegende Positionen zu Fragen der proletarischen Weltrevolution und der internationalen Lage
- Teil 2 Grundlegende Positionen zu Fragen der chinesischen Revolution
- Teil 3 Über einige Positionen Mao Tse-tungs zur Kommunistischen Partei und zum innerparteilichen Kampf
- Teil 4 Der Klassenkampf für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und der ideologische Kampf innerhalb und außerhalb der KP Chinas 1949–1965.
Die Schriften Mao Tse-tungs 1950–1976 und der sogenannte „Band V“

608 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 26–27, 2009/2010

**Theoretische und politische Fragen des
Zweiten Weltkriegs**

Das Dokument „Geschichtsfälscher“, Moskau 1948, ist vollständig erhalten

Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs

Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (Kurzer Überblick 1918–1952)

Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen anti-kommunistische Verleumdungen verteidigen!

Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR und die kommunistische Weltbewegung

248 Seiten, Preis 14,- €

Nr. 28 (2015)

**Zum Kampf von Karl Marx gegen Juden-
feindschaft**

Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45)

- I. Stellungnahme zu Karl Marx' Kritik an Bruno Bauers jüdenfeindlichen Schriften von 1844
- II. Referate zur Vertiefung
 - A. Wie Marx und Engels rückblickend die Schwächen ihrer ersten Schriften einschätzten
 - B. Vorgeschichte und Geschichte der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“
 - C. Kommunistische Haltung zu Religion und Religionskritik

Anhang

Zur Publikations- und Rezeptionsgeschichte der Schrift „Zur Judenfrage“ von

Karl Marx – ein Literaturbericht

201 Seiten • 12,- €

Nr. 29 (2016)

Von Alcatel bis Opel Bochum:

**Wichtige Kämpfe der Arbeiterinnen und
Arbeiter in Deutschland
1999–2013**

- I. Grundsätzliches vorab
- II. Wichtige Kämpfe 1999–2013
 - I. Grundfragen des Kampfes

Anhang

Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse und anderer ausgebeuteter Werktätiger in Deutschland – Schlaglichter zur Realität und Aspekte zur Klassenanalyse

174 Seiten • 12,- €

Nr. 30 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundfragen im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus**

- I. Warum wissenschaftlicher Kommunismus?
- II. Der Kapitalismus
- III. Der Imperialismus, das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus, und die proletarische Revolution
- IV. Das Proletariat ist die einzig wirklich konsequent revolutionäre Klasse• Die Bedeutung und Gefahr einer bestochenen Schicht der proletarischen Klasse (sogenannte Arbeiteraristokratie)
- V. Der Kommunismus
- VI. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution zur Erämpfung der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus
- VII. Zur Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei und des Kampfs gegen Opportunismus und Revisionismus

178 Seiten • 8,- €

Nr. 31 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland**

Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus

- I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland
- II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht
- III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie
- IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution
- V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

120 Seiten • 5,- €

Nr. 32 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe (1900– 2010)**
Ein erster Überblick

- I. Zur Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus bis zum Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution
- II. Zur internationalen Lage – vom Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution bis 2010
- A. 1900 bis September 1917: Von der Entstehung des Imperialismus bis vor die Oktoberrevolution in Russland 1917
- B. Oktober 1917 bis 1955: Vom Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis kurz nach dem Tod Stalins
- C. 1956 bis 2010: Von der gigantischen Niederlage der kommunistischen Weltbewegung 1956 bis 2010

245 Seiten • 10,- €

Nr. 33 (2017)

Zur Diskussion gestellt:

Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)
Ein erster Überblick

Zur Vorgeschichte des deutschen Imperialismus

- I. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (1900 bis zur Oktoberrevolution 1917)
- II. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (vom Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1955)
- A. Der deutsche Imperialismus und die Klassenkämpfe 1917–1923
- B. Der Aufstieg des Nazi-Faschismus in Deutschland
- C. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus (1933–1945)
- D. Nach 1945

III. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus – ab dem revisionistischen Parteitag der KPdSU 1956 bis 2010

IV. Zur Lage in Deutschland und zur weiteren weltweiten Expansion des deutschen Imperialismus von 2010 bis 2015

Fazit: Der deutsche Imperialismus, eine besonders aggressive imperialistische Großmacht

245 Seiten • 10,- €

Nr. 34 (2018)

Zur Diskussion gestellt:

Programmatische Kernpunkte im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

I. Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

II. Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

Aus der Geschichte lernen!

50 Seiten • 2,- €

Nr. 35 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Reuchlin bis Rosheim

(11. Jahrhundert bis Anfang des 18. Jahrhunderts)

I. Zur gesellschaftlichen Realität

II. Zentrale Propagandisten der Judenfeindschaft und Vorkämpfer gegen die Judenfeindschaft

200 Seiten • 10,- €

Nr. 36 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812)

190 Seiten • 10,- €

Nr. 37 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine

(1812 bis 1843)

184 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 38 (2021)

Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848 bis 1893)

I. Zur ökonomischen und politischen Lage und der Entstehung und Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1848 bis 1895

II. Judenfeindschaft 1848 – 1893 und der Kampf der jüdischen Aktivisten und nicht-jüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte

III. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen

IV. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements

V. Schlussfolgerungen

Beiträge zur Vertiefung

740 Seiten • 25,- €

Nr. 39 (2022)

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894 bis 1914)

Teil 1

Voraussetzungen für den Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland

I. Zur ökonomischen und politischen Lage und zur Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1894 bis 1914

II. Judenfeindschaft 1894 bis 1914

III. Der Kampf jüdischer Organisationen und nichtjüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte

IV. Zusammenfassende Schlussfolgerungen
Beiträge zur Vertiefung

310 Seiten • 14,- €

Nr. 40 (2022)

**Der Kampf der Sozialdemokratie gegen
Judenfeindschaft in Deutschland
(1894 bis 1914)**

Teil 2

Der politisch-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland

- I. Politisch-theoretischer Kampf
- II. Politisch-propagandistischer Kampf
- III. Der Kampf von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
- IV. Abschließende Bemerkung und Ausblick
- Vertiefungen und Anmerkungen

280 Seiten • 14,- €

Nr. 41 (2023)

**Der Kampf der Sozialdemokratie gegen
Judenfeindschaft in Deutschland
(1894 bis 1914)**

Teil 3

Der wissenschaftlich-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland

- I. Herausforderungen der Sozialdemokratie in Deutschland auf wissenschaftlich-theoretischem Gebiet
- II. Kleinere Stellungnahmen der Sozialdemokratie in der „Neuen Zeit“
- III. Karl Kautskys umfassende Antwort: „Rasse und Judentum“ (1914, Neuauflage 1921)

Zusammenfassung zu Teil 3

Schlussbemerkung zu Teil 1 bis 3

330 Seiten • 14,- €

14 €